Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Bei »Bummeln« drohte
Gestapohaft

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Eike Hemmer
Robert Milbradt

Bei »Bummeln« drohte Gestapohaft

Zwangsarbeit auf der Norddeutschen Hütte während der NS-Herrschaft

Edition Temmen

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter
http://dnb.ddb.de abrufbar.

Bildnachweis:

Alexander Orzol (Nachlass): 15, 16 oben, 19, 20, 21, 27, 28, 29, 32, 46, 89, 104, 105, 119
Edwin Brumme (Fotoalbum): 17, 34, 45, 134
Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen, c/o Robert Milbradt: 16 unten, 23, 38, 44, 60, 68, 69, 73, 76, 118, 124, 145
Archiv Norddeutsche Hütte © Arcelor Bremen: 13, 52, 53, 54, 56, 57, 63, 74, 81, 82, 138
Staatsarchiv Bremen: 78, 79, 126
© Hauschild Verlag Bremen, Hauptmann Ullrich-Album: 25
Geschichtskontor (Brodelpott), © swb AG: 99

© Edition Temmen 2007
Hohenlohestr. 21 – 28209 Bremen
Tel. 0421-348430 – Fax 0421-348094
info@edition-temmen.de
www.edition-temmen.de

Herstellung: Edition Temmen
ISBN 978-3-86108-591-1

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Inhalt

Einleitung 6

Die Kartei – erste Eindrücke 10

Die Norddeutsche Hütte: Gründung, Krise, Aufrüstung 14

Die nationalsozialistische Herrschaft auf der Hütte 31

Von der Dienstverpflichtung zur Zwangsarbeit 49

Lebens- und Arbeitsbedingungen 72

Das betriebliche Strafsystem und seine Einbindung in den nationalsozialistischen Terrorapparat 101

Zum Verhältnis der deutschen zu den ausländischen Arbeitern 114

Ende der Zwangsarbeit – gescheiterte Entnazifizierung 121

Demontage: Von Krupp zum Klöckner-Konzern – Die vergessenen Zwangsarbeiter 133

Schlussfolgerungen 139

Nachwort 142

Literatur 147

Benutzte Archive 149

Berichte von Zeitzeugen 149

Tabellenanhang 150

Danksagung 152

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Einleitung

Als in den 1980er Jahren Bremer Wissenschaftler begannen, sich intensiv mit den Einstellungen der Industriearbeiter zum Nationalsozialismus zu beschäftigen, stand der Widerstand der Bremer Arbeiterschaft im Vordergrund ihres Interesses[1]. In den Berichten der Augenzeugen – häufig ehemalige führende Funktionäre der Arbeiterparteien – geriet selten oder gar nicht das Verhältnis zu den vielen ausländischen Arbeitern ins Blickfeld, die gezwungen waren, für die Rüstungsmaschinerie zu arbeiten.

Dabei war Bremen in den Kriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten zu einem Zentrum der deutschen Rüstungswirtschaft geworden. Hier war ein erheblicher Teil der Produktion an Kriegsschiffen und Flugzeugen des Deutschen Reiches konzentriert. Entsprechend viele ausländische Arbeiter und KZ-Häftlinge arbeiteten während des Krieges in den Bremer Betrieben.[2] Viele von ihnen waren in Lagern untergebracht, die mitten in den Wohnbezirken besonders der Arbeiterquartiere lagen. Sie hausten dort unter Bewachung und teilweise erbärmlichen Lebensbedingungen. In Bremen-Gröpelingen wurden zum Beispiel die KZ-Häftlinge jeden Tag durch die Wohnstraßen zu ihrer Arbeitsstelle auf der AG-Weser getrieben. Aber im Bewusstsein vieler Deutscher schien das viele Jahre keiner besonderen Erwähnung wert zu sein. Diese geringe Beachtung des Schicksals von Millionen von Zwangsarbeitern gilt auch für die wissenschaftliche Bearbeitung des Themas. Noch 1986 stellten Inge Marßolek und René Ott fest, dass das Schicksal der Zwangsarbeiter bisher in der Forschung nur wenig Interesse fand. Eine dürftige Aktenlage erschwerte genaue Aussagen über Zahl und Lebensumstände der ausländischen Arbeiter. Nach den Lagerlisten der bremischen Gestapo vom April 1944 waren auf der Norddeutschen Hütte 369 Ausländer im Einsatz.[3]

In Wirklichkeit war die Zahl der auf der Hütte beschäftigten ausländischen Arbeiter sehr viel höher und betrug über die Dauer des Krieges gesehen mehr als das Vierfache dieser Zahl. Aus Behörden und Betrieben sind inzwischen weitere Akten aufgetaucht. Im Falle der Norddeutschen Hütte wurde den Autoren u.a. eine Personalkartei mit Namen, Daten und Beschäftigungsdauer der ausländischen Arbeiter zugänglich, die es möglich machte, den Einsatz der Ausländer und die Veränderungen im Laufe des Krieges genauer zu beschreiben.

Die ausländischen Arbeiter unterlagen einer Fülle von diskriminierenden Vorschriften und Strafandrohungen. Eine Durchsetzung dieses Sonderrechtes in der Praxis des Arbeitsalltages wirft die Frage nach der Haltung der Betriebsleitungen und betrieblichen Vorgesetzten auf. Gab es deutlich feststellbare Unterschiede in der Behandlung der ausländischen Arbeiter durch die Betriebsführungen? Ulrich Herbert kommt in seiner Analyse des Ausländereinsatzes in den Krupp'schen Stammbetrieben in Essen zu der Einschätzung, dass sich »eine Art Doppelhierarchie entwickelte, zum einen nach rassistischen Kriterien, zum anderen nach

1 Vgl. etwa Wollenberg, Jörg u.a., Von der Krise zum Faschismus.
2 Im September 1944 waren im Stadtgebiet Bremen (ohne Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge) 38.567 ausländische Arbeiter eingesetzt, laut Staatsarchiv Bremen, September 1986: Einsatz von Zwangsarbeitern während der nationalsozialistischen Herrschaft in Bremen, Auszug aus Bremische Bürgerschaft Drucksache 11/804.
3 Vgl. Marßolek – Ott, Bremen im 3. Reich, S. 414.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Arbeitsleistung und Stellung innerhalb des Produktionsablaufs«.[4] Daran schließt sich die Frage an, wie groß der jeweilige Spielraum der Betriebsleitungen war, und in welchem Maße das eine oder andere Element in der Behandlung der ausländischen Arbeiter überwog.

In der Arbeit von Marßolek/Ott wird ausführlich auf die umstrittene Figur des Generaldirektors der AG Weser, Franz Stapelfeldt, eingegangen, der sich um Rüstungsaufträge bemühte und von der Rüstungskonjunktur profitierte, andererseits seine Arbeiter vor der Gestapo zu schützen versuchte und die Familien von Verfolgten unterstützte. Im Spruchkammerverfahren wurde als entlastend vorgebracht, dass Stapelfeldt für die ausländischen Arbeiter eine zusätzliche Verpflegung ausgeben ließ und auch für die KZ-Häftlinge auf der Werft Verbesserungen zu erreichen versuchte.[5] Demgegenüber erscheint der Direktor der Norddeutschen Hütte, Otto Hofmann, als skrupelloser Exekutor der nationalsozialistischen Ausländerpolitik, der zahlreiche ausländische und deutsche Arbeiter ins Arbeitserziehungslager Farge überweisen ließ und die Norddeutsche Hütte in einen NS-Musterbetrieb verwandeln wollte.[6]

Unsere Untersuchung versucht, die handlungsleitenden Motive der Betriebsführungen am Beispiel der Betriebsleitung der Norddeutschen Hütte herauszuarbeiten und die Frage zu stellen, ob sich die Praxis eines ausgewiesenen Nationalsozialisten wie Otto Hofmann gravierend von der eines angeblich kritisch zum NS-Regime eingestellten Werkdirektors wie Franz Stapelfeldt unterschied.

Für die Praxis des Ausländereinsatzes in den Betrieben war natürlich auch die Haltung der deutschen Arbeiter zu den ausländischen Kollegen von großer Bedeutung. Für die Gesamtbevölkerung hat Gustav Schminck-Gustavus gezeigt, wie die Durchsetzung der Sonderverordnungen gegenüber den polnischen Arbeitern durch die Mitwirkung der normalen »Volksgenossen« ermöglicht wurde.[7] In den Betrieben, in denen der Produktionsprozess häufig eine enge Kooperation zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern erforderte, scheinen sich dennoch in der Regel keine solidarischen Beziehungen herausgebildet zu haben. Übereinstimmend konstatieren die meisten Autoren, dass die Trennung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern nicht überwunden wurde. Für die Reichswerke »Hermann Göring« in Salzgitter – einer eigenen Gründung der NSDAP im Rahmen des Vierjahresplanes zur Verhüttung einheimischer Erze – stellt Gerd Wysocki fest: »Es waren eben nicht allein die Gestapo und die NSDAP, die das Leben der Menschen in Salzgitter 1937–45 bestimmt hatten. Es waren auch nicht allein sadistische und brutale Wachmannschaften des Werkschutzes oder der SS, die die Toten allein zu verantworten hatten. Jene waren als Teil des Systems nur allzu willfährige Werkzeuge für die Interessen anderer. Das Ausmaß der Terroropfer in Salzgitter wäre ohne die aktive Mitwirkung des Konzerns nicht möglich gewesen ... In Salzgitter formte der Reichswerke-Konzern zusammen mit NSDAP und Behörden einen Apparat, dessen Fachleute mit bürokratisch-korrektem Diensteifer oder aus Karrierebewusstsein nach den Prinzipien des Verwaltungsvollzuges arbeiteten.«[8]

4 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, S. 248.
5 Marßolek/Ott, a.a.O. S. 397 ff.
6 A.a.O S. 444.
7 Schminck-Gustavus, Hungern für Hitler. Erinnerungen polnischer Zwangsarbeiter im Deutschen Reich 1940 –1945.
8 Gerd Wysocki, Zwangsarbeit im Stahlkonzern, S. 200.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Wysocki kommt zu dem Schluss: »Die Isolation und Spaltung der gesamten Arbeiterschaft durch unterschiedliche soziale Begünstigung auf der einen und Diskriminierung auf der anderen Seite, die Trennung nach Volkszugehörigkeit und Status wurde letzten Endes nicht überwunden. Gerade die Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern wäre aber die wichtigste Bedingung für einen gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus gewesen.«[9]

Ulrich Herbert resümiert anhand der Analyse des Ausländereinsatzes in der Fried. Krupp Gußstahlfabrik in Essen: »Innerhalb des Produktionsablaufs in den Betrieben waren die Verhältnisse zwischen Deutschen und Ausländern hingegen komplizierter und vornehmlich durch die vom Produktionsprozess unmittelbar vorgegebenen Strukturen gekennzeichnet. (Nach der verstärkten Einziehung deutscher Arbeiter zum Militär und dem Beginn der Großangriffe der alliierten Bomberflotten) ergibt sich eher ein Bild, in dem die meisten Deutschen am Schicksal der Ausländer wenig Interesse zeigten, sich weder an Misshandlungen beteiligten noch mit den Ausländern sympathisierte: Man hatte genug mit sich selbst zu tun. Das Elend der anderen verlor seine Exklusivität, je elender das eigene Leben wurde; die Sorge um das eigene Überleben ließ nicht mehr viel Platz, das Massenelend der Fremdarbeiter mehr als nur zur Kenntnis zu nehmen. Die Ausländer waren einfach da und gehörten zum Kriegsalltag wie Lebensmittelmarken oder Luftschutzbunker.«[10]

Unsere Fallstudie untersucht die Auswirkungen, die der massenhafte Einsatz der Ausländer auf die Position deutscher Arbeiter in der Betriebshierarchie hatte. Ähnlich wie nach dem Anwerben ausländischer Arbeiter durch die Bundesrepublik Deutschland seit den 1960er Jahren kam es zwischen 1940 und 1945 zu Beförderungen deutscher Arbeiter in höhere und Vorgesetztenpositionen gegenüber den Ausländern. Hier stellt sich die Frage nach Kontinuitäten in der Einstellung zu ausländischen Arbeitern, der wir im Rahmen unserer Studie nicht nachgehen konnten.[11]

Für die Frage, wie schnell und tief greifend sich die nationalsozialistische Herrschaft im Betrieb durchsetzen konnte, ist von Bedeutung, inwieweit sich eine Stammbelegschaft und damit ein widerständiges Milieu erhalten konnte. Für die Bremer Flugzeugindustrie einschließlich der »Weser« Flugzeugbau GmbH, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der Werft AG »Weser«, hat Dieter Pfliegensdörfer gezeigt, dass in diesen Betrieben die Bedingungen für

9 Wysocki, a.a.O. S. 182.

10 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, S. 415.

11 Ulrich Herbert konstatiert für das Funktionieren des nationalsozialistischen Ausländereinsatzes, »dass die Praktizierung des Rassismus zur täglichen Gewohnheit, zum Alltag wurde, ohne dass sich der einzelne daran in Form aktiver Diskriminierung oder Unterdrückung beteiligen musste. Bei allen notwendigen Differenzierungen und der sehr unterschiedlichen Situation in der Landwirtschaft und der Industrie sowie in den einzelnen Betrieben verweist die Haltung der deutschen Bevölkerung zu den ausländischen Arbeitern während des Krieges auf eine Einstellung, die nationale und ›rassische‹ Ungleichheit stillschweigend voraussetzte und die die Instrumentalisierung des einzelnen als aktiven Faktor rassistischer Innenpolitik gar nicht mehr als besonderes wahrnahm« (Ulrich Herbert, a.a.O. S. 415). Vgl. dazu neuere Studien über die verbreitete Einstellung ausländerfeindlicher Vorurteile in der heutigen deutschen Bevölkerung, so Oliver Decker/Elmar Brähler unter Mitarbeit von Norman Geißler: Vom Rand zur Mitte, Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Studie im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2006; Wilhelm Heitmeyer: Deutsche Zustände, Folge 5, edition suhrkamp 2006.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

die Formierung einer Betriebsgemeinschaft im nationalsozialistischen Sinne denkbar günstig waren. »Anders als in den Werftbetrieben mit ihren über lange Jahrzehnte hinweg in vielen Klassenkämpfen zusammengewachsenen Belegschaften existierten so gut wie keine proletarischen Solidarstrukturen. Gemeinsame Kampferfahrungen aus der Weimarer Republik gab es nicht, ganz im Gegensatz zur AG ›Weser‹ ... Mehr noch als bei Focke-Wulf wurde die Weser-Flug-Belegschaft von Grund auf neu zusammengestellt.«[12]

Für die Norddeutsche Hütte erwies sich die weitgehende Auflösung der Stammbelegschaft in der Wirtschaftskrise ab 1929 als günstige Randbedingung für die Durchsetzung nationalsozialistischer Herrschaftsformen. Es wird zu zeigen sein, dass dennoch ein widerständiges Milieu in Teilen des Betriebes erhalten blieb, bis es sich unter dem Druck von Einziehungen zum Militär, massenhaftem Einsatz von Zwangsarbeitern und den Bombenangriffen der Alliierten fast völlig auflöste.[13]

Die Norddeutsche Hütte gehörte ab 1928 zum Krupp-Konzern. Die Rolle von Krupp in der Entwicklung der Bremer Industrie ist bisher nicht zusammenfassend untersucht. Dabei beschäftigte der Konzern im Jahre 1944 in Bremen und der Unterweserregion insgesamt rund 46.000 Menschen und war damit die größte Unternehmenskonzentration in diesem Raum:[14]

Schiff- und Maschinenbau A.G. »Weser«	16.946
Schiff- und Maschinenbau A.G. Seebeck	3757
»Weser« Flugzeugbauges	22.904
Widiafabrik Bremen (»Dreherei«)	720
Norddeutsche Hütte	1486

Eine vergleichende Untersuchung, die Gemeinsamkeiten wie auch mögliche Unterschiede in der Führung der zum Krupp-Konzern gehörenden Betriebe und ihre Folgen für die Behandlung der Zwangsarbeiter herausarbeitet, steht noch aus.

12 Dieter Pfliegensdörfer, Ich war mit Herz und Seele dabei, S. 55.

13 Vgl. dazu auch die Hinweise auf das Schwinden der vertrauten Solidargemeinschaft im Laufe des Krieges bei Marßolek/Ott, Bremen im 3. Reich, S. 364.

14 Beschäftigtenzahlen der einzelnen Werke, Stand 31.10.1944, Statistiken der Fried. Krupp A.G., verschiedene Jahrgänge, HA Krupp FAH 23 und WA 121/47.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Die Kartei – erste Eindrücke

Jahrelang lagerten sie fast unbeachtet in einem Aktenschrank im Lohnbüro der Stahlwerke Bremen: vier schlichte Pappkartons mit grünen Karteikarten im Format 23 x 17 cm. Ein ehemaliger Angestellter gab nach seinem Ausscheiden 1999 den Autoren einen Hinweis auf die Kartei im hinteren Winkel des Lohnbüros[15]. Nur nach und nach ging uns die Bedeutung dieses Fundes auf: Die Karten enthalten die Namen von 1485 ausländischen Arbeitern, Männern und Frauen, die in der Zeit zwischen 1938 und 1945 auf der Norddeutschen Hütte – einem Vorgängerbetrieb der Stahlwerke Bremen – für den Krupp-Konzern, der eingebunden war in die nationalsozialistische Kriegswirtschaft, schuften mussten. Sie stammten aus Italien, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, der UdSSR – aus nahezu allen Ländern, die im Laufe des Krieges von der deutschen Wehrmacht besetzt wurden. Neben normalen Personaldaten (einer Kontrollnummer, Geburtsdatum und -ort, Tag der Arbeitsaufnahme und Ende der Beschäftigung sowie dem Einsatzort im Betrieb) enthalten die Karteikarten zusätzliche Bemerkungen, deren Bedeutung sich uns erst im Laufe unserer Forschungen entschlüsselte. Relativ offen deuten die Hinweise »in Haft« oder »Gestapo« auf ein schreckliches Schicksal der betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter hin. Aber was verbirgt sich hinter dem Kürzel »abgerückt«, das die Hüttenbeamten auf einer großen Zahl von Karteikarten vermerkten? Etwa der Fall von Miroslaw Tschaban, geboren am 8. Mai 1922 in Borislau, dem damals polnischen Teil der Ukraine. Er begann seine Arbeit auf der Norddeutschen Hütte am 3.9.1940. Die Karteikarte vermerkt als Tag der letzten Schicht den 17.12.1942 mit dem Hinweis »Am 18.12.42 abgerückt« und einem Stempel: »Rückführungsantrag läuft. Wir bitten auf A.K.-Karte 1 (Arbeitskarte) zu vermerken, daß der Mann der Norddeutschen Hütte Akt. Ges. verbleiben soll.« Offensichtlich wollte der Betrieb die Arbeitskraft zurückhaben. 838 Tage hat er auf der Hütte gearbeitet. Er wohnte ab 1.10.1942 im Gemeinschaftslager der Norddeutschen Hütte. Dann übermannte ihn kurz vor Weihnachten wahrscheinlich die Sehnsucht nach Heimat und Familie, oder die Lebensbedingungen im Lager und auf der Arbeit wurden ihm unerträglich. Irgendwann zwischen dem 18.12.1942 und dem 9.2.1943 ist Miroslaw Tschaban als geflüchteter ausländischer Arbeiter verhaftet worden. Er wurde, wahrscheinlich am 10.2.1943, ins Konzentrationslager Neuengamme eingeliefert und erhielt dort die Häftlingsnummer 16286.[16]

Im Kommando Drütte, einem Außenlager von Neuengamme, musste er für die Reichswerke Hermann-Göring in Watenstedt-Salzgitter bis zu seinem Tode am 7.12.1943 Zwangsarbeit leisten.

15 Die beiden Autoren haben mit einer Gruppe von Kollegen in den Jahren 1983/84 erstmals die nationalsozialistische Vergangenheit des Betriebes erforscht. Damals standen uns nur wenige schriftliche Dokumente zur Verfügung. Vgl. Kollegengruppe der Klöckner-Hütte Bremen, Riespott, KZ an der Norddeutschen Hütte, Berichte, Dokumente und Erinnerungen über Zwangsarbeit 1935–45, Bremen 1984.

16 Mitteilung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Die Einlieferung von Miroslaw Tschaban und fünf weiteren Zwangsarbeitern der Norddeutschen Hütte in das Konzentrationslager Neuengamme konnte mit Hilfe der Datenbank der KZ-Gedenkstätte ermittelt werden.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

»Abgerückt« konnte also sowohl die versuchte Flucht aus Deutschland, die Festnahme durch die Gestapo, die Einlieferung in ein Konzentrationslager oder auch den Tod bedeuten.

Die eigene Kartei für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter wurde wahrscheinlich erst im Jahre 1939 angelegt. Bis dahin waren bereits ausländische Arbeiter auf der Norddeutschen Hütte beschäftigt. Ihre Namen finden sich in einer nur teilweise erhaltenen Kartei der deutschen Arbeiter[17]. Von den im Jahre 1939 verzeichneten 145 Einstellungen dieser Kartei waren 96 Deutsche und 44 Ausländer, zudem fünf Volksdeutsche. Die meisten (25) kamen aus Böhmen.

Seit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen bilden sich in der Kartei die Raubzüge auf ausländische Arbeitskräfte ab.

Ab November 1939 arbeiteten zunehmend polnische Arbeiter auf der Hütte. 1942 folgten große Gruppen von Arbeiterinnen und Arbeitern aus der UdSSR. 1943/44 kamen die gefangenen italienischen Soldaten als Italienische Militärinternierte (IMIS) hinzu. Den größten Anteil der ausländischen Arbeiter stellten Verschleppte aus der UdSSR, gefolgt von Polen, Ukrainern, Niederländern und Franzosen (vgl. Tabelle 1, Beschäftigte nach Nationalitäten.)

Staatenlos	22
Volksdeutsche	12
Belgien	89
Böhmen-Mähren	30
Frankreich	138
Italien	128
Jugoslawien	13
Niederlande	194
Polen	206
Polen-Ukraine	231
Slowakei	20
UdSSR	274
Ukraine	68
Ungarn	24
Andere und keine Angaben	36
Gesamt	1485

Tabelle 1: Ausländische Arbeiter auf der NDH 1938–1945 nach Nationalitäten

17 Die Anwerbung von Tschechen erfolgte bereits vor der Annektion des Sudetenlandes. Seit der Besetzung der Tschechoslowakei verfügte das Reich über zahlreiche qualifizierte Facharbeiter.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Die unterschiedliche Länge der Beschäftigung folgt der Entwicklung der Zwangsarbeit. Zunächst gab es freiwillige Meldungen von Ausländern für den Arbeitseinsatz im Reich. Gleichzeitig erfolgten zunehmend Dienstverpflichtungen, denen auch deutsche Arbeiter unterlagen. Von den 25 Arbeitern aus Böhmen hatten alle am Ende des Jahres die Hütte wieder verlassen. Bei zehn erfolgte die Auflösung des Arbeitsverhältnisses im »gegenseitigen Einvernehmen«. Das heißt, dass ihre zeitlich begrenzte Dienstverpflichtung abgelaufen war. Aber bei neun Arbeitern verzeichnen die Karteikarten als Entlassungsgrund bereits »in Haft«. In den späteren Jahren des Krieges wurden ausländische Arbeitskräfte immer mehr durch brutale Menschenjagden und Verschleppungen nach Deutschland gezwungen. Ihr Arbeitseinsatz war zeitlich nicht mehr begrenzt. Es ist deshalb schwierig, den Begriff »Zwangsarbeit« unterschiedslos auf alle in der Kartei erfassten Beschäftigten anzuwenden. Der Begriff »Zwangsarbeit« ist nur scheinbar klar umrissen. Bei näherem Hinsehen fächert sich die Kategorie in viele Facetten auf. Auch deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiteten keineswegs immer freiwillig für die Rüstungswirtschaft. »Infolge der zunehmenden Knappheit an Arbeitskräften zogen die Arbeitsämter Hunderttausende von Deutschen, Österreichern und ›Volksdeutschen‹ zur ›Dienstverpflichtung‹ heran. Im Grunde war die arbeitsrechtliche Vertragsfreiheit in Deutschland schon ab Mai 1934 und spätestens Anfang 1935 mit der Einführung des Arbeitsbuches schwerwiegend eingeschränkt ... Auch für die ausländischen Arbeiter lässt sich eine verwirrende Vielzahl von Arbeitsverhältnissen feststellen, deren Kennzeichnung als ›freie‹ Arbeit oder ›Zwangsarbeit‹ außerordentlich schwer fällt.«[18]

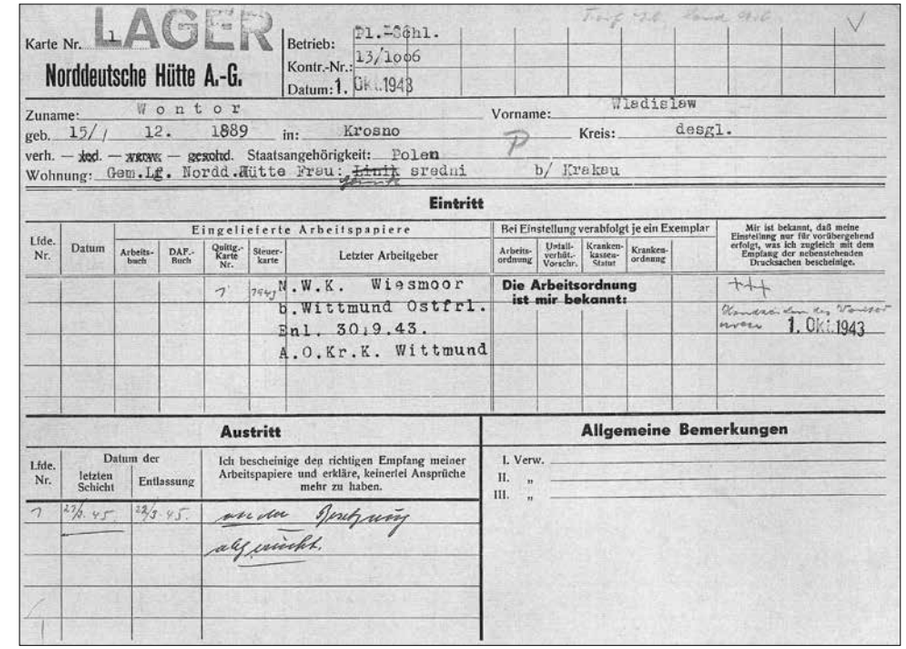
Häufig wurden auch Arbeiter aus weniger wichtigen Wirtschaftszweigen zur Arbeit auf die kriegswichtige Norddeutsche Hütte versetzt, wie im Fall von Wladislaw Wontor, einem polnischen Arbeiter aus Krosno. Er kam am 1. Oktober aus einem Torfwerk bei Wittmund (Ostfriesland) in das Werk. In der Rubrik »Austritt« mit Datum vom 22.3.1945 ist nachgetragen: »an der Besetzung (durch die alliierten Truppen) abgerückt.« Im Bemühen um bürokratische Genauigkeit hat später jemand auf der Rückseite vermerkt: »Durch Fliegerangriff am 21.3.45 gefallen!«

Die Nachforschung nach weiteren Dokumenten über den Arbeitseinsatz auf der Norddeutschen Hütte gestaltete sich schwierig. Bei dem mehrfachen Eigentümerwechsel der Hütte sind zahlreiche Unterlagen vernichtet worden. Manches blieb nur durch Zufall oder durch die Einzelinitiative von Beschäftigten erhalten. So konnten wir Einblick in ein Journal nehmen, in der die jährlichen Sozialversicherungsbeiträge der Angestellten aufgezeichnet sind. Es sollte vernichtet werden, wurde aber durch einen Angestellten der Stahlwerke vor der Zerstörung bewahrt.

So entstand Stück für Stück eine Rekonstruktion des Arbeitslebens der deutschen und ausländischen Arbeiter unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Mit Leben gefüllt wurden die Aussagen der Kartei durch die Berichte von Zeitzeugen, deutschen ehemaligen Beschäftigten und ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern.

18 Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 10 f.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!


Karte Nr. LAGER
Norddeutsche Hütte A.-G.
Betrieb: Pl.-Schl.
Kontr.-Nr.: 13/1006
Datum: 1. Okt. 1943
Zuname: Wontor
Vorname: Wladislaw
geb. 15/ 12. 1889 in: Krosno
Kreis: desgl.
verh. — ~~led.~~ — ~~verw.~~ — ~~geschd.~~ Staatsangehörigkeit: Polen
Wohnung: Gem.Lg. Nordd.Hütte Freu: ~~Plnik~~ sredni b/ Krakau
Eintritt
Eingelieferte Arbeitspapiere
Bei Einstellung verabfolgt je ein Exemplar
Lfde. Nr. | Datum | Arbeitsbuch | DAF.-Buch | Quittg.-Karte Nr. | Steuerkarte | Letzter Arbeitgeber | Arbeitsordnung | Unfallverhüt.-Vorschr. | Krankenkassen-Statut | Krankenordnung | Mir ist bekannt, daß meine Einstellung nur für vorübergehend erfolgt, was ich zugleich mit dem Empfang der nebenstehenden Drucksachen bescheinige.
7 | 7944 | N.W.K. Wiesmoor b.Wittmund Ostfrl. Enl. 30.9.43. A.O.Kr.K. Wittmund | Die Arbeitsordnung ist mir bekannt: | 1. Okt. 1943
Austritt
Lfde. Nr. | Datum der letzten Schicht | Datum der Entlassung | Ich bescheinige den richtigen Empfang meiner Arbeitspapiere und erkläre, keinerlei Ansprüche mehr zu haben.
7 | 22/3.45 | 22/3.45. | vor der Besetzung abgerückt.
Allgemeine Bemerkungen
I. Verw.
II. „
III. „

Die Karteikarte von Wladislaw Wontor (Vorderseite). Er verließ die Hütte beim Herannahen der alliierten Truppen. Handschriftlicher Eintrag in der Kartei: »vor der Besetzung abgerückt.«

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Die Norddeutsche Hütte: Gründung, Krise, Aufrüstung

Am 7. Januar 1908 gründeten 31 Kaufleute und Bankenvertreter – fast alle aus Bremen – die Norddeutsche Hütte Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von sechs Millionen Mark. Zum Vorsitzer des Aufsichtsrates wurde der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Dr. Heinrich Wiegand, gewählt. Er hatte sich über Jahre energisch für das Projekt eingesetzt, an der Weser ein Hüttenwerk zu errichten.

Verbunden war damit die Erwartung, langfristige Frachtaufträge für die Reederei zu sichern. Die Lage an der Weser mit der Verbindung über Kanäle zum Binnenland und die Nähe zum Meer versprach kostengünstige Standortvorteile gegenüber den traditionellen Standorten der Stahlindustrie an Rhein und Ruhr und im Saarland. Alle benötigten Rohstoffe konnten auf dem Wasserwege bezogen und die Fertigerzeugnisse kostengünstig verschifft werden. Die Norddeutsche Hütte spielte deshalb eine wichtige Rolle in den Bremer Planungen zur Anlage des Industrie- und Handelshafens.[19]

1911 arbeiteten zwei Hochöfen und eine Kokerei mit 80 Koksöfen. 1912 wurden ein dritter Hochofen, weitere 40 Koksbatterien, eine Benzolfabrik und ein Zementwerk in Betrieb genommen. Die Hütte produzierte Roheisen, das, in handliche Formen (Masseln) vergossen, in den Stahlwerken an der Ruhr oder im Ausland weiterverarbeitet wurde. Für den regionalen Markt produzierte die Hütte vor allem Zement aus der Schlacke der Hochöfen. Weitere Nebenprodukte waren Benzol und Kokereigas. Mit dem überschüssigen Gas wurden einige Umlandgemeinden und Betriebe versorgt.

Die weitergehenden Pläne der Gründer, das Hochofenwerk durch den Bau von Stahl- und Walzwerken zu einem integrierten Hüttenwerk auszubauen und damit zum Lieferanten der wachsenden Bremer Werft- und Maschinenbauindustrie aufzusteigen, wurden nicht realisiert.[20]

Die Gründer aus der Bremer Kaufmannschaft waren nicht willens und in der Lage, das Kapital für einen weiteren Ausbau der Hütte aufzubringen. Und die Montankonzerne von der Saar und Rhein und Ruhr, unter deren Einfluss die Norddeutsche Hütte nach dem ersten Weltkrieg geriet, zeigten kein Interesse daran, eine Konkurrenz an der Weser zu ihren eigenen Stahlwerken heranzuziehen.

1922 war die Mehrheit der Aktienanteile in die Hände des Saarländischen Stumm-Konzerns übergegangen. 1927 erwarb die Firma Friedrich Krupp die Aktienmehrheit.

1934 sicherte sich Krupp ein weiteres Aktienpaket, das den Konzern zum nahezu alleinigen Eigentümer der Norddeutschen Hütte machte.

Für die Übernahme seien weniger wirtschaftliche Gründe maßgeblich gewesen als allgemeine Beteiligungsinteressen. Wirtschaftlich und produktionstechnisch bestand keinerlei Verbindung zwischen Krupp und der Norddeutschen Hütte, heißt es im Bericht des ehemaligen Direktors Hugo Siegers.[21]

Die Hintergründe dieses Deals hängen mit der Gründung der Vereinigten Stahlwerke zusammen, einem riesigen Montankonzern, an dem sich fast alle großen deutschen Eisen-Stahl- und Bergwerksgesellschaften beteiligten.[22]

19 Angaben von Direktor Siegers 10.1.1946, Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen.

20 Dazu kam es erst nach dem Erwerb der Norddeutschen Hütte durch die Klöckner Werke 1954.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

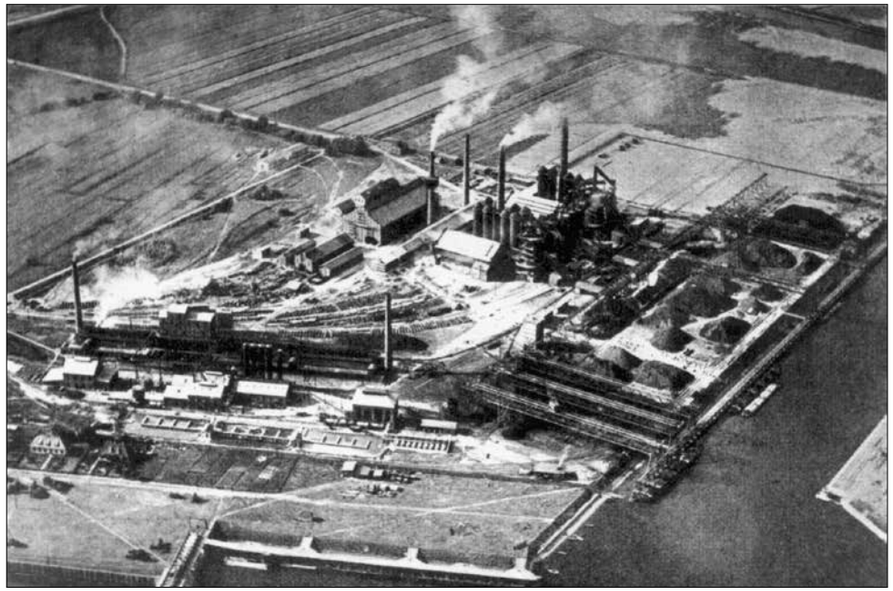
Abstich am Hochofen

21 Hugo Siegers, Stellungnahme zu geplanten Reparationen, 10.1.1946, Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen.

22 1926 schlossen sich vier Ruhrkonzerne zur Vereinigten Stahlwerke A.G. zusammen. Krupp hatte sich an den Verhandlungen zur Gründung des Trusts zwar beteiligt, entschloss sich aber dann auf Wunsch der Eigentümerfamilie, dem neuen riesigen Montankonzern nicht beizutreten. Kurz nach der Gründung erwarben die Vereinigten Stahlwerke für ein Konsortium mehrerer Stahlunternehmen die nord- und westdeutschen Werke des in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Stumm-Konzerns, der kurz vor dem Konkurs stand – darunter auch die Norddeutsche Hütte. Der Kauf diente vor allem Kapazitätsreduzierungen zur Marktbereinigung. 1928 verkauften die Vereinigten Stahlwerke ihre Beteiligung an der Norddeutschen Hütte an Krupp. (Nach anderen Angaben wurde Krupp bereits 1927 Anteilseigner der NDH.) Zu den Gründen für die Bildung des Stahltrusts und dem Ausscheiden von Krupp aus den Verhandlungen vgl. Alfred Reckendrees, Das »Stahltrust«-Projekt. Die Gründung der Vereinigte Stahlwerke A.G. und ihre Unternehmensentwicklung 1926–1933/34.

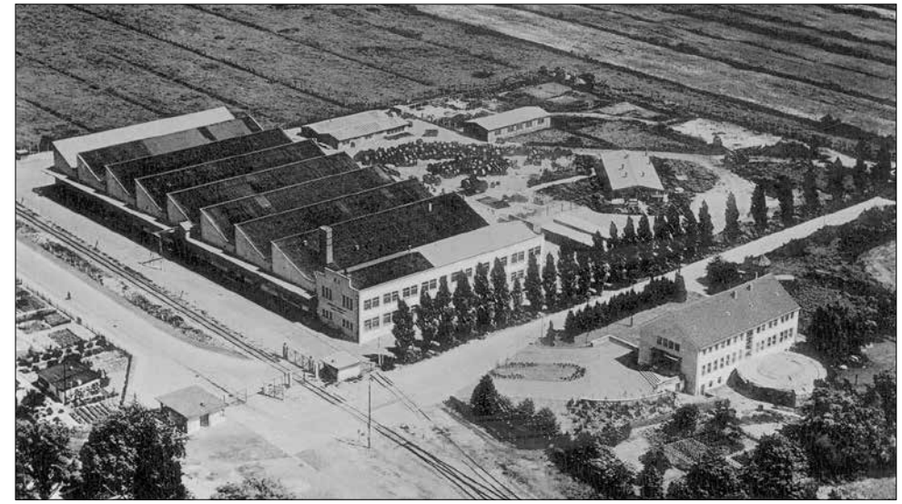
Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Formen zur Aufnahme des flüssigen Roheisens, sogenannte Masseln



Die Norddeutsche Hütte vor dem Zweiten Weltkrieg. Im Vordergrund die Schleuse zum Industriehafen. Am Kai Lager für Rohstoffe, in der Bildmitte die Hochöfen

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Eingang zur Norddeutschen Hütte. Rechts im Vordergrund das Verwaltungsgebäude, davor ein Rundbunker für die Angestellten. Die Werkshallen links gehörten zu einem weiteren Krupp-Betrieb, in dem Granaten gedreht wurden. Luftaufnahme von 1953

Die Norddeutsche Hütte in der Weltwirtschaftskrise

Die 1929 sich abzeichnende Weltwirtschaftskrise traf die Norddeutsche Hütte hart. Wegen mangelnden Absatzes musste 1930 zunächst ein Hochofen stillgelegt werden. 1931 folgte der zweite Hochofen. Das Zementwerk arbeitete noch bis Anfang 1932 die Vorräte an Rohstoffen auf. Dann wurde es ebenfalls für mehrere Jahre stillgelegt. Die Belegschaft sank von 850 Beschäftigten, davon 87 Angestellten im Jahre 1929 auf einen Tiefststand von knapp 200 Arbeitern und Angestellte, im Jahre 1933 (vgl. Tabelle 2).

Mit dem sogenannten Krümpersystem versuchten die Arbeitsämter, die Folgen der Massenarbeitslosigkeit abzumildern. Auf der Hütte sah das so aus: Fünf Wochen wurde gearbeitet, dann folgte die Entlassung. Nach fünf Wochen wurden die Arbeiter wieder eingestellt und nach weiteren fünf Wochen erneut entlassen. So war immer die Hälfte der Belegschaft für fünf Wochen arbeitslos und musste von der halben Unterstützung leben. Diese Phase dauerte fünf Jahre.[23] »Nach der seinerzeitigen Stillegung wurde die damalige Gefolgschaft von 300 Mann in zwei Teile geteilt, die je abwechselnd fünf Wochen gearbeitet und bis jetzt durchgehalten haben«, heißt es in einem Bericht der Bremer Nachrichten von 1935.[24]

Es war dem Bremer Staat zu verdanken, dass überhaupt in ganz beschränktem Umfang ein Betrieb von Anlagen aufrechterhalten werden konnte. 1930 verpflichtete sich Bremen im Gasliefervertrag, zehn Millionen Kubikmeter Gas abzunehmen und durch das Städtische Gaswerk

23 Alexander Orzol, Interview 1983.

24 Ein Hochofen wird angeblasen, Bremer Nachrichten 18.9.1935, Archiv Handelskammer Bremen, Norddeutsche Hütte 900 01 K13.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Jahr	Angestellte	Arbeiter	zusammen
1914*	50	600	650
1924*	150	800	950
1928**	90	752	842
1929	87	763	850
1930	85	765	850
1931	72	355	427
1932	29	130	159
1933	29	164	193
1934	31	250	281
1935	54	452	506
1936	73	723	796
1937	90	800	890
1938	111	839	950

* Zahlen für 1914 und 1924 nach: Verhandlungen der Bürgerschaft 1924, S. 51 Staatsarchiv Bremen

** Die folgenden Angaben aus HA Krupp, WA 41/1129, Zahlen jeweils am 30. September

Tabelle 2: Entwicklung der NDH-Belegschaft von 1914 bis 1938

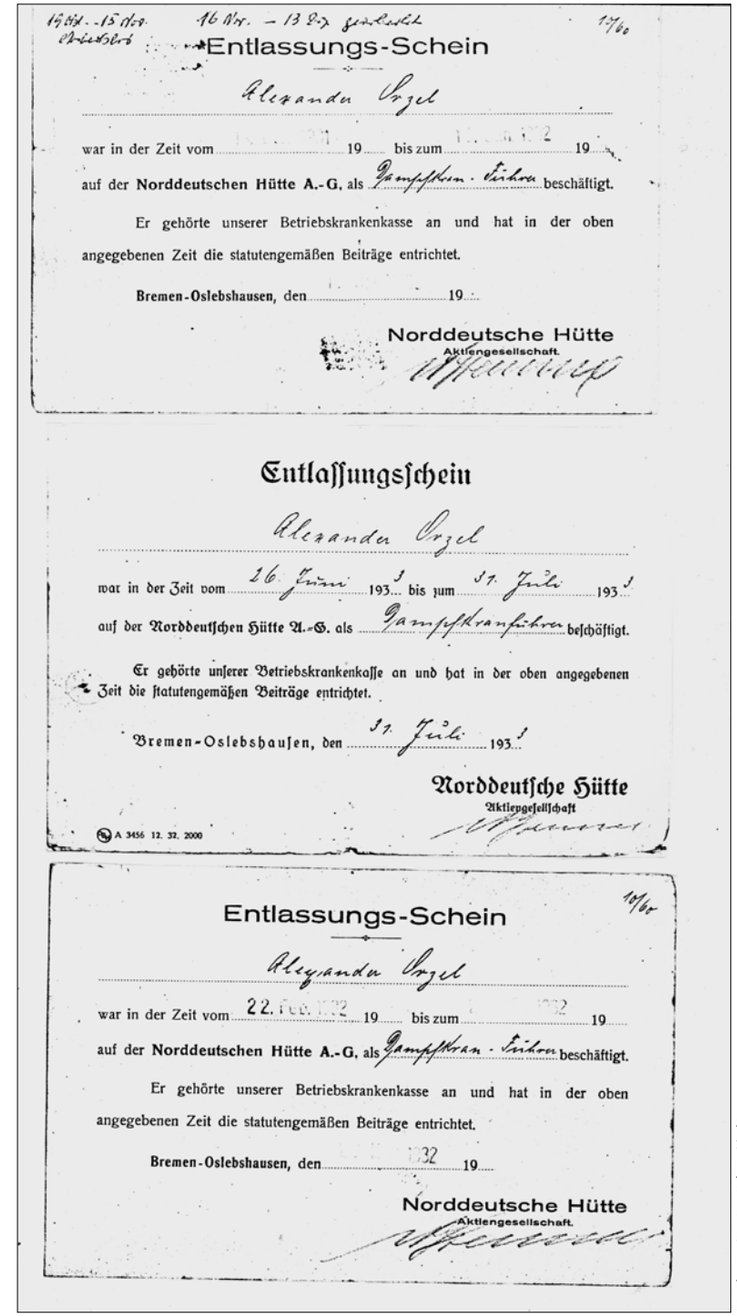
vertreiben zu lassen. Dieses Gas fiel bei der Koksherstellung in der Kokerei an. Nur so konnten die Kokerei und die angeschlossene Ammoniak- und Benzolfabrik weiterbeschäftigt werden.

Trotz der allgemeinen Wirtschaftsbelebung im Jahre 1934 wurden die stillliegenden Hochofen- und Zementwerksanlagen noch nicht wieder in Betrieb genommen. Um die Rentabilität des Werkes zu erhöhen, verlangte das Unternehmen als Preis für die Produktionsaufnahme von der Stadt Bremen eine größere Abnahme von überschüssigen Gasmengen. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst zäh. Der Senat wies darauf hin, dass bei Abnahme des Hüttengases das städtische Gaswerk die eigene Produktion einschränken und Arbeiter entlassen müsste. In die Debatte schaltete sich auch der Reichswirtschaftsminister ein. In einem Schreiben an den Bürgermeister unterstrich er die Rolle der Norddeutschen Hütte in der Vorbereitung auf einen Krieg: »Ich halte es aus Gründen der Landesverteidigung für dringend notwendig, die durch Betriebsaufnahme der Hütte gebotene Möglichkeit der Herstellung von Eisen außerhalb des Ruhrgebiets auszunutzen ... Außerdem lege ich, ebenfalls aus wehrpolitischen Gründen großes Gewicht darauf, daß die Hütte einen größeren, mindestens für sechs Monate ausreichenden Kohlenvorrat unterhält.«[25]

Der Senat gab schließlich nach. 1935 wurde ein neuer Gaslieferungsvertrag abgeschlossen, der das Städtische Gaswerk verpflichtete, jährlich 30 Millionen Kubikmeter statt bisher zehn Millionen von der Hütte abzunehmen. Die beim Gaswerk zu erwartenden Entlassungen sollten restlos durch Einstellungen bei der Hütte ausgeglichen werden. (Nach unseren Kar-

25 Schreiben des Reichswirtschaftsministers und Preußischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit an den Regierenden Bürgermeister vom 13.12.1934, StAB 4,49–1580.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Entlassungs-Schein

Alexander Orzol

war in der Zeit vom ... 19... bis zum ... 19...

auf der Norddeutschen Hütte A.-G. als Dampfkran-Führer beschäftigt.

Er gehörte unserer Betriebskrankenkasse an und hat in der oben angegebenen Zeit die statutengemäßen Beiträge entrichtet.

Bremen-Oslebshausen, den ... 19...

Norddeutsche Hütte
Aktiengesellschaft

Entlassungsschein

Alexander Orzol

war in der Zeit vom 26. Juni 1931 bis zum 31. Juli 1931

auf der Norddeutschen Hütte A.-G. als Dampfkranführer beschäftigt.

Er gehörte unserer Betriebskrankenkasse an und hat in der oben angegebenen Zeit die statutengemäßen Beiträge entrichtet.

Bremen-Oslebshausen, den 31. Juli 1931

Norddeutsche Hütte
Aktiengesellschaft

A 3456 12. 32. 2000

Entlassungs-Schein

Alexander Orzol

war in der Zeit vom 22. Feb. 1932 19... bis zum ... 1932 19...

auf der Norddeutschen Hütte A.-G. als Dampfkran-Führer beschäftigt.

Er gehörte unserer Betriebskrankenkasse an und hat in der oben angegebenen Zeit die statutengemäßen Beiträge entrichtet.

Bremen-Oslebshausen, den ... 32 19...

Norddeutsche Hütte
Aktiengesellschaft

Arbeiten nach dem »Krümpersystem«, jeweils fünf Wochen beschäftigt, dann fünf Wochen arbeitslos. Drei Entlassungsscheine von Alexander Orzol

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Alexander Orzol (Zweiter von links) mit Kollegen. Nach dem Krieg wurde er in den Betriebsrat gewählt und war zeitweise dessen Vorsitzender

teiunterlagen haben aber nur wenige ehemalige Beschäftigte der Gaswerke eine Arbeit bei der NDH aufgenommen.) Am 18. September 1935 wurde der Hochofen III in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters Heider und weiterer Nazi-Prominenz wieder angeblasen.

Noch einmal wurde bei dieser Gelegenheit die Bedeutung der Hütte für die Auslastung der Bremer Häfen unterstrichen.[26]

In den Jahren 1937 und 1938 erfolgte die Zustellung eines weiteren Hochofens und die Inbetriebnahme eines neuen Kraftwerkes. 1938 waren alle Betriebsanlagen voll ausgelastet.

26 »Die eigentliche Bedeutung der Wiederinbetriebnahme der Hütte lieg ... in dem erhöhten Güterverkehr. Man hat berechnet, daß die Erzbeschaffung – die wohl ausschließlich auf dem Seeweg erfolgen wird, da es sich in erster Linie um schwedische oder spanische Erze handelt – etwa 130 000 Tonnen jährlich betragen wird. Dadurch werden 43 Dampfer jährlich zusätzlich die bremischen Häfen aufsuchen ... Mehr noch macht die Beschaffung der Kohle und des Kalksteins aus, die zum größten Teil auf dem Wasserwege, d.h. von der Oberweser bzw. den Kanälen erfolgt ... All das bedingt erhöhte Umschlagtätigkeit und zusätzliche Arbeit. Der bremische Staat selbst wird durch vergrößerte Einnahmen aus Hafen- und Kajengebühren, Lotsengeld usw. Nutzen ziehen und die Schleppschiffahrt wird ihren Vorteil haben. Insgesamt dürfte ein zusätzlicher Güterumschlag von etwa 523.000 Tonnen für Bremen in Frage kommen.« (Die Norddeutsche Hütte bläst an, Bremer Nachrichten 29.3.1935, StAB 4,49 –X.F.4.b.).

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Beim Anblasen des Hochofens 1935: Uniformierte und bewaffnete NS-Amtsinhaber auf der Hütte, u.a. der Bürgermeister Otto Heider

Der kleine Sohn des Bürgermeisters (Bildmitte in HJ-Uniform) entzündete das Feuer im Hochofen

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Hatte Krupp die Norddeutsche Hütte bis dahin eher als einen Randbetrieb betrachtet, so wurde das Werk jetzt ebenso wie der gesamte Konzern voll in die Aufrüstung einbezogen. Im Zuge der Autarkiebestrebungen des Dritten Reiches wurden auf Veranlassung der Reichsregierung Anlagen zur Herstellung von nickelhaltigem Flusseisen für Legierungszwecke und zur Herstellung von Ferrovanadium errichtet. Letzteres wurde zur Herstellung von Spezialstählen in der Waffenproduktion benötigt.[27] Die Vanadinanlage, in der bald darauf Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, galt als gesundheitsgefährdender Arbeitsplatz. Als »Giftbude« beschreibt sie ein deutscher Zeitzeuge: »Polen, Russen, Kriegsgefangene oder auch jugoslawische Partisanen haben sie hauptsächlich in dieser ollen Giftbude, der Vanadin-Anlage arbeiten lassen. Wenn wir (die deutschen Arbeiter) in die Vanadin-Anlage rüber mussten, dann mussten wir unsere Tabletten schlucken, kriegten eine Nasen- und Mundmaske auf. Und wenn wir fertig waren, kriegten wir wieder Tabletten. Ich glaube nicht, dass die Gefangenen Tabletten bekommen haben. Die haben sie da regelrecht zum Ableben beschäftigt. Ich habe mal mit einem Meister gesprochen, der sagte mir: ›Ein Vierteljahr und dann sind die Leute weg, dann ist die Lunge zerfressen.‹«[28]

Die Norddeutsche Hütte nahm also ihren Platz im Ausbau Bremens zu einem Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie ein. Das Rüstungskommando der Wehrmacht kam 1941 zu dem Urteil: »Die rüstungswirtschaftliche Bedeutung des Wehrkreises X (zu dem Bremen gehörte) kommt nicht nur durch den 82%igen Einsatz sämtlicher Arbeitskräfte für die Wehrmachtsfertigung zum Ausdruck, sondern auch dadurch, daß der Umfang der Einberufungen mit 17 Prozent gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 21 Prozent deutlich zurückgeblieben ist. Der Wehrkreis X ist also der rüstungsintensivste Bereich in Deutschland.«[29]

Nach 1945 wurde versucht, die Rolle der Norddeutschen Hütte als kriegswichtigen Betrieb herunterzuspielen. Vorstandsmitglied Hugo Siegers verharmloste 1946 in einer Stellungnahme zu den geplanten Demontagen die Vanadinanlage mit den Worten: »Die Betriebseinrichtungen der Vanadinanlage dienen ausschließlich ihrem Spezialzweck und sind größtenteils für die Existenz des übrigen Werkes ohne Bedeutung.« Über den »Spezialzweck« der Vanadinanlage verlor Direktor Siegers kein Wort.[30] Ähnlich äußerte sich Vorstandsmitglied Hofmann, der im Spruchkammerverfahren 1949 betonte, die NDH sei kein Rüstungsbetrieb gewesen.

Noch mehr gilt diese Vertuschung für einen weiteren Krupp-Betrieb, der direkt neben der Norddeutschen Hütte lag. In den spärlichen in Bremer Archiven vorhandenen Aktenhinweisen fungiert dieser Betrieb unter dem harmlosen Namen »Friedrich Krupp AG Oslebshausen« oder auch »Friedrich Krupp AG Industriehafen«. In diesem auch als »Dreherei« bezeichneten Betrieb wurden Granaten hergestellt.

27 In einem Schreiben des Reichsbeauftragten für Eisen und Stahl an die Behörde für Schifffahrt, Handel und Gewerbe vom 9.6.1938 heißt es: Mit Rücksicht auf die bekannte Devisenlage habe ich verfügt, daß aus deutschen vanadinhaltigen Schlacken Ferro-Vanadin erzeugt wird. Es ist beabsichtigt, den gesamten Bedarf Großdeutschlands an Ferro-Vanadin aus deutschen Rohstoffen in deutschen Betrieben herstellen zu lassen. U.a. hat auch die Norddeutsche Hütte den Auftrag erhalten, eine Vanadinerzeugungsanlage zu errichten.« (StAB 4,35/1).

28 Hans Schröder, Interview 1983.

29 Akten des Rüstungskommandos, 13.11.1941, Bundesmilitärarchiv Freiburg RW 20-10/27.

30 Stellungnahme Siegers 10.1.1946, Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Vanadinanlage, von Belegschaftsangehörigen als »Giftküche« bezeichnet. Das Gebäude steht heute noch. Aufnahme von 2007

Bereits 1936 plante Krupp, als Tochterbetrieb der Widiafabrik in Essen – einem Betrieb für die Verarbeitung von Hartmetallen – einen Betriebsteil in Bremen zu errichten. Dafür verpachtete die Norddeutsche Hütte ein Grundstück an der Hüttenstraße an die Friedrich Krupp Aktiengesellschaft in Essen. Krupp errichtete auf diesem Gelände Werkshallen und stattete sie mit den erforderlichen Maschinen für die Granatenherstellung aus.[31] In einem Leistungsvertrag verpflichtete sich die Norddeutsche Hütte, für die Dreherei die Lohnabrechnung, die Krankenbetreuung und sämtliche andere Zahlungen auf Rechnung von Krupp auszuführen. Die NDH unterstützte die Produktion der Dreherei durch Lieferung von Betriebsmaterialien und den Eisenbahntransport auf ihren Werksgleisen.[32] Für die Energieversorgung der Dreherei erweiterte die Norddeutsche Hütte die Kapazität ihrer Stromerzeugungsanlagen.

Neben der Abwicklung von Verwaltungsaufgaben und Unterstützung bei der Produktion durch die NDH gab es auch personelle Verbindungen zwischen beiden Betrieben. Im August und September 1937 wurden acht Arbeiter der Norddeutschen Hütte in die Dreherei versetzt. 1944 gibt es in der Kartei der ausländischen Arbeiter einen weiteren Hinweis über eine Verbindung zwischen der Hütte und der »Dreherei«: Fünf Frauen aus Polen wechselten von der

31 Zum Maschinenpark gehörten 35 Revolverdrehbänke, neun andere Drehbänke, zwei Siebmaschinen, Pressen, Schleifmaschinen und die Ausrüstung einer mechanischen Werkstatt. HA Krupp WA 4/2748.

32 Leistungsvertrag zwischen der Norddeutschen Hütte Akt.-Ges. und der Fried. Krupp Aktiengesellschaft, Essen, HA Krupp WA4/2748.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

NDH in die »Dreherei«. Die Belegschaft der Dreherei wurde auch in das Siedlungsprogramm der Norddeutschen Hütte einbezogen[33].

Im Jahr 1944 beschäftigte die Dreherei durchschnittlich 720 Menschen, davon 50 Angestellte.[34] Wie auf der Norddeutschen Hütte bestand im Krieg ein großer Teil der Belegschaft aus ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen. Im Oktober 1944 zwang die Gestapo außerdem 50 Frauen, die jüdische Vorfahren hatten (im Nazijargon jüdische Mischlinge) oder mit Männern jüdischer Abstammung verheiratet waren, zur Zwangsarbeit in die Dreherei.[35]

Offiziell wurde die Norddeutsche Hütte 1941 zum wehrwirtschaftlichen Betrieb ernannt. Damit unterstand das Werk den Wehrmachtsdienststellen. Der Direktor, Otto Hofmann, wurde zum militärischen Abwehrbeauftragten bestellt. Für das Krupp'sche Hauptwerk, die Essener Gussstahlfabrik, erfolgte die Unterstellung unter das Oberkommando der Wehrmacht bereits mit dem Kriegsbeginn am 1. September 1939.

Für die Bedeutung, die die Wehrmacht der Norddeutschen Hütte zumaß, spricht, dass ihr schon vor Kriegsbeginn eine besondere Verteidigungswürdigkeit gegen Luftangriffe bescheinigt wurde. 1938 erstellte die Wehrmacht eine umfassende Objektkartei für alle verteidigungswürdigen Anlagen. Sie wurden in die Klassen A, B, C eingeteilt. Von herausragender Wichtigkeit waren die Betriebe der Kategorie S (Sonderklasse). In diese Kategorie gehörten der Bremer Vulkan, Vacuum Öl, die Weser-Flugzeugbau, die AG Weser, die Atlas-Werke, Focke-Wulf, Lloyd-Dynamo, Borgward und die Norddeutsche Hütte.[36] Die Hütte sollte deshalb durch eine neben dem Betrieb gelegene Flakstellung gegen Luftangriffe geschützt werden.

Über die Führung der Norddeutschen Hütte durch die Konzernzentrale liegen uns keine Dokumente vor. Sie scheint allerdings relativ eng gewesen zu sein. In der Regel unterstanden die Konzernwerke in kaufmännischen und technischen Fragen unterschiedlichen Direktoriumsmitgliedern. Das Führungspersonal der Hütte wurde selbstverständlich von Essen aus ernannt. »Am weitesten ging die Kontrolle des Direktoriums über die Konzernwerke bei Investitionsentscheidungen. Alle Ausgaben für Kapitalanlagen über 5000 RM mussten von den Mitgliedern des engeren Vorstandes abgezeichnet werden, über 10.000 RM zusätzlich von Gustav, ab Dezember 1943 von Alfried Krupp von Bohlen und Halbach.«[37] In der Praxis waren Beziehungen zwischen den Sparten der Konzernverwaltung (etwa für Finanzen, Personalwesen oder Technik) und den jeweiligen Abteilungen der Außenwerke am intensivsten entwickelt.[38] In der Personalpolitik der Hüttenführung wie auch bei der Behandlung der ausländischen Arbeiter und der Ausbildung eines werksinternen Strafsystems sind deshalb nicht nur die Vorschriften der verschiedenen NS-Instanzen, sondern auch die spezifischen Führungsrichtlinien und die Unternehmenskultur des Mutterkonzerns von Bedeutung.

33 In einem Schreiben vom 21.3.1950 teilte die Norddeutsche Hütte der Widiafabrik Essen mit, dass 24 Beschäftigte der Dreherei Bremen als Eigentümer ins Grundbuch eingetragen worden sind. Sie bewohnten Häuser in der Waakhauser Straße der Wörpedahler Straße und An der Nachtweide. HA Krupp WA 149/654.

34 Widia-Fabrik, Durchschnittliche Gefolgschaft des Krupp-Konzerns im Kalenderjahr 1944, einschließlich zum Wehr- und Arbeitsdienst Einberufenen, HA Krupp WA 121/47.

35 1951/1952 wurde das Gebäude der Dreherei von der Deutschen Bundespost gemietet, die darin das Fernmeldezeugamt unterbrachte. 1982 kaufte die Bundespost das Mietobjekt.

36 Vgl. Reinhold Thiel, Die bremische Flugabwehr im Zweiten Weltkrieg.

37 Lothar Gall, Krupp im 20. Jahrhundert, S. 303.

38 Ebenda.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Als besonders verteidigungswürdiges Objekt erhielt die Norddeutsche Hütte eine eigene Flakstellung zum Schutz gegen Luftangriffe: 3,7-cm-Flakgeschütz vor der Hütte

Belegschaft, Gewerkschaft und Betriebsvertretung bis 1935

Obwohl die NDH durch das Bremer Kaufmannskapital gegründet worden war, blieb sie im öffentlichen Bewusstsein der Hansestadt lange Zeit ein Fremdkörper. In der Stadt Bremen und den Nachbargemeinden waren kaum Bewerber für die körperlich schwere und gefährliche Arbeit im Hüttenwerk zu bekommen. Die Hütte warb deshalb Arbeitskräfte im weiteren Umland und auswärtige Arbeitskräfte an.

Für sie wurden Unterkünfte gebraucht, die mit Hilfe der Hütte errichtet wurden. In der Hüttenstraße direkt vor dem Werkstor wurde 1910/11 eine Werkssiedlung angelegt. Die Häuser baute man mit Steinen aus der Ziegelei auf dem Hüttengelände. Die ersten Bewohner kamen vielfach vom Lande, zum Teil aus West- und Ostpreußen und den polnischen Gebieten Deutschlands. »Manche Nachbarn sprachen noch jahrelang nur gebrochen deutsch«, berichtet ein ehemaliger Bewohner.[39]

Um die auswärtigen Arbeiter unterzubringen, errichtete man auf dem Werksgelände bereits früh Unterkünfte für ledige Arbeiter. Diese Gebäude hießen »Kaserne«.[40] Die polnischen Arbeiter wurden wie in den 1960er Jahren die Arbeitsimmigranten besonders für die anstren-

39 Erwin Giese, ehemaliger Arbeiter auf der Norddeutschen Hütte, später Meister an der Blockbrammenstraße der Klöckner-Hütte, Interview 2003.

40 Erwähnt vom Abgeordneten Theil (SPD), StAB, Verhandlungen der Bürgerschaft 1924, S. 49.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

genden, schmutzigen und gefährlichen Arbeiten eingesetzt.[41] Bereits im Ersten Weltkrieg führte der durch Einberufungen hervorgerufene Arbeitskräftemangel dazu, Kriegsgefangene auf der Hütte einzusetzen.[42] Seit Februar 1918 wurden Gefangene in größerem Umfang beschäftigt »und ist die Zahl derselben nunmehr auf 281 gestiegen«, vermerkte die Polizei-Direktion im September des Jahres.[43] Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter auf der NDH begann also nicht erst im Nationalsozialismus, sondern hatte bereits eine bis in die Anfänge zurückreichende Geschichte.

Die Politisierung der Arbeiter hatte in den ersten Jahren der Weimarer Republik zur Folge, dass Kommunisten Einfluss auf der Norddeutschen Hütte gewannen. Die heterogene Belegschaft wuchs zusammen und gerade die gewisse Außenseiterrolle in der bremischen Arbeiterschaft machte sie empfänglich für radikale Aktionen. Aus dem Kampf um die Räterepublik 1918/19 ist nichts über eine Teilnahme von Arbeitern der Hütte bekannt. Aber in den 1920er Jahren führte die Belegschaft mehrere harte Arbeitskämpfe. 1923 wurden wegen Teilnahme an der Erste-Mai-Feier am 2. Mai zehn Arbeiter entlassen. Daraufhin trat die gesamte Belegschaft in den Streik.[44] Infolge des Streiks erhielten insgesamt sechs Gemeinden, darunter Grambke und Burg, und eine Reihe von Fabrikanten in der Umgegend von Vegesack kein Hüttengas mehr.[45] Die Direktion musste zusichern, alle Entlassenen wieder einzustellen. Daraufhin wurde auf einer Betriebsversammlung am 3.5. die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Besonders erbittert wehrte sich die Belegschaft der Hütte gegen die Abschaffung des Achtstundentages. Er war im Verlauf der Revolution 1918 durch eine Verordnung der Volksbeauftragten eingeführt worden. Die neue konservative Reichsregierung unter Kanzler Marx (Zentrum) erließ 1923 eine Neuregelung der Arbeitszeit, die am 1.1.1924 in Kraft trat. Die Hüttenführung nutzte die Gelegenheit, die Arbeitszeit auszudehnen und mit einer entsprechend verminderten Belegschaft die Produktion aufrechtzuerhalten. Mitte Dezember 1923 stellte sie beim Arbeiterrat den offiziellen Antrag auf Einführung des Zwölfstundentages. Arbeiterrat wie Belegschaft lehnten den Antrag mit großer Mehrheit ab. Eine Abstimmung ergab 631 zu 27 Stimmen für Beibehaltung des Achtstundentages. Daraufhin kündigte die Direktion allen

41 Aufschlussreich ist ein Beitrag des SPD-Abgeordneten Sommer in der Debatte der Bremischen Bürgerschaft um die Abschaffung des Achtstundentages: »In der Vorkriegszeit hat die Hütte zwar in zwei Schichten gearbeitet. In diesen zwei Schichten waren aber vorwiegend Polen beschäftigt. Die Norddeutsche Hütte ist ein Fremdkörper im norddeutschen Wirtschaftsraum, überhaupt Hütten an sich hier oben. Vielleicht werden wir in Zukunft noch mehrere solcher Fremdkörper bekommen durch Ruhrindustrielle, die nach hier auswandern und die des Glaubens sind, im norddeutschen Gebiet Ruhrzustände einführen zu müssen. Wir machen diese Wahrnehmung. Das Knechtschaftsgefühl soll gefördert werden. Diese Erfahrungen machen wir bei der Hütte wie auch bei der Firma Röchling. Die hat den Anfang gemacht mit Herren, die aus dem Ruhrgebiet hierher geholt wurden, polnische Methoden einzuführen. Glauben Sie, daß sich das durchführen läßt. Das war in der Vorkriegszeit mit 700.000 eingewanderten Polen wohl möglich. Diese Leute konnte man ein bis zwei Jahre, so lange sie noch nicht von der Kultur beleckt waren, mit Hering und Kartoffeln abspeisen. Dann holte man sich neue Leute.« Abgeordneter Sommer, SPD, StAB, Verhandlungen der Bürgerschaft 1924, S. 49.

42 Im Ersten Weltkrieg wurden mehr als eine Million Kriegsgefangener in der deutschen Industrie und Landwirtschaft eingesetzt. Auch zivile Arbeiter in den besetzten Gebieten wurden gezwungen, in Deutschland zu arbeiten (vgl. Ulrich Herbert, Fremdarbeiter S. 30 ff.).

43 General-Akten der Polizei-Direktion 17.9.1918, S. 31, StAB II – D – 19.

44 Nachrichtenstelle der Polizeidirektion, StAB II-D–19.

45 Norddeutsche Volkszeitung 4.4.1923, StAB II-D–19.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Arbeiter der Norddeutschen Hütte. Undatiert. Mit Sicherheit vor dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen

etwa 850 Arbeitern zum 12. Januar.[46] Trotz großer Solidarität über die Arbeiterschaft hinaus scheiterte der Kampf der Hüttenarbeiter. Die finanziell geschwächten Gewerkschaften konnten die Belegschaft kaum unterstützen. Finanzielle Not und die wachsende Zahl der unter Polizeischutz von und zur Hütte begleiteten Streikbrecher zwangen die Arbeiter schließlich zur Aufgabe. Am 18.2.1924 sah sich der Metallarbeiterverband gezwungen, alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der alten Belegschaft zur sofortigen Wiederanmeldung zur Arbeit aufzufordern.

Die Hütte stellte etwa 600 Arbeiter zu den von der Direktion geforderten Bedingungen einer auf zwölf Stunden verlängerten täglichen Arbeitszeit wieder ein. 200 blieben arbeitslos.

In den folgenden Jahren war die Belegschaft immer weniger zu großen Streikaktionen in der Lage. 1926 führte die Geschäftsführung vor dem Gewerbegericht einen Prozess gegen 18 Arbeiter, die zusammen mit der Gesamtbelegschaft am 1.5.1926 die Arbeit niedergelegt hatten. Die Direktion wollte sich von ihnen als Gesamtschuldner den angeblich durch die Arbeitsruhe entstandenen Schaden von 396,86 Mark ersetzen lassen. Die Hütte gewann in

46 Vgl. zu den Aktionen der NDH-Belegschaft die ausführliche Debatte in der Bremischen Bürgerschaft, in: Verhandlungen der Bürgerschaft 1924, StAB sowie Andersen/Kiupel, IG Metall Bremen, Die ersten 100 Jahre, S. 77 ff.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Arbeiter der Norddeutschen Hütte. Undatiert. Mit Sicherheit vor dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen

erster Instanz, über das weitere Verfahren liegen uns keine Informationen vor. Die allgemeine Wirtschaftskrise warf ihre Schatten voraus. Nur ein Restbestand der Belegschaft blieb über die Zeit der Stilllegungen der Hütte erhalten. Mit Inbetriebnahme des Hochofens und des Zementwerks 1935 setzte sich die Belegschaft aus rund 400 Mann zusammen, von denen nur ein Teil zum alten Stamm gehörte.

Zum ersten und für kurze Zeit zum letzten Mal besaß die Hütte in dieser Zeit eine relativ homogene Belegschaft aus vorwiegend Bremer Arbeitskräften. Vorstandsmitglied R. Schwöbmann spielte bei der Feier zum Anblasen des Hochofens III im September 1935 darauf an: »Die Arbeit auf einem Hüttenwerk ist nicht leicht und nicht für jeden geeignet. Wenn wir jetzt aber nur bremische Arbeiter beschäftigen, ist das wohl das beste Zeichen, dass auch die Arbeiterschaft ihre Abneigung gegen die Arbeit auf einem Hüttenwerk überwunden hat, und dies findet seinen besonderen Ausdruck darin, daß jetzt auch der Nachwuchs aus unseren Kreisen zu uns kommt.«[47]

Unter den Facharbeitern der Stammbelegschaft blieb durch gemeinsamen Wohnort und lange Zusammenarbeit im Betrieb ein vertrautes Milieu erhalten, das einen zumindest passiven Widerstand gegen die Nazifizierung des Betriebes ermöglichte. Schon wenig später führte die

47 Bremer Nachrichten 19.9.1935, Archiv Handelskammer Bremen, Norddeutsche Hütte 900 01 K 13.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Arbeiter der Norddeutschen Hütte. Undatiert. Mit Sicherheit vor dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen

Rüstungskonjunktur zu einem wachsenden Bedarf an Arbeitskräften. Im Geschäftsbericht 1936 heißt es: »Das Jahr 1936 ist das erste volle Betriebsjahr, über das wir nach der Ende 1935 erfolgten Wiederinbetriebnahme unserer Hütte berichten können. Die Werksanlagen wurden im Laufe des Jahres durch eine als Ersatz erstellte neue Koksofenbatterie ergänzt ... Die Zustellung eines unserer Hochöfen und die Erneuerung der zugehörigen Betriebsanlagen konnte im Berichtsjahr beendet werden ... Das seit 1936 im Bau befindliche neue Kraftwerk wird voraussichtlich bis Mitte des laufenden Jahres fertiggestellt werden können. Der Betriebsumfang im Berichtsjahr gestattete über die Wiedereinstellung der früheren Hüttengefolgschaft hinaus die Vornahme von Neueinstellungen in erheblichem Umfang.«[48]

1937 wurde ein weiterer Hochofen zugestellt, die Hafenanlagen erneuert und bestehende Anlagen verbessert. Entsprechend stieg auch die Belegschaftszahl weiter an. Inzwischen wurden Arbeitskräfte bereits knapp. Die Tariflöhne waren nach Machtübernahme der Nationalsozialisten auf das niedrige Niveau der Jahre 1932/33 eingefroren worden. Die Norddeutsche Hütte gehörte dem Tarifbezirk Stahl und Eisen an, dessen Löhne unter dem Durchschnitt anderer Industriezweige lagen. Direktor Hofmann bemerkte bei seinem Dienstantritt 1935: Als er zur NDH kam, war die Bezahlung der Arbeiter dort unglaublich schlecht. Es verdiente ein

48 Norddeutsche Hütte AG Geschäftsbericht 1936, Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

ungelernter Arbeiter 0,6, ein angelernter 0,65 und eine Fachkraft 0,71 RM.[49] »Ich konnte zwar den Grundlohn nicht ändern, da ein Lohnstopp zur Zeit bestand, aber es bestand ja immer die Möglichkeit, Leistungszulage zu geben.«[50] Die Konkurrenz um Arbeitskräfte bestimmte in den folgenden Jahren den Arbeitsmarkt, bis sich mit den Eroberungszügen der Wehrmacht ein scheinbar unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir zu erschließen begann.

49 Zum Vergleich tarifliche Stundenlöhne (Facharbeiter) jeweils am 1.4. in einigen Gewerben Bremens (in Pfennig):

	1932	1933	1934	1935	1936
Metallverarb. Industrie	81,5	79,2	79,2	79,2	79,2
Darunter					
Seeschiffswerften	75,2	72,2	72,2	72,2	72,2
Baugewerbe	114,0	96,0	94,0	94,0	94,0
Holzgewerbe	98,4	-	83,7	83,7	83,7

Pfliegensdörfer, Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse, Beiträge zur Sozialgeschichte, S. 262 f. Pfliegensdörfer weist darauf hin, dass während des Lohnstopps die Preise erheblich anstiegen. Nach Erreichen der Vollbeschäftigung im Jahre 1936 geriet allerdings auch das Lohnniveau in Bewegung. Viele Rüstungsbetriebe sahen sich genötigt, sogenannte Konjunktur- oder Locklöhne zu zahlen.

50 Otto Hofmann, Aussage vor der II. Bremer Spruchkammer am 8.6.1949, StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Die nationalsozialistische Herrschaft auf der Hütte[51]

Im Mai 1935 trat ein neuer technischer Direktor sein Amt auf der Hütte an. Er war von der Konzernspitze aus dem Hochofenwerk von Krupp in Essen-Borbeck nach Bremen versetzt worden. Fotos von der Einweihung des Hochofens zeigen einen kleinen untersetzten Mann mit dem NSDAP-Parteiabzeichen am Revers. Otto Hofmann war überzeugter Nationalsozialist. Bereits am 1.1.1931 trat Hofmann mit der Mitgliedsnummer 425 612 in die NSDAP ein und fungierte vom August 1932 bis Ende 1934 als Ortsgruppenleiter in Essen-Borbeck.

Sein ehemaliger Vorgesetzter im Hochofenwerk Essen-Borbeck glaubte, dass Hofmann aus »reinem Idealismus« in die NSDAP eintrat, »weil er von der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der Beseitigung der Klassenunterschiede viel Gutes für das Deutsche Volk erwartete«.[52] Hofmann wurde am 2.6.1892 in Pyle (England) geboren und wuchs im habsburgischen Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn auf. 1914 begann er sein Studium an der Technischen Hochschule in Breslau. Dort trat er dem Cösener Corps »Silesia« bei.[53] Als Reserveoffizier nahm er am Weltkrieg teil und wurde nach Gründung der Tschechoslowakei Reserveoffizier der tschechoslowakischen Armee. 1925 gelang es ihm, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, um – nach seinen Worten – nicht dauernd sprachlichen Schwierigkeiten und sonstigen Verfolgungen als Deutscher in der Tschechoslowakei ausgesetzt zu sein. 1926 begann er seine Laufbahn in einem Krupp-Betrieb und erhielt im September 1928 die Position als Betriebsassistent und später als stellvertretender Betriebsleiter im neu errichteten Hochofenwerk in Essen-Borbeck.

Alles spricht dafür, dass der Konzern einen energischen Manager für den Ausbau der Bremer Hütte brauchte und nichts dagegen hatte, einen parteitreuen Nationalsozialisten einzusetzen. Sein schon erwähnter früherer Chef charakterisiert ihn so: »Im Betriebe war Herr Hofmann stets nach besten Kräften bemüht ein gerechter Vorgesetzter zu sein. Er war dabei in erster Linie Betriebsmann ohne Rücksicht auf Politik.«

Mit der Zerschlagung der Arbeiterparteien und Gewerkschaften gingen die Machthaber daran, auch in den Betrieben die betrieblichen Interessenvertretungen zu beseitigen und ein dichtes Kontrollsystem zu errichten. Nach der Zerstörung nahezu jeden politischen Widerstandes war dabei oberstes Ziel die Sicherung der Arbeitsdisziplin im Interesse einer reibungslosen Produktion für Aufrüstung und den geplanten Krieg. Obwohl Gustav Krupp von Bohlen und Halbach vor 1933 im Gegensatz zu anderen Stahlindustriellen den Nationalsozialisten mit einer gewissen Distanz gegenüberstand, gliederte sich der Konzern willig in die

51 Eine Darstellung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und der Sozialbeziehungen zwischen 1933 und 1945 würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Vgl. dazu H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914 –1949, Neunter Teil, 600–940, München 2003, 2. Aufl., Götz Aly, Hitlers Volksstaat, Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/M. 2005, Michael Burleigh, Die Zeit des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2. Aufl. 2000.

52 Eidesstattliche Versicherung 25.8.1949, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

53 Das Corps Silesia ist eine schlagende Verbindung. Sie existiert noch heute als Corps Borusso-Silesia. Mindestens zwei Bestimmungsmensuren sind Pflicht für jeden Aktiven. Vgl. Homepage des Corps Borusso-Silesia, http://www.borusso-silesia.de

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Direktor Otto Hofmann (heller Mantel) mit weiteren leitenden Angestellten der NDH bei einem Demonstrationsumzug hinter der Hakenkreuzfahne. Undatiert

Rüstungsmaschinerie des Dritten Reiches ein.[54] Die nationalsozialistische Ideologie von der »Werksgemeinschaft« ließ sich mit der traditionellen Krupp'schen Unternehmensideologie durchaus in Einklang bringen. »Nicht wenigen Nationalsozialisten dienten die sozialen Errungenschaften der Kruppianer als Muster ihrer eigenen Vorstellungen. Dazu gehörten Werkssiedlungen, Krupp'sche Konsumanstalt, Krankenhäuser, Betriebspensionen und vor allem die industrielle Berufsausbildung.«[55]

Auch für einen überzeugten Nationalsozialisten wie Hofmann stand der Ausbau der betrieblichen Repressionsorgane und die Zusammenarbeit mit Gestapo und anderen NS-Stellen unter dem Hauptzweck der Sicherung der höchstmöglichen Produktion.

Otto Hofmann machte auf der Norddeutschen Hütte Karriere. Am 1.1.1936 wurde er anstelle des aus Altersgründen ausscheidenden Direktors Tutein zum Mitglied des Vorstandes ernannt. 1942 löste er den bisherigen Direktor Rudolf Schwöbmann als Betriebsführer ab. Die

54 Konzernlenker Gustav Krupp von Bohlen und Halbach stand der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei nahe und hatte für die rabiate Politik der Nationalsozialisten wenig übrig. Als Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie übernahm er jedoch 1933 den Vorsitz im Kuratorium der »Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft« und wurde bald darauf zum loyalen Gefolgsmann Adolf Hitlers. Krupps defizitäre Germania-Werft in Kiel profitierte seit 1934 von Marine-Aufträgen für neue U-Boote und Zerstörer. Auch das Stammwerk in Essen und die Konzerntöchter wurden zu zentralen Produktionsstätten für Rüstungsgüter. Vgl. Werner Abelshausen, Gustav Krupp und die Gleichschaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 1933–1934.

55 Werner Abelshausen, Rüstungsschmiede der Nation, in Lothar Gall, Krupp im 20. Jahrhundert, S. 298.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Hintergründe für diesen Wechsel sind nicht ganz durchschaubar. Christoph Lauterbach, von September 1937 bis Dezember 1947 als Sozialbetreuer bei der Norddeutschen Hütte, erinnerte sich 1948: »1941 gab es eine Besprechung der DAF, in der ein Vertreter der DAF-Reichsleitung anwesend war. Zu dieser Besprechung wurden aus allen Betriebsabteilungen Leute bestimmt. Thema: Ursachen der sozialen Mißstände im Betrieb. Nach dem Ergebnis dieser Aussprache wurde dem Direktor Schwöbmann die Betriebsführereigenschaft genommen und diese auf den Direktor Hofmann übertragen. Die Verdrängung Schwöbmanns als Betriebsführer ist meines Erachtens im Zusammenwirken mit dem Betriebsobmann Metscher und den Arbeitsfront- und Parteiinstanzen vorgenommen worden. Hofmann hat als Betriebsführer die Nationalsozialisten und Betriebsleiter enger um sich gesammelt und hat mit diesen den Betrieb nach parteipolitischen Gesichtspunkten gestaltet. Die Leistungen der Beschäftigten waren nicht mehr wie bisher entscheidend, sondern die politischen Einstellungen der Betreffenden ... (Hofmanns) Betriebsleiter waren gesinnungsmäßig fanatische Nationalsozialisten.«[56] Hofmann selbst gab an, dass es über Schwöbmann unzählige Beschwerden gab und die Deutsche Arbeitsfront ihm deshalb nahelegte, seinen Posten niederzulegen. Schwöbmann war Kaufmann und konnte sich für Technik und Arbeitsorganisation nicht interessieren. Im Betrieb habe er sich überhaupt nicht blicken lassen.[57]

Die Einschaltung höchster Stellen der Deutschen Arbeitsfront spricht dafür, dass es sich um eine Intrige handelte, mit dem Ziel, einen Betriebsführer an die Spitze des Betriebs zu setzen, der energisch und skrupellos genug war, um einen funktionierenden Betrieb mit einer Belegschaft sicherzustellen, die zunehmend aus ausländischen Arbeitern bestand. Wieweit die Krupp-Zentrale in diese Machenschaften eingeschaltet war, ist nicht zu ermitteln.

Schwöbmann selbst stellte seine Absetzung eher als einen einvernehmlich vollzogenen Wechsel dar. Er habe mit Hofmann wohl drei- bis viermal darüber gesprochen. In diesen Gesprächen äußerte Hofmann die Ansicht, dass er (Schwöbmann) nicht das Vertrauen der Arbeiter besäße. »Es ist wohl klar, daß ein Geschäftsmann, d.h. ein Kaufmann nicht den Kontakt mit den Arbeitern findet, wie ein Fachmann ... Nach einer Absprache mit Herrn Hofmann haben wir beide beschlossen, daß Hofmann Betriebsleiter werden sollte und ich wollte zurücktreten. Wir bekamen damals noch eine Rüge, da wir diese Sache unter uns abgemacht hatten.«[58]

Schwöbmann blieb als kaufmännischer Direktor weiter im Vorstand. In der selben Zeit wurde Hofmann vom Bremer Rüstungskommando zum militärischen Abwehrbeauftragten und von der Staatspolizei-Leitstelle Bremen zum politischen Abwehrbeauftragten bestellt. Im Krupp-Stammwerk wie in anderen Krupp-Betrieben gab es den Abwehrbeauftragten als eigenständige Funktion. Bei der Norddeutschen Hütte vereinigte der Betriebsführer ab 1942 diese Aufgaben in seiner Hand. Hofmann schilderte die Motive dafür 1947 folgendermaßen: »Zum ehrenamtlichen Abwehrbeauftragten entschloß ich mich, weil ich aufgrund von früher gemachten Erfahrungen fürchtete, daß gerade im Krieg, diese Stellung in unvernünftige Hände gelegt, zu Schwierigkeiten und nicht zuletzt vielleicht zu Mißbrauch führen könnte.«[59] Der

56 Aussage im Spruchkammerverfahren 20.12.1948, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

57 Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

58 Aussage vor der II. Spruchkammer, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

59 Lebenslauf Otto Hofmann, verfasst im Internierungslager in Ludwigsburg am 14.2.1947, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Verwaltungsgebäude der Norddeutschen Hütte. Es lag etliche hundert Meter von den Produktionsstätten entfernt. Die Verwaltungsangestellten konnten in der Kantine der gegenüberliegenden Granatendreherei essen

militärische Abwehrbeauftragte hatte Verbindung mit der Abwehrstelle im Wehrkreis X zu halten. Seine Aufgabe war es, jede Gefährung der Produktion durch »Spionage« und »Sabotage« zu verhindern. Er war gegenüber der Abwehrstelle dafür verantwortlich, dass Ausländer nicht in besonders sabotageempfindlichen Betriebsabteilungen eingesetzt werden durften. Dabei wurde als »Sabotage« »jede vorsätzliche Handlung oder Unterlassung produktionsstörenden Charakters aus persönlichen Motiven« bezeichnet.[60] Seine Funktion als militärischer Abwehrbeauftragter spielte Hofmann im Entnazifizierungsverfahren herunter: »Während meine Bestellung zum militärischen Abwehrbeauftragten kaum zum Tragen kam, bestand meine Tätigkeit als politischer Abwehrbeauftragter der Staatspolizeistelle hauptsächlich darin, daß ich, wie angeordnet, vorerst monatlich und später vierteljährlich Stimmungsberichte einzureichen hatte, in denen ich nicht nur die Wünsche und Beschwerden der Belegschaft zum Ausdruck brachte und in ungeschminkter Form auf bestehende Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten hinwies, sondern auch mich wiederholt für politisch Andersdenkende und Ausländer mit Erfolg einsetzt. Nebenbei nahm ich an den meist halbjährig von der Staatspolizeistelle Bremen veranstalteten Zusammenkünften der Abwehrbeauftragten teil, die nur belehrenden Charakter hatten.« Die Stimmungsberichte enthielten u.a. folgende Punkte: Wie steht die Gefolg-

60 »Hierzu gehören ... absichtlich langsames oder fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Fernbleiben von der Arbeitsstätte, Vortäuschen von Erkrankungen, Selbstverletzungen, Ungehorsam gegen betriebliche Vorgesetzte, Arbeitsverweigerung, Miesmacherei, absichtliche Beunruhigung der Gefolgschaft durch Flüsterpropaganda, Gerüchtemacherei, Aufwieglung und Aufforderung zum Streik usw.« Sabotageabwehr in der Wehrwirtschaft, Richtlinien für die Abwehrbeauftragten geschützter Betriebe, aufgestellt vom Oberkommando der Wehrmacht, Mai 1940, zitiert nach Klaus Drobisch, Der Werkschutz, S. 223.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

schaft zu den Maßnahmen der NSDAP und der Reichsregierung? Welche Witze werden über die Reichsregierung gemacht? Es waren also Spitzelberichte. Hofmann behauptete 1949 im Spruchkammerverfahren, er habe wahrheitsgemäß geschrieben, wie es sich in seinem Betrieb verhielt, habe aber niemanden namhaft gemacht.[61] Dem politischen Abwehrbeauftragten bzw. Betriebsführer oblag als Leiter auch die Bewachung der in Lagern untergebrachten Ostarbeiter, die Einteilung des Dienstes, die Führung der Wachmänner und die Sicherheit im Lager wie im Betrieb überhaupt.[62]

Hofmann vereinigte ab 1942 in seiner Dreifachfunktion als Betriebsführer, politischer und militärischer Abwehrbeauftragter eine beispiellose Machtfülle in seiner Hand. Er kümmerte sich selbst um Personalfragen, konnte die Einberufungen zur Wehrmacht beeinflussen und war die zentrale Figur im betrieblichen Disziplinar- und Bestrafungssystem sowie die Schaltstelle zum außerbetrieblichen Sicherheitsapparat des Regimes. Nach Aussage eines Betriebsingenieurs nahm er sogar die Einteilung von Belegschaftsmitgliedern zum Flakdienst persönlich vor.[63]

Bereits in den Jahren des Ausbaus der Hütte und ihrer technischen Modernisierung ab 1936 hatte Hofmann Einfluss auf die Zusammensetzung der Belegschaft genommen. Als technischer Direktor brauchte er für die neuen Anlagen qualifizierte Facharbeiter. Dafür wurden unter anderem 20 Arbeiter von Krupp-Rheinhausen zur Bremer Hütte geholt. Vier wurden für die neue Verblaseanlage zur Herstellung der speziellen Eisenlegierungen eingestellt. Die Belegschaft der Hütte wuchs nun rasch auf 950 Arbeiter und Angestellte im September 1938 an. Außer den etwa 300 Arbeitern, die mit dem Krümpersystem über die Zeit der Wirtschaftskrise bei der Hütte gehalten worden waren, wurden in den folgenden Jahren nur noch vereinzelt Arbeiter aus dem alten Stamm der Norddeutschen Hütte eingestellt (elf im Jahre 1937). Bei den Neueinstellungen wurde darauf geachtet, auch NSDAP-Parteigenossen in Positionen zu bringen. Durch diese Einstellungspolitik waren schließlich etwa 40 bis 50 NSDAP-Mitglieder auf der Hütte beschäftigt, davon eine Handvoll fanatischer Hitleranhänger.[64] Sie waren konzentriert im Angestelltenbereich der Verwaltung und im Lohnbüro. Ein Lehrlingsausbilder und einige Ingenieure gehörten ebenfalls der NSDAP an.[65] Das Netz dieser Parteigenossen wurde in den nächsten Jahren dazu benutzt, die betriebliche Ordnung und das Verhalten der Belegschaft zu kontrollieren und Verstöße gegen die Betriebsordnung sofort zu melden.

Auch als der alte Betriebsführer Schwöbmann noch amtierte, gelang es dem eher im Hintergrund wirkenden Otto Hofmann, so viel Einfluss auf die Besetzung dieser Stellen zu nehmen, dass eine NS-Gefolgschaft entstand, die der Partei eine größere Geltung im Betrieb verschaffen konnte. Nach dem Krieg beklagte sich der Ingenieur Habeck darüber, dass ihm eine zugesagte Position nicht gegeben und stattdessen ein langjähriger Parteigenosse auf diesen Posten gesetzt wurde.[66]

61 Aussage am 26.4.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

62 Gestapo, Staatspolizeistelle Bremen: Dienstanweisung über die Behandlung der in Lagern untergebrachten Ostarbeiter, 14.10.1942, Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen.

63 Aussage Wilhelm Habeck, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

64 Der spätere Betriebsrat Alexander Orzol verfasste nach 1945 eine Liste mit 37 Namen von NSDAP- und SA-Mitgliedern. Insgesamt zwölf sind davon mit einem Kreuz als besonders scharfe Nazis gekennzeichnet.

65 Alex Orzol, Interview 1983.

66 Habeck, 1.3.1941 als Betriebsingenieur bei der NDH eingetreten, sagte aus: »Auf Grund meiner besonderen Ausbildung als Ingenieur für das Kraftwerkswesen hatte ich mit der Norddeutschen Hütte einen Vertrag abge-

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Der schon erwähnte Sozialbetreuer Christoph Lauterbach sagte aus:

»Als Hofmann kam, dann kamen auch schon mehr Parteigenossen in den Vertrauensrat, der Kurs wurde schärfer und es wurde eine größere Arbeitsleistung verlangt.«[67]

Hofmanns Vorstandskollege Schwöbmann schätzte den mit Hofmann eingetretenen Wandel so ein: »Als (H.) von Essen nach hier kam, gab es auf der Hütte kaum irgendwelche Parteimitglieder und keinen ›Deutschen Gruß‹. Durch seinen Einfluss wurde dieses bald geändert. Nach etlichen Jahren war die Hütte braun, vorher aber als ›Rote Hochburg‹ bekannt. H. war durchaus ein befähigter Betriebsmann, der sich auch bemühte, durch strenge Gerechtigkeit seine nationalsozialistischen Bestrebungen zu unterstützen.«[68]

Begünstigt wurde die Heranbildung einer NS-Führungsmannschaft durch ihre Konzentration in einer Wohnsiedlung auf dem Werksgelände, die den leitenden Angestellten vorbehalten war. Man wohnte als Direktor oder Betriebsleiter in einer von Bäumen umgebenen Villa an der Dr. Wiegandstraße in der Nähe des Werkstores.

Diese für Bremer Betriebe einmalige Konzentration des Führungspersonals und ihrer Familien auf dem Werk erleichterte die soziale Kontrolle. Die leitenden Herren trugen teilweise Pistolen. Sie waren also im Falle befürchteter Unruhen der ausländischen Arbeiter im Werk jederzeit schnell zu mobilisieren.

Allerdings konnte sich der neue Gefolgschaftskurs nicht total durchsetzen. Das zeigte sich etwa an dem von den Nationalsozialisten gewünschten und teilweise häufig mit drakonischen Mitteln erzwungenen Gebrauch des Hitler-Grußes. Ein ehemaliger Mitarbeiter sagte nach dem Kriege aus, im März 1936 habe er nicht zur »Führerehrung« den Arm gehoben. Auch habe er im Betrieb nicht mit »Heil Hitler« gegrüßt. Am nächsten Tag sei er vom Direktor Schwöbmann unter Beschimpfungen und der Drohung mit der Gestapo fristlos entlassen worden. Der Betriebsobmann der DAF als »Vertreter der Belegschaft« war dabei und stimmte dem neuen Zeitgeist entsprechend zu.[69] Diese Entlassung ist natürlich im Betrieb bekannt gemacht worden. Die Arbeiter im Betrieb spürten diese Veränderung und im Betrieb wurde daraufhin vorsichtiger diskutiert.

Allerdings blieb die Durchsetzung dieser äußerlichen Anpassungsgeste auf der Hütte auf einzelne Abteilungen beschränkt. Darüber gibt es zahlreiche Aussagen sowohl von Höheren Angestellten wie von Arbeitern. Der ehemalige SA-Mann August Strüssmann sagte dazu:

schlossen, nach welchem mein Arbeitsgebiet die Beaufsichtigung der Kraftzentralen und die Durchführung der auf dem Werk anfallenden Reparaturarbeiten umfassen sollte. Nach etwa achtmonatiger Einarbeitungszeit ... wurde mir lediglich die Leitung der mechanischen Werkstat, also die Erledigung der Reparaturarbeiten übertragen. Nach weiteren drei Monaten schied der Berufskollege aus, der mich vorher im Betrieb eingearbeitet hatte und welcher bis dahin auch die Kraftzentralen geleitet hatte. Vertragsgemäß erwartete ich nunmehr, daß mir endgültig die Leitung und Beaufsichtigung der Kraftzentralen übertragen wurde ... Ich wurde bitter enttäuscht. Es wurde mir ohne vorherige Absprache ein langjährig im Technischen Büro gewesener Ingenieur und Konstrukteur vor die Nase gesetzt. Ihm als langjährigem Parteigenossen und SA-Mann (Unterführer) wurde die Beaufsichtigung und Leitung der Kraftzentralen übertragen. Ich als Nichtparteigenosse und trotzdem als vertraglich rechtmäßiger Anwärter für die zur Debatte stehende Stellung mußte schweigen.« (Stellungnahme an den Prüfungsausschuß für das Vorstellungsverfahren, StAB 4,66 – I.).

67 Spruchkammerverfahren 8.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

68 Ebenda.

69 Jan Janßen, Schreiben an den Prüfungsausschuss für das Vorstellungsverfahren 21.2.1946, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

»Es ist auf dem Betrieb keiner gezwungen worden, in die Partei einzutreten. Ich war ja nun derjenige, der morgens mit ›Heil Hitler‹ gegrüßt hat. Aber im Laufe der Jahre hat man dann nur noch die rechte Hand gehoben. Ich habe mit Guten Morgen gegrüßt. Zuerst habe ich auch an das 1000jährige Reich geglaubt. Aber als Hitler Rußland angegriffen hat, haben wir nicht mehr daran geglaubt. Man kennt ja das historische Beispiel von Napoleon.«[70] In Abteilungen mit größeren Arbeitergruppen aus der alten Belegschaft wie in der mechanischen Werkstatt hatten die SA- und Parteileute keinen leichten Stand. Der ehemalige Lehrling Hans Schröder schildert: »Wenn ich morgens in die Werkstatt kam, mußte ich 25 Mal ›Guten Morgen‹ sagen und einmal ›Heil Hitler‹. Die Altgesellen, die ich hier in der Werkstatt hatte, die waren alle nicht so für die Braunen. Wir mußten, wenn wir morgens kamen mit ›Guten Morgen‹ und mit ›Auf Wiedersehen‹ grüßen. Außer ein paar, ich glaube zwei oder drei Altgesellen, das waren regelrechte SA-Männer. Bei denen mußten wir natürlich ›Heil Hitler‹ sagen, aber alle anderen bestanden darauf, daß wir guten Morgen und auf Wiedersehen sagten. Wir Jungs haben uns dann einen Spaß daraus gemacht und bei den einen ›Guten Morgen‹ und bei den anderen ›Heil Hitler‹ gesagt. Das ging so hin und her. Die Mehrzahl der Altgesellen haben die zwei oder drei SA-Leute natürlich schwer in der Mache gehabt.«[71]

Ein anderer ehemaliger Lehrling schildert das widerständige Milieu in der Werkstatt mit den Worten: »Für uns Jungens paßte das gut, daß die Altgesellen und auch die Meister mit uns so sprachen wie unsere Eltern zu Hause. Unsere Eltern waren ja auch nicht für den braunen Teint. Bloß, wenn sie irgend was beschnattert haben, haben sie uns weggeschickt, Schrauben holen oder so was. Das durften wir nicht mit anhören.« [72]

Es lässt sich wohl feststellen, dass die Hütte durch die Einsetzung eines nationalsozialistischen Betriebsführers nicht zu einer Nazi-Hochburg wurde. Der Betriebsleiter Hans Michel dürfte die Stimmung in Teilen der Belegschaft richtig eingeschätzt haben: »Mir unterstanden 85 Leute. Durch das Erscheinen von Hofmann hatte sich in der politischen Einstellung meiner Leute nichts geändert. Von meiner Belegschaft ist keiner gezwungen worden und auch keinem geraten worden, in die Partei einzutreten. Bei uns wurde ›Heil Hitler‹ und auch ›Guten Tag‹ gesagt. Die NDH war keine nazistische Hochburg. Herr Hofmann war etwas verschlossen, aber sehr korrekt und gerecht.«[73]

Im Konfliktfall zwischen Durchsetzung der nationalsozialistischen Ideologie und Sicherung der kriegswichtigen Produktion stand auch unter der neuen Führung der Betriebszweck über der Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung. Dafür spricht der Bericht eines ehemaligen Beschäftigten über Hofmann: Als einmal eine Goebbels-Rede übertragen werden sollte, habe sich H. dahingehend geäußert, dass dadurch wieder ein paar Stunden Zeit verloren gingen. »Der Betroffene sei ein unerbittlicher, korrekter Chef gewesen.«[74] Aber die

70 Interview August Strüssmann 1983.

71 Auch auf der Werft AG »Weser« spielte das Verweigern des Hitler-Grußes als Zeichen der Distanz zum Nazi-Regime eine Rolle. Vgl. den Bericht eines Zellenwartes der NSV über das Klima auf der Werft: »Wird der Deutsche Gruß von einem der Arbeiter geboten, löst dieses eine eisige Abwehr von mindestens 90 Prozent der Belegschaft aus. Derjenige, welcher den Gruß geboten hat, stößt auf sehr große Schwierigkeiten, wo man ihm schaden kann, wird es bestimmt getan.« Zitiert nach Marßolek/Ott, Bremen im 3. Reich, S. 152.

72 Hans Schröder, Interview 1983.

73 Aussage im Spruchkammerverfahren 8.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

74 Aussage Ludwig Eylers, Spruchkammerverfahren 25.4.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

August Strüssmann (Bildmitte mit Mandoline) mit Arbeitern der Ziegelei 1929. Er absolvierte eine Lehre auf der Hütte, arbeitete in Dortmund und trat 1932 in die NSDAP und in die SA ein. Über seinen Parteieintritt sagte er: »Wir waren ehrliche Hitler-Leute. Wir sind eingetreten, damit wir Arbeit kriegten.« Strüssmann wurde später zur NDH dienstverpflichtet

Heranbildung eines NS-Führungskorps in Verbindung mit dem Ausbau von betriebsinternen Herrschaftsinstrumenten wie Unternehmensrat, Werkschutz und vor allem einem ausgefeilten Strafsystem und die Verbindung mit dem außerbetrieblichen Terrorapparat der Gestapo, mit der dahinter stehenden Drohung einer Einweisung in ein Arbeitserziehungslager oder in ein Konzentrationslager sorgten dafür, dass es auf der Hütte nicht zu offenen Widerstandshandlungen kam. Dieser Herrschaftsapparat wirkte effektiv auch zu einer Zeit, als ein großer Teil der Belegschaft aus ausländischen Dienstverpflichteten und Zwangsarbeitern bestand. Er sorgte dafür, dass die Arbeitsdisziplin bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft durchgesetzt werden konnte.

Die NS-Organisationen auf der Hütte

Deutsche Arbeitsfront und der Betriebsobmann

Die Nationalsozialisten lösten im Mai 1933 die Freien Gewerkschaften auf und zwangen die Mitglieder in die Deutsche Arbeitsfront. Parallel dazu gingen die neuen Machthaber daran, die betrieblichen Vertretungsorgane der Arbeiter durch gleichgeschaltete Organe der NSDAP zu ersetzen. Der 1929 zur Festigung des nationalsozialistischen Einflusses in den Betrieben gegründeten Betriebszellenorganisation (NSBO) gelang es bei den Betriebsratswahlen im März

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

1933 nicht, die Mehrheit in den Betrieben zu erobern.[75] Danach fanden keine Wahlen mehr zu Betriebsvertretungen statt. Die Bedeutung der NSBO trat immer mehr zurück. Wichtigste nationalsozialistische Organisation im Betrieb wurde die Deutsche Arbeitsfront.

Statt des von der Belegschaft gewählten Betriebsrates wurden vom Betriebsführer in Verbindung mit der NSBO bzw. DAF ein Vertrauensrat und ein Betriebsobmann eingesetzt. Der Vertrauensrat bestand aus sechs oder sieben Mitgliedern. Er spielte im Wesentlichen eine Statistenrolle. Nach der Betriebsordnung der Deutschen Arbeitsfront standen die Vertrauensratsmitglieder und der Betriebsobmann dem Betriebsführer »beratend« zur Seite.[76]

Der erste Betriebsobmann der Norddeutschen Hütte war Heinz Nenstedt. 1940 wurde er durch Hugo Metscher abgelöst. Nenstedt wechselte als Leiter der Krankenkasse auf einen höheren betrieblichen Angestelltenposten.

Die DAF sah den Betriebsobmann als ihren Beauftragten und verlängerten Arm im Betrieb. In einem Schreiben der DAF vom 9.1.1942 heißt es im bürokratischen Nazijargon: »Der Betriebsobmann der DAF ist für die Durchführung der ihm vom zuständigen Ortsobmann der DAF und der ihm vom für den Betrieb zuständigen Kreisfachstellenwalter der DAF übertragenen Arbeiten verantwortlich. Er hat den Ortsobmann der DAF über seine Tätigkeit laufend und in regelmäßigen Zeitabständen unaufgefordert mündlich zu errichten.« Dabei hat er den Betriebsführer über alle soziale Fragen des Betriebes stets auf dem Laufenden zu halten. »Ziel des Betriebsobmanns der DAF muß es sein, durch entsprechendes Einwirken den Betriebsführer in dem Bestreben zu unterstützen, aus seinem Betrieb einen ›Nationalsozialistischen Musterbetrieb‹ zu machen. Es ist dabei seine besondere Aufgabe, einen gerechten sozialen Ausgleich zur Sicherung des Arbeitsfriedens herbeizuführen und zu erhalten.«[77]

Hugo Metscher war seit Dezember 1922 bei der NDH beschäftigt. Seit Machtübernahme der Nationalsozialisten saß er im Vertrauensrat und wurde 1934 in die Deutsche Arbeitsfront übernommen. Von 1938 bis 1940 war er in der Werkschar der DAF organisiert. Am 1.5.1937 trat er in die NSDAP ein. 1940 wurde er vom Direktor Schwöbmann als Betriebsobmann eingesetzt. Er wirkte an den Verhören und zahlreichen betrieblichen Verwarnungen und Verweisen wegen Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin mit.

Möglicherweise hat er in dem einen oder anderen Fall auch versucht, Strafen abzumildern. Aber nach seinen eigenen Worten war der Betriebsführer die entscheidende Kraft: »Bei der Festsetzung der Sühne habe ich teilgenommen ... Wenn Herr Hofmann eine Anzeige (beim Reichstreuhänder oder der Gestapo) machen wollte, habe ich ihm oft widersprochen und versucht ihn zu beeinflussen, dieses nicht zu machen. Aber er konnte ja nicht anders. Herr Hofmann war nicht wild auf Meldungen an die Gestapo ... Ehe aber Meldung gemacht wurde, kam der Vertrauensrat zusammen und der Betreffende wurde dazu verhört.«[78] Hofmann sah

75 Bei den Betriebsratswahlen der AG »Weser« stimmten 794 Belegschaftsmitglieder für die Freien Gewerkschaften, 98 für die RGO-Liste. Die NSBO stellte keine eigene Liste auf. Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen IV, S. 116. Für die Norddeutsche Hütte ist nicht bekannt, ob 1933 noch Betriebsratswahlen stattfanden.

76 Vgl. dazu Reinhard Giersch, Von der »Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation« zur »Deutschen Arbeitsfront«, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 26 (1982), S. 43–73.

77 StAB 7,1066 – 277.

78 Spruchkammerverfahren 8.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

den Vertrauensrat offensichtlich nur als Staffage bei diesen betrieblichen »Gerichtsverhandlungen« an. Mit unüberhörbarer Arroganz schilderte Hofmann selbst sein Verhältnis zum Vertrauensrat: »Die Abteilung, die den Mann aufgab, verlangte entweder eine Verwarnung oder eine Buße. Zu diesen Anträgen ließ ich mir dann den Vertrauensrat kommen und habe im Beisein des Betriebsobmanns solche Sache erledigt.«[79] Der Vertrauensrat bestand eben aus nichts anderem als seinen Gefolgsleuten, nicht aus Sprechern der Belegschaft. Aus den Äußerungen vieler Arbeiter nach 1945 spricht deshalb auch die Geringschätzung gegenüber dieser Scheinvertretung.[80]

Nach Kriegsbeginn erhielt die DAF eine neue Aufgabe. Sie strebte an, die rapide anschwellenden Lager für ausländische Arbeiter verwaltungsmäßig in ihrer Hand zu vereinen. Spätestens seit 1942 wurden mehrere der Lager auf der Norddeutschen Hütte der DAF unterstellt. In den Personallisten für Angestellte der Norddeutschen Hütte finden sich insgesamt fünf Lagerführer, die teilweise nach nur kurzer Zeit wieder abgelöst wurden. Der erste war Martin Porstmann, der sein Amt am 9.2.1942 antrat und bereits am 24.2.1942 wieder ausschied. Er wurde nach den DAF-Bedingungen für Lagerführer eingestellt, aber von der Hütte bezahlt. Sein Gehalt betrug 350 Reichsmark. Es setzte sich zusammen aus einem Grundgehalt von 280 RM, Zuschlägen von je 20 RM für Frau und Kind, einer Leistungszulage von 25 RM und einem täglichen Trennungsgeld von 2 RM.

Wilhelm Petermann amtierte als Lagerführer vom 9.3.1942 bis zum 1.5.1943. Er blieb Angestellter der DAF, Oldenburg, erhielt aber von der Hütte »für zusätzliche Leistungen« monatlich 25 RM sowie freie Verpflegung und Unterkunft. Die Bezahlung erfolgte teils durch die DAF, teils durch die NDH. Aus einer Aktennotiz geht hervor, dass Petermann im Jahre 1941 Lagerleiter im Gemeinschaftslager der Schule Herbststraße gewesen ist.[81]

Karl Körber, Lagerführer vom 1.6.1942 bis zum Kriegsende, bezog dagegen wieder ein Gehalt von der Hütte (375 RM). »Für Küchenverpflegung wird der jeweils für unsere Lagerinsassen festgesetzte Tagessatz berechnet.«[82]

Petermann und Körber wohnten in dem als »Kaserne« bezeichneten Wohnheim auf dem Gelände der Norddeutschen Hütte. Für die beiden weiteren Lagerführer (Friedrich Christoph, vom 1.4.1943 bis 4.9.1944) und Gerhard Ter Veer (vom 21.9.1944 bis April 1945) werden dagegen als Wohnungen Oldenburg bzw. Leer genannt. Es ist nicht klar, ob sie während ihrer Dienstzeit ebenfalls auf dem Hüttengelände wohnten. Bei Christoph ist vermerkt, dass er Angestellter der DAF blieb.

Von den fünf Lagerführern blieben zwei Angestellte der DAF und wurden von dieser bezahlt. Zwei erhielten ihr Gehalt von der Hütte, beim fünften gibt es keine Angabe.

79 Ebenda.

80 So etwa das Urteil des Maschinenschlossers Karl Kleinschmidt: »Das Verhältnis zwischen Herrn Hofmann und Herrn Metscher war ein Gutes. Zu dem Metscher hatte auch niemand Vertrauen. Wir haben ihn als Schafskopp angesehen.« Spruchkammerverfahren 17.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

81 Auszug aus dem Lagerbericht des Gemeinschaftslagers Schule Herbststraße: »Die Lichtleitungen sind nachgesehen worden. Der Übelstand ist beseitigt. Die Verdunkelung muß unbedingt erneuert werden. Bremen, den 6.11.41, gez. Petermann.« Senator für das Bauwesen StAB 4,29/1 – 1351.

82 Liste der Lagerführer zusammengestellt aus dem Journal der Angestellten, Archiv der Norddeutschen Hütte.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Einige der von der DAF eingesetzten Lagerführer zeichneten sich durch besondere Brutalität aus. Über das Verhalten von Petermann und Körber gibt es den Bericht einer Augenzeugin, die als Schreibkraft für die Lagerverwaltung arbeitete:

»Die Lagerführer Petermann und Körber waren in Uniform. An die Hemden kann ich mich nicht erinnern, aber an die schwarzen Hosen und an die schweren Stiefel.

Herr Petermann hat eine französische Zwangsarbeiterin, ein junges Mädchen, die in der Küche beschäftigt war, mit seinen schweren Stiefeln getreten. Herr Körber hat einen Polen ins Gesicht geschlagen hat, so dass ihm Blut aus dem Gesicht floss und ein Zahn durch die Gegend flog ... Allein diese beiden Ereignisse haben mich ganz hart getroffen und ich bin daraufhin zur Direktion gegangen, zu Herrn Hofmann, weil ich Angst da unten bekam.«[83] Unsere Augenzeugin berichtet auch von der Unterschlagung von Lebensmitteln und Zigaretten durch die DAF-Lagerleitung. Stangenweise seien etwa Zigaretten zur Direktion gebracht worden. Da die DAF auch die Lebensmittelversorgung für die Lager organisierte, scheinen Schiebereien mit Lebensmitteln keine Einzelfälle gewesen zu sein.[84]

Werkschar

Zu den weiteren Gliederungen der DAF gehörten die Werkscharen. Sie wurden 1935 gegründet, waren uniformiert und wurden regelmäßig geschult. Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, unter Führung des Betriebsobmannes für die ›politische Zuverlässigkeit‹ und Ausrichtung der Betriebsangehörigen zu sorgen. Die Werkschar umfasste vor allem die DAF-Funktionäre eines Betriebes.[85]

Auf der NDH wurde ebenfalls eine Werkschar gebildet, um die noch nicht organisierten jüngeren Belegschaftsmitglieder zu erreichen. Sie war schwarz gekleidet. Führer war der SA-Mann Bernd Mertens aus dem technischen Büro der Maschinenabteilung. Die Werkschar bestand aus ca. 16 bis 18 Leuten. Sie hat auf der Hütte keine wichtige Rolle gespielt. Ein ehemaliger Angestellter sagte aus, dass er als Nicht-SA-Mitglied zum Beitritt gedrängt wurde, um irgendwo organisiert zu sein. »Mertens hat die Leute immer mal eingeladen zum Fußball- oder Handballspielen. Ich wusste nicht genau, was die Aufgaben der Werkschar sein sollten. Sie war wohl gedacht als Reserve für die Feuerwehr oder auch als Hilfstruppe bei Luftangriffen oder Luftlandungen.«[86]

83 Bericht Wilma Rudolph in: Uli Scholz und Sabine Paroll, Im Grunde war der ganze Betrieb ein Lager, Videofilm 1985.

84 1939 gründete die DAF ein Sozialgewerk zur Betreuung von Kriegsgefangenenlagern und von Frauen in Betrieben, vgl. Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. IV, S. 498. Im Staatsarchiv findet sich eine Mitteilung vom 26.1.1942 über die Unterschlagung von Ölsardinen durch das Sozialgewerk, die für ein Frauenlager in Sebaldsbrück bestimmt waren. Drohend heißt es am Schluss des Briefes: »Auf Grund dieses neuen Vorkommnisses dürfte es meines Erachtens nunmehr an der Zeit sein, der Geheimen Staatspolizei die gesamten Vorgänge über das Sozialgewerk zur Kenntnis und weiteren Veranlassung zu geben, damit endlich das Sozialgewerk die ihm für die Verpflegung der Maiden zugestellten Lebensmittel auch restlos den Maiden zukommen läßt.« StAB 7,1066 – 310.

85 Vgl. Klaus Drobisch, Der Werkschutz, S. 218.

86 Edwin Brumme, Interview 2006.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

In einem Rundschreiben der Kreisverwaltung Bremen der DAF, Der Beauftragte für Werkscharen, vom 17.5.1939 werden die Betriebsobmänner und Stoßtruppführer der bremischen Werkscharen in Bremer Betrieben aufgeführt.[87]

Auf der Hütte ist die Werkschar nach Aussage von E. Brumme nie zum Einsatz gekommen und wurde nach Kriegsbeginn aufgelöst.

Werkschutz

Für die Norddeutsche Hütte als wehrwirtschaftlichen Betrieb hatte der Werkschutz eine besondere Aufgabenstellung. Bei der Gestapo wurde dafür eine eigene Abteilung eingerichtet.[88] Das Rüstungskommando der Wehrmacht war ebenfalls für den Werkschutz zuständig. Aus der Geschäftseinteilung des Rüstungskommandos Bremen 1942 geht hervor, dass Werkschutz und Werkluftschutz demselben Beauftragten beim Rüstungskommando der Wehrmacht, einem Hauptmann Engstfeld unterstanden.[89]

Auf der Norddeutschen Hütte bestand der Werkschutz aus 30 bis 40 Leuten. Er unterstand dem Abwehrbeauftragten, ab 1942 Direktor Hofmann. Zum ersten Werkschutzleiter wurde Eduard Grotevert ernannt, seit dem 15.12.1941 amtierte Otto Kapp als Leiter des Werkschutzes.

Es stellte sich als schwierig heraus, aus den vorhandenen Personalunterlagen die genaue Zahl der Werkschutz-Angestellten herauszufiltern. Die Bewachung des Werkes und die Aufgaben des betrieblichen Luftschutzes unterstanden derselben Abteilung. In der Personalliste der Angestellten finden wir deshalb den Werkschutzleiter Otto Kapp nur als Werkluftschutzleiter aufgeführt. Andere Werkschutzleute tauchen dort als Pförtner auf. Nur in einigen Fällen lassen Doppelbezeichnungen den Schluss zu, dass »Luftschutz, Werkschutz, Pförtner »zur selben Abteilung zu rechnen sind.[90]

Für die Koordinierung des Luftschutzes wurde im Herbst 1939 ein Arbeitsausschuss des Krupp-Konzerns gebildet. Die Leitung übernahm der Werkluftschutzleiter der Gussstahlfabrik Essen, Dipl.-Ing. Girod. Für die Norddeutsche Hütte nahm der Werkluftschutzleiter Grotevert an der ersten Sitzung teil. Die zusätzliche Belastung durch die Heranziehung zu Luftschutzwachen scheint bei Teilen der Belegschaften auf erheblichen Widerstand gestoßen zu sein. In einem Rundschreiben drohte die zentrale Werkluftschutzleitung drakonische »Maßnahmen gegen säumige und widersetzliche Gefolgschaftsmitglieder im Werkluftschutz« an.[91]

87 Für die NDH waren das zu dieser Zeit: WE/166 Norddeutsche Hütte AG, Oslebshausen, Betriebsobmann: Heinz Nenstedt, Stoßtruppführer: Diedrich Gnutzmann. Deutsche Arbeitsfront, Kreiswaltung Bremen, StAB 7,1066 – 279.

88 Laut Geschäftsverteilungsplan der Gestapo Bremen 1935 war zuständig die Abteilung III, Abwehr, Werkschutz, Überprüfung. 1943 unterstand diese Abteilung dem Kriminalkommissar Arnoldi. Für die Referate Industriesicherung war Kriminalsekretär Scharenberg, für »Sabotage« Kriminalobersekretär Harms zuständig. Vgl.Marßolek, Ott, Bremen im 3. Reich, S. 179 f.

89 Bundesmilitärarchiv Freiburg RW 20 – 10/17.

90 In den Personallisten der NDH wird zum Beispiel ein Josef K. zunächst als Angestellter im Werkluftschutz geführt, ab 1.12.1944 dagegen als Wachführer im Werkschutz.

91 Ein besonderer Vorgang hat zu einer Anweisung des RdL u. ObdL. geführt, wonach Disziplinlosigkeiten von Gefolgschaftsmitgliedern gegenüber Werkluftschutzleitern auf das schärfste entgegengetreten werden muss. In diesem Zusammenhang wird auf den in den Tageszeitungen veröffentlichten Fall »Heinen in Dessau« verwiesen,

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

In einer Postkarte an Krupp v. Bohlen und Halbach beschwerte sich im Januar 1940 ein anonymer Schreiber über die langen Dienstzeiten der Luftschutzmitglieder, mit einem dezenten Hinweis auf die individuellen Auswege der Arbeiter bei zu hohen Belastungen. Sie überlegten, sich öfter mal krankzumelden.

Für die Norddeutsche Hütte lässt sich eine klare Abgrenzung zwischen den Aufgaben des Werkschutzes und des Werkluftschutzes nicht rekonstruieren.

Der Werkschutz einschließlich der Pförtner trug Pistolen. Seine erste Aufgabe war die Kontrolle der Beschäftigten beim Zugang und Verlassen des Werkes. Das gesamte Werksgelände war eingezäunt. Am Tor saß ein bewaffneter Pförtner, der den Befehl hatte, bei Widersetzlichkeiten zu schießen. Ein ehemaliger Pförtner beklagte sich nach 1945 beim Senator für Ernährung und Arbeitseinsatz, Wolters, über seine Entlassung, weil er Arbeiter mit der Waffe bedroht habe. »Ich bekam von Herrn Direktor die Anweisung, dass im Alarmfalle (bei Luftangriffen) kein Gefolgschaftsmitglied das Werk verlassen dürfe, sondern alle die Betriebsbunker aufzusuchen haben. Bei Zuwiderhandlung sollte ich von der Waffe Gebrauch machen. Ich habe dies denen, die trotz alledem die Ausgangstore aufsuchten, gesagt. Mißhandlungen sind nicht vorgekommen.«[92] Im Brief an den Senator äußerte er den Wunsch, seine alte Tätigkeit bei der NDH wiederaufnehmen zu können.

Der Mobilmachungsplan für die Rüstungswirtschaft, 1939 vom Oberkommando der Wehrmacht herausgegeben, sah vor, den Werkschutz im Mobilmachungsfall dem Leiter des verstärkten Polizeischutzes zu unterstellen. Auf keinen Fall sollte der Werkschutz aber aus den Betrieben herausgezogen werden. 1942 erging die Anweisung zur Bildung eines Erweiterten Werkschutzes I und eines Erweiterten Werkschutzes II. Der Erweiterte Werkschutz I sollte den eigentlichen Werkschutz verstärken und war hauptamtlich. Der nebenamtliche Werkschutz II sollte Ruhe und Ordnung im Werk aufrechterhalten. 1943 bestimmte man, Meister und Vorarbeiter für den ehrenamtlichen Werkschutz heranzuziehen, um besonders ausländische Arbeiter am Arbeitsplatz zu überwachen.[93]

Nach Kriegsbeginn übertrug man dem Werkschutz die Bewachung der Unterkünfte für ausländische Arbeiter. Auf der Norddeutschen Hütte wurden die Lager der ausländischen Arbeiter nicht gesondert bewacht, weil das ganze Werk abgesichert war. Nur die auf dem Werksgelände ebenfalls untergebrachten Kriegsgefangenen standen unter Spezialbewachung durch Wehrmachtssoldaten.[94] Im Laufe des Krieges wuchs der Aufgabenbereich des Werkschutzes. Das Rüstungskommando sorgte sich 1943 über die Probleme, die mit der wachsenden Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften zusammenhingen, und warnte vor einer Überforderung des Werkschutzes.[95] Die außerhalb des Hüttengeländes im Lager Riespott

in welchem Maße sich Angehörige des Werkluftschutzes bei Widersetzlichkeit der ganzen Schwere der Kriegsgesetze aussetzen. Heinen wurde wegen Verweigerung der Mitarbeit an vorbereitenden Werkluftschutzmaßnahmen am 7.9.1939 erschossen. Schreiben des Werkluftschutzleiters an die betrieblichen Werkluftschutzleiter vom 29.11.1939, HA Krupp WA 41/5–32.

92 Brief von Bastiaan Snyder vom 25.10.1945, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

93 Vgl. Klaus Drobisch, Der Werkschutz, S. 222.

94 Aussage Otto Hofmann, Vernehmung durch die Lagerspruchkammer Dachau, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

95 Der Anteil der Ausländer an den Gefolgschaften wird allmählich so groß, dass auch eine laufende Überholung der Werkschutz- und Abwehrmaßnahmen nicht genügt, um Sabotageakte in jedem Fall zu verhindern.« Berichte des Rüstungskommandos 10.2.1943, RW 21–9/10 Bundesmilitärarchiv Freiburg.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Pförtnerhaus am ehemaligen Haupttor. Die Pförtner waren bewaffnet

untergebrachten Ostarbeiter wurden ebenfalls vom Werkschutz der Hütte bewacht. Auf Anordnung der Direktion erhielten sie allerdings ihre dienstlichen Direktiven von der DAF-Lagerverwaltung.[96] 1944 bewachte der Werkschutz außerdem neben einem Kommando aus Marinesoldaten eine Kolonne von 40 bis 50 KZ-Häftlingen eines Außenkommandos des Konzentrationslagers Neuengamme. Dieses Kommando musste auf der Schlackenkippe der Hütte glühende Hochofenschlacke zerkleinern.[97]

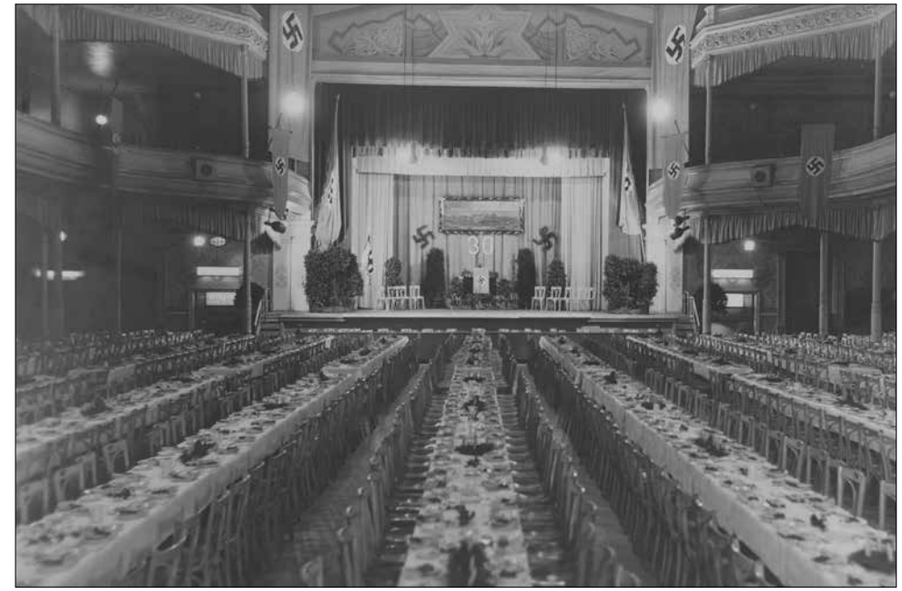
Nach Aussagen eines ehemaligen Werkschutzmannes hat der Werkschutz auch Arbeiter zur Gestapo gebracht. Der Grund für die Überstellung wurde den Werkschutzleuten angeblich nicht mitgeteilt.[98]

Als gegen Ende des Krieges die Betriebsführung eine besondere Strafkolonne auf der Hütte einrichtete, wurde zu deren Bewachung ebenfalls ein Werkschutzmann abkommandiert.

Der langjährige Werkschutzleiter Otto Kapp gehörte weder der NSDAP noch der SA oder SS an. Weil das Wehrkreiskommando die Einsetzung eines stellvertretenden militärischen Abwehrbeauftragten verlangte, schlug Direktor Hofmann ihm vor, diesen Posten zu übernehmen. Er gab an, es sei erwünscht, dass der Werkschutzleiter auch stellvertretender Abwehrbeauftragter sei. Nach Aussage von Kapp kam im September 1943 ein Hauptmann aus

96 Otto Kapp, Schreiben an den Prüfungsausschuss für das Vorstellungsverfahren 15.1.1946, StAB 4,66 – II. 1426 Kapp, Otto.
97 Aussage August Strüssmann, Interview 1983.
98 Aussage von Karl Breig im Spruchkammerverfahren, 8.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 –I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Jubiläum unterm Hakenkreuz: Die Feier zum 30-jährigen Bestehen der Norddeutschen Hütte im Januar 1938 fand im »Casino«, Auf den Häfen Nr. 106 statt. Zwischen den NS-Symbolen auf der Bühne hängt ein Gemälde mit dem Panorama der Hütte. Das »Casino« wurde 1877 auf dem Areal einer Pferdehandlung gegründet und im Laufe der Jahre immer mehr erweitert. Es konnte bis zu 5000 Menschen aufnehmen. Hier fanden nicht nur Konzert- und Varieté-Veranstaltungen, sondern auch politische Versammlungen statt. Im Krieg diente das Gebäude u.a. als Getreidelager und als Unterkunft für 500 holländische Arbeiter. Es wurde durch Bomben zerstört

Hannover auf die Hütte, der ihn vorläufig verpflichtete. Eine schriftliche Bestätigung sei nicht erfolgt. Irgendwelche Amtshandlungen habe er in dieser Funktion nicht vorgenommen. Hofmann erledigte alles selbst.[99]

Soziale und ideologische Maßnahmen der Beeinflussung

Neben dem Ausbau eines Netzes von Überwachungsorganen versuchten die Großbetriebe, die Arbeiter auch innerlich an das nationalsozialistische Herrschaftssystem zu binden. Dazu gehörten der Ausbau betrieblicher Sozialeinrichtungen und insbesondere die Förderung von Werkssiedlungsprogrammen.[100] Der Geschäftsbericht der NDH für 1934 vermerkt, dass, obwohl die wichtigen Anlagen (Hochöfen und Zementwerk) noch stilllagen, 50.000 Reichsmark für die

99 Schreiben an den Prüfungsausschuss für das Vorstellungsverfahren 15.1.1946 StAB 4,66 – II. 1426 Kapp, Otto.
100 Vgl. für Siedlungsprogramme von AG Weser, Weser-Flug, Focke-Wulf und Bremer Vulkan: Dieter Pfliegensdörfer: Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1933–1939, S. 263.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Mit Musik in die nationalsozialistische »Betriebsgemeinschaft«: Werkskapelle der Norddeutschen Hütte

»Gefolgschaft« zurückgestellt wurden. Im Geschäftsjahr 1936 betrugen die gesetzlichen und freiwilligen Aufwendungen für soziale Zwecke bereits 229.295,31 Reichsmark. Darin enthalten war eine Sonderzahlung für die Belegschaft zu Weihnachten. Auch in den folgenden Jahren erhielt die Belegschaft ein zusätzliches Weihnachtsgeld. Der Betrieb beteiligte sich außerdem an den Prämienzahlungen für Lebensversicherungen der Belegschaftsmitglieder. Dem Unterstützungsfonds für Härtefälle wurden weitere 125.000 RM zugewiesen, so dass diese Hilfskasse auf 200.000 RM anwuchs.[101] Hofmann behauptete, dass es bei seinem Amtsantritt 1935 um die soziale Betreuung auf der NDH schlecht gestanden habe. Er habe dafür gesorgt, dass eine Sanitätsbaracke gebaut und eine neue Werksküche eingerichtet wurde. Auch habe er Lebensmittel ›schwarz‹ zugekauft und Kartoffeln und Steckrüben als Wintervorrat einmieten lassen.[102]

Zur Festigung der Bindung an die »Werksgemeinschaft« diente auch die Veranstaltung von Betriebsfesten. Über das Betriebsfest aus Anlass des 30-jährigen Bestehens der Hütte schrieb

101 Geschäftsberichte der Norddeutschen Hütte für 1934 und 1935, Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke.
102 Spruchkammerverfahren 8.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

die Bremer Zeitung, dass neben der Ehrung der Jubilare auch drei KdF-Fahrten[103] im Werte von 60, 80 und 100 RM ausgelost wurden. »Fröhlicher Tanz schloss das schöne Betriebsfest.«[104]

Von besonderer Bedeutung war aber die Unterstützung beim Bau von Wohnsiedlungen. Die Norddeutsche Hütte knüpfte damit einerseits an Siedlungsprogramme aus der Zeit des Aufbaus vor 1914 an. Bereits in den Jahren 1910 bis 1914 wurden vom Bremer Verein für Arbeiterwohnungen mit Unterstützung des Werkes Wohnungen direkt an der Hütte gebaut. Dies war eine wichtige Maßnahme, um die von auswärts kommenden Arbeitskräfte unterbringen zu können. Andererseits verband sich der Bau von Werkssiedlungen auch mit der Krupp'schen Tradition, die »Werksgemeinschaft« durch den Bau von eigenen Siedlungen zu festigen.

Im Stadtteil Grambke, der in nächster Nachbarschaft der Hütte lag, förderte die NDH ab 1936 den Bau mehrerer Siedlungen, vor allem durch die Bereitstellung von günstigen Darlehen.[105] Die Häuser wurden zunächst in Eigenleistung der künftigen Bewohner aufgebaut. Die wachsende Rüstungsproduktion erforderte aber bald den vollen Einsatz der Arbeiter im Betrieb. Von da an erfolgte die Finanzierung der Siedlungshäuser vorwiegend durch Darlehen.[106] Die Partei nutzte den Siedlungsbau, um Gefolgsleute in die Siedlungen zu setzen oder auch langjährig tätige Arbeiter weiter an das Werk zu binden. [107]

Zu den Bemühungen, die Betriebsgemeinschaft durch soziale Maßnahmen zu festigen, trat mit der Einziehung deutscher Belegschaftsmitglieder zur Wehrmacht und dem Zustrom ausländischer Arbeitskräfte die Chance für die Stammarbeiter, eine höhere Position in der innerbetrieblichen Hierarchie zu erreichen.[108] Viele Arbeiter hatten jetzt mehrere ausländische Zwangsarbeiter in ihrer Arbeitsgruppe und rutschten dadurch häufig in die Funktion von Vorarbeitern, die für den Arbeitserfolg ihrer Gruppe verantwortlich gemacht wurden. Der Kranführer August Strüssmann berichtet zum Beispiel, dass nach 1939 die deutschen Kran-

103 KDF, Abkürzung für »Kraft durch Freude«, eine Unterorganisation der Deutschen Arbeitsfront. Die KdF organisierte Freizeitveranstaltungen und Erwachsenenbildung. Ihr größter Geschäftsbereich war die Veranstaltung von Reisen, u.a. mit eigenen Schiffen.
104 Bremer Zeitung 13.1.1938, Archiv der Handelskammer Bremen.
105 Im Geschäftsbericht für 1937 heißt es: »Auf Grund der guten Erfahrungen mit der Hergabe von Darlehen an Siedler aus unserer Gefolgschaft haben wir weitere Mittel hierfür bereitgestellt und werden diesen Siedlern auch in Zukunft unsere Unterstützung nach Kräften zuteil werden lassen, um auch auf diesem Wege die Werksverbundenheit zu pflegen.« Geschäftsbericht der Norddeutschen Hütte für das Geschäftsjahr 1937, Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen.
106 Mit dem Aufschwung durch das forcierte Rüstungsprogramm »machte sich ein Facharbeitermangel bemerkbar. Die Hüttenleitung war zwar noch daran interessiert, daß ihre Stammarbeiter sich in der Nähe der Produktion ansiedelten und war ihnen auch dabei behilflich – die Kräfte der Arbeiter sollten aber nur noch am Hochofen, nicht mehr beim Haus- und Gartenbau eingesetzt werden. So wurden die letzten Häuser an der Waakhauser Straße, Wümmestraße (östlicher Teil), Wörpedahler Straße und auf der Nachtweide ohne Eigenarbeit der Siedler errichtet. Die neuen Produktionsanforderungen, Überstunden und gesteigertes Arbeitstempo zwangen auch die Nazis, von ihrer eigenen Siedlungsideologie abzurücken«. Helmut Dachale und Ulli Schwecke, In der Mitte von Bremen, S. 35.
107 Aussage Alexander Orzol, in: Dachale/Schwecke, In der Mitte von Bremen, S. 35.
108 Eine Parallele dazu findet sich in den ab 1965 stattfindenden sowohl subjektiv empfundenen wie objektiv stattfindenden funktionellen Aufstiegen deutscher Beschäftigter durch den Einsatz ausländischer Arbeiter an den niedrig bezahlten Arbeitsplätzen der Hütte, vgl. Pralle/Hemmer/Isenberg, Ausländerbeschäftigung auf der Klöckner-Hütte.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

führer die ausländischen Arbeiter anlernen mussten. Sein Kollege Alex Orzol musste sie zur Arbeit einteilen.[109] Wenn bei der Bedienung der Anlagen ein Fehler unterlief, musste der verantwortliche deutsche Vorarbeiter dies melden. Auf diese Weise wurden auch die nicht nationalsozialistisch eingestellten Arbeiter in das betriebliche System von Überwachung und Bestrafungen einbezogen.

Im Laufe des Krieges ernannte der Betrieb mehrere Arbeiter zu Hilfsmeistern, die in das Angestelltenverhältnis übernommen wurden. Im Verhältnis zu den ausländischen Arbeitern spielte besonders bei der mittleren Führungsschicht der Hütte auch ein traditionelles Arbeitsethos eine Rolle. Das kam den Bemühungen der Hüttenführung entgegen, eine straffe Arbeitsdisziplin aufrechtzuerhalten. Besonders in Kreisen der Meister trafen Hofmanns rüde Bestrafungsmethoden teilweise auf Verständnis, auch wenn sie selbst keine Nationalsozialisten waren. Sie sahen den Betriebsführer als strengen, aber gerechten Leiter des Betriebes, der nicht nach der politischen Einstellung, sondern nur nach der Leistung fragte.[110]

109 August Strüssmann, Interview 2003.

110 Vgl. die entsprechenden Aussagen von mehreren Meistern zu Gunsten von Hofmann im Spruchkammerverfahren 1949, StAB 466 – I. Hofmann, Otto.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Von der Dienstverpflichtung zur Zwangsarbeit

Arbeitskräfte werden knapp

Bereits Ende des Jahres 1934 machte sich trotz weiterbestehender Arbeitslosigkeit in einigen Bremer Betrieben der Mangel an Facharbeitern bemerkbar. Er verstärkte sich 1935, dem Jahre, in dem die Norddeutsche Hütte ihre normale Produktion wieder aufnahm.[111] In einem Jahre – bis zum September 1935 – waren auf der Hütte 225 Menschen eingestellt worden, davon 202 Arbeiter und 23 Angestellte. Im folgenden Jahre kamen 290 weitere Belegschaftsmitglieder (271 Arbeiter, 19 Angestellte) hinzu. Danach wurde es immer schwieriger, die für den Ausbau der Hütte notwendigen Arbeitskräfte zu bekommen. Der örtliche Arbeitsmarkt war weitgehend ausgeschöpft. Aus anderen Arbeitsamtsbezirken wurden weitere 4000 Arbeitskräfte nach Bremen geholt.[112] Die folgenden Jahre bis zum Krieg sind durch scharfe Konkurrenz der Großbetriebe um die knapp werdenden Arbeitskräfte charakterisiert. Dabei hatte die Hütte im Vergleich zu den Werften und der forciert aufgebauten Flugzeugindustrie wegen der niedrigeren Tariflöhne schlechte Ausgangsbedingungen.

Direktor Hofmann behauptete, dass die NDH kein Rüstungsbetrieb gewesen sei und deshalb immer nur die Arbeiter zugeschickt bekam, die kein anderes Werk verwenden konnte. Er habe wegen des Arbeitskräftemangels auch keine Leute entlassen können, denn Ersatz sei ihm vom Arbeitsamt nicht zugeschickt worden.[113] Die Aussage, dass die NDH kein Rüstungsbetrieb gewesen sei, ist nur im Vergleich zu den Kriegsschiffwerften und Flugzeugfabriken, die bei der Arbeitskräftezuweisung erste Priorität genossen, plausibel. Die NDH zählte aber spätestens 1938 zu den kriegswichtigen Betrieben. Sie stellte einen großen Teil der Versorgung Bremens mit Gas sicher, produzierte Zement für den Bau von Bunkern und stellte spezielle Eisenlegierungen für die Waffenproduktion her. Deswegen erhielt die NDH immer wieder Unterstützung von den Behörden. Das Problem der niedrigen Tariflöhne wurde teilweise durch Zulagen oder Sonderzahlungen umgangen. Der Abteilungsleiter beim Arbeitsamt, Dr. Moritz, bestätigte, dass die Tariflöhne auf der NDH im Verhältnis zur schweren Arbeit außerordentlich niedrig gewesen seien. Die Werksleitung habe angefragt, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, die Löhne und Gehälter zu erhöhen. Er habe deshalb einen Mengenzuschlag bewilligt, weil die festgesetzten Tarife nicht erhöht werden konnten.[114]

Trotz der staatlich angeordneten Einschränkung der freien Wahl des Arbeitsplatzes war die Fluktuation in diesen Jahren auf der Hütte hoch. So viel geht auf jeden Fall aus der nicht voll-

111 Pfliegensdörfer weist daraufhin, dass schon in diesem Jahre der Facharbeiterbedarf der AG Weser mit einem Zugang von 5900 Arbeitskräften allein im Jahre 1935 kaum noch aus dem örtlichen Arbeitslosenpotenzial gedeckt werden konnte. Bis November 1935 waren unter Durchbrechung der Zuzugssperre deshalb bereits 500 auswärtige Arbeiter auf der Werft eingestellt worden. Der Mangel nahm spätestens ab 1936 wegen des erheblichen Bedarfs bei Focke-Wulf und Weser-Flug weiter zu. Vgl. Dieter Pfliegensdörfer, Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1933–1939, S. 250 ff.

112 Dieter Pfliegensdörfer, Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1933–1939, S. 253.

113 Spruchkammerverfahren 8.6.1949, StAB 4,66 – I.

114 Spruchkammerverfahren 15.4.1949, StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

ständigen deutschen Restkartei hervor. Von den für 1937 dort registrierten Neueingestellten (134 deutsche, vier ausländische Arbeiter) hatten 98, d.h. 71 Prozent die NDH in demselben Jahr wieder verlassen. Im darauffolgenden Jahr sind bei 146 Neueinstellungen 86 Abgänge (59 Prozent) zu verzeichnen.

Mehrere Schriftwechsel spiegeln die Verbissenheit, mit der der Kampf zwischen den Betriebsleitungen um Fachkräfte geführt wurde. Im schon erwähnten Schreiben des Reichsbeauftragten für Eisen und Stahl heißt es beispielsweise, dass die Schwierigkeiten bei der Errichtung der kriegswichtigen Vanadinanlage auf der Hütte durch den Mangel an etwa 60 Zimmerern und Hilfskräften bei der Baufirma Köhncke & Co. entstanden seien. »Das Arbeitsamt Bremen sieht sich außerstande, diesen Anforderungen gerecht zu werden.«[115] Die Werksleitung weigerte sich auch hartnäckig, Arbeiter für andere Rüstungsbetriebe abzugeben. So forderte das Arbeitsamt 1939 von der Hütte sieben Metallfacharbeiter, sieben angelernte und sechs ungelernte Arbeiter für die Werftindustrie an. Die NDH-Leitung wies in einem Schreiben an das Arbeitsamt darauf hin, dass dadurch die Inbetriebnahme der neuen Anlagen gefährdet würde: »Es ist für uns völlig unmöglich, auch nur einen Mann freizugeben. Wir können die Verantwortung dafür nicht übernehmen, und wir dürfen Sie wohl daran erinnern, daß wir fast täglich bei Ihnen um Zuweisung von Arbeitskräften vorstellig geworden sind, da wir die uns übertragenen Aufgaben sonst nicht erfüllen können ... müssen aber versichern, daß wir bei Entziehung von Arbeitskräften nicht nur unseren Hochofen- und Kokereibetrieb, an welch letzterem die Gasversorgung Bremens hängt, sondern auch unser Zementwerk, unsere Nickel-Verblase-Anlage und die vor der Inbetriebnahme stehende Vanadin-Anlage in Gefahr bringen ... und haben schon die Inbetriebnahme der Vanadin-Anlage, die fertig dasteht, verschieben müssen ...«[116]

Dennoch gab es immer wieder Wechsel zwischen den einzelnen Betrieben. Von der Norddeutschen Hütte wechselten z.B. im August und September 1938 acht Arbeiter in den Krupp-Betrieb an der Hüttenstraße, die bereits erwähnte Granatendreherei, der für die Rüstungsproduktion ausgebaut wurde. Die Staatliche Arbeitskräftelenkung – selbst mit Dienstverpflichtungen – konnten bei Vollbeschäftigung die kapitalistische Konkurrenz um Arbeitskräfte nicht aufheben.

Die Augen der Betriebsleitungen richteten sich deshalb mehr und mehr auf die dem Reich einverleibten Gebiete und bald auch auf die von der Wehrmacht eroberten Länder. Schon im Sommer 1938 begann der Krupp-Konzern mit Werbeaktionen im Rheinland und im Saarland.

Die von den Nationalsozialisten angestrebte durchorganisierte Lenkung des Arbeitskräfteeinsatzes konnte auf die in der Weimarer Zeit entwickelte Arbeitsverwaltung zurückgreifen. Ihre vorrangige Aufgabe hatte in der Verwaltung der Massenarbeitslosigkeit bestanden. Die Nationalsozialisten lösten die Selbstverwaltungsorgane der Arbeitsverwaltung schon im März 1933 auf. In den nächsten Jahren zielten weitere Verordnungen und Gesetze immer mehr darauf ab, den Arbeiterbedarf für die kriegswichtigen Wirtschaftszweige sicherzustellen. So wurde die Vertragsfreiheit schon 1935 mit der Einführung des obligatorischen »Arbeitsbuches« ein-

115 Schreiben des Reichsbeauftragten für Eisen und Stahl an die Behörde für Schiffahrt, Handel und Gewerbe, 9.6.1938, StAB 4,35/1.

116 StAB Deputation für Häfen und Schiffahrt, 4,35/1.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

geschränkt, das die berufliche Entwicklung jeder einzelnen Arbeitskraft für Unternehmer und Behörden kontrollierbar machte.[117] Aber erst zwischen Juni 1938 und März 1939 wurde die Dienstpflicht zum bestimmenden Strukturmerkmal der Arbeitskräftelenkung. Mit ihr konnte die Freizügigkeit der Arbeiter eingeschränkt und ihnen Arbeitsplätze in wichtigen Wirtschaftszweigen auch an anderen Orten zugewiesen werden.

Einer unserer Zeitzeugen berichtet, dass er auf seinem Dampfkran bereits 1937 einen Heizer hatte, der von Essen nach Bremen verpflichtet worden war.

Im Krupp-Hauptbetrieb wurde die erste geschlossene Gruppe von ausländischen Arbeitern im April 1939 eingestellt. »Sie bestand aus 90 tschechischen Bergleuten. Sie begegneten dort weiteren 179 tschechischen und slowakischen Landsleuten, die schon vorher auf der Grundlage individueller Arbeitsverträge in die Gussstahlfabrik gekommen waren.«[118] Wenig später – zwischen September und Dezember 1939 – kamen die ersten tschechischen Arbeiter – insgesamt 26 – auch zur Norddeutschen Hütte. Sie hatten in der Regel Dienstverpflichtungen über sechs Monate unterschrieben.

Die Abstufungen im Grad der Einschränkung der arbeitsrechtlichen Vertragsfreiheit zwischen deutschen Dienstverpflichteten, ausländischen Zivilarbeitern und Zwangsarbeitern waren fließend und veränderten sich im Laufe des Krieges. Spoerer konstatiert auch für die ausländischen Arbeiter eine verwirrende Vielzahl von Arbeitsverhältnissen, die nicht eindeutig als »freie Arbeit« oder »Zwangsarbeit« zu klassifizieren sind.[119] Er nennt für eine differenzierte Betrachtung der Zwangsarbeit im Dritten Reich folgende Merkmale: Rechtlich waren die meisten ausländischen Zivilarbeiter den Deutschen gleichgestellt. Allerdings mit dem wichtigen Unterschied, dass ihnen bei arbeitsrechtlichen Konflikten der Rechtsweg verwehrt blieb. Aus der zeitlich begrenzten Dienstverpflichtung wurde in den späteren Jahren des Krieges aber häufig eine faktische Unauflöslichkeit des Arbeitsverhältnisses. Zum Merkmal der Zwangsarbeit gehörte ferner die geringen Chancen, nennenswerten Einfluss auf die Umstände des Arbeitseinsatzes zu nehmen. Innerhalb der Gruppe der Zwangsarbeiter sind weitere Unterscheidungen zu treffen: Arbeiter aus den besetzten Gebieten Westeuropas waren deutlich besser gestellt als solche aus Osteuropa, die faktisch kaum Rechte besaßen. Westeuropäische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene hatten sehr viel seltener mit Misshandlungen zu rechnen als Osteuropäer, die stets von physischer Gewalt bedroht waren. Freiwillige ausländische Zivilarbeiter konnten den ganzen Krieg hindurch Deutschland verlassen, spätestens nach Ablauf ihres Arbeitsvertrages, der in der Regel eine Laufzeit von sechs bis zwölf Monaten hatte. Allein deswegen waren sie in der Lage, ihre Arbeitsbedingungen zu beeinflussen. Dazu gehörten Arbeiter aus den verbündeten Staaten Bulgarien, Italien (bis 1943), Kroatien, Rumänien, Slowakei und Ungarn, aus dem neutralen Spanien und dem besetzten Dänemark. Außerdem dazuzurechnen sind viele Arbeiter aus West- und Südosteuropa, die in den ersten Kriegsjahren freiwillig nach Deutschland kamen.[120]

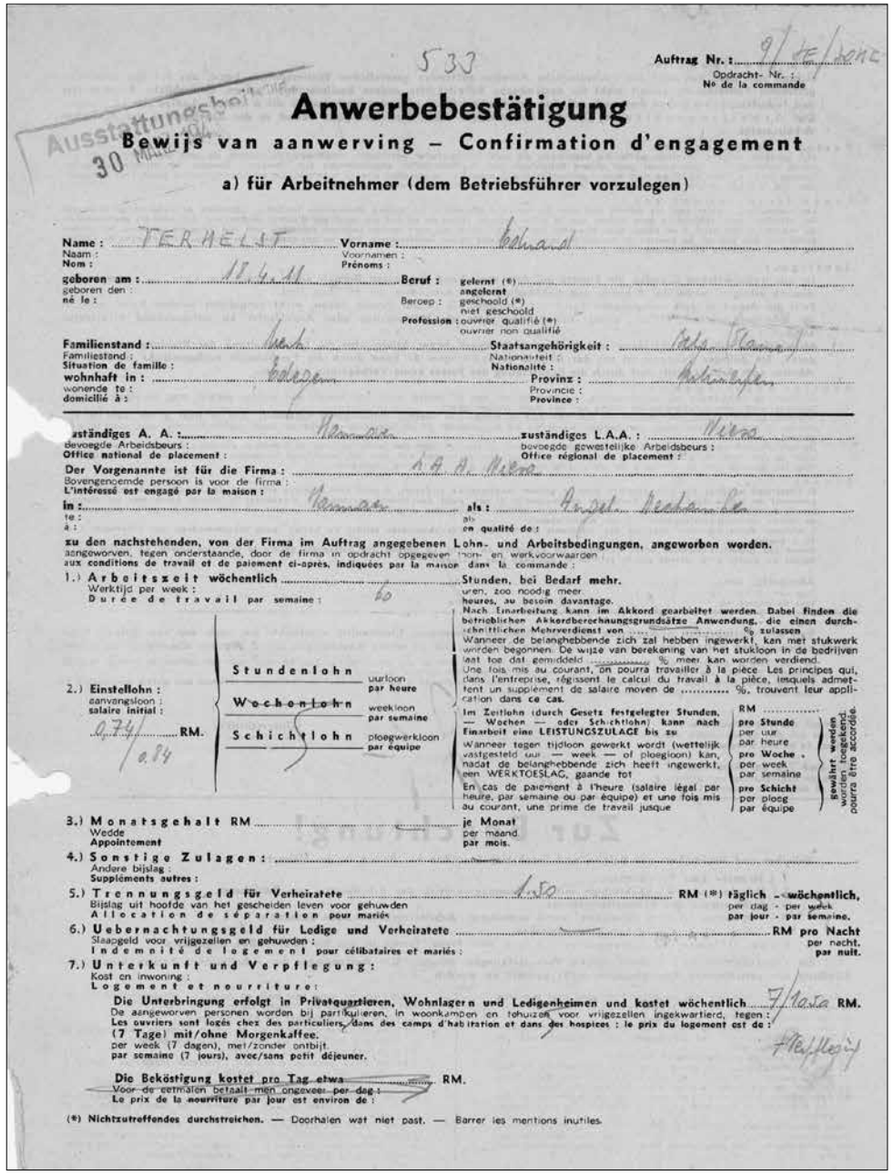
117 Vgl. Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, S. 45 ff.

118 Gall, Krupp im 20. Jahrhundert, S. 400.

119 Vgl. Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 10 f.

120 Spoerer entwickelt anhand der genannten Kriterien eine Klassifizierung der ausländischen Zivilarbeiter, Kriegsgefangenen und Häftlinge in vier Gruppen:
1) Freiwillige ausländische Zivilarbeiter.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Auftrag Nr.: 9/te/Lone
Opdracht- Nr.:
Nº de la commande

Anwerbebestätigung

Bewijs van aanwerving – Confirmation d'engagement

a) für Arbeitnehmer (dem Betriebsführer vorzulegen)

Name: TERHELST Vorname: Eduard
Naam: Voornamen:
Nom: Prénoms:
geboren am: 12.4.11 Beruf: gelernt (*)
geboren den: Beroep: geschoold (*)
né le: Profession: niet geschoold / ouvrier qualifié (*) / ouvrier non qualifié
Familienstand: ledig Staatsangehörigkeit: belg. Staat.
Familiestand: Nationaliteit:
Situation de famille: Nationalité:
wohnhaft in: Belgien Provinz: Antwerpen
wonende te: Provincie:
domicilié à: Province:

zuständiges A. A.: Verviers zuständiges L.A.A.: Verviers
bevoegde Arbeidsbeurs: bevoegde gewestelijke Arbeidsbeurs:
Office national de placement: Office régional de placement:

Der Vorgenannte ist für die Firma: A.A. Verviers
Bovengenoemde persoon is voor de firma:
L'intéressé est engagé par la maison:
in: Hamaan als: Angel. Mechaniker
te: als:
à: en qualité de:

zu den nachstehenden, von der Firma im Auftrag angegebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen, angeworben worden.
aangeworven, tegen onderstaande, door de firma in opdracht opgegeven loon- en werkvoorwaarden:
aux conditions de travail et de paiement ci-après, indiquées par la maison dans la commande:

1.) Arbeitszeit wöchentlich 60 Stunden, bei Bedarf mehr.
Werktijd per week: uren, zoo noodig meer.
Durée de travail par semaine: heures, au besoin davantage.

2.) Einstellohn: / aanvangsloon: / salaire initial: 0,74 / 0,84 RM.
Stundenlohn — uurloon / par heure
Wochenlohn — weekloon / par semaine
Schichtlohn — ploegwerkloon / par équipe

Nach Einarbeitung kann im Akkord gearbeitet werden. Dabei finden die betrieblichen Akkordberechnungsgrundsätze Anwendung, die einen durchschnittlichen Mehrverdienst von ..... % zulassen.
Wanneer de belanghebbende zich zal hebben ingewerkt, kan met stukwerk worden begonnen. De wijze van berekening van het stukloon in de bedrijven laat toe dat gemiddeld ..... % meer kan worden verdiend.
Une fois mis au courant, on pourra travailler à la pièce. Les principes qui, dans l'entreprise, régissent le calcul du travail à la pièce, lesquels admettent un supplément de salaire moyen de ..... %, trouvent leur application dans ce cas.

Im Zeitlohn (durch Gesetz festgelegter Stunden, — Wochen — oder Schichtlohn) kann nach Einarbeit eine LEISTUNGSZULAGE bis zu RM ..... pro Stunde / per uur / par heure, pro Woche / per week / par semaine, pro Schicht / per ploeg / par équipe
Wanneer tegen tijdloon gewerkt wordt (wettelijk vastgesteld uur — week — of ploegloon) kan, nadat de belanghebbende zich heeft ingewerkt, een WERKTOESLAG, gaande tot
En cas de paiement à l'heure (salaire légal par heure, par semaine ou par équipe) et une fois mis au courant, une prime de travail jusque
gewijkt werden / worden toegekend / pourra être accordée.

3.) Monatsgehalt RM ..... je Monat / per maand / par mois.
Wedde
Appointement

4.) Sonstige Zulagen: .....
Andere bijslag:
Suppléments autres:

5.) Trennungsgeld für Verheiratete 1,50 RM (*) täglich / per dag / par jour – wöchentlich / per week / par semaine.
Bijslag uit hoofde van het gescheiden leven voor gehuwden
Allocation de séparation pour mariés

6.) Uebernachtungsgeld für Ledige und Verheiratete ..... RM pro Nacht / per nacht / par nuit.
Slaapgeld voor vrijgezellen en gehuwden:
Indemnité de logement pour célibataires et mariés:

7.) Unterkunft und Verpflegung:
Kost en inwoning:
Logement et nourriture:
Die Unterbringung erfolgt in Privatquartieren, Wohnlagern und Ledigenheimen und kostet wöchentlich 7/lasta RM.
De aangeworven personen worden bij particulieren, in woonkampen en tehuizen voor vrijgezellen ingekwartierd, tegen:
Les ouvriers sont logés chez des particuliers, dans des camps d'habitation et dans des hospices: le prix du logement est de:
(7 Tage) mit/ohne Morgenkaffee:
per week (7 dagen), met/zonder ontbijt
par semaine (7 jours), avec/sans petit déjeuner.

Die Beköstigung kostet pro Tag etwa ..... RM.
Voor de verzorgen betaalt men ongeveer per dag:
Le prix de la nourriture par jour est environ de:

(*) Nichtzutreffendes durchstreichen. — Doorhalen wat niet past. — Barrer les mentions inutiles.

Die Lenkung der ausländischen Arbeitskräfte unterstand den Arbeitsämtern. Anwerbebestätigung der Anwerbestelle und Arbeitskarte des belgischen Arbeiters Eduard Verhelst. Verhelst sollte als angelernter Mechaniker bei der Einstellung 1943 einen Stundenlohn von 0,74 bis 0,84 Reichsmark erhalten, zusätzlich zu einem täglichen Trennungsgeld von 1,50 Reichsmark

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Urlaub, Kündigung usw.
richten sich nach den auch für reichsdeutsche Arbeiter geltenden gesetzlichen Bestimmungen bezw. der für den Arbeitsort geltenden Tarifordnung, soweit nicht für ausländische Arbeitskräfte andere Bestimmungen gelten. Gewerbliche Arbeitskräfte und Industriearbeiter haben Anspruch auf eine Familienheimfahrt, und zwar Verheiratete alle 6 Monate, Ledige alle 12 Monate. Das Arbeitsverhältnis gilt auf unbestimmte Zeit. Zur Kündigung bedarf es der Zustimmung des deutschen Arbeitsamtes.

Verlof, opzegging, enz.:
zijn geregeld volgens dezelfde wettelijke bepalingen als voor Rijksduitsche werklieden, respectievelijk volgens de voor de arbeidsplaats geldende tariefregeling, voor zover geen andere bepalingen voor buitenlandsche arbeidsnemers zijn voorzien. Beroeps- en nijverheidsarbeiders hebben recht op een verlofreis naar huis: gehuwden alle 6 maanden, vrijgezellen alle 12 maanden. De werkovereenkomst geldt voor onbepaalden tijd. Zij kan zonder toestemming van het Duitsche Arbeidsamt niet worden opgezegd.

Congé, licenciement, etc.:
Les dispositions légales sont les mêmes que pour les ouvriers allemands, les mêmes dispositions tarifaires régionales de l'endroit où le travail est effectué, sont applicables pour autant que la main-d'œuvre étrangère ne soit pas régie par d'autres dispositions. Les ouvriers professionnels ou industriels ont droit à un congé pour rejoindre leur foyer: ceux qui sont mariés peuvent retourner une fois tous les six mois, les célibataires une fois par an. Le contrat de travail est conclu pour une durée indéterminée. Pour ce qui concerne les préavis, l'assentiment de l'Office du Travail allemand est indispensable.

Sonstiges:
Ist aus irgendwelchen Gründen ein Einsatz bei dem vorstehend genannten Betrieb nicht möglich, so kann ein anderweitiger Einsatz erfolgen, wenn die Arbeits- und Lohnbedingungen zumindest die gleichen sind.
Falls die Arbeit in dem angegebenen Beruf aus Gründen, die in der Person liegen, nicht ausgeführt werden kann (mangels der erforderlichen Kenntnisse), erfolgt der Arbeitseinsatz als Hilfsarbeiter oder Angelernter zu entsprechend niedrigeren Löhnen.
Mitzubringen ist Arbeitskleidung und kräftiges Schuhwerk bezw. Stiefel (für die Instandhaltung der Kleidung auch Stopfgarn). Ein gültiger Reisepass ist vor der Abreise zu beantragen. Er kann durch die Passbehörde nachgeschickt werden. Die Abreise zum Arbeitsantritt darf durch die Beantragung des Passes keine Verzögerung erfahren.

Overige bepalingen:
Wanneer de betrokkene bij voorgenoemde onderneming om een of andere reden niet tewerk kan worden gesteld, mag hij tegen minstens dezelfde werk- en loonvoorwaarden elders aan het werk worden gezet.
Bijeldien de betrokkene, om redenen die aan hem zelf te wijten zijn (wegens ontoereikende vakkennis), niet in staat is het werk te verrichten in het door hem opgegeven beroep, wordt hij als hulparbeider of als ongeschoolde arbeider tegen overeenkomstig lager loon te werk gesteld.
De betrokkenen moeten hun werkkleedij en sterke schoenen of laarzen (voor den onderhoud van de kleederen eveneens stopgaren) medebrengen.
Vóór de reis moet de geldige reispas worden aangevraagd. Het pasbureau kan den pas nadien opzenden. De reis naar de arbeidsplaats mag ten gevolge van de aanvraag tot verkrijging van het pas geen vertraging ondergaan.

Divers:
Si l'intéressé ne peut pas être employé dans la maison mentionnée ci-dessus, il peut être employé ailleurs à des conditions de travail ou de paiement au moins identiques. Si l'intéressé est incapable, et cela pour des raisons personnelles, d'exécuter le travail parce que les connaissances techniques, qu'il prétendait posséder, lui font défaut, il peut être employé comme aide-ouvrier ou bien comme ouvrier non-qualifié, au salaire inférieur correspondant à ses connaissances.
L'intéressé devra emmener avec lui des vêtements de travail et ces chaussures solides ou bottes (pour raccommodage des vêtements: du fil à coudre).
Avant son départ, l'intéressé devra demander un passeport en règle. Le bureau des passeports pourra le lui faire suivre. En aucun cas, le départ ne pourra être retardé par le fait de la demande d'un passeport.

Abreisetag, den ..... Uhr.
Dag van vertrek, den uur.
Jour de départ, le heure.

Von den vorstehenden Bedingungen habe ich Kenntnis genommen. Gleichzeitig verpflichte ich mich, mir von meinem Lohn einen angemessenen Betrag einbehalten und durch den Betriebsführer an meine Angehörigen alle 2 Wochen überweisen zu lassen.
Ik heb kennis genomen van vorenstaande voorwaarden. Ik verplicht er mij terzelfdertijd toe, op mijn loon een behoorlijk bedrag te doen afhouden, om het aan voertien dagen door den bedrijfsleider aan mijn familie te laten overmaken.
J'ai pris connaissance des conditions ci-dessus. En même temps je m'engage à ce que le chef de l'entreprise retienne une partie convenable de mon salaire, et l'envoie tous les quinze jours à ma famille.

Stempel der Anwerbestelle.
Stempel van den aanwervenden dienst:
Cachet du bureau d'engagement: Feld-Kommandantur 520
(Unterschrift):
Handteekening:
Signature:

Ort und Tag der Ausstellung:
Plaats en dagteekening van afievering:
Lieu et date de la presente:

Zur Beachtung!

Urlauber und Rückkehrer aus Belgien und Frankreich brauchen bei Reisen in die Heimat:
1.) Heimat- oder Fremdenpass.
2.) Urlaubs- oder Rückkehrschein mit Zustimmungsvermerk des Arbeitsamtes am Betriebsort.
3.) Sichtvermerk der Kreispolizeibehörde.
4.) Fahrkarten bis zum Heimatort, wenn verheiratet, Arbeiterrückfahrkarten benutzen.
5.) Reiseverpflegung und Lebensmittelmarken.
6.) Das Mitführen von Zahlungsmitteln in belg. oder franz. Francs ist nur bis 100.— RM. zugelassen.

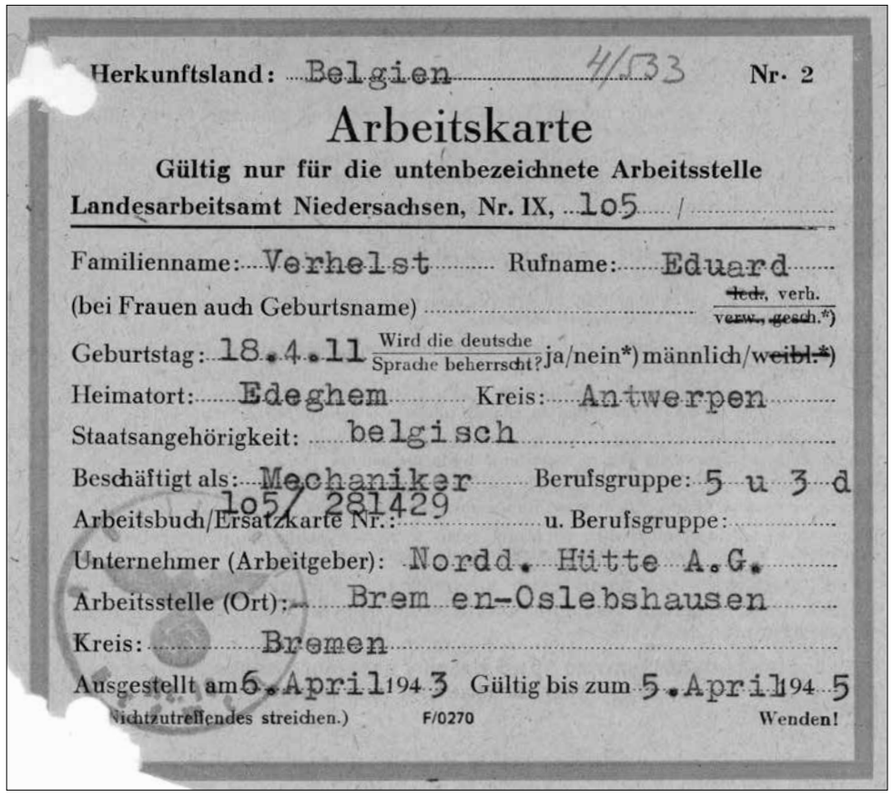
Ein Grenzübertritt ist nur unter obigen Voraussetzungen möglich. Das Auffanglager des Arbeitsamtes Aachen braucht bei Erfüllung der vorstehenden Bestimmungen nicht berührt zu werden.

Belgen en Franschen, die met verlof of voor goed naar hun land terugkeeren, moeten in het bezit zijn van:
1.) Een identiteitskaart of een reispas.
2.) Een verlof- of terugkeerbewijs, waarop een toestemmingsverklaring voorkomt van het arbeidsamt van de plaats waar de belanghebbende werkt.
3.) Het visa van de bevoegde districtspolitie.
4.) Een spoorwegkaartje tot op de plaats van bestemming in hun land; indien zij gehuwd zijn, een retourbiljet voor werklieden.
5.) De voor de reis benoodigde eetwaren en levensmiddelzegels.
6.) Aan geldmiddelen mag niet meer dan de tegenwaarde van 100 Rijksmark in Belgische of in Franche frank worden medegenomen.
De belanghebbende moet deze voorschriften in acht nemen om moeilijkheden aan de grens te vermijden. De tusschenkomst van het grenskamp van het arbeidsamt Aken is dan evenzeers niet meer noodig.

Pour rentrer dans leur pays en congé ou définitivement les ressortissants belges ou français doivent être munis:
1.) D'une carte d'identité ou d'un passeport.
2.) D'un certificat de congé ou de retour, muni de l'autorisation de la bourse de travail du lieu où l'intéressé est occupé.
3.) D'un visa de la police du district.
4.) D'un billet jusqu'au domicile; l'intéressé marié doit employer un billet de retour pour travailleurs.
5.) De provisions de voyage et de timbres de ravitaillement.
6.) Les intéressés ne peuvent pas emporter une somme supérieure à la contrevaleur de 100 Reichsmark en francs belges ou en francs français.
Pour éviter des difficultés à la frontière, l'intéressé doit se conformer aux instructions ci-dessus. Lorsque celui-ci s'est conformé à ces instructions, on pourra se passer de l'intervention du camp-frontière de la bourse de travail d'Aix-la-Chapelle.

Rückseite der Anwerbestätigung von Verhelst

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Herkunftsland: Belgien 4/533 Nr. 2

Arbeitskarte

Gültig nur für die untenbezeichnete Arbeitsstelle

Landesarbeitsamt Niedersachsen, Nr. IX, 105 /

Familienname: Verhelst Rufname: Eduard

(bei Frauen auch Geburtsname) ~~ledig~~, verh. ~~verw., gesch.~~*)

Geburtstag: 18.4.11 Wird die deutsche Sprache beherrscht? ja/nein*) männlich/~~weibl.~~*)

Heimatort: Edeghem Kreis: Antwerpen

Staatsangehörigkeit: belgisch

Beschäftigt als: Mechaniker Berufsgruppe: 5 u 3 d

Arbeitsbuch/Ersatzkarte Nr.: 105/281429 u. Berufsgruppe:

Unternehmer (Arbeitgeber): Nordd. Hütte A.G.

Arbeitsstelle (Ort): Bremen-Oslebshausen

Kreis: Bremen

Ausgestellt am 6. April 1943 Gültig bis zum 5. April 1945

(Nichtzutreffendes streichen.) F/0270 Wenden!

Arbeitskarte von Verhelst

Die Eintragung der Nationalität bzw. Volkszugehörigkeit auf der Personalkartei war deshalb für die Betroffenen von existenzieller Bedeutung. Waren die Hüttenbeamten sich über die richtige Zuordnung nicht klar, erfolgte eine Rückfrage beim Ausländeramt. So ist auf der

2) Zwangsarbeiter mit etwas Einfluß auf ihre Existenzbedingungen und normaler oder nur geringfügig erhöhter Sterblichkeit. Sie unterlagen der Dienstverpflichtung, hatten aber geringfügige Chancen, ihre Existenzbedingungen zu verbessern. Zu ihnen zählten Zivilarbeiter aus den besetzten Gebieten außerhalb Polens und der SU, außerdem verschiedene Kriegsgefangene (auch polnische Ukrainer, vgl. Bericht von Stepan Dorotjak).

3) Zwangsarbeiter ohne nennenswerten Einfluß auf ihre Existenzbedingungen und mit deutlich überdurchschnittlicher Sterblichkeit. Zu ihnen zählen Zivilarbeiter aus Polen und der SU sowie die polnisch-nichtjüdischen und italienischen Kriegsgefangenen.

4) Zwangsarbeiter ohne jeglichen Einfluß auf ihre Existenzbedingungen und mit extrem hoher Sterblichkeit. Zu ihnen zählen die polnisch-jüdischen und sowjetischen Kriegsgefangenen (vgl. die Berichte von Schröder und Strüssmann), Häftlinge aus Konzentrationslagern und Arbeitserziehungslagern sowie »Arbeitsjuden« aus Zwangsarbeitslagern und Ghettos. (Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz S. 14 ff).

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Karteikarte von Paul Schportun unter Staatsangehörigkeit eingetragen: »Polen, Ukrain. Volkstums gemäß II Ausländeramt v. 7.12.43«. Bis dahin wurde Paul Schportun als Ostarbeiter aus der UdSSR geführt, gehörte also in der nationalsozialistischen Klassifizierung zur untersten Gruppe der ausländischen Arbeiter.

Auf der Norddeutschen Hütte wurden seit 1938 ausländische Arbeiter der verschiedensten Gruppen beschäftigt:

- freiwillig angeworbene Arbeiter, die nur eine begrenze Dienstverpflichtung eingingen;
- Menschen, die zunächst freiwillig kamen, deren Dienstverpflichtung dann aber gegen ihren Willen verlängert wurde;
- Arbeiter, die man unter mehr oder weniger großem Druck nach Deutschland schickte oder die als Ergebnis regelrechter Menschenjagden ins Reich verfrachtet wurden und hier jeglicher Willkür ausgesetzt waren.

Die Unterscheidung zwischen »Deutschen« und »Ausländern« ist ebenfalls nicht eindeutig. Die Ideologie des Nationalsozialismus überlagerte vielfach das nicht ganz klar abgestufte Nationalitätenschema. Ausländer konnten mit oder gegen ihren Willen »eingedeutscht« werden.[121] Von den ausländischen Arbeitern auf der Hütte wurden insgesamt 77 Menschen als »Volksdeutsche« eingedeutscht. Sie stammten überwiegend aus den besetzten Gebieten Polens, vor allem Oberschlesiens. In der Kartei behielten sie als erste Staatsangehörigkeit die Kennzeichnung »Polen«, eine zweite Rubrik »Staatsangehörigkeit Zusatz« verzeichnete dann »Volksdt.« Die Volksdeutschen wurden ebenso wie die Reichsdeutschen in die Wehrmacht einberufen. Ein Volksdeutscher bewachte später das Lager für die Ostarbeiter. Die Bewachten sprachen allerdings weiterhin von ihrem Wächter als Peter, dem »Polen«. Allerdings scheint die »Ehre« der deutschen Staatsangehörigkeit bei manchem Neudeutschen unter Vorbehalt gestanden zu haben. In unserer Kartei findet sich der Fall des »Formers« Josef Schymonski. Er hatte auf der Falvahütte Schwientochlowitz in Oberschlesien gearbeitet und wurde am 23. November 1939 auf der NDH eingestellt. Nach 48 Monaten zog man ihn in die Wehrmacht ein, ebenso wie viele andere »Volksdeutsche«. Auf seiner Karteikarte findet sich die Bemerkung: »deutsch auf Widerruf«.

Von den ersten dienstverpflichteten ausländischen Arbeitern auf der Hütte kehrten die meisten nach Ablauf ihres Vertrages in ihre Heimat zurück. Von den Tschechen verließen alle nach fünf bis sechs Monaten die Hütte wieder.

Zusammen mit den Tschechen waren auch Menschen aus anderen Ländern nach der Besetzung Tschechiens für die deutsche Industrie verpflichtet worden. Paul Iszczuk, ein Ukrainer, arbeitete 1939 mit seinem Cousin in der Tschechoslowakei »Nach der Besetzung kam ich nicht mehr in meine Heimat zurück und wurde mit einer Kolonne von Polen, Tschechen und Ukrainern nach Deutschland gebracht. Wir wurden mit ca. 40 Mann zur NDH gebracht.«[122]

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion häuften sich die Einberufungen zur Wehrmacht. Damit verschärfte sich der Arbeitermangel bei gleichzeitig erhöhten Anforderungen an die Rüstungsindustrie.

Das Rüstungskommando der Wehrmacht konstatiert in seinen Berichten im Frühjahr 1941 einen weiterbestehenden Facharbeitermangel besonders bei den Betrieben, die für die

121 Ebenda, S. 19.

122 Aussage im Spruchkammerverfahren 22.6.1949, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

1156

An die Norddeutsche Hütte A. G.

Bremen-Oslebshausen

Nach meinem Ermessen ist der Vertonghen, Leon für die Arbeit auf Ihrem Werk geeignet.

W, den 1 4 4

Dr. med. Max Scholz
prakt. Arzt
Bremen-Grambke
Fernsprecher Lesum

LM 5000 11 39

Genehmigungsschein für Betriebsführer

Staatsland: Belgien Nr. 6

Landesarbeitsamt Niedersachsen VI/ Nr. 105/439

Familienname: Vertonghen Rufname: Leon

bei Frauen auch Geburtsname): leb., verh., verw., geschi.*)

Geburtstag: 14.3.99 Wird die deutsche Sprache beherrscht? ja/nein*) männl./weibl.*)

Heimatort: Deurne Kreis:

Staatsangehörigkeit: belgisch

Beruf und Berufsgruppe: Tiefbauarbeiter 16 k 1

Arbeitsbuch-Nr.:

Unternehmer (Arbeitgeber): Norddeutsche Hütte

Arbeitsstelle (Ort): Bremen Kreis:

Ausgestellt am 22.4. 194 1 Gültig bis zum 21.4. 194 2

(Nichtzutreffendes streichen) F/0390 16041

Erhalten gebliebene Arbeitspapier, die den Weg des belgischen Arbeiters Leon Vertonghen auf der Hütte dokumentieren. Das Landesarbeitsamt stellte eine Genehmigung zur Beschäftigung aus. Er wurde vom praktischen Arzt Dr. Max Scholz für tauglich erklärt und am 1.4.1941 auf der Hütte eingestellt

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

1. An das Lohnbüro

Antrag auf Bußen

gemäß § 45 der Betriebsordnung

Das Gfm. Vertonghen

Werksnummer: 7-1456

unentschuldigtes Fehlen am 21.6.1941

(I. Buße)

Es wird deshalb um Erteilung einer Verwarnung

Verhängung einer Geldbuße von RM. 1

Verhängung einer Geldbuße in Höhe von ... Schicht

ersucht.

Oslebshausen, den 26 Juni 1941.

Betriebsleiter

II Verwarnung

17. Dezember 1941

An das
Arbeitsamt
Bremen.
Birenstr. 19

72

Anbei senden wir Ihnen die Ersatzkarte Nr. 105/243163 ausgestellt für Leon Vertonghen, geb. 14.3.1899 zurück, mit dem Bemerken, dass V. seit den 28.7.1941 abgerückt ist. Gleichzeitig bitten wir um Vervollständigung bezw. Berichtigung der Ersatzkarte wie folgt:

V. ist geboren in Lokaren, Krs. Ostflandern. Er wohnt Bremen, Norddeutsche Hütte-Kaserne.

Norddeutsche Hütte
Aktiengesellschaft

H./Sch.
2 Anlagen !

Vertonghem Leon
14.3.99 verh.
Bremen, Nordd.-Hütte-Kaserne 23 a
E.K. 105/243163

Rückführungsantrag läuft. Wir bitten auf A. K.-Karte 1 zu vermerken, daß der Mann der Norddeutschen Hütte Akt. Ges. verbleiben soll.

27.8.1942 1.4.1941
Arbeiter

Bremen 3.Sept.

Hochofenwerk

Nordd. Hütte
Aktiengesellschaft 8 41 81

Nach mehreren betrieblichen Strafen wegen unentschuldigten Fehlens blieb er seit dem 28.7.1941 der Arbeit endgültig fern. Das Arbeitsamt wurde am 17.12.1941 verständigt. Falls man seiner habhaft werden konnte, sollte er auf die Hütte zurückgebracht werden. Am 27.8.1942 zogen die Personalsachbearbeiter einen Schlussstrich mit der Bemerkung: »Wegen Bummelns fristlos entlassen. Papiere abgelegt.« Quelle: Archiv Norddeutsche Hütte

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Marine und Luftwaffe arbeiten. Die Behörden verlängerten deshalb die Dienstverpflichtung auch gegen den Willen der betroffenen Arbeiter. Viele der Dienstverpflichteten entzogen sich dem wachsenden Zwang durch Fernbleiben von der Arbeit. Das Rüstungskommando stellt im Vierteljahresbericht für März bis Mai 1941 fest:

»Besondere Klagen der Firmen über Dienstverpflichtete mit verlängerter Dienstverpflichtung, die dann mit allen Mitteln ihre Freigabe zu erreichen suchen. Größte Schwierigkeiten entstehen den Firmen durch das viele unentschuldigte Fehlen und das mangelnde Interesse eines großen Teils der Gefolgschaftsmitglieder. Geringe Arbeitsleistung der Dienstverpflichteten, auch in qualitativer Hinsicht, veranlasst die Firmen, immer neue Forderungen in Bezug auf zusätzliche Arbeitskräfte zu stellen. Weitere Hindernisse sind mangelhafte Unterbringung und weite Anmarschwege der neu Zugewiesenen.«[123]

Von Beginn des Ausländereinsatzes an unterlagen die ausländischen Arbeiter der Überwachung durch die Gestapo. Bei »Vertragsbruch« mussten sie mit Verfolgung und Inhaftierung rechnen. Von den 25 Menschen aus Böhmen, der früheren Tschechoslowakei, waren 1939 neun inhaftiert. Von vier Arbeitern aus Mähren verzeichnet die Personalkartei im selben Jahr bei einem »Gestapo«, bei einem zweiten »in Haft«.

Strafgefangene

Bezeichnend für die Knappheit an Menschen ist eine Auseinandersetzung zwischen der Hüttenführung, verschiedenen senatorischen Dienststellen und dem Arbeitsamt. Um die Lücken in der Belegschaft durch Einberufungen zu stopfen, beschäftigte die Hütte eine Zeitlang auch Strafgefangene, über deren Einsatz sie prompt in einen Streit mit der Luftschutzzentralabteilung des Senators für Arbeit und Technik geriet, die die Gefangenen für den Bunkerbau reklamierte. Die Reichsjustizverwaltung hatte Bremen für den Bunkerbau rund 800 Strafgefangene von außerhalb zugewiesen. Offensichtlich wurden bis zu 200 Leute aus diesem Kontingent anderweitig eingesetzt, davon 50 auf der Norddeutschen Hütte. Die Hütte beantragte beim Arbeitsamt die Zuweisung von 40 ausländischen Arbeitskräften und bat darum, bis zu deren Eintreffen die Strafgefangenen für die Arbeit auf der Hütte zu belassen. Falls der Ersatz nicht rechtzeitig eintreffe, sehe sich die Hütte gezwungen, die Zementfabrikation einzustellen, die für den Bunkerbau in Bremen unverzichtbar war. Auf diese unverhüllte Drohung hin schaltete sich der Regierende Bürgermeister ein. In einem Schreiben vom 4.11.1941 heißt es, »dass die Norddeutsche Hütte bereits in diesem Winter eine Kolonne Strafgefangenen auf ihrem Gelände beschäftigte. Diese Kolonne sollte im Februar 1941 zurückgezogen werden. Auf die damaligen Vorstellungen der Hütte, die Gefangenen vorübergehend noch so lange zu belassen, bis der vom Arbeitsamt Bremen angeforderte Ersatz auswärtiger Arbeiter in etwa drei Wochen eingetroffen sei, wurde ihr die Kolonne belassen. Diese Kolonne wurde jedoch niemals zurückgegeben. Nach dem Abzug der Strafgefangenen im August habe ich veranlasst, dass die Hütte vorübergehend 40 Kriegsgefangene des Hafenbetriebsvereins Bremen zugewiesen bekam«.[124] Wie auch in anderen Fällen drohte die Hütte in dieser Auseinandersetzung unverhohlen damit, dass bei Abzug der Gefangenen die

123 RW 21-9/14 Bundesmilitärarchiv Freiburg.

124 Der Regierende Bürgermeister, 4.11.1941 an den Gebietsbeauftragten des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft, Herrn Ministerialrat Ostendorf, Archiv Rainer Habel.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Versorgung mit Zement für den Bunkerbau und die Gasversorgung der Stadt Bremen stillgelegt werden müsse. Trotz des Drucks aus dem Bremer Rathaus hatte die Hütte im November 1941 noch immer 26 Strafgefangene zur Verfügung.

In der angespannten Versorgungssituation mit Arbeitskräften richteten sich die begehrlichen Blicke der Wirtschaft zunehmend auf den Einsatz von Kriegsgefangenen.

Kriegsgefangene aus Polen

Bereits 1939 bereiteten sich die Arbeitsämter auf den Einsatz von Kriegsgefangenen in der Wirtschaft vor. Die nationalsozialistischen Rasseideologen sahen in dem Zustrom »volksfremder Arbeitskräfte« und der Unterbringung großer Massen polnischer Gefangener in Deutschland eine Gefahr für die »Rassereinheit« des deutschen Volkes. Ein Fülle von Verordnungen und Überwachungsmaßnahmen wie der berüchtigte Polenerlass sollte dem begegnen.

Die polnischen Kriegsgefangenen sollten möglichst auch nicht mit Kriegsgefangenen aus den westlichen Staaten zusammenkommen. So heißt es in einer Anweisung des Reichsinnenministers vom 5.7.1940 nach der Niederwerfung Frankreichs:

»Das Oberkommando der Wehrmacht hat den Einsatz von Kriegsgefangenen aus den Kämpfen an der Westfront für sämtliche Wehrkreise freigegeben. Die Stellvertretenden Generalkommandos haben ... sicherzustellen, daß westliche Kriegsgefangene beim Arbeitseinsatz möglichst nicht in denselben Orten, keinesfalls aber in denselben Arbeitsstellen oder Unterkünften zusammen mit polnischen Kriegsgefangenen oder polnischen Zivilarbeitern eingesetzt oder untergebracht werden.«[125] Es ließ sich nicht feststellen, ob und wie viele Kriegsgefangene aus Polen auf der Norddeutschen Hütte eingesetzt wurden. Die Kartei der ausländischen Arbeiter enthält keinen entsprechenden Vermerk über den Status der Arbeiter aus Polen – im Gegensatz zu den französischen und italienischen Kriegsgefangenen.

Franzosen

Auf der Hütte arbeiteten im Laufe des Krieges 138 Arbeiter aus Frankreich. 63 davon sind in der Ausländerkartei als Kriegsgefangene ausgewiesen. Ein Brief der NDH an die Industrie- und Handelskammer vom 22.8.1942 bestätigt für diesen Zeitpunkt die Beschäftigung von 49 französischen Kriegsgefangenen.[126] Diese Gefangenen waren in einem Lager auf dem Hüttengelände untergebracht. Nach dem Bericht eines unserer Augenzeugen befanden sich in dem Lager auch vereinzelt Engländer und Kanadier. Nach den vorhandenen Akten ließ sich das allerdings nicht bestätigen. Die Lage dieser Kriegsgefangenen unterschied sich sichtbar von dem der sowjetischen Kriegsgefangenen. Anders als bei den meisten zivilen ausländischen Arbeitern respektierte das Deutsche Reich bei der Behandlung von bestimmten Kriegsgefangenengruppen völkerrechtliche Normen. Dabei sind zwei Gruppen zu unterscheiden: Kriegsgefangene, denen das Reich den Schutz der Genfer Konvention oder zumindest der Haager Landkriegsordnung nicht vorenthielt, und solche, denen es den völkerrechtlichen Schutz

125 StAB 4,13/1 – A.8.c. No. 1.

126 StAB 9, S 1-17/1.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

In dieser Wellblechbaracke waren französische Kriegsgefangene untergebracht. Aufnahme von 2007

verweigerte. Zur letzteren Gruppe zählten Kriegsgefangene aus Polen und der Sowjetunion und italienische Militärinternierte. Eingeschränkt Anwendung fand die Genfer Konvention auf Kriegsgefangene aus Frankreich und Jugoslawien, während die völkerrechtlichen Normen bei den angloamerikanischen Kriegsgefangenen im Großen und Ganzen beachtet wurden.[127] Die Kriegsgefangenen auf der NDH erhielten Pakete mit Schokolade oder Apfelsinen. Diese Pakete wurden vom Roten Kreuz angeliefert und direkt zum Lager gebracht.[128] Die Gefangenen konnten in ihrer Baracke selbst kochen. »Wir hatten zwei in der Werkstatt, die mitgearbeitet haben ... Die Russen sahen vollständig gebrochen aus, halb verhungert, schlotterig. Die Franzosen sahen dagegen strahlend aus. Wir konnten sie ja nur sehen, wenn sie bei gutem Wetter innerhalb ihrer Umzäunung Ball spielten.«[129] Einer der in der Werkstatt arbeitenden Franzosen war der technische Zeichner Ernest Bordas aus Paris. Er hat einen sehr genauen Lageplan über die Lager innerhalb und außerhalb der Hütte einschließlich des Inventars gezeichnet. Dieser Plan ist im Archiv der Hütte erhalten geblieben (s. Kapitel 5, Die Lager).[130]

127 Vgl. Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 99 ff.

128 Die kanadischen Kriegsgefangenen wurden noch besser behandelt. In einem Schreiben der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeistelle Bremen vom 16.3.1944 wird ein Erlass des Oberkommandos der Wehrmacht weitergegeben, in dem es heißt, »dass alle britischen Kriegsgefangenen aus Kanada bevorzugt behandelt werden sollen; wobei ihnen zu eröffnen ist, dass sie diese Besserstellung der Tatsache verdanken, daß die deutschen Kr.Gef. in Kanada besser behandelt werden als in England«. StAB 4,13/1 – A.8.c. No. 1.

129 Hans Schröder, Interview 1983.

130 Zwischen Ernest Bordas, der sehr gut Deutsch sprach, und einigen deutschen Arbeitern entwickelte sich fast so etwas wie Freundschaft. Bei einem Luftangriff gelangte Bordas in der allgemeinen Hast mit in den Luftschutz-

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Die Gefangenen wurden von einer kleinen Schar von Wehrmachtssoldaten bewacht, ein Unteroffizier und drei bis vier Mann. Es kam vor, dass die Gefangenen den deutschen Arbeitern aus ihren Paketen etwas zusteckten, um sie freundlich zu stimmen. Beim Dampfkranführer August Strüssmann arbeitete ein anderer französischer Kriegsgefangener als Heizer. Strüssmann sprach ihn eines Tages auf den Rote-Kreuz-Wagen mit Paketen an. »Er antwortete: Wir haben Essen genug. Wenn du etwas haben willst, eine Flasche Schnaps oder anderes ... Als wir nach 12 Stunden Feierabend hatten und ich mit dem Kran zur Hütte zurückkam, hat er mir durch den Zaun etwas zugeschoben.«[131]

Die in Bremen arbeitenden französischen Kriegsgefangenen sind am 3.7.1943 durch das Arbeitsamt in ein ziviles Arbeitsverhältnis übernommen worden und waren berechtigt, sich am Wohnort frei zu bewegen und Zivilkleidung zu tragen. Bis zur Beschaffung ihrer Zivilkleidung aus Frankreich mussten die einstweilen beurlaubten Kriegsgefangenen an ihrer Uniform ein Kennzeichen tragen, ein auf dem linken Arm mit der Spitze nach unten zeigendes weißes Quadrat (10 x 10 cm) mit dem Aufdruck XC.[132]

Sowjetische Kriegsgefangene

In den Planungen der Reichsministerien und des Oberkommandos der Wehrmacht war ursprünglich an den Arbeitseinsatz sowjetischer Gefangener im Reich nicht gedacht. Die Strategen dieses Weltanschauungskrieges rechneten mit einem ähnlichen schnellen Blitzkriegerfolg wie gegen Polen und Frankreich. Für die Verpflegung der Massen sowjetischer Gefangener war keinerlei Vorsorge getroffen. Die deutsche Führung sah sich dabei im Gegensatz zur Verpflegung anderer Gefangener an keine internationale Verpflichtungen gebunden. Deshalb starben von den 3.350.000 sowjetischen Gefangenen des Jahres 1941 mehr als zwei Millionen an Unterernährung und Seuchen. Aufgrund des Arbeitskräftemangels in der deutschen Rüstungswirtschaft kam es im Herbst 1941 zu einem Umdenken und schließlich zur Entscheidung für den Russeneinsatz in der deutschen Kriegswirtschaft.[133]

Bei Krupp und in anderen Rüstungsbetrieben der Ruhr weckte der bevorstehende Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener und in den besetzten sowjetischen Gebieten angeworbener Arbeitskräfte Hoffnung auf eine beständigere Versorgung mit Arbeitskräften.[134] Doch als die »Ostarbeiter« im Januar 1942 in den Krupp'schen Bergwerken und der Essener Gussstahlfabrik ankamen, stellte sich heraus, dass ihr körperlicher und gesundheitlicher Zustand so

bunker der deutschen Arbeiter. Hans Schröder berichtet, dass die jungen Arbeiter mit ihm Marsch- und andere Lieder gesungen haben. Der Luftschutzwart wollte das verbieten, aber die älteren Gesellen ermunterten die Jungen, mit dem Franzosen weiterzusingen. Ernest Bordas soll sich beim Herannahen der alliierten Truppen in einem Keller versteckt haben. Er wurde entdeckt und abgeführt. Über sein weiteres Schicksal ließ sich nichts ermitteln. (Hans Schröder, Interview 1983).

131 August Strüssmann, Interview 1983.

132 Bremer Zeitung am 7.7.1943, StAB 4 13/1 – A.8.b. Nr. 10.
Über die teilweise Umwandlung von Kriegsgefangenen in den Zivilarbeiterstatus sowie über den Einsatz der französischen Kriegsgefangenen in Bremen insgesamt vgl. die umfangreiche Arbeit von Helga Bories-Sawala, Franzosen im »Reichseinsatz«.

133 Vgl. dazu Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, S. 158 ff.

134 Vgl. Lothar Gall, Krupp im 20. Jahrhundert, S. 404 ff.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

miserabel war, dass sie kaum für die harten Arbeiten in der Schwerindustrie eingesetzt werden konnten.

Über den erbärmlichen Zustand der russischen Gefangenen liegt uns der Bericht eines Zeitzeugen vor. Hans Schröder fing im April 1940 auf der Hütte an, bis er im April 1943 eingezogen wurde. Er beschreibt, dass die Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion nicht auf dem Werksgelände untergebracht waren wie die französischen Kriegsgefangenen, sondern dass sie jeden Tag in Kolonnen auf die Hütte geführt wurden. Hans Schröder meint, dass sie im Lager Riespott untergebracht waren. Wir konnten das aus der Aktenlage nicht eindeutig bestätigen. Der Zustand der sowjetischen Kriegsgefangenen stach krass von dem der Kriegsgefangenen aus den westlichen Ländern ab. Dazu Hans Schröder: »Jeden Morgen wurden die Gefangenen hier rein und abends wieder rausgeführt. Das waren die erbärmlichsten Kreaturen, schlotterig, die hatten nichts auf dem Leib und nichts im Leib. Die zitterten am ganzen Körper. Sie versuchten irgendetwas bei den Altgesellen zu kriegen, Kartoffeln oder Kartoffelschalen oder ein Stück altes Brot, so dass die Wachmänner nichts merkten. Wenn sie dahinterkamen, ließen sie die Gefangenen die kleinen Beutel, die sie bei sich trugen, wieder ausschütten.«[135]

Die extensive Ausbeutung der sowjetischen Kriegsgefangenen und auch der zivilen Ostarbeiter bedrohte die kriegswirtschaftliche Effektivität des Arbeitseinsatzes der sowjetischen Arbeitskräfte. Ihre Behandlung unterlag deshalb im Verlaufe des Krieges vielfachen Änderungen, in denen sich die unterschiedlichen Interessen und Kräfteverhältnisse zwischen der Wirtschaft, der Wehrmacht sowie dem Reichssicherheitshauptamt und den Rasseideologen der NSDAP widerspiegelten.[136]

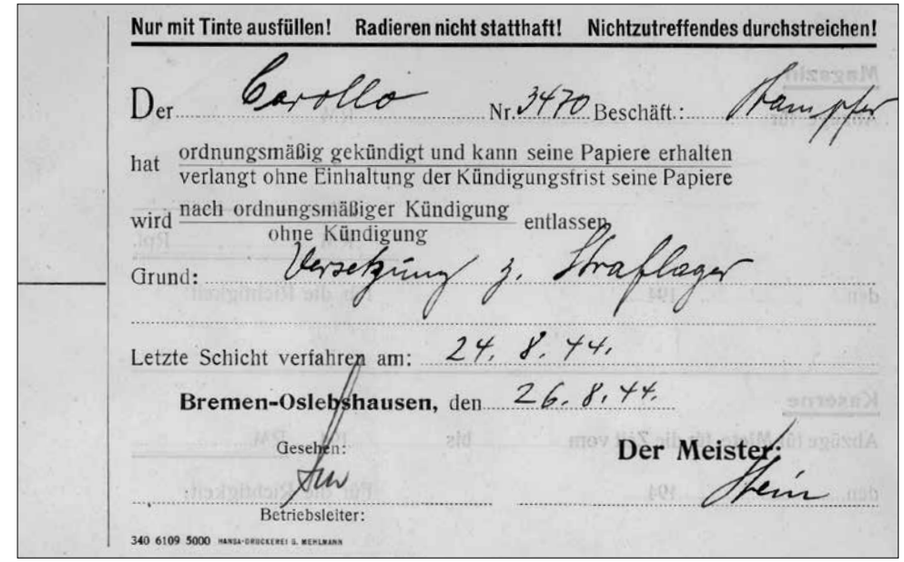
Italienische Militärinternierte

Nach dem Sturz Mussolinis am 25.7.1943 und dem von Marschall Badoglio verkündeten Waffenstillstand hatten etwa 650.000 italienische Soldaten, vor die Wahl gestellt, entweder an der Seite der Deutschen zu kämpfen oder in Gefangenschaft zu gehen, sich für die Gefangenschaft entschieden. Ab Sommer 1944 zunächst freiwillig, seit dem 4.9.1944 zwangsweise wurden sie als sogenannte Italienische Militärinternierte (IMIs) in den Zivilstatus überführt. Die Betriebsführer begrüßten diese Umwandlungsaktion durchweg. Sie mussten zwar nun mehr Lohn zahlen, hatten aber über ein differenziertes Anreiz- und Bestrafungssystem mehr Einfluss auf die Leistung der Zwangsarbeiter als vorher. Vor allem die Drohung mit der Einweisung in ein Arbeitserziehungslager erwies sich als wirksames Antreibungsmittel.[137] Die zur Arbeit gezwungenen Soldaten zeigten keine große Neigung, für die Kriegsmaschinerie des ehemaligen Verbündeten zu arbeiten.

Mit drakonischen Maßnahmen versuchte man, eine genügend hohe Arbeitsleistung aus ihnen herauszupressen. Dazu diente auch das Mittel des Hungers durch Nahrungsmittelentzug und die Einführung einer Kollektivbestrafung der gesamten Arbeitsgruppe. Direktor Hofmann gab am 18.6.1944 folgendes Fernschreiben des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XI an seine Betriebsleiter und den Lagerführer des IMI-Lagers weiter:

135 Hans Schröder, Interview 1983.
136 Vgl. Ulrich Herbert, Fremdarbeiter S. 187 ff,. Wandel und Widersprüche in der Ostarbeiterpolitik.
137 Vgl. Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 99 ff.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!


Nur mit Tinte ausfüllen! Radieren nicht statthaft! Nichtzutreffendes durchstreichen!

Der Carollo Nr. 3470 Beschäft.: Stampfer

hat ordnungsmäßig gekündigt und kann seine Papiere erhalten / verlangt ohne Einhaltung der Kündigungsfrist seine Papiere

wird nach ordnungsmäßiger Kündigung / ohne Kündigung entlassen

Grund: Versetzung z. Straflager

Letzte Schicht verfahren am: 24. 8. 44.

Bremen-Oslebshausen, den 26. 8. 44.

Gesehen: Der Meister: Stein

Betriebsleiter:

340 6109 5000 HANSA-DRUCKEREI G. MEHLMANN

Die Deutschen behandelten die italienischen Militärinternierten kaum besser als die Ostarbeiter. Mitteilung an Betriebsleiter und Meister über den Verbleib von Salvatore Carollo aus Palermo. Salvatore Carollo, italienischer Militärinternierter, wurde im August 1944 in ein Straflager versetzt. Die Gründe sind unbekannt. Von dort kam er nicht zurück. Die sogenannten »IMIs« lebten im Lager Riespott unter Bewachung

»Auf vielseitige Klagen über Faulheit italienischer Militärinternierter fordert Führer, daß diese im Arbeitseinsatz durch Bewachungsmannschaften zu emsigster Arbeit mit scharfen Maßregeln angehalten und bei Nachlässigkeit mit harten Methoden angefaßt werden. Nur vollbefriedigende Leistung gibt Anrecht auf volle Verpflegungssätze. Verpflegung ist daher grundsätzlich nach Leistung abzustufen, bei unbefriedigender Leistung für gesamte Arbeitseinheit ohne Rücksicht auf einzelne Willige zu kürzen. Entscheidung über Einstufung und Kürzung trifft Unternehmer. Er ist bei Durchführung durch Wachpersonal zu unterstützen. Eingesparte Verpflegung steht Unternehmer als Leistungszulage für fleißige Kriegsgefangene bzw. italienische Militär-Internierte anderer Arbeitseinheiten zur Verfügung. Chef OKW wird jeden Vorgesetzten zur Rechenschaft ziehen, der bei Klagen über geringe Arbeitsleistung und Zucht der ital. Mil. Intern. nicht durchgreift. Wer sich nicht durchsetzt, treibt Sabotage an der deutschen Kriegführung. Chef OKW. deckt jeden, der seiner Autorität Geltung verschafft.«[138]

Die Hütte beschäftigte insgesamt 128 italienische Arbeiter, davon 88 Kriegsgefangene. Auf sie wandte die Hüttenführung erbarmungslos die Vorgaben des Oberkommandos der Wehrmacht an. Beispielweise wies Betriebsführer Hofmann am 21.9.1944 das Lohnbüro an:

138 Fernschreiben des OKW/Chef Kriegsgef. Allg. I Nr. 1006/44 vom 27.2.44, aus Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

»Dem ital. Gfm 13/1175 Likania (ehem. Militärintern.), bei uns seit dem 1.9.1944 als Bauhelfer und Maler tätig, ist ab sofort für vorerst 14 Tage die Schwerarbeiterzulage sowie die Raucherkarte zu entziehen. L. ist ein sehr fauler und widerwilliger Gfm., dessen Arbeitsleistung weit unter der normalen liegt. (Sein Stundenlohn beträgt 60,4 Rpf.)«

Mehrere Kriegsgefangene wurden nach Einträgen in der Ausländer-Kartei »in ein Straflager überführt«. Nach der Umwandlung in zivile »Militärinternierte« mussten sie auch mit der Einweisung in ein Arbeitserziehungslager rechnen. Einer dieser Unglücklichen war Vincenzo Licari aus Marsala in Sizilien. Er musste seit dem 27.8.1944 auf der Hütte arbeiten. Im Oktober meldete ihn die Hüttenführung der Gestapo. Im Betrieb wurde bekannt gemacht: »Der frühere Militärinternierte Vincenzo Licari ist, da es sich um ein ausgesprochen arbeitsunwilliges Element handelt und zu befürchten ist, daß er andere Ausländer noch aufhetzt einem Arbeitserziehungslager zuzuweisen.« Die Gestapo überwies Licari für 35 Tage nach Farge.

Das Los der italienischen Militärinternierten war damit kaum besser als das der sowjetischen Zivilarbeiter.

Zivilarbeiter aus Polen

Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen wurden polnische zivile Arbeiter auf der Hütte eingestellt. Die Kartei nennt 206 Menschen mit polnischer Staatsangehörigkeit. Mehr als ein Viertel davon wurde allerdings als »Volksdeutsche« eingedeutscht. Das größte Kontingent stellten mit 231 Arbeiterinnen und Arbeitern Menschen aus dem ukrainischen Teil Polens, in der Personalkartei vermerkt als »Polen ukrainischen Volkstums«. Von ihnen kam zunächst eine ganze Reihe freiwillig nach Deutschland. Sie genossen für eine Zeit sogar bevorzugte Behandlung

Das Schicksal von Stepan Iwanowitsch Dorotjak ist ein Beispiel dafür, dass auch die Behandlung der Arbeiter aus den besetzten Ostgebieten nicht nur rassischen Kategorien, sondern auch politischen Erwägungen folgte.

Stepan Dorotjak wurde am 2.7.1920 in einem Dorf auf der westlichen Seite vom Peremyschl im vorwiegend von Ukrainern bewohnten Teil Polens geboren. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht und der Aufteilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion verlief die durch den Fluss San markierte Grenze durch die Stadt Peremyschl. Das Dorf von Stepan Dorotjak lag auf der Westgrenze und gehörte fortan zum sogenannten »Generalgouvernement« Polen. Er berichtet:

»Im Mai 1940 erschien in einer ukrainischen Zeitung, die vom ukrainischen Komitee in Krakow herausgegeben wurde, eine Anzeige, dass vom Komitee eine Fahrt nach Berlin zwecks Arbeitseinsatzes in der Firma Siemens organisiert würde. Weil wir zu Hause keine guten Arbeitsstellen hatten und weil uns auferlegt wurde, aus unserem Dorf Buschkewitschi zehn Personen zum Arbeitseinsatz nach Deutschland zu schicken, entschieden wir, vier Freunde, uns für den Einsatz bei Siemens zu melden ... Nach der Ankunft in Krakow (Mitte Juni 1940) wurden wir in ein Wohnheim geschickt. Dort waren bereits etwa 20 Menschen untergebracht. Wir verbrachten hier etwa fünf bis sechs Tage. Währenddessen kamen noch einige Menschen hinzu, vorwiegend Ukrainer, die die sowjetische Grenze illegal überquert hatten. Man verkündete uns, dass sich unsere Abfahrt nach Berlin verzögern würde, weil wir nicht genug Menschen zusammen hätten. Wir hätten die Wahl, nach Bremen zu einem Hüttenwerk zu fahren oder in Krakow weiter zu warten. Ungefähr 30 Menschen, darunter wir vier und zwei Mädchen, fassten den Entschluss nach Bremen zu fahren. Ein Vertreter des Betriebs in Bremen in schwarzer Uniform (DAF-Vertreter) fuhr mit und betreute uns während der Fahrt. Er zeigte uns den Weg und organisierte unsere Mahlzeiten in Rote-Kreuz-Stellen. Bei Bombenangriffen brachte er uns in einen Luftschutzbunker. Wir kriegten einen eigenen Schlafwagen, der jeweils an verschiedene Züge, auch Güterzüge angekoppelt wurde.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Ungefähr am 20. Juni kamen wir in Bremen an.[139] Vom Hauptbahnhof fuhren wir mit der Straßenbahn zum Arbeitsort. Wir sahen im Vorbeifahren schöne Schaufenster, zahlreiche Autos und noch mehr Radfahrer, die auf ausgewiesenen Fahrradwegen unterwegs waren. Wir sahen große Fahrradabstellplätze, eine Neuheit für uns. Auf dem Werk brachte uns unser Begleiter in die Betriebskantine. Dort warteten schon ein paar Leute auf uns, unter ihnen ein Dolmetscher und ein leitender Ingenieur des Werks, Herr Lenz.

Man servierte uns einen sogenannten Eintopf, eine gute dicke Suppe und ein halbes, frisch gebackenes Weißbrot von etwa 750 Gramm. Wir waren natürlich hungrig und aßen das ganze Brot und die Suppe sofort auf. Die anwesenden Menschen lächelten. Der Dolmetscher erklärte uns, dass sie lächelten, weil sie das Brot, das wir auf einmal aufgegessen hatten, für zwei Tage kriegten. Aber es mache nichts. Wir seien ja hungrig gewesen. Man würde uns noch mehr Brot geben und dazu Lebensmittelmarken. Man habe für uns ein neues Wohnheim vorbereitet, aber wir müssten noch einige Tage warten, bis dort die Tischlerarbeiten abgeschlossen seien. So lange würden wir in einer Baracke am Schwarzen Weg wohnen, die der Firma gehöre. Jeder von uns erhielt einen Vorschuss von fünf Mark.

Am nächsten Morgen fuhren wir mit der Straßenbahn ins Werk. Wir wurden beim Pförtner vom Dolmetscher in Empfang genommen. In einem Besprechungsraum wartete der Ingenieur Lenz mit einigen Meistern. Man händigte uns Eintrittsausweise aus. Jeder wurde registriert und nach Qualifizierung erfasst. Danach wurden wir auf Werkhallen verteilt und die Meister nahmen jeden zu der zugewiesenen Gruppe mit. Ich hatte auf die Frage nach dem Beruf mit ›Tischler‹ geantwortet. Aber da sie keine Arbeit für Tischler hatten, wurde ich dem Reparatur- und Baubetrieb zugewiesen. Vier unserer Leute wurden dem Baubetrieb zugeteilt. Ein Mädchen wurde in der Kantine eingesetzt. Ein anderes Mädchen, das den Mittelschulabschluss hatte, aber gehbehindert war, arbeitete als Hausmädchen.«[140]

Dieser vergleichsweise freundliche Empfang der polnischen Ukrainer wurde nicht vielen ausländischen Arbeitern zuteil. Die bessere Behandlung der polnischen Ukrainer hing zusammen mit der Hoffnung des Regimes, Menschen wie Dorotjak und seine Freunde, die für eine selbständige Ukraine eintraten, in Zukunft für die Ziele des Regimes einspannen zu können. Deren Erwartungen wurden schnell enttäuscht. Die NS-Führung dachte nicht daran, den Völkern der Sowjetunion die nationale Unabhängigkeit zu geben. Sie betrachtete die Sowjetunion als Gebiet, das man hemmungslos ausplündern konnte und dessen Bevölkerung in einer Art Sklavenstatus der Willkür der deutschen Eroberer unterworfen sein sollte. Dorotjak berichtet über die große Euphorie nach dem Einmarsch der Deutschen und der nur fünf Tage später erfolgten Einnahme von Lwow/Lemberg: »Hier wurde am 30.6.1941 der ukrainische Staat

139 Stepan Dorotjak wurde laut Personalkartei am 26.6.1940 auf der NDH eingestellt.

140 Stepan Dorotjak, Meine Erinnerungen an die Arbeit in der Norddeutschen Hütte, schriftliche Mitteilung 16.12.2003. Über das weitere Schicksal von Stepan Dorotjak, das ihn schließlich in das KZ Neuengamme brachte, s. Kap. 6, Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

ausgerufen und eine ukrainische Regierung unter Premierminister Stezko gebildet. Unter uns Ukrainern, in Deutschland wie zu Hause, riefen diese Ereignisse eine große Euphorie hervor. Wir bekamen die ersten freien ukrainischen Zeitungen, aus denen wir von der Ausrufung des ukrainischen Staates und der Formierung ukrainischer Bataillone erfuhren ... Aber die Euphorie verschwand genau so schnell wie sie entstanden war. Schon nach einigen Tagen wurde die neu gebildete ukrainische Regierung von Deutschen verhaftet und in Konzentrationslager gebracht. Unter ihnen war der Anführer der ukrainischen Nationalarmee Stepan Bandera. Wir begriffen, dass es eine Utopie wäre, auf die Errichtung eines freien ukrainischen Staates mit Hilfe NS-Deutschlands zu hoffen.«[141]

Die meisten polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter hatten von vornherein ähnliche Hoffnungen auf ein selbständiges Polen nicht. Große Teile Polens wurden ins Deutsche Reich eingegliedert, ein Restgebiet als Generalgouvernement als Nahrungsmittellieferant und Menschenreservoir unter die Herrschaft eines deutschen Generalgouverneurs gestellt. In Deutschland waren die polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter schikanösen Bestimmungen unterworfen. Sie durften den zugewiesenen Aufenthaltsort nicht verlassen, konnten öffentliche Verkehrsmittel nur mit besonderer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde benutzen und mussten ein Abzeichen sichtbar auf der rechten Brustseite ihrer Kleidung tragen. Jeder gesellige Verkehr mit der deutschen Bevölkerung, insbesondere der Besuch von Theatern, Kinos, Tanzvergnügen, Gaststätten und Kirchen, gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung war verboten. Mit dem Tode wurde jeder sexuelle Verkehr zwischen Polen und Deutschen bedroht. Diese Verordnung des Reichsführers SS an die zuständigen Gestapostellen wurde durch weitere Ausführungsbestimmungen ergänzt.[142]

Zivilarbeiter aus der Sowjetunion

Im Frühjahr 1942 trafen die ersten Massentransporte mit sowjetischen Arbeitskräften in Deutschland ein – unter ihnen mehr als die Hälfte Frauen und Mädchen. Sie stellten mit 347 Menschen den größten Anteil ausländischer Arbeiter auf der Norddeutschen Hütte. Unter ihnen befanden sich 68 Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem ukrainischen Teil der Sowjetunion. Alle »Ostarbeiterinnen und -arbeiter« wurden in gesonderten, umzäunten und bewachten Lagern untergebracht. Sie mussten das Abzeichen »Ost« auf ihrer Kleidung tragen und jeder außerdienstliche Verkehr mit Deutschen war ihnen verboten.

Anfangs war unter den Angeworbenen der Anteil derjenigen, die sich aufgrund der Versprechungen der Werber freiwillig zum Arbeitseinsatz nach Deutschland meldeten, noch relativ groß. In Deutschland wichen diese Hoffnungen aufgrund der schlechten Lebensbedingungen und einer Behandlung, die sich nur wenig von der von Gefangenen unterschied, schnell tiefer Enttäuschung.[143] Aus den Berichten der Zeitzeugen ist nicht immer zu entscheiden, ob sie aus freiwilligem Entschluss kamen oder unter direktem oder indirektem Zwang, beispielsweise, weil Repressalien gegen die Familien zu befürchten waren. Ein Beispiel für den großen indirekten Zwang ist das Schicksal von Alexej Ponomarjow. Er wurde als 17-Jähriger aus dem sowjetischen Teil der Ukraine nach Deutschland transportiert. Bis dahin besuchte er im Gebiet von Lugansk die zehnte Klasse. Seine Klasse wurde 1942 zum Ernteeinsatz aufs Land geschickt. Als die deutschen Truppen ihren Vormarsch im August wieder aufnahmen, wurde die gesamte Klasse gezwungen, im Dorf zu bleiben und nach einiger Zeit zu Fuß nach Hause zu gehen. Die inzwischen eingerichtete deutsche Verwaltung hatte Listen mit den jungen Leuten angelegt. Sie erhielten die Aufforderung, Zeug und Proviant für einige Tage zusammenzupacken und sich für den Transport nach Deutschland bereitzuhalten. Haben die jungen Leute nicht an Flucht gedacht? Ja, aber dann wären die Eltern verhaftet worden, sagte Alexej. Diese Drohung mit Repressalien gegen die Familie wirkte. Niemand floh aus dem Transport. Zudem wurden die mit Stroh ausgelegten Eisenbahnwaggons von deutschen Soldaten bewacht. Fast eine Woche dauerte die Fahrt und die jungen Leute lebten von den mitgenommenen Nahrungsmitteln. Die erste warme Mahlzeit gab es in Polen, eine Kohlsuppe mit Grütze. Der Hunger sollte Alexejs Begleiter über die ganzen Jahre seines erzwungenen Aufenthalts in Deutschland bleiben. Nachdem in Polen die kräftigsten Arbeiter aussortiert worden waren, wurden die anderen nach Bremen transportiert und verschiedenen Betrieben zugeteilt. Mit 30 bis 40 anderen Ukrainern fing Alexej Ponomarjow am 3.10.1942 auf der Norddeutschen Hütte an.[144]

Die Ukrainer aus der Sowjetunion wurden weit schlechter behandelt als die polnischen Ukrainer, zu denen Stepan Dorotjak gehörte. Alexej und seine Kameraden teilten das Los der übrigen Ostarbeiter, die in der rassistischen Skala der Nationalsozialisten weit unten standen.

Der Einsatz der Ostarbeiter führte nicht zu einer Entspannung der Beschäftigungslage. Das lag vor allem am zunehmenden Mangel an Facharbeitern. Um die ungeheuren Verluste an Menschen im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion wettzumachen, wurden in sogenannten »Auskämmaktionen« die Betriebe nach fronttauglichen Menschen durchsucht. Davon waren vor allem junge Fachkräfte betroffen. Das Rüstungskommando der Wehrmacht beklagte Anfang 1943, dass die Einberufungen in zwei kurz aufeinanderfolgenden Wellen vorgenommen und die einberufenen Jahrgänge die wertvollsten Kräfte der Betriebe darstellten. Das bedeutete einen außerordentlich schweren Eingriff in die Rüstungswirtschaft. Man versuchte, mit ausländischen Facharbeitern – zumeist Franzosen – die Lücken in den Betrieben aufzufüllen. Nach Ansicht des Rüstungskommandos konnten sie aber die deutschen Arbeitskräfte in puncto Arbeitseinsatz und fachlichem Können nicht vollwertig ersetzen. Zudem könnten die ausländischen Arbeiter wegen der »Sabotagegefahr« und der »bereits vorhandenen starken Überfremdung der Betriebe« nicht in genügender Anzahl zur Verfügung gestellt werden.[145] Auf der Hütte betrug der Anteil der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen im September 1943 bereits fast 45 Prozent der Arbeiterbelegschaft.

Der Mangel an Facharbeitern machte sich 1943 in Einschränkungen der Produktion bemerkbar. Weil notwendige Instandhaltungsarbeiten an reparaturbedürftigen Maschinen wegen des Mangels an Fachkräften nicht vorgenommen werden konnten, habe die NDH

141 Ebenda.
142 Vgl. zu den sogenannten Polenverordnungen Marßolek/Ott, Bremen im Dritten Reich, S. 408 ff.
143 Vgl. Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, Kapitel VI, Arbeitseinsatz statt Vernichtung, Ausländerpolitik 1942, insbesondere Wandel und Widersprüche in der Ostarbeiterpolitik, S. 187 ff.

144 Alexej Ponomarjow, Interview 2003.
145 Berichte des Rüstungskommandos für das 1. Quartal 1943, RW 21-9/14, Bundesmilitärarchiv Freiburg.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Alexej Ponomarjow verschleppten die Deutschen als 17-Jährigen aus der Ukraine nach Bremen. Er arbeitete im Labor der Norddeutschen Hütte. Das Foto entstand 2003 bei seinem Besuch in Bremen auf Einladung der Geschichtsgruppe Stahlwerke

im März 1943 1.737.000 Kubikmeter Gas nicht verwenden und deshalb in die Luft abblasen müssen, heißt es im Bericht des Rüstungskommandos.[146] Es seien umgerechnet 268 Tonnen Kohle vergeudet worden und wegen des Arbeitskräftemangels 840 Tonnen Eisen weniger als im Februar produziert worden.

Einsatz von KZ-Häftlingen

Noch eine weitere Kategorie von Arbeitskräften, die zeitweise auf der Hütte im Arbeitseinsatz waren, muss erwähnt werden: KZ-Häftlinge.

Bereits 1942 wurden vom KZ Neuengamme einige Außenkommandos gebildet. In Bremen setzte man eine SS-Baubrigade zum Trümmerräumen und Entschärfen von Blindgängern nach Bombenangriffen ein. Aber erst 1944 begann der massenhafte Einsatz von KZ-Gefangenen in der Kriegswirtschaft. In Bremen gab es schließlich insgesamt neun Au-

146 Ebenda.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Bewacher des KZ-Außenlagers Riespott. Das Lager unterstand zwar der SS, die Bewachung aber übernahmen ältere Marine- und Wehrmachtssoldaten. Wegen der großen Zahl von Außenlagern war die SS 1944 nicht mehr in der Lage, alle Lager selbst zu bewachen

ßenlager des KZ Neuengamme.[147] Nachdem mit dem Rückzug der deutschen Armeen der Zugriff auf die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete und deren hemmungslose Verschleppung zur Zwangsarbeit immer kleiner geworden war, bildeten KZ-Häftlinge die letzte Arbeitskraftreserve des Regimes.

Im November 1944 schickte das Arbeitsamt auf die ständigen Anforderungen von Arbeitskräften hin zum ersten Mal KZ-Häftlinge auf die Norddeutsche Hütte. Die 40 bis 60 Gefangenen waren Teil eines Außenkommandos des Konzentrationslagers Neuengamme. Das Kommando umfasste etwa 1000 Häftlinge, davon die Hälfte Franzosen. Die andere Hälfte bestand vor allem aus Russen, Letten und Rumänen. Im Riespott wurde für die KZ-Häftlinge ein eigenes Lager abgeteilt, mit elektrischem Stacheldraht und Wachttürmen versehen und unter Aufsicht der SS gestellt. Das Lager Riespott war damit eines der 85 Außenlager des KZ Neuengamme, die seit 1942/43 in ganz Norddeutschland entstanden, um die Arbeitskraft der Häftlinge in der Wirtschaft ausbeuten zu können. Das Kommando im Riespott sollte für die Kriegsmarine den U-Bootbunker mit dem Tarnnamen »Hornisse« fertig bauen. Er lag auf der Kap Horn genannten Landzunge neben der Großwerft AG »Weser«,

147 Vgl. Hermann Kaienburg, Vernichtung durch Arbeit. Der Fall Neuengamme, insbesondere S. 336 ff.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

die sich auf den Bau von U-Booten spezialisiert hatte.[148] Von diesem Kommando wurde ein kleiner Arbeitstrupp für Arbeiten auf der Norddeutschen Hütte eingeteilt. Er musste auf der Schlackenkippe die aus den Hochöfen kommende glühende Schlacke zerkleinern. Mit unzureichendem Schuhwerk, oft nur mit einem Brett, das mit einem Stück Stoff am Fuß gebunden war, beschuht, war das für die Häftlinge eine qualvolle Arbeit. Ihre Bewachung bestand aus Marine- und Wehrmachtssoldaten. Auf Aufforderung der KZ-Lagerleitung riegelte der Werkschutz diese Arbeitsstelle zusätzlich ab, damit ein Kontakt zwischen den in der Nähe arbeitenden freien Arbeitern und den Häftlingen unterbunden wurde. Sie kamen allerdings mit den deutschen Kranfahrern in Berührung, die mit ihren Kränen für den Transport der Schlacke sorgen mussten.

Angetrieben wurden die Häftlinge von Kapos, Funktionshäftlingen, die für ihre Aufseherrolle selbst nicht zu arbeiten brauchten. Ihre Brutalität in diesem Kommando war gefürchtet, während die SS im Lager Riespott kaum in Erscheinung trat. August Strüssmann bekam einmal mit, wie ein Kapo einen Gefangenen schlug, weil er sich von ihm Feuer geholt hatte. Er ist dann dazwischengegangen und musste sich deswegen am nächsten Tag bei Direktor Hofmann melden. Der habe aber nichts unternommen.[149]

Hofmann argumentierte 1948 damit, dass er den Häftlingen zusätzlich zur Lagerverpflegung eine »nahrhafte Suppe« verabreichen ließ. Dennoch war das Kommando auf der Schlackenkippe bei den Häftlingen gefürchtet, weil die Kapos unbehindert ihrem Sadismus freien Lauf lassen konnten.[150] Pro Häftling bezahlte die NDH sechs Reichsmark täglich an die SS-Lagerleitung. Vor der Besetzung Bremens wurden die Häftlinge abgezogen. Die Hüttenführung will davon nicht vorher verständigt worden sein.[151] Die Häftlinge wurden zusammen mit den Gefangenen aus anderen Außenlagern auf den Todesmarsch nach Norden getrieben, bei dem noch einmal Hunderte ums Leben kamen.

Ausländische Arbeiter im zahlenmäßigen Verhältnis zur deutschen Belegschaft

Im September 1944 war die Belegschaft der Hütte auf 1476 Menschen angewachsen. Davon waren 169 Angestellte, 1307 Arbeiter. Der Anteil an ausländischen Arbeitern betrug mit 645 fast 50 Prozent. Zu diesem Anteil ist ab November 1944 noch der Einsatz von KZ-Häftlingen hinzuzurechnen (vgl. Tabelle 3).

Fazit: 1944 bestand mehr als die Hälfte der Belegschaft aus ausländischen Arbeitern der verschiedensten Kategorien. Betrachten wir nur die Arbeiterbelegschaft, denn unter den 169 Angestellten befanden sich höchstens zehn Menschen ausländischer Herkunft, dann betrug

148 Zur Geschichte dieses Kommandos, von dem die Hälfte an Entbehrungen, Misshandlungen und bei den Todesmärschen am Kriegsende starb, vgl. Eike Hemmer/Robert Milbradt, Bunker »Hornisse«.

149 August Strüssmann, Interview 1983.

150 Der ehemalige Häftling Pierre Brunet verfasste nach 1945 einen detaillierten Bericht über die Geschichte des Kommandos, Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen.

151 Spruchkammerverfahren 28.6.1948, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

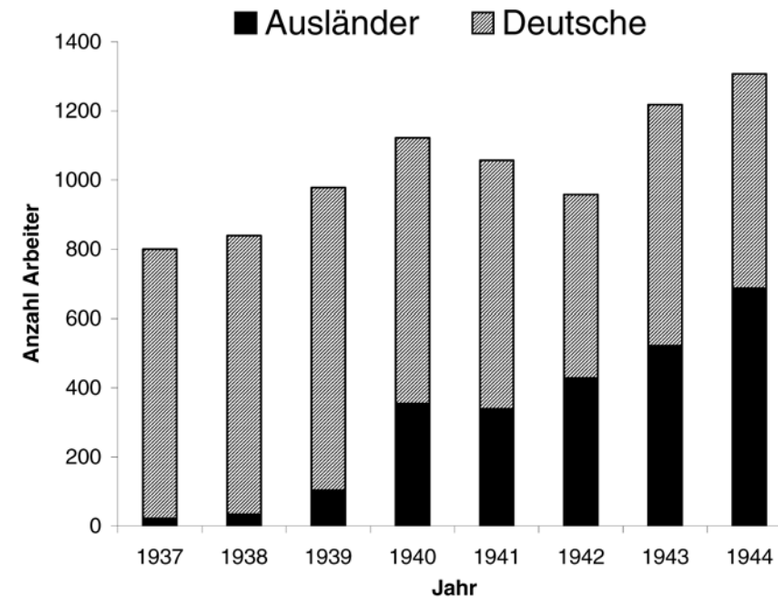


Tabelle 3. Deutsche und ausländische Arbeiterbelegschaft von 1937 bis1944

der Prozentsatz an ausländischen Arbeitern fast 58 Prozent. Damit lag die NDH bei der Beschäftigung ausländischer Arbeiter an der Spitze der größeren Industriebetriebe Bremens.

Zum Vergleich: Von der Wohnbevölkerung Bremens waren 1944 mehr als ein Drittel ausländische Arbeiter.[152]

152 Einen Überblick über den Einsatz von ausländischen Arbeitern in Bremen gibt die Arbeit des Staatsarchivs vom September 1986 auf eine kleine Anfrage der GRÜNEN:
Danach lag der Ausländeranteil in den Betrieben im November 1942 bei

Deschimag	12,7 %
Borgward	35,4 %
Focke-Wulf	18,9 %
Weser-Flug	30,5 %
Bremer Vulkan	7,3 %

(Auf der Hütte betrug der Anteil der ausländischen Arbeiter ohne Kriegsgefangene an der Gesamtbelegschaft zu diesem Zeitpunkt bereit ca. 40 Prozent.).
Von den 38.567 ausländischen Arbeitern waren 14 486 Ostarbeiter, 25 914 von ihnen waren Männer, die übrigen Frauen. (»Einsatz von Zwangsarbeitern während der nationalsozialistischen Herrschaft in Bremen«, Auszug aus Bremische Bürgerschaft Drucksache 11/804.).

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Lebens- und Arbeitsbedingungen

Lagerwelten

Für die auswärtigen Arbeiter wurden bereits vor dem 1. Weltkrieg Unterkünfte auf der Norddeutschen Hütte geschaffen. Sie wohnten in Dreibettzimmern im Kantinengebäude. Später entstanden drei Wellblechbaracken und eine Holzbaracke gegenüber dem Kantinengebäude mit insgesamt 61 Zimmern und 183 Betten. Diese Baracken wurden im Arbeiterjargon als »Kaserne« bezeichnet. Der Ausdruck fand aber auch Eingang in die Personalkartei, alternativ auch unter dem Namen »Kaserne Norddeutsche Hütte«, und in die Akten der verschiedenen Behörden. In den Jahren vor 1935 stand die »Kaserne«, bedingt durch die Auswirkungen der Krise, fast leer. Dann füllten sich die Baracken mit dem Zustrom neuer Arbeiter. Zwischen 1935 und 1939 haben in den hütteneigenen Wohnheimen 161 Menschen gewohnt, zunächst Normalarbeiter, dann auch Dienstverpflichtete. Es wohnten dort aber auch Junggesellen aus Bremen, die nicht selbst kochen wollten. 110 der Bewohner kamen aus Deutschland, 51 aus anderen europäischen Ländern. Die Kosten für Miete und Verpflegung wurden vom Werk gleich vom Lohn einbehalten. Essen konnten die Arbeiter in der Werkskantine.

Mit dem Zustrom ausländischer Arbeitskräfte mussten neue Unterkünfte errichtet werden. Es entstanden weitere Baracken aus Holz neben dem Kantinengebäude.

Auf dem Plan der Lagerunterkünfte der Norddeutschen Hütte – 1943 von dem französischen Kriegsgefangenen Ernest Bordas gezeichnet – tragen diese Baracken die Bezeichnung »Gefolgschaftsunterkunft 2 und 7«. Jede dieser Unterkünfte besaß noch einen eigenen Waschraum und Abort. Sie waren für die ausländischen Arbeiter aus Polen und der polnischen Ukraine bestimmt. Es gab in jedem Raum ein Einzel- und ein Doppelstockbett. Außerdem enthielt jedes Zimmer einen Schrank mit drei Fächern, einen kleinen Tisch mit drei Hockern. Auf einem Gaskocher konnten die Arbeiter selbst Tee oder Essen zubereiten. Einer der Zeitzeugen sagt: »Trotz der Enge waren wir zufrieden.« Die später in primitiver Schlichtbauweise erstellten Unterkünfte 9 bis 12 für Ostarbeiter mit insgesamt 216 Betten besaßen keine eigenen Sanitäranlagen mehr. Ihre Bewohner mussten eine gemeinsame Abort- und Waschbaracke benutzen. Statt drei bis vier Bettstellen pro Zimmer teilten sich in den zuletzt errichteten Unterkünften bis zu 18 Menschen einen Raum.

Über die Errichtung der Primitivbaracken kam es zu einem Schriftwechsel zwischen der NDH-Leitung und der Hauptverwaltung von Krupp. Aus ihm geht hervor, dass die Direktion der Hütte für die Ostarbeiter ursprünglich Baracken mit dem gleichen Standard wie den der bereits früher errichteten Unterkünfte erstellen wollte, d.h. mit Wasch- und Aborträumen in jeder Baracke, Wohnräumen für je drei Mann und Bettwäsche für jede Schlafstelle. Unter Verweis auf eine Anordnung des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition durfte die NDH-Führung nur eine wesentlich einfachere Ausführung errichten, die geringere Kosten verursachte. Bettwäsche durfte dafür nicht mehr verwendet werden und die Wasch- und Aborträume wurden in einer eigenen kleinen Baracke außerhalb der Unterkünfte untergebracht, die für 108 Menschen reichen musste.[153]

153 Im Antrag der NDH vom 22.4.1942 waren zwei Baracken mit insgesamt 18 Wohnräumen – ein Raum für je drei Mann – vorgesehen. Die Kosten wurden einschließlich Einrichtung auf insgesamt 100.000 RM veranschlagt. Im

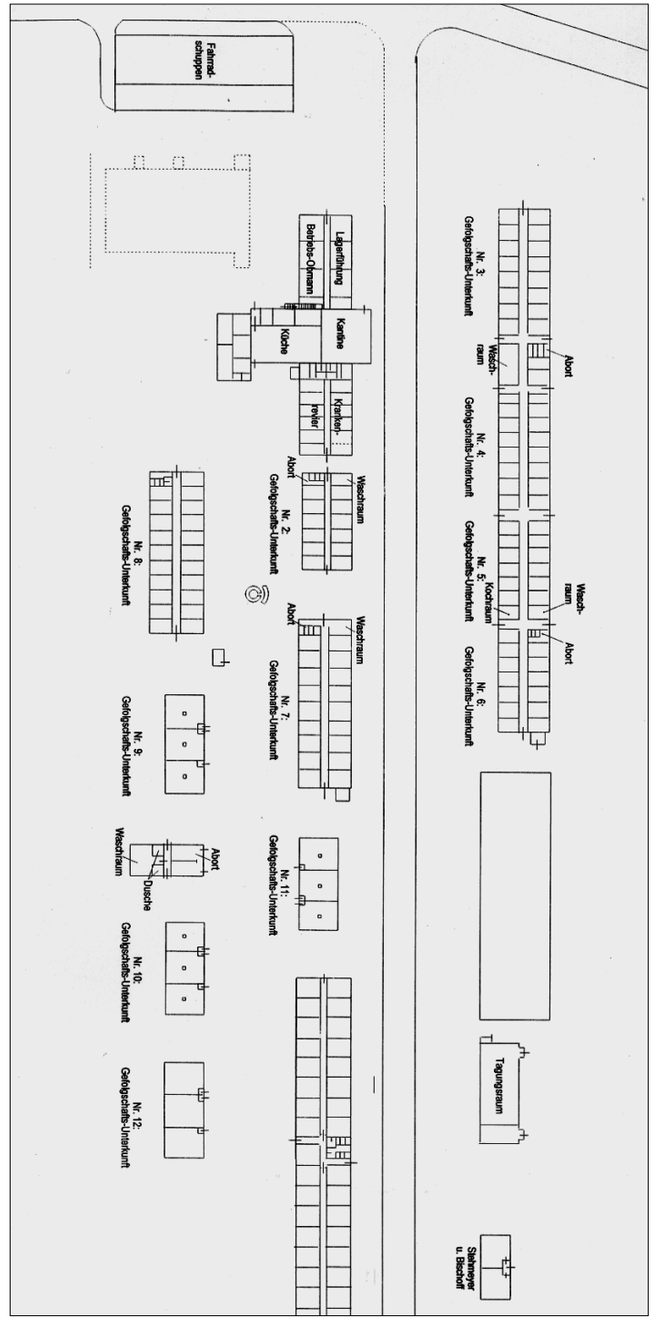
Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Im Kantinengebäude der Hütte amtierte die Lagerführung. Auch der Betriebsobmann hatte hier sein Büro. Im anderen Flügel lag das Krankenrevier

Der Fall zeigt exemplarisch die Widersprüche, die zwischen Werksleitung und NS-Behörden in der Behandlung der ausländischen Arbeiter auftraten. Der Direktion war daran gelegen, die ausländischen Arbeiter im Interesse einer höheren Produktivität einigermaßen wohnlich unterzubringen. Das Reichsministerium sah dagegen keinen Anlass, für die ausländischen Arbeiter aus dem Osten mehr Geld und Material aufzuwenden, als für eine primitive Unterbringung unumgänglich schien.

Antwortschreiben des Hauptverwaltungsbüros wird der Antrag mit folgender Begründung abgelehnt: »Nach der 26. Anordnung des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition ... dürfen für die Unterkunftsbaracken nur noch die R.A.D. Mannschaftsbaracken Typ R.L. IV verwendet werden, während die von der Norddeutschen Hütte vorgesehenen Baracken, die dem Typ 501/34 entsprechen, nur noch für Arbeiterinnenheime zulässig sind. Das Projekt muß daher umgestellt werden auf R.A.D. Mannschaftsbaracken, wobei eine Baracke mit 6 Raumeinheiten für Unterbringung von 108 Leuten ausreicht. Hierzu ist dann noch die Errichtung einer kleinen Abort- und Waschbaracke erforderlich, die ebenfalls typenmäßig vorhanden ist.
Es ist weiterhin auch nicht mehr zulässig, über die in der 26. Anordnung im einzelnen aufgeführten Ausstattungsgegenstände hinauszugehen, insbesondere dürfen Bettwäsche, Bettlaken und Bettücher nicht mehr verwendet werden ... Die Kosten werden sich bei Zugrundelegung wie Verwendung dieser Normalbaracken wesentlich ermäßigen.
Essen 14.5.42 (HA Krupp WA 41/4–318).

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Zeichnung der werkseigenen Lager auf dem Hüttengelände. Der Plan wurde von dem französischen Kriegsgefangenen Ernest Bordas gezeichnet

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Mit Ausnahme des Kriegsgefangenenlagers neben der Vanadinanlage waren die Unterkünfte der ausländischen Arbeiter nicht eingezäunt. Das erschien überflüssig, weil das gesamte Werksgelände umzäunt und durch Werkschutz gesichert war. Wie einer unserer Zeitzeugen sagte, »war im Grunde der ganze Betrieb ein Lager«.

Zusätzlich benutzte die Hütte zwei weitere Lager. Eines lag an der Grambkermoorer Landstraße im nahen Ortsteil Grambke. Es war von einem Gastwirt eingerichtet worden, der rechtzeitig die Einnahmequelle erkannt und seine Kegelbahn zur Unterkunft ausgebaut hatte. Im Garten errichtete er außerdem eine Baracke für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter. Später wurde noch eine zweite Baracke hinzugebaut. In der ersten Baracke wohnten nur Männer in einem einzigen Raum. Sie schliefen in doppelstöckigen Betten. In der zweiten Baracke waren Frauen und verheiratete Paare untergebracht. Dort gab es abgetrennte Zimmer. Das Lager wurde auch von ausländischen Arbeitern der Werft Burmester bewohnt. Es war umzäunt und ein einzelner älterer Wächter bewachte es.

Das Lager wurde schon 1938 eingerichtet und ab dem 22.9.1939 von der Norddeutschen Hütte mitbenutzt. Insgesamt wohnten darin 171 Arbeiterinnen und Arbeiter der Hütte. Davon kamen 91 aus der Sowjetunion, 63 aus dem polnischen Teil der Ukraine, elf aus dem übrigen Teil Polens. Je ein Lagerbewohner stammte aus der Tschechoslowakei, Frankreich und den Niederlanden.

Nach einem schweren Bombenangriff auf Grambke am 18. Juni 1944, bei der auch die Gastwirtschaft getroffen wurde, ist das Lager von der Norddeutschen Hütte nicht mehr belegt worden. Die Männer und Frauen brachte man im Gemeinschaftslager der Norddeutschen Hütte unter.

Dieses zweite, von der Hütte mitgenutzte Lager lag in der Nähe des Werkes. Es wurde entweder als Lager »Osterort« oder »Riespott« bezeichnet. Seine Vorgeschichte beginnt bereits 1932 mit der Errichtung von Baracken für den freiwilligen Arbeitsdienst junger Arbeitsloser. Die Nationalsozialisten benutzten es nach der Machtergreifung als Durchgangslager für politische Häftlinge. Nach dem Überfall auf Polen räumte man die Baracken von sämtlichen Häftlingen und es kamen Polen hinein. Vom Industriehafen liefen Eisenbahngeleise bis zur Ziegelei auf dem Hüttengelände und von da an weiter in das Lager.[154] Nach einer Liste der Landesplanungsgemeinschaft Oldenburg-Bremen vom Anfang Juli 1942 war das Lager für russische Zivilarbeiter in einer Stärke von etwa 300 Menschen für die Norddeutsche Hütte vorgesehen. Es war zu diesem Zeitpunkt (Sommer 1942) noch nicht belegt. Aussagen von Zeitzeugen über die Kolonnen russischer Gefangener, die zerlumpt und ausgemergelt zur Arbeit auf die Hütte geführt wurden, sprechen dafür, dass sie zwischen Herbst 1942 und 1943 aus diesem Lager kamen. 1943 sollte es für die Unterbringung von Zwangsarbeitern für die Firmen Weserflug und die Wilhelmshavener Baufirma Möller erweitert werden.[155] Die DAF-Kreisver-

154 Gustav Ziemann, Interview 2003. Zur Geschichte des Lagers Osterort/Riespott vgl. auch Kollegengruppe der Klöckner-Hütte Bremen, Riespott KZ an der Norddeutschen Hütte, S. 48 ff.

155 Das geht aus einer Besprechung beim Senator für Bauwesen am 3.1.1943 hervor. Als Ergebnis wurde festgehalten: »Das Arbeitsamt rechnet mit mindestens 7000 weiteren ausländischen Arbeitskräften bis 1. Mai 1943. Die vorhandenen Lager reichen nicht mehr aus. Von den eintreffenden Arbeitskräften soll Weser-Flug 2000 und die Fa. Möller für das Bauvorhaben Deschimag rd. 1000 Mann erhalten. Die Standorte für die neuen Lager sind gemäß der Vereinbarung in der Besprechung beim Bausenator vom 16.12.32 das Gelände hinter der Nord-

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Baracke der Zwangsarbeiter. Sie wurde 1983 noch als Materialschuppen benutzt

waltung sprach am 11.1.1943 von der geplanten Errichtung eines 3000-Mann-Lagers auf dem aufgeschwemmten Gelände bei der Norddeutschen Hütte. Eventuell müsse auf dem Gelände auch die Fa. Möller Platz für ein 1000-Mann-Lager finden. Letztlich scheint nur Weserflug das Lager Osterort mit in Anspruch genommen zu haben. Das gesamte Gelände war 56.600 Quadratmeter groß. Dafür hatte Weserflug an den Eigentümer, die Stadt Bremen, eine Miete von 0,40 RM pro Quadratmeter im Jahr zu entrichten. Die Miete sollte ab 1.11.1943 gezahlt werden, da das Gelände seit etwa Ende Oktober genutzt wurde.[156] Die Baracken wurden von Weserflug erbaut und blieben auch nach dem Sturz des Naziregimes deren Eigentum bzw. der Nachfolgegesellschaft des Unternehmens.

Die Einrichtungsgegenstände lieferte die Organisation Todt. Bis April 1945 wurde das Lager Osterort/Riespott außer von Weserflug auch von der Norddeutschen Hütte benutzt. Otto Hofmann sagte aus, dass die Ostarbeiter nach der Bombardierung des Lagers Gramb-

deutschen Hütte u. das Gelände der Dresdner Bank an der Kurfürstenallee. Es wurde vereinbart, daß Weser-Flugzeugbau und die Fa. Möller dieses Lager selbst bauen.« StAB Akten des Senators für das Bauwesen 4,29/1 – 1371. Die Firma Möller war u.a. mit dem Ausbau des Baudocks für Schlachtschiffe neben der AG Weser-Werft und bei dessen späterem Umbau zu einer verbunkerten U-Bootwerft tätig.

156 Schreiben des Hafenbauamtes an den Senator für Wirtschaft 24.1.1944, Akte Riespott, StAB 4,35/3–49.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

kermoorer Landstraße in dieses Lager kamen.[157] Bewacht wurden die Zwangsarbeiter von Weserflug und von Werkschutzmännern der Norddeutschen Hütte.

1944 teilte man den westlichen Teil des Lagers ab und stellte es als Außenlager des KZ Neuengamme unter Leitung der SS.

Erst während unserer Recherchen für diese Arbeit fand sich ein Plan des Lagers, der einen genaueren Überblick über die beiden Lager ermöglicht, von denen uns bisher nur Luftaufnahmen der Alliierten zur Verfügung standen. Der Plan wurde Anfang 1945 im Auftrag der OT Oberbauleitung U-Weser gezeichnet, die für den Bau der U-Bootbunkers »Hornisse« im Stadtteil Bremen-Gröpelingen zuständig war. 1945 wollte die Organisation Todt noch eine weitere Baracke aufstellen. Zu diesem Zweck wurde die abgebildete Zeichnung des Lagers entworfen. Die notwendige Erweiterung des Geländes mit der zusätzlichen Baracke ist am oberen Rand schraffiert eingezeichnet.[158] Zu dieser Erweiterung ist es nicht mehr gekommen.

Die Zwangsarbeiter aus dem Osten und italienische Militärinternierte waren im östlichen Teil des Lagers untergebracht. Das westlich gelegene Areal des KZ-Außenlagers war mit Stacheldraht und Starkstrom gesichert und stand nachts unter Scheinwerferlicht. Der SS-Kommandant, Obersturmführer Benedict, hatte sein Büro in der Sanitätsbaracke außerhalb des KZ. In diesem Außenlager war ein Kommando des KZ Neuengamme untergebracht, das vor allem beim Bau des U-Bootbunkers »Hornisse« eingesetzt wurde.

Lebensbedingungen und Bewegungsfreiheit

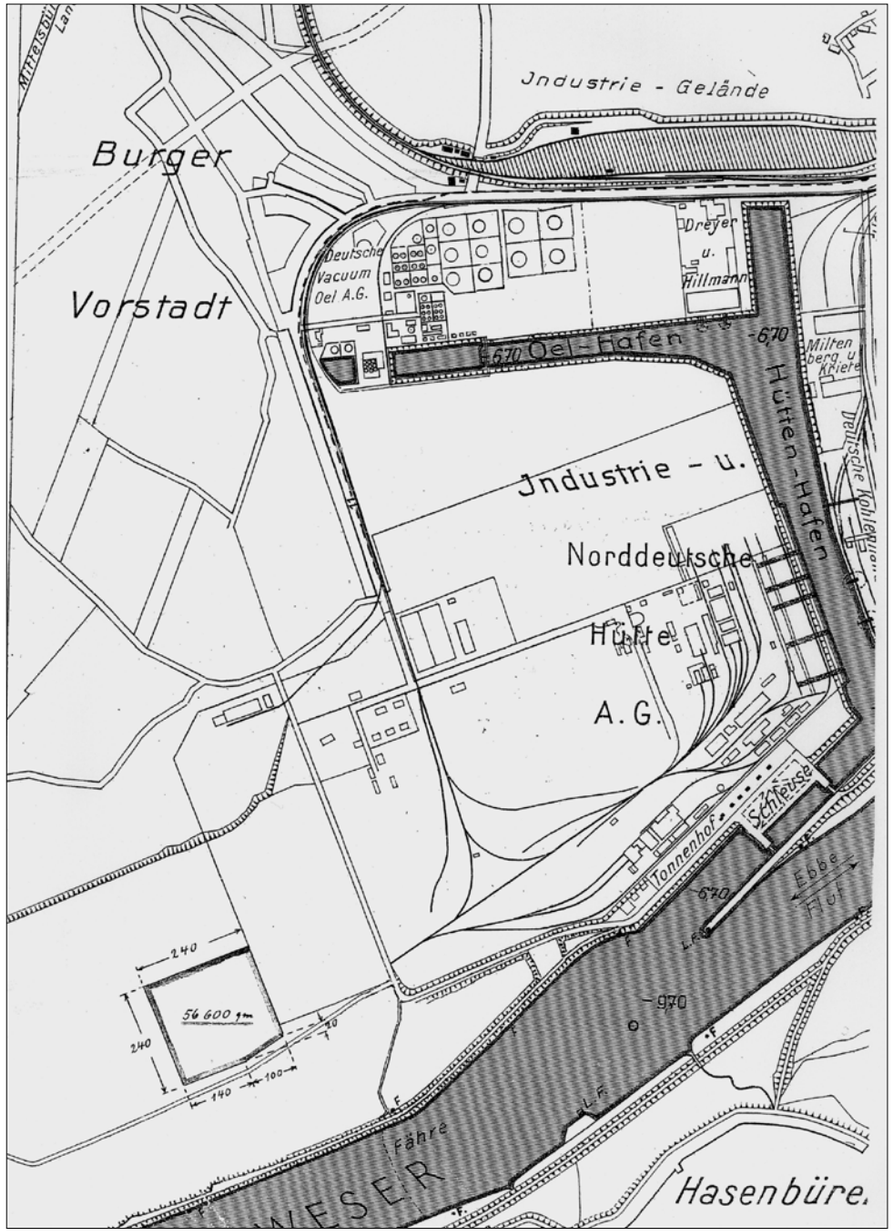
Es war das Bestreben der nationalsozialistischen Behörden, möglichst alle ausländischen Arbeiter in Lagern zusammenzufassen. Zum einen war hier die Kontrolle leichter. Zum anderen wollte man bei den zunehmenden Zerstörungen von Wohnungen durch Bombenangriffe den knapper werdenden Wohnraum für Deutsche freihalten.[159] Dennoch hat ein kleiner Teil der ausländischen Arbeiter der Norddeutschen Hütte (insgesamt 64) bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Werk bei Privatleuten gewohnt, einige von ihnen auch noch 1945. Darunter befanden sich neben Arbeitern aus dem westlichen Ausland auch Polen und vereinzelt sogar Ostarbeiter.

157 Hofmann in seiner Vernehmung durch die Lagerspruchkammer Dachau am 16.5.1947: »Die anderen Arbeiter waren im Lager auf der Hütte untergebracht, die Ostarbeiter nicht. Nachher, wie durch Bombenschaden das Ostarbeiterlager kaputt gegangen war, kamen sie in ein anderes Lager in der Nähe der Hütte, das wurde bewacht von Weser-Flug.« Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

158 Schreiben der Organisation Todt, Oberbauleitung U-Weser, Bauleitung H. an den Senator für das Bauwesen, 21.2.1945: »Durch die Dringlichkeit des Bauvorhabens Hornisse ist die sofortige Schaffung weiteren Unterkunftsraumes notwendig. Das vorhandene Baugelände Osterort gibt hierzu unter Einhaltung der vorgeschriebenen Mindestbarackenabstände keinen Raum mehr. Es wird deshalb gebeten, die im anliegenden Plan rot umrandete ca. 2900 Quadratmeter große städtische Geländefläche der OT-Oberbauleitung U-Weser, zur Errichtung der bereits angefahrenen Baracke, zu überlassen. Das infrage stehende Gelände ist Ödland und wird nicht benutzt.« Akte Riespott, StAB 4,35/3 – 49.

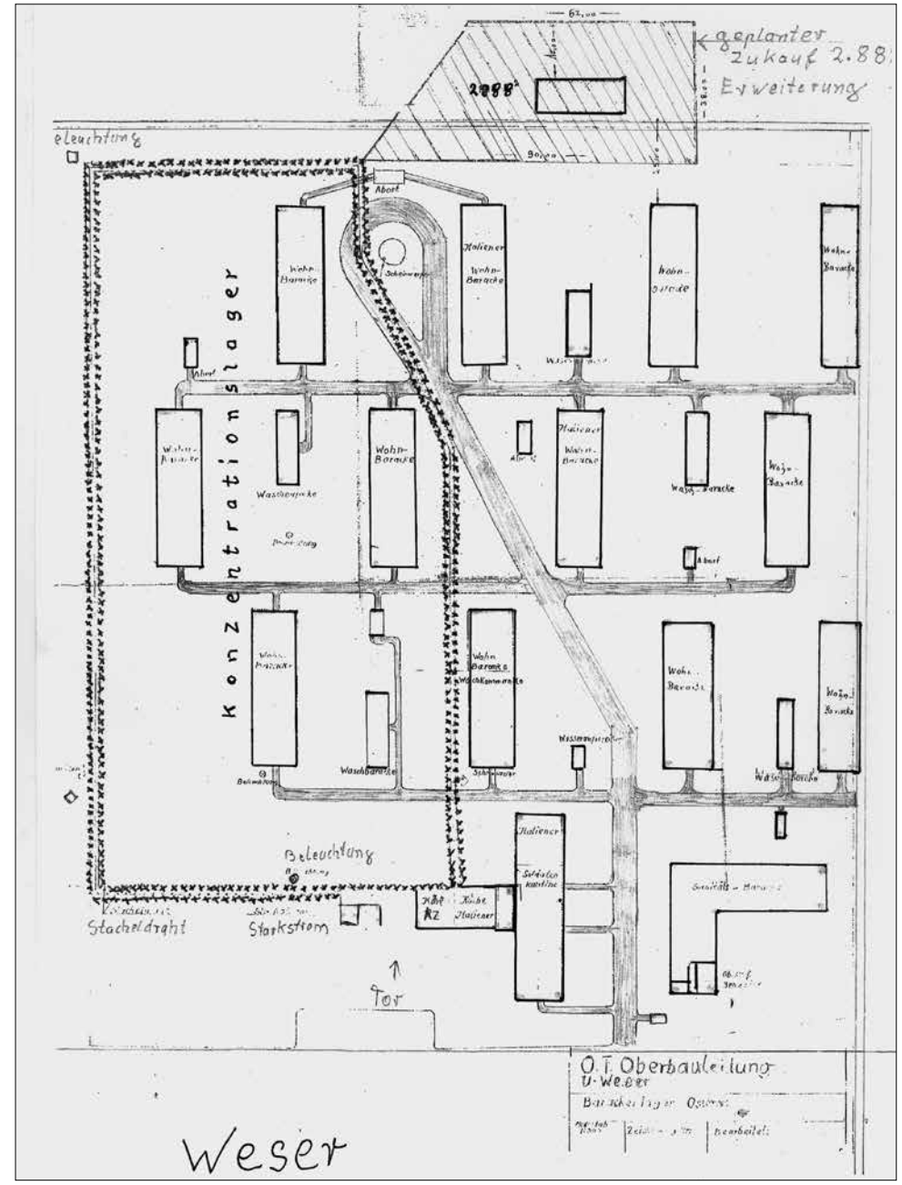
159 Die Deutsche Arbeitsfront vermerkte am 13.2.1942 über eine Besprechung mit Bremer Betriebsführern: »Ziel der DAF ist: 1. Alle Gemeinschaftslager in Bremen verwaltungsmäßig bei der DAF zu vereinen. 2. Sämtliche in Privat-Quartieren wohnenden zusätzlichen Ausländer in Gemeinschaftslager zurückzuführen.« Akten des Senators für das Bauwesen, StAB 4,29/1–1348.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Das Lager Riespott lag außerhalb der Norddeutschen Hütte nahe der Weser. Es umfasste 56.600 Quadratmeter. 1956 verschwand es nach Übernahme der NDH durch Klöckner unter den aufgeschütteten Sandmassen für den Bau der neuen Hochöfen

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Ein Lageplan des Lagers Riespott vom Februar 1945. Im Jahr 1944 war der westliche Teil des Lagers mit einem Stacheldrahtzaun abgetrennt und als Außenlager des KZ Neuengamme unter Aufsicht der SS gestellt worden. Der Raum für den Lagerkommandanten befand sich in der Sanitätsbaracke. Im östlichen Teil des Lagers waren andere Zwangsarbeiter, unter anderem italienische Militärinternierte, untergebracht

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Die Masse der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter aber wohnte von Beginn ihres Einsatzes an in den Lagern der Hütte. Dort standen sie auch außerhalb der Arbeitszeit unter ständiger Kontrolle. Schon die Dienstverpflichteten, die auf dem Werksgelände wohnten, unterlagen einer verschärften Disziplinierung. »Wenn der eine oder andere morgens zur Schicht nicht hochkam, wurde er vom Werkschutz, Meister oder Vorarbeiter geweckt«, berichtet Hans Schröder.

Als die Lager der DAF unterstellt wurden, übten die DAF-Lagerverwalter ein rohes Regiment aus. Die DAF-Lagerführung hatte ihr Büro in einem Seitenflügel der Kantine, gegenüber den Räumen des Betriebsobmanns. Nach dem Bericht einer Augenzeugin lief der Lagerverwalter G. Terveer auf dem Werksgelände immer mit einem Gummiknüppel herum. Gegenüber den Frauen in der Küche äußerte er sich des Öfteren: »Wir wollen mal durch das Lager gehen, ob wir dort nicht einige krallen und fertigmachen können.« Am anderen Morgen sagte er dann: »Der Weg gestern Abend hat sich noch gelohnt.«[160] Weitere Zeugen bestätigen, dass einige der DAF-Lagerverwalter äußerst brutal gegen die ausländischen Arbeiter vorgingen. Werkschutzleiter Kapp behauptete 1946, dass er wegen der schlechten Behandlung der Ausländer häufig mit der DAF-Lagerverwaltung Auseinandersetzungen gehabt habe. Die DAF habe sich aber mit ihrem Standpunkt durchsetzen können.[161]

Für die Arbeiter aus dem westlichen Ausland gab es die Möglichkeit, das Lager in der arbeitsfreien Zeit zu verlassen. Ebenso galt das für die Polen ukrainischen Volkstums. Stepan Dorotjak beschreibt ihr relativ freizügiges Leben in Bremen:

»Unter uns ›alten Ukrainern‹, die 1940 bis 1941 angekommen waren, wurde kulturelle und politische Aufklärungsarbeit durchgeführt. Ein kleiner Chor wurde ins Leben gerufen, eine Theatergruppe nahm ihre Arbeit auf. Es wurden Kontakte zu Ukrainern in anderen Betrieben geknüpft. Man abonnierte eine ukrainische Zeitung. An arbeitsfreien Sonntagen fuhren wir in die Innenstadt und trafen uns mit Bekannten. Wir besuchten Gottesdienste, die von einem Pfarrer in einer katholischen Kirche abgehalten wurden. Zwei oder drei Mal im Jahr kamen wir alle zusammen. Es wurden Jubiläen der Dichter Schewtschenko und Franko groß gefeiert. Wir hatten keine Personalausweise. Anfangs war unser einziges Dokument der Betriebsausweis. Anfang 1941 traten wir dem ukrainischen Nationalverband bei und bekamen einen Mitgliedsausweis mit Foto, der bis zu einem gewissen Grade einen Personalausweis ersetzte. In der Sommerzeit fuhren wir oft ins Stadtzentrum, dort stand ein großes Kaufhaus, oder wir gingen ins Kino.«[162]

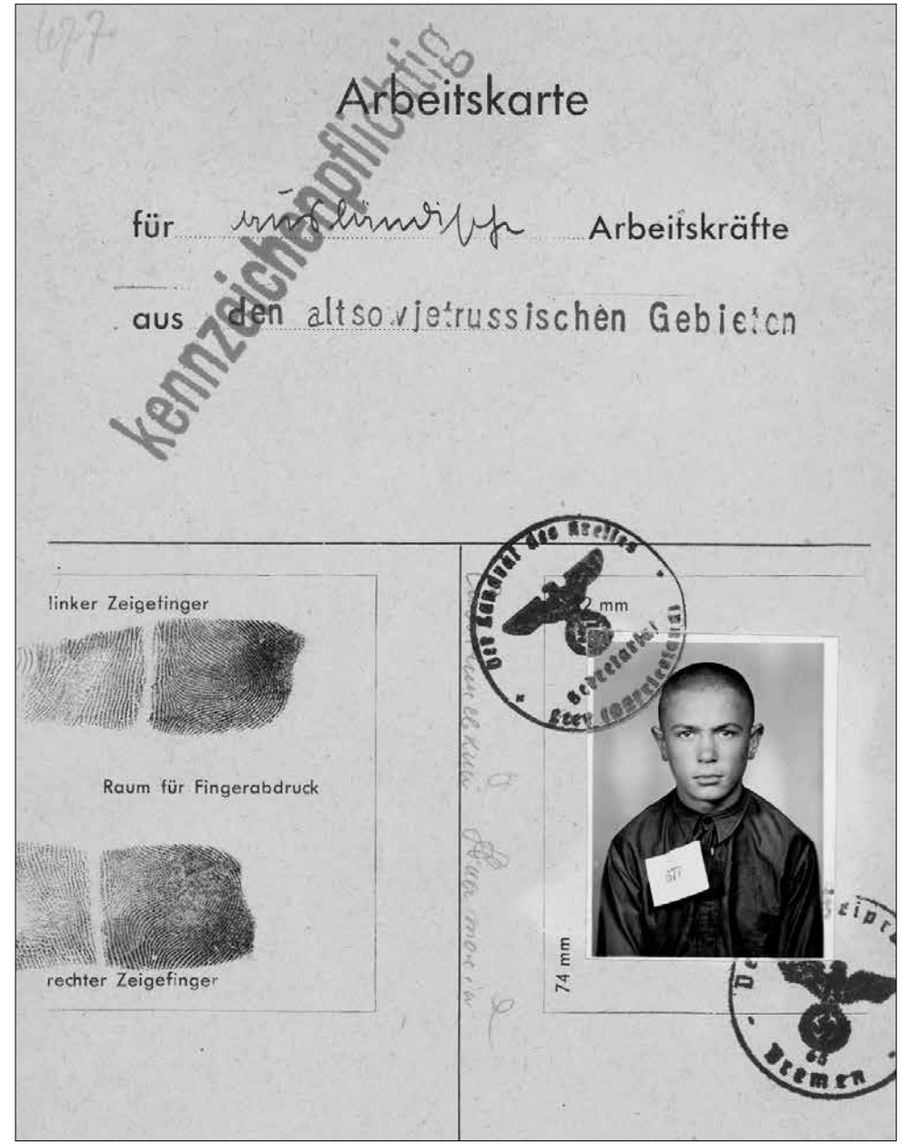
Alle ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter erhielten eine Arbeitskarte mit dem ausdrücklichen Vermerk, dass sie nur zur Arbeit im eingetragenen Betrieb berechtige. Eine Arbeitskarte für Anatolij Slomtschinski aus Kiew (Ukraine) ist in der Personalkartei erhalten geblieben (s. Abbildung). Er kam als 17-Jähriger zunächst in ein Torfwerk im Emsland und ein Jahr später zur Norddeutschen Hütte. Dort wurde er als Platzarbeiter eingestellt. Seine Arbeitskarte enthält seine Fingerabdrücke und den Vermerk »Kennzeichnungspflichtig«.

160 Augenzeugenberichte, gesammelt vom Betriebsrat der NDH, Bericht vom 17.7.1945, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

161 Stellungnahme an den Prüfungsausschuss für das Vorstellungsverfahren 15.1.1946, StAB 4,66 – II. 1426.

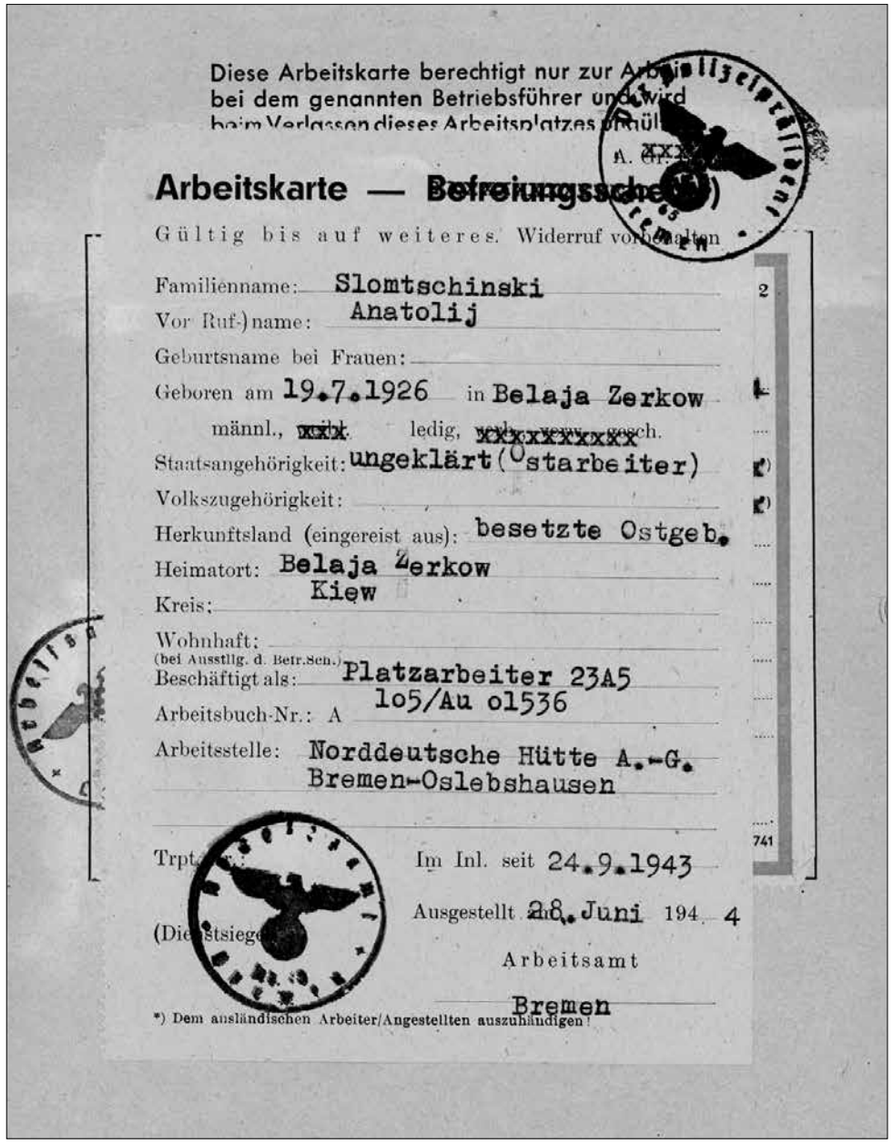
162 Stepan Dorotjak, schriftlicher Bericht 2003.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Erkennungsdienstlich behandelt mit Fingerabdrücken, einer Nummer auf der Brust und dem Stempel »Kennzeichnungspflichtig«: Arbeitskarte (Vorderseite) des ukrainischen Zwangsarbeiters Anatolij Slomtschinski. Er war 17, als man ihn nach Deutschland verschleppte

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Diese Arbeitskarte berechtigt nur zur Arbeit bei dem genannten Betriebsführer und wird beim Verlassen dieses Arbeitsplatzes ungültig

Arbeitskarte — Befreiungsschein

Gültig bis auf weiteres. Widerruf vorbehalten

Familienname: Slomtschinski
Vor (Ruf-)name: Anatolij
Geburtsname bei Frauen:
Geboren am 19.7.1926 in Belaja Zerkow
männl., ~~xxx~~ ledig, ~~xxxxxxxxxx~~ gesch.
Staatsangehörigkeit: ungeklärt (Ostarbeiter)
Volkszugehörigkeit:
Herkunftsland (eingereist aus): besetzte Ostgeb.
Heimatort: Belaja Zerkow
Kreis: Kiew
Wohnhaft: (bei Ausstlg. d. Betr.Sen.)
Beschäftigt als: Platzarbeiter 23A5
Arbeitsbuch-Nr.: A 105/Au 01536
Arbeitsstelle: Norddeutsche Hütte A.-G. Bremen-Oslebshausen

Trpt.-Nr.:
Im Inl. seit 24.9.1943
(Dienststiegel)
Ausgestellt am 28. Juni 1944
Arbeitsamt
Bremen

*) Dem ausländischen Arbeiter/Angestellten auszuhändigen!

Arbeitskarte Slomtschinski (Rückseite)

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Für die Lager der Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter galten im Unterschied zu den Arbeitern aus dem westlichen Ausland weitere Einschränkungen. Eine Fülle bürokratischer Vorschriften reglementierte ihr gesamtes Leben. Alle zielten darauf ab, die Menschen aus der Sowjetunion in den Augen der deutschen Bevölkerung herabzuwürdigen und zu Wesen minderen Rechts zu stempeln. Kontakte zwischen Deutschen und Arbeitern aus der Sowjetunion sollten auf das unumgängliche Minimum beschränkt, vor allem jeder freundschaftliche Verkehr in der Freizeit unterbunden werden. Dazu diente die vorgeschriebene Kennzeichnung mit dem Ostarbeiterzeichen. Es bestand aus einem hoch stehenden Dreieck von 7 x 7,7 cm und zeigte bei einem Zentimeter Breite blauweißer Umrandung das Kennwort »Ost« in 3,7 cm hohen Buchstaben. Die Betriebsführer und die Lagerführer waren verpflichtet darauf zu achten, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter dieses Abzeichen trugen.

Eine Polizeiverordnung über die Kennzeichnung und das Verhalten der im Lande Bremen eingesetzten Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen vom 26. Juli 1943 untersagt u.a.:

§ 5

Den Ostarbeitern und Ostarbeiterinnen ist es verboten:

1. sich in der Zeit vom 1. April bis 30. September von 21.00 bis 5.00 Uhr und in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März von 20.00 bis 6.00 Uhr außerhalb ihrer Unterkunft aufzuhalten, soweit nicht der Polizeipräsident wegen des Arbeitseinsatzes im Einzelfall andere Zeiten genehmigt hat;
2. ihren Arbeitsort, soweit es nicht durch den Arbeitseinsatz bedingt ist, ohne Genehmigung des Polizeipräsidenten zu verlassen;
3. ohne Genehmigung des Güternahverkehrs öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Die öffentlichen Verkehrsunternehmen dürfen Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen nur nach Vorlegung einer schriftlichen Genehmigung des Güternahverkehrs auf den öffentlichen Verkehrsmitteln befördern;
4. an deutschen Veranstaltungen kultureller, kirchlicher oder geselliger Art teilzunehmen, soweit diese Veranstaltungen nicht von der Deutschen Arbeitsfront oder dem Reichsnährstand im Rahmen der Ausländerbetreuung durchgeführt werden.
5. Die öffentlichen Grün- oder sonstigen Erholungsanlagen zu betreten.[163]

Weiter war Ostarbeiterinnen und Ostarbeitern der Aufenthalt in Gaststätten untersagt, sofern diese nicht eigens dafür freigegeben waren. Verboten war es auch, Fahrräder zu benutzen oder zu erwerben, soweit deren Besitz nicht ausdrücklich zum Zweck des Arbeitseinsatzes gestattet war.

In der Praxis des Lebens ließ sich die Einhaltung dieser barbarischen Absonderungsvorschriften nicht immer erzwingen. Bei der großen Zahl an Arbeiterinnen und Arbeitern aus dem Osten war eine lückenlose Überwachung kaum möglich. Die Gestapoanweisungen schrieben zum Beispiel vor, dass die Lager auf keinen Fall nur von einem Wachmann bewacht werden dürften, sondern mindestens zwei Wachmänner Dienst im Lager schieben müssten. Im Lager Grambkermoorer Landstraße, in dem Alexej Ponomarjow untergebracht war, gab es nur einen Wachmann, einen älteren Volksdeutschen aus Polen. Er schloss das Lager abends ab und morgens wieder auf. Vorschrift war es auch, den Weg zwischen Lager und Arbeitsstelle in

163 Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen, 5.8.1943, StAB 3 – M.2.h.3. A. 298.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

jeder Zeit geschlossen zurückzulegen. In der ersten Zeit hat der Wachmann die Kolonne mit der Straßenbahn, bei Fliegeralarm, wenn keine Straßenbahn fuhr, auch zu Fuß, zum Tor der Hütte gebracht. Später gingen die Arbeiter auch allein von und zur Arbeit. Dafür sorgte schon der Schichtbetrieb. Eine ständige Begleitung der Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter hätte ein weitaus größeres Bewachungspersonal erfordert, das vom Arbeitseinsatz hätte abgezogen werden müssen.

Wegen des Mangels an Bewachungspersonal versuchte die Gestapo auch, Lager-, Baracken- und Stubenordner in den Lagern einzuführen.[164] Die uns vorliegenden Aussagen von Zeitzeugen und die Akten geben keinen Aufschluss darüber, ob ein solches System von Ordnern in den Lagern der Norddeutschen Hütte etabliert wurde.

Lediglich Stepan Dorotjak schildert, dass in ihrem Wohnheim auf der Hütte am Ende des Flures ein deutscher »Kommandant« wohnte. Er sorgte für die Ordnung, war also so etwas wie ein Stubenältester. Möglicherweise erübrigte sich eine ausgebaute zusätzliche Lagerorganisation, weil die unmittelbare Nähe der Lagerverwaltung, von Vorgesetzten der Hütte und der Werkschutz ausreichten, die Disziplin im Lager aufrechtzuerhalten.

Ostarbeiter sollten nur in geschlossenen Kolonnen ausgehen dürfen. Auch dieses Ausgehverbot für Einzelne ließ sich manchmal mit Hilfe einer kleinen Bestechung umgehen. Alexej Ponomarjow brachte dem Lagerwächter hin und wieder einige Zigaretten aus der Stadt mit. Deswegen konnte er öfters das Lager verlassen und allein losziehen. Er zog dann sein Jackett aus Wolle an, aber mit dem Aufnäher »Ost« nach innen gedreht. Dabei kam es manchmal auch zu anrührenden Begegnungen mit Deutschen:

»Ich war ständig auf der Suche nach etwas Essbarem. So bin ich einmal in die Stadt gefahren. Plötzlich kam aus einer Gruppe von jungen Leuten einer auf mich zu und sagte: ›Du bist doch kein Deutscher, willst du was essen? Für 50 Pfennig kannst du ein volles Mahl bekommen, du brauchst nur eine Eintrittskarte.‹ Ich habe von dem jungen Mann eine Eintrittskarte für 50 Pfennig gekauft und bin zu der angegebenen Adresse gefahren. Es war offener Tag in einer Militärschule. Am Ende der Besichtigung gab es ein Büfett. Alle saßen an langen Tischen. Es wurde Suppe aufgetragen, und alle holten ihre Löffel aus der Tasche und begannen zu essen. Ich saß dazwischen und hatte keinen Löffel. Eine Nachbarin sprach mich an: ›Warum isst du nicht?‹ ‹Ich habe keinen Löffel.‹ ›Warte bis ich fertig bin. Dann bekommst du meinen Löffel‹, sagte sie. Ich habe mich mit der Frau unterhalten, die berichtete, ihr Mann sei an der Front. Eine andere Frau sagte, ihr Mann sei gerade gefallen. Sie fragte mich nach meinem Schicksal und woher ich komme. Beide zeigten viel Mitgefühl mit meiner Lage.«[165]

Für eine Durchbrechung der Vorschriften sorgte auch der enge Kontakt, den viele der Ostarbeiterinnen und -arbeiter in den Betrieben mit den deutschen Kollegen notwendigerweise aufnehmen mussten. Es entwickelten sich hin und wieder sogar kameradschaftliche Beziehungen. Alexej Ponomarjow berichtet, dass sie manchmal von deutschen Arbeitern nach Hause eingeladen wurden. »Das war eine gefährliche Sache. Denn wenn das rausgekommen

164 Dienstanweisung der Gestapo über die Behandlung der in Lagern untergebrachten Ostarbeiter, 14.10.1942, StAB 4,13/1 – A.8.b. Nr. 53, vgl. das System der Funktionshäftlinge (Kapos) in den Konzentrationslagern, beschrieben für Neuengamme bei Hermann Kaienburg, »Vernichtung durch Arbeit«, Die Lagerbeherrschung und die Entwicklung des Funktionssystems der Häftlinge, S. 156 ff.

165 Alexej Ponomarjow, Interview 2003.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

wäre, hätten sie diese Leute verhaftet und abtransportiert. Aber es gab diese seltenen Fälle von Einladungen.«[166]

Die Freizeit der Ostarbeiter sollte sich nach den Anweisungen der Gestapo auf das Lager beschränken. »Für die Freizeitgestaltung (einschließlich Ausgang) der Ostarbeiter gilt der Grundsatz, dass sie nicht mit Deutschen zusammenkommen dürfen ... Getränke und Gebrauchsgegenstände sollen bei der Lagerkantine eingekauft werden. Ist diese noch nicht eingerichtet, so können die Ostarbeiter ihre Wünsche dem Lagerpersonal mitteilen, das die notwendigen Einkäufe zu besorgen hat.«[167] Jeder Verstoß gegen die Lagerordnung wurde mit Ausgangssperre bedroht. In schweren Fällen sollte der Betreffende festgenommen und der Staatspolizeistelle übergeben werden.

Auch diese Vorschriften ließen sich im Falle des relativ kleinen Lagers Grambkermoorer Landstraße nicht durchführen oder wurden ebenso wie das Alkoholverbot umgangen. Alexej Ponomarjow berichtet, dass sie im Lager auch Feste gefeiert haben. »Mit dem gesparten Geld haben wir etwas zum Essen gekauft. Die Älteren aus dem Lager haben mit den Mädchen angebändelt, die bei den Bauern arbeiten mussten, und haben sie zu der kleinen Feier eingeladen. Zum Feiern brauchte man etwas zum Trinken. Das war meine Aufgabe, weil ich im Labor der Hütte arbeitete. Dort war ein Herr M., der am Freitagnachmittag immer den Spiritus reinigte und sich einen hinter die Binde kippte. Das habe ich ausgenutzt, um an Alkohol zu kommen. Im normalen Einkauf konnte man einen Ersatzwein kaufen. Das war etwas besseres Wasser. Wenn das aber mit dem Sprit vermischt wurde, war das eine gute trinkbare Mischung.«[168]

Die Gestapo warnte wiederholt davor, die geforderte Distanz zu den Ostarbeitern aufzugeben. So heißt es in einer Dienstanweisung vom Oktober 1942:

»Die vielfach gute Arbeitsleistung der Ostarbeiter kann zu einem Nachlassen in der ihnen gegenüber gebotenen Aufmerksamkeit führen. Es ist stets daran zu denken, daß sie dem deutschen Volkstum, der deutschen Kultur, Art und Sitte fremd gegenüberstehen und jahrzehntelang in bolschewistischem Sinne erzogen worden sind. Agenten der Sowjets, Fallschirmabspringer und Saboteure befinden sich nachgewiesenermaßen unter ihnen. Auch diese feindlichen Kräfte werden sich zunächst arbeitswillig zeigen. Wenn auch die Masse der Ostarbeiter sich nicht zum Bolschewismus bekennt, so besteht doch gerade bei ihrer Sturheit die Gefahr, daß die deutschfeindlich eingestellten Aktivisten unter Ausnutzung bestehender Schwierigkeiten (z.B. in der Ernährung) Einfluß auf sie gewinnen.«[169] Die Warnung vor Agenten und Saboteuren dürfte eine Scheindrohung gewesen sein. Aus dem Einsatz der Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter auf der Norddeutschen Hütte sind Fälle von bewusster Sabotage nicht bekannt. Allerdings konnte ja bereits jedes fehlerhafte Arbeiten, das zu Beschädigungen von Material oder Maschinen führte, als »Sabotage« ausgelegt werden (s. Kapitel 7, Das betriebliche Strafsystem).

Die Gestapo wies in dieser Anordnung auch darauf hin, dass es im sicherheitspolizeilichen Interesse liege, im Rahmen der Bestimmungen das Möglichste für eine ordnungsgemäße Er-

166 Ebenda.

167 Geheime Staatspolizei Staatspolizeistelle Bremen, Dienstanweisung über die Behandlung der in Lagern untergebrachten Ostarbeiter, 14.10.1942, StAB 4,13/1 – A.8.b. Nr. 53.

168 Alexej Ponomarjow, Interview 2003.

169 Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Bremen, 14.10.1942, StAB 4,13/1 – A. 8.b. Nr. 53.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

nährung und Unterbringung zu tun. Gerade auf dem Gebiet der Ernährung blieb das allerdings eine Phantomvorstellung der Gestapo.

Hunger

»Wir hatten immer Hunger. Es gab morgens etwas zu essen, aber ich bin hungrig zur Arbeit gegangen. Den ganzen Tag Hunger.«[170] So wie Alexej Ponomarjow berichten viele Ostarbeiter von dem nagenden Hungergefühl, das sie während ihrer Arbeit in Deutschland ständig begleitete.

Die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im April 1942 vorgesehenen Verpflegungssätze für sowjetische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter legten einen wöchentlichen Verpflegungssatz fest. Danach sollte der Normalarbeiter erhalten:

Brot	2600 g
Fleisch	250 g
Fett	130 g
Kartoffeln	5250 g
Nährmittel	150 g
Zucker	110 g
Tee	14 g

Gemüse nach Aufkommen (Kohlrüben).

Für Schwerarbeiter war diese Ration auf 3400 g Brot pro Woche, 400 g Fleisch und 200 g Fett aufzustocken.

Schwerstarbeiter erhielten 4200 g Brot, 500 g Fleisch und 260 g Fett.

Wegen zahlreicher Beschwerden über die unzureichende Ernährung sah sich der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz im Oktober 1942 genötigt, die Verpflegungssätze für Ostarbeiter zu erhöhen. Es gab danach 1750 g Kartoffeln mehr pro Woche, 50 g mehr Fleisch und 20 g mehr Fett. Die bis dahin übliche Beimischung von Zuckerschnitzeln im Brot sollte wegfallen.[171] Bei der schweren Arbeit auf der Hütte, häufig im Schichtbetrieb, waren diese Lebensmittelmengen absolut unzureichend. Betriebsführer Hofmann behauptete 1949, von unzureichender Verpflegung der ausländischen Arbeiter könne keinesfalls die Rede sein. Er habe sehr viele zusätzliche Lebensmittel gekauft. Viele der Arbeiter hätten die Schwer- und Schwerstarbeiterzulage bekommen. Für die zivilen Arbeiter aus dem westlichen Ausland traf das zu. Sie erhielten Lebensmittelkarten. Das galt auch für die »privilegierten« Ukrainer aus Polen. Stepan Dorotjak beschreibt, dass sie Lebensmittelkarten bekamen für 500 g Brot täglich und 2 kg Zucker monatlich. Für sehr schwere Arbeit gab es eine Lebensmittelzulage von 25 bis 40 Prozent. Ein Teil der Margarine- und Fleischmarken wurde für die Essenszubereitung in der Werkskantine abgezogen. Für das Mittagessen behielt das Lohnbüro etwa 25 bis 30 Mark pro Monat von ihrem Lohn ein. Von 10.00 bis 10.30 Uhr war Frühstückspause. In einer Ecke der Werkshalle bekam man schwarzen Kaffee. Man konnte auch in der Kantine Bier trinken (sehr beliebt war Dunkelbier) oder Apfelsaft. Mittagspause war von 13.00 bis 14.00

170 Alexej Ponomarjow, Interview 2003.

171 Reichsgruppe Industrie, Verpflegungssätze Kriegsgefangener und sowjetischer Zivilarbeiter, 23.4.1942, StAB 7.1066 – 311.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Uhr. Die Arbeiter rannten in die Kantine und bekamen nach Abgabe der Essensmarke ihr Mittagessen, das von Frauen ausgeteilt wurde. In der Kantine aßen sowohl ausländische wie deutsche Arbeiter.

Für die Ostarbeiter und Polen aber wurde zwar auch in der Werkskantine, aber gesondert gekocht. Alex Orzol sagte, dass die Ostarbeiter ihm dieses Essen gezeigt hätten. »Da war Spinat, unzerkleinert in langen Stängeln, und so schlecht gekocht, dass es nach seiner Meinung nicht die Schweine fressen würden.«[172] Die ausländischen Arbeiter sollten für schwere Arbeit auch eine Zusatzverpflegung erhalten, die Ostarbeiter allerdings nicht in Form von Lebensmittelkarten, sondern in Naturalien. Unsere Zeitzeugen berichten, dass es diese Zusatzverpflegung nur in der ersten Zeit und später nicht mehr gegeben hat.

Für die Ostarbeiter des Lagers Grambke wurde das Essen ebenfalls in der Werkskantine gekocht und dann zum Lager gebracht. Alexej Ponomarjow schildert, dass es abends im Lager eine Suppe gab: »Gemüse mit etwas Grünzeug drin, wenig Kalorien. Man konnte davon nicht satt werden. Wir haben auf der Hütte kein Essen bekommen.«

Der Kantinenkoch bestätigte, dass die Zuteilungen der DAF für die Russen nicht ausreichten. Es sei oft vorgekommen, dass von der DAF verdorbene Lebensmittel geliefert wurden und dass auf Anweisung von Hofmann auf Kosten der Hütte versucht wurde, weitere Lebensmittel zu beschaffen. Die DAF zahlte dafür keine Vergütung.[173]

Für Westarbeiter im Lager Grambkermoorer Landstraße kochte die Gastwirtsfamilie. Die Ostarbeiter mussten sich mit der kalorien- und vitaminarmen Gemüsesuppe aus der Werkskantine begnügen. Sich zusätzliche Nahrung zu organisieren war deshalb ein wichtiger Bestandteil des Überlebenskampfes der Ostarbeiter. Wie Alexej Ponomarjow sagt: »Wir waren immer auf der Suche nach etwas Essbarem. Auf unserem Weg zur Hütte wuchsen hohe Büsche. Im Frühjahr blühten sie weiß, im Herbst trugen sie kleine dunkle Früchte. Die haben wir gegessen, sie schmeckten nicht schlecht. Aber plötzlich rebellierte mein Magen und ich musste alles wieder ausspucken. Wir sind auch durch Felder mit Rüben und Kartoffeln gegangen. Die haben wir nachts mitgenommen und im Lager gekocht.

Wenn ich von Peter, dem Torwächter, die Erlaubnis bekam, in die Stadt zu fahren, bin ich zu einem Grünmarkt der Bauern vor dem Rathaus gegangen. Wir hatten unser Geld zusammengelegt, um einen Sack Kartoffeln zu kaufen. Wir mussten mehr dafür bezahlen, brauchten dafür aber keine Lebensmittelkarten. Wir haben gekauft, was wir bekommen konnten. Es gab zum Beispiel fertig gekochte Grütze, die wir in Gefäßen mit ins Lager genommen haben. In einer Bäckerei schnitt eine Verkäuferin die Kanten vom Kuchen ab. Wenn kein Deutscher im Laden war, hat sie diese Reste an mich ohne Marken verkauft. Das war ein großer Feiertag. Aber es ging nur, wenn keiner im Laden war.«[174]

Eine andere Möglichkeit, etwas zum Essen zu beschaffen, war es, an arbeitsfreien Tagen bei einem Bauern nach Arbeit zu fragen. Die Bezahlung erfolgte in Naturalien, einem Teller Suppe, Brot, ein wenig Wurst.

Wie oben schon erwähnt, sind von Seiten der DAF-Lagerverwaltung, der die Verpflegung der Lager unterstand, auch wohl Unterschlagungen von Lebensmitteln vorgekommen, die

172 Alexander Orzol, Interview 1983.

173 Aussage im Spruchkammerverfahren 17.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

174 Alexej Ponomarjow, Interview 2003.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

die knappen Rationen weiter schmälerten. Unter diesen Bedingungen wundert es nicht, dass gestohlen wurde. Ein deutscher Arbeiter berichtete: »Es ist vorgekommen, dass Kartoffeln gestohlen wurden. Sofort, wenn es bei Nachtschicht begann zu dunkeln, verschwanden immer einige Russen, um sich etwas zum Essen zu stehlen. Wir haben hin und wieder von zu Hause Kartoffeln mitgebracht. Ein Wachmann hat das einmal gesehen und hat mich deswegen gerügt.«[175] Auch das zunächst mögliche zusätzliche Kochen auf einem Gaskocher in der Wohnbaracke wurde von der Direktion streng verboten.

Wenn Ostarbeiter beim Stehlen von Nahrungsmitteln erwischt wurden, mussten sie mit harten Strafen rechnen. Wenn sie Glück hatten, kamen sie mit einer Geldbuße davon. Noch im April 1945 wurde per Aushang die Bestrafung von 18 ausländischen Arbeitern gleichzeitig wegen Diebstahls bekannt gemacht.

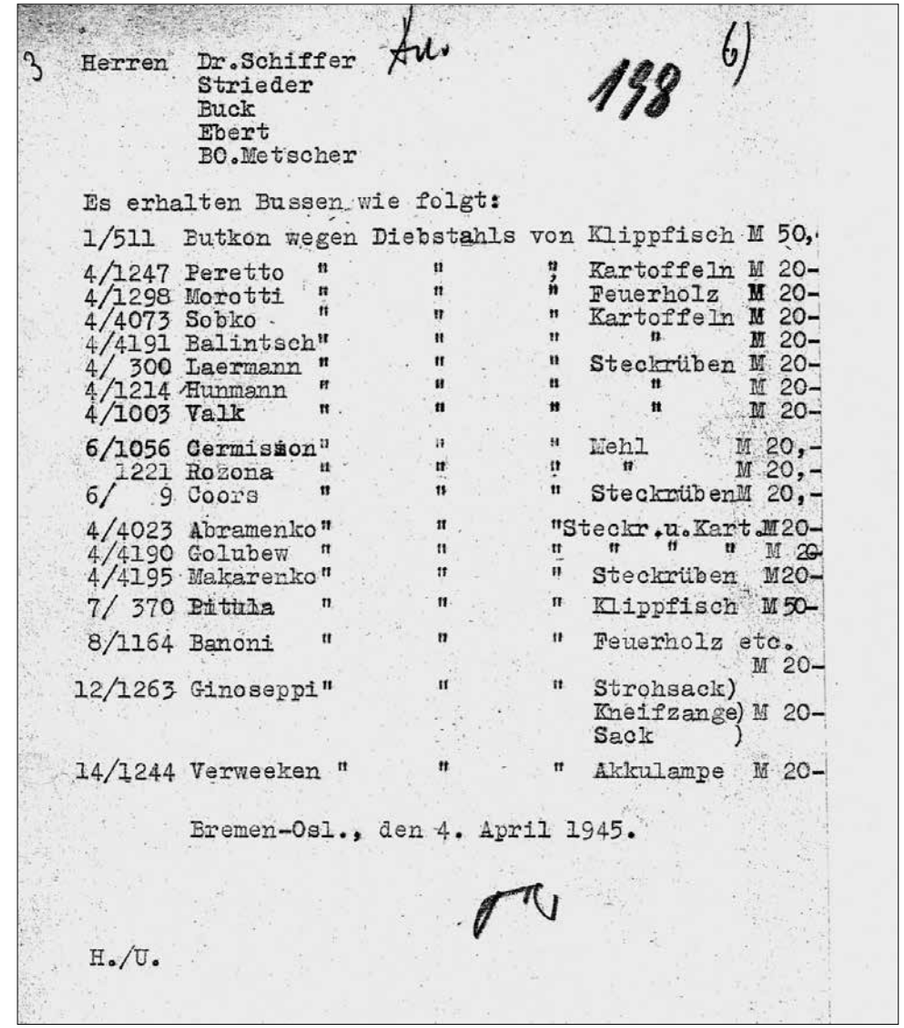
Fast in allen Fällen handelte es sich um das Entwenden von Nahrungsmitteln, um den nagenden Hunger zu stillen, oder auch um Feuerholz. Im schlimmsten Falle aber gerieten die Arbeiter in die Fänge der Gestapo und in ein Konzentrationslager. So erging es Alexej Ponomarjow. Auf dem Weg vom Betrieb zum Lager kam er an den Milchkannen eines Bauern vorbei. Alexej hatte aus dem Labor ein kleines Gefäß mitgenommen, um etwas von der Milch abzuzapfen. Vermutlich war das schon häufiger vorgekommen. Ein Polizist hatte sich auf die Lauer gelegt. Er sprang plötzlich hinter einem Gebüsch hervor und führte Alexej mit gezogener Pistole ab. Alexej wurde zur Gestapo gebracht, verhört und Anfang 1944 ins Konzentrationslager Neuengamme eingeliefert. In der Lohnbuchhaltung der Norddeutschen Hütte, die offensichtlich nicht sofort von seiner Festnahme durch die Gestapo informiert worden war, wurde auf seiner Karteikarte eingetragen: »Abgerückt«. Mit dem Datum seiner Entlassung am 13.1.1944 stempelte man die Karte mit dem Vermerk ab: »Rückführungsantrag läuft. Auf der Arbeitskarte ist zu vermerken, daß der Mann der Norddeutschen Hütte Akt. Ges. verbleiben soll.« Alexej Ponomarjow kehrte erst am 15.10.1999 beim Besuch einer Gruppe ehemaliger ukrainischer Zwangsarbeiter auf Einladung des Bremer Senats an den Ort seiner Zwangsarbeit in Bremen zurück.[176]

Die schwere Arbeit auf der Hütte bei mangelhafter Ernährung und teilweise unzureichenden hygienischen Verhältnissen in den Lagern führte zu zahlreichen Erkrankungen. In den ersten Jahren konnten ausländische Arbeiter aus den westlichen Ländern noch bei Vorliegen eines ärztlichen Attestes »im gegenseitigen Einvernehmen« aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden. In den Jahren 1940 und 1941 tauchen diese Ausscheidungsgründe häufiger in der Kartei auf. Die nationalsozialistischen Behörden äußerten den Verdacht, dass die Arbeiter Krankheiten vortäuschten, um den drückenden Arbeitsbedingungen zu entgehen. Das war für viele oft die einzige Möglichkeit, sich einige Tage auszuruhen oder auf einen weniger

175 Martin Schröder, Aussage im Spruchkammerverfahren 8.6.1949, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

176 Im KZ Neuengamme musste Alexej Ponomarjow u.a. im Kommando Klinkerwerk arbeiten. Ende April wurde er bei der Räumung des Lagers mit den anderen Häftlingen auf die Schiffe in die Neustädter Bucht getrieben. Er gehörte zu den wenigen, die bei der Bombardierung der Schiffe »Thielbek« und »Cap Arcona« mit dem Leben davonkamen. Nach seiner Befreiung durch alliierte Truppen wurde er in die sowjetische Armee eingezogen, bevor er nach zwei Jahren Militärdienst endlich wieder in seine Heimat zurückkehren konnte. Über die tragische Bombardierung der Schiffe durch alliierte Flugzeuge angesichts der nahen Befreiung vgl. Rudi Goguel, Cap Arcona – Report über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



3 Herren Dr.Schiffer
Strieder
Buck
Ebert
BO.Metscher

198 6)

Es erhalten Bussen wie folgt:

1/511	Butkon	wegen	Diebstahls	von Klippfisch	M 50,-
4/1247	Peretto	"	"	" Kartoffeln	M 20-
4/1298	Morotti	"	"	" Feuerholz	M 20-
4/4073	Sobko	"	"	" Kartoffeln	M 20-
4/4191	Balintsch	"	"	" "	M 20-
4/ 300	Laermann	"	"	" Steckrüben	M 20-
4/1214	Hunmann	"	"	" "	M 20-
4/1003	Valk	"	"	" "	M 20-
6/1056	Germisson	"	"	" Mehl	M 20,-
1221	Rozona	"	"	" "	M 20,-
6/ 9	Coors	"	"	" Steckrüben	M 20,-
4/4023	Abramenko	"	"	" Steckr.u.Kart.	M 20-
4/4190	Golubew	"	"	" " " "	M 20-
4/4195	Makarenko	"	"	" Steckrüben	M 20-
7/ 370	Pituha	"	"	" Klippfisch	M 50-
8/1164	Banoni	"	"	" Feuerholz etc.	M 20-
12/1263	Ginoseppi	"	"	" Strohsack) Kneifzange) Sack)	M 20-
14/1244	Verweeken	"	"	" Akkulampe	M 20-

Bremen-Osl., den 4. April 1945.

H./U.

Wegen Diebstahls von Holz und Nahrungsmitteln mit einer Geldbuße belegt. Die von Direktor Hofmann unterschriebenen betrieblichen Bestrafungen wurden zur Abschreckung im Betrieb ausgehängt

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

schweren Arbeitsplatz versetzt zu werden. Zunächst gab es auf der Hütte nur eine kleine Baracke zur Behandlung von Unfällen. Direktor Hofmann ließ ein Krankenrevier neben der Kantine einrichten, das bis zu 30 Kranke stationär aufnehmen konnte. Dort lagen immer nur ausländische Arbeiter. Das Revier unterstand einem Sanitäter. Ein- bis zweimal in der Woche kam ein privater Arzt, der zusätzlich den Betrieb betreute. Dieser Arzt war NSDAP-Mitglied seit 1934. Im Spruchkammerverfahren gegen Hofmann behauptete er, dass viele seiner Patienten nur simulierten: »Ich habe oft das Gefühl gehabt, dass im Revier Arbeiter lagen, die die Arbeit schwänzen wollten. Beispiele. Durchfallepidemie, da hatten die Holländer etwas für eingenommen. 2. Fall: Franzosen bekamen auf einmal die Gelbsucht. Hier konnte ich feststellen, daß sie Farbstofftabletten gegessen hatten ... Es ist sogar vorgekommen, daß die Ausländer Salz gegessen haben, um ins Revier zu kommen.«[177]

Diejenigen, die an schweren Krankheiten oder den Folgen von Unfällen litten, wurden in die Heimat transportiert. Die Kartei vermerkt zum Beispiel hinter einem Arbeiter: »Rückführung wg. Tuberkulose«, in einem anderen Fall: »Transport, hat offenes Bein«. In vielen Fällen wurde der Betreffende auch einfach mit dem Vermerk »nicht geeignet« zurücktransportiert, wobei sich dahinter sowohl Krankheiten als auch Verletzungen oder allgemeine Schwäche verbergen konnten. Der französische Arbeiter Firmin Mollet arbeitete zwei Jahre vom 5.4.1941 bis zum 2.4.1943 auf der Hütte. Dann wurde er wegen schwerer Krankheit oder Verletzungen mit dem Vermerk entlassen: »nicht geeignet – für Deutschland nicht mehr einsatzfähig«.

Insgesamt 36 Arbeiter starben während ihres Arbeitseinsatzes auf der Hütte.[178] Fünf von ihnen kamen durch Arbeitsunfälle ums Leben. Hinzu kamen diejenigen, die bei Bombenangriffen starben. In dieser Zahl sind die ausländischen Arbeiter der Norddeutschen Hütte nicht enthalten, die ihr Leben in Gestapohaft oder im Konzentrationslager verloren.

Verdienste, »Ostarbeitersparen«

Den ausländischen Arbeitern musste der Betrieb den Tariflohn zahlen. Allerdings nutzte das Reichsfinanzministerium die verschiedensten Tricks, um wesentliche Lohnanteile der ausländischen Arbeiter zugunsten der Reichskasse einzustreichen.[179]

177 Aussage im Spruchkammerverfahren 8.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

178 Davon waren zwei Belgier, ein Franzose, zwei Italiener, drei Niederländer, ein Österreicher, elf Polen, vier Polen/Ukrainer, zwölf Arbeiter aus der UdSSR. Auffallend ist, dass es mit 27 unter den Ostarbeitern sehr viel mehr Tote gab als unter den Arbeitern aus dem Westen (neun Fälle).

179 Götz Aly beschreibt, dass zum Beispiel die von deutschen Firmen überwiesenen Lohnanteile für etwa 250.000 belgische Arbeiter, die für deren Familien bestimmt waren, auf ein Sammelkonto des deutschen Staates eingezahlt wurden. Von dort flossen die Reichsmarkbeträge an die Reichshauptkasse. Die Angehörigen der Arbeiter erhielten ihr Geld in Belgischen Francs aus dem Besatzungskostenhaushalt. Neben den Lohnsteuern kassierte der deutsche Staat also auch noch den Teil, den die Arbeiter als Unterhalt überwiesen, und ließ das Geld allein zu Lasten der belgischen Volkswirtschaft den Arbeiterfamilien zukommen. In gleicher Weise wurde mit den Lohnanteilen der italienischen Militärinternierten verfahren. Das staatliche Unterschlagen von Lohngeldern praktizierte das Regime auch gegenüber Arbeitern aus Frankreich, Kroatien, Serbien, Böhmen und Mähren oder der Slowakei. Götz Aly, Hitlers Volksstaat S. 181.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Die polnischen und sowjetischen Arbeiter mussten außer der Einkommenssteuer zusätzlich eine Sozialausgleichsabgabe von 15 Prozent des Bruttolohnes entrichten, die ausschließlich in die Kassen des Reichs floss. Insgesamt zahlten sie mehr als das Dreifache an Steuern und Sozialabgaben wie deutsche Arbeiter.[180] Die am 25.2.1942 durch den Reichsminister für Finanzen verordnete besondere Steuer für Arbeitskräfte aus den neu besetzten Ostgebieten (Ostarbeitersteuer) floss ausschließlich dem Reich zu. Ihre Sätze waren extrem hoch:

Steuertabelle bei monatlichem Lohnabzug

Monatslohn in Reichsmark	Steuer
100–104	43.75
152–156	90.55
191–195	126.70
299–304	230.25[181]

Für die Lebenshaltungskosten im Lager wurden 1,50 Reichsmark pro Tag abgezogen. Alexej Ponomarjow erhielt für eine Woche Arbeit weniger als zehn Reichsmark ausgezahlt. Davon mussten auch noch die Kosten für Bekleidung selbst getragen werden. Stepan Dorotjak berichtet, dass er in der ganzen Zeit seines Arbeitseinsatzes vom Juli 1940 bis Juni 1943 insgesamt drei Bezugsscheine für ein paar Schuhe, einen Arbeitsanzug und ein Hemd bekam. »Man besuchte Geschäfte mit gebrauchter Kleidung oder suchte in der Zeitung Anzeigen über den Verkauf von Kleidungsstücken. Meistens war es Kleidung von Verstorbenen.«[182]

Um von den ausgezahlten Summen angesichts der knappen Konsumgüterversorgung im Reich möglichst viel abzuschöpfen, wurde das Ostarbeitersparen eingeführt. Die Lohnbuchhaltungen der Betriebe erhielten Ostarbeiter-Sparkarten und klebten dort entsprechende Sparmarken ein. Den Gegenwert führten die Betriebe direkt an die Reichshauptkasse ab. Angeblich sollten die Arbeiter das Ersparte bei der Rückkehr in die Heimat mit zwei Prozent Verzinsung ausgezahlt bekommen, was natürlich nie geschah.[183] Von den 235 Ostarbeitern, die in der Ausländerkartei der Norddeutschen Hütte geführt wurden, hatten 28 einen Vermerk: »Sparkarte in der Hauptkasse«. Es war nicht zu klären, ob in den weiteren Fällen die Sparkarte bei den Arbeitern verblieb, oder ob es nur versäumt wurde, den Verbleib bei der Hauptkasse auf der Karteikarte einzutragen.

Für die Unternehmen stellte sich der Einsatz der ausländischen Arbeiter keineswegs als Kostenvorteil dar. Eine Untersuchung des Revisionsbüros von Krupp kam zu dem Ergebnis, dass die Kosten für ausländische Arbeiter etwa zehn bis 25 Prozent über denen vergleichbarer deutscher Arbeiter lag. Dabei wurde davon ausgegangen, dass die Leistungen der männlichen Ostarbeiter bei 40 bis 60 Prozent, die der anderen ausländischen Arbeiter bei 60 bis 80 Prozent der vergleichbaren deutschen Leistungen lag.

Die Direktion der Norddeutschen Hütte bewertete die Arbeitsleistungen der ausländischen Arbeiter sehr viel höher. Im Bericht des Vorstandes für das III. und IV. Quartal 1942 wird die

180 A.a.O. S. 185.

181 StAB 3 – A 18 248 Senatsregistratur Bremen.

182 Stepan Dorotjak, schriftlicher Bericht 2003.

183 Vgl. Götz Aly, Hitlers Volksstaat S. 186.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Arbeitsleistung der verschiedenen Ausländer im Verhältnis zu deutschen Arbeitern wie folgt eingeschätzt: [184]

Holländer	60 bis 80 %	der durchschnittlichen Leistung von dt. Arbeitern
Ostarbeiter	80 bis 100 %	«
Ukrainer	80 bis 100 %	«
Polen	60 bis 100 %	«

Die relativ hohe Einschätzung der Leistungen der Ostarbeiter und Ukrainer im Verhältnis etwa zu den Holländern ist auffällig.

Die niedrigeren Löhne vor allem für die Ostarbeiter wurden durch die hohen Abgaben wieder wettgemacht. Der verhältnismäßig hohen Kostenbelastung auf Seiten der Unternehmer standen also nur wenig Spielräume für lohnbezogene Leistungsanreize gegenüber.[185]

Für die Unternehmen kam als zusätzlicher Kostenfaktor die Aufwendungen für die Unterbringung in Lagern und das Bewachungspersonal hinzu, die den Einsatz ausländischer Arbeiter im Vergleich zu deutschen verteuerte.[186] Beklagt wurde außerdem die hohe Abwesenheitsquote, die (ohne krankheitsbedingte Abwesenheit) durchschnittlich drei bis vier Prozent betrage[187]. Glaubhaft konnte deshalb Direktor Hofmann, als er 1948 nach dem Einsatz von KZ-Häftlingen auf der NDH befragt wurde, versichern: »Ich hätte mich, wenn es nach mir gegangen wäre, grundsätzlich gegen den Einsatz von KZ-Häftlingen gewehrt, ebenso wie ich mich dagegen gewehrt habe, ausländische Arbeitskräfte zu benutzen ... (ich wollte) meine deutschen Arbeitskräfte haben, mit denen ich die von mir verlangte Leistung besser erreichen konnte.«[188]

Das Regime versuchte im Laufe des Krieges, mehr Leistungsanreize einzuführen. So sollten für Ostarbeiter ab Mai 1944 die gleichen Löhne wie für Westarbeiter gelten. »Gemäß ›Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter‹ vom 25.3.44 gelten für die Ostarbeiter die gleichen Lohn- und Gehaltsbedingungen wie für sonstige ausländische Arbeitskräfte. Soweit bei ihnen beschäftigte Ostarbeiter aufgrund ihrer Leistungen einen Anspruch auf den vollen Tariflohn nicht haben, bitte ich, mir eine Liste der in Frage kommenden Ostarbeiter unter Angabe der Werksnummer und der Höhe des von ihnen vorzuschlagenden Lohnes bis zum 22.5.44 vorzulegen.«[189]

Vieles davon blieb auf dem Papier oder wurde durch die verschlechterten Lebensbedingungen mehr als aufgewogen. Hinzu kam, dass seit dem Winter 1943 (Stalingrad) sich die Niederlage Nazi-Deutschlands abzuzeichnen begann. Viele der Dienstverpflichteten und Zwangsarbeiter versuchten deshalb, sich der unerträglichen Lage durch Flucht zu entziehen.

184 Bericht an den engeren Vorstand der Fried. Krupp AG vom 16.2.1943, HA Krupp WA 41/4 – 318.
185 Lothar Gall, Krupp im 20. Jahrhundert, S. 414 f.
186 Im Bericht an den engeren Krupp-Vorstand für das III. und IV. Quartal 1942 heißt es: »Zur Zeit arbeiten in unseren Betrieben 420 Ausländer, Kriegsgefangene und Strafgefangene und 680 deutsche Gefolgschaftsmänner, d.h., daß auf 3 Deutsche 2 Ausländer kommen. Die Kosten für die Unterbringung und für das zu stellende Aufsichts- und Bewachungspersonal sind erheblich. Für die Unterbringung zusätzlicher Arbeitskräfte haben wir weitere Baracken beantragt.« (HA Krupp WA 41/4–318)
187 Ebenda.
188 Vernehmung von Otto Hofmann vor dem Militärgerichtshof Nürnberg, 24.3.1948, HA Krupp WA 40/57.
189 Schreiben an die Betriebschefs von Direktor Hofmann 18.5.1944, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Flucht vor Entbehrung, Zwang und Bomben

Auf den Karteikarten der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter hat die Hüttenbürokratie diese Fluchten unter verschiedenen Kürzeln notiert. In den ersten Kriegsjahren versah man die Karteikarten der Verschwundenen häufig mit der Bezeichnung »Bummeln«. Man ging offensichtlich davon aus, dass diese Arbeiter zwar der Arbeit fernblieben, irgendwann aber wieder auftauchten oder mit Zwang zur Hütte zurückgebracht werden konnten. 146 Karteikarten tragen diesen Vermerk. Die Karten wurden in vielen Fällen zunächst gesammelt. Irgendwann gab man dann die Hoffnung auf, der Verschwundenen wieder habhaft zu werden, und setzte ein fiktives Entlassungsdatum ein. So wurden die Karteikarten von 130 Arbeitern zugleich mit dem Entlassungsdatum vom 27.8.1942 versehen.

Ab 1943 taucht der Begriff »Bummeln« kaum noch auf. Stattdessen wurde bei verschwundenen Arbeitern meistens der Vermerk »abgerückt« verwendet. Mit Ausnahme derjenigen, die bei der alliierten Besetzung Bremens am 27.4.1945 die Hütte verließen, waren das 115 Menschen, die während des Krieges verschwanden. Weitere 111 kamen aus dem Urlaub nicht zurück. Bei ihnen handelt es sich meistens um Arbeiter aus dem westlichen Ausland, vor allem Niederländer, Belgier und Franzosen sowie Ukrainer aus dem ehemals polnischen Teil der Ukraine. Ostarbeiterinnen und -arbeiter erhielten in der Regel keinen Urlaub. Mindestens 25 Prozent der insgesamt in der Kartei festgehaltenen Arbeiter versuchten also auf die eine oder andere Weise der Zwangsarbeit zu entfliehen[190] (vgl. Tabelle 4 Gründe für Entlassungen und Weggang, im Anhang). Einige von ihnen wurden auf der Flucht gefasst und kamen in Haft, wie Stepan Dorotjak.

Veränderungen der Lage der Arbeiter

Stepan Dorotjak, dessen Vater und Bruder ebenfalls in Deutschland arbeiteten, schildert die Veränderung der sozialen und politischen Bedingungen:

»Man muss sagen, dass bis 1942 das Leben einigermaßen erträglich war. Aber nach den Misserfolgen an der Ostfront, insbesondere nach den Niederlagen bei Moskau und bei Stalingrad im Winter 1942–43, sah die Situation ganz schlimm aus. Man nahm uns die Lebensmittelkarten weg. Mit der Versorgung wurde die Deutsche Arbeitsfront beauftragt, die ihre Arbeit nicht bewältigte, so dass wir oft ohne Brot blieben. Die Essensration wurde reduziert. Die Verpflegung in der Kantine verschlechterte sich ebenfalls. In den Speiseplan wurden neue Gerichte aus Steckrüben aufgenommen. Auch in den Wohnheimen verschlechterte sich die Lage. Bettwäsche wurde ab jetzt ziemlich selten gewechselt. Ungeziefer wie Läuse traten auf. Es gab keine Seife.

Die Bombardierungen passierten immer öfter. Anfangs liefen wir mit Wachleuten in den Bunker unter der alten Kokshalle, aber dann ließ man es sein: Lieber nachts schlafen, denn morgens musste man früh zur Arbeit.«

190 Unter den weiteren Ausscheidungsgründen für die ausländischen Arbeiter werden genannt: 117 Auflösung des Arbeitsverhältnisses »im gegenseitigen Einverständnis«, 57 für die Arbeit »nicht geeignet«, 89 in andere Arbeitsstellen vermittelt auf Anforderung des Arbeitsamtes. 31 sind als »verstorben« registriert und 16 ausländische Arbeiter wurden zur Wehrmacht eingezogen. 46 Karteikarten tragen den Vermerk »Gestapo«, siehe das Kapitel Das betriebliche Strafsystem.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Im Laufe des Krieges wurden auch die Arbeitsbedingungen immer schlechter. Es kam vermehrt zu Arbeitsunfällen, auch mit tödlichem Ausgang. 1943 versuchte man, die polnischen Ukrainer für eine ukrainische SS-Division »Galizien« anzuwerben. Dorotjak lehnte ab.

Ende Juni 1943 bekam er den langersehnten Urlaub. Er sah die schweren Bedingungen, unter denen seine Verwandten und Landsleute unter der deutschen Besatzung lebten. Desillusioniert, kehrte er nicht nach Deutschland zurück. Im August 1943 wurde er von der Gestapo verhaftet und zurück nach Bremen transportiert. Dorotjak berichtet weiter:

»In Bremen wurde ich schon nach der ersten Vernehmung ins Arbeitserziehungslager Farge eingewiesen. Dort begegnete ich meinem Bruder, der meinetwegen verhaftet worden war. In diesem Lager verbrachte ich sechs Wochen und wurde endgültig krank. Operation am Fuß. Danach vergingen weitere zwei Monate bis die Wunden geheilt waren, die ich in der Arrestzelle des Hospitals mit anderen Häftlingen zusammen verbrachte.

März 1944 aus dem Hospital entlassen. Ein Gestapobeamter holte mich ab und brachte mich zur Polizeiwache. Man bot mir an, in die SS-Division »Galizien« einzutreten. Nach meiner kategorischen Absage wurde ich erneut ins Gefängnis gesteckt. Nach einem Monat Haft und erneuter Weigerung, der SS beizutreten Überstellung ins KZ Neuengamme. Aus dem Außenlager des KZ Neuengamme Wöbbelin wurde ich am 2. Mai 1945 von Amerikanern befreit.«[191]

Offenbar wurden auch andere Zwangsarbeiter unter der Drohung, sie andernfalls ins KZ zu bringen, zur Wehrmacht gepresst. In der Kartei finden wir den Fall von Wolodymyr Kaczuk. Er stammte ebenfalls aus dem ehemals polnischen Teil der Ukraine. Kaczuk begann seine Arbeit auf der NDH am 4.9.1940. Aus dem Urlaub im Juni 1943 kam er nicht zurück und wurde entlassen. Am 25.1.1944 nahm er erneut die Arbeit auf der Hütte auf. Ob er in der Zwischenzeit wegen seines Fernbleibens von der Arbeitsstelle bereits eingesperrt war, ist aus der Kartei nicht zu ersehen. Seit dem 15.2.1944 fehlte er wieder und wurde deswegen in Haft genommen. Wahrscheinlich wurde er in ein Arbeitserziehungslager eingeliefert. Am 29.3.1944 erneuter Eintritt auf der NDH. Unter dem 10.4.1945 ist seine Überstellung zur Wehrmacht vermerkt, mit Sicherheit unter Zwang.

Laut Kartei wurden während des Krieges insgesamt 16 ausländische Arbeiter zur Wehrmacht eingezogen, die meisten von ihnen in den letzten beiden Kriegsjahren. Als letzte Reserve sollten dann auch im Winter und Frühjahr 1945 Arbeiter aus der UdSSR die zusammenbrechende deutsche Front stützen. Was ist aus ihnen geworden, wenn sie den Krieg überlebten? Wir wissen es nicht. Wenn sie der sowjetischen Armee in die Hände fielen, war ihr Schicksal als »Verräter« besiegelt.

Leiden unter den Bombardierungen

Die zunehmenden Bombenangriffe waren für manche ausländischen Arbeiter ebenfalls ein Grund, aus Deutschland zu fliehen. Die niederländischen Zwangsarbeiter Jan Engels und Hermann Atsma unternahmen u.a. deswegen im Oktober 1943 einen Fluchtversuch. Hermann Atsmas Karteikarte der Norddeutschen Hütte enthält mit Datum vom 20.12.1943 neben der

191 Stepan Dorotjak, schriftlicher Bericht 2003.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

lapidaren Bemerkung »Transport« den Hinweis: »Unentschuldigtes Fehlen« und den Stempel: »Rückführungsantrag läuft. Wir bitten auf A.K.-Karte I zu vermerken, dass der Mann der Norddeutschen Hütte Akt. Ges. verbleiben soll«. Den gleichen Stempel weist die Karte von Jan Engels auf. Dazwischen liegt das Martyrium im Arbeitserziehungslager Farge. Ihre Flucht und Gefangennahme hat Jan Engels beschrieben:

»Bremen lag schon längere Zeit unter Bombenangriffen und auch die Norddeutsche Hütte wurde nicht verschont. Bis es eines Tages so schlimm war, dass Hermann Atsma und ich beschlossen zu fliehen und zu versuchen uns nach Holland abzusetzen. Wir wollten versuchen, die Grenze bei Bunde zu überschreiten, weil wir da schon mal gearbeitet hatten und die Gegend ein bisschen kannten.

Wir fuhren mit dem Zug via Oldenburg, Leer nach Weener, wurden aber beim Verlassen des Bahnhofs angehalten und sofort festgenommen. Bei der Bahnpolizei waren auch Gestapobeamte und die haben uns sofort mit dem Gummiknüppel bearbeitet. Danach sperrte man uns zuerst ein und später wurden wir ins Gefängnis in Oldenburg abtransportiert, wo wir ca. sechs Wochen inhaftiert wurden. Nach sechs Wochen kamen wir nach Bremen-Farge«.[192]

Das Lager Grambkermoorer Landstraße wurde 1944 von Bomben getroffen. Auch die Norddeutsche Hütte selbst war mehrmals das Ziel von Luftangriffen.

Frauen, Kinder, Jugendliche

Besonders hart litten Frauen und Kinder unter den Lagerbedingungen. Auf der Norddeutschen Hütte arbeiteten während des Krieges 72 ausländische Frauen. Mit rund 4,7 Prozent aller ausländischen Arbeitskräfte lag ihr Anteil an der Belegschaft vergleichsweise niedrig.[193] Traditionell war der Frauenanteil in der Eisen- und Stahlindustrie wegen der körperlich schweren Arbeit an vielen Arbeitsstellen gering. Eine vorwiegend männlich dominierte Arbeitskultur hat sich in diesem Industriezweig bis heute gehalten. Deshalb wurden auch trotz des Arbeitskräftemangels wenige deutsche Frauen auf der Hütte eingestellt.

Die meisten der ausländischen Arbeiterinnen (29) kamen aus Polen, 18 aus der Sowjetunion, vorwiegend aus der Sowjet-Ukraine, acht aus Frankreich, je vier aus Belgien und den Niederlanden. Sie arbeiteten als Kranführerinnen, im Labor, in der Kantine. Nur drei wohnten in Privatunterkünften, alle anderen in den Lagern des Werkes. 36 Frauen waren verheiratet oder heirateten während ihrer Zeit auf der Norddeutschen Hütte, in einigen Fällen, weil sie schwanger wurden. Im Lager kamen während dieser Zeit mehrere Kinder zur Welt.

Auch für die Beziehungen unter den Geschlechtern hatte die Gestapo detaillierte Anordnungen erlassen.

Den Ostarbeitern war jeder Geschlechtsverkehr mit Deutschen bei Androhung strengster Strafen verboten. Auf sexuellen Kontakten von Ostarbeitern mit deutschen Frauen stand die Todesstrafe. Beim Umgang von Ostarbeiterinnen mit deutschen Männern waren die Frauen

192 Jan Engels, schriftlicher Bericht 1988.

193 In der Flugzeugindustrie wurde im Januar 1937 erstmals der Einsatz weiblicher Mitarbeiter genehmigt. Bei der »Weser«-Flugzeugbau stieg ihr Anteil bis 1941 auf etwa 10 Prozent und in den weiteren Kriegsjahren auf etwa ein Drittel der Gesamtbelegschaft. (Vgl. Hartmut Pophanken, Gründung und Ausbau der »Weser«-Flugzeugbau GmbH, S. 76.).

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

in ein KZ einzuliefern. Ebenso mussten die deutschen Männer und Frauen mit »scharfen staatspolizeilichen Maßnahmen« rechnen.

Gegen den Geschlechtsverkehr von Ostarbeitern und -arbeiterinnen untereinander hatte die Gestapo keine Einwände, »soweit dadurch nicht die Ordnung im Lager gefährdet wird. Durch Ausgabe von Verhütungsmitteln muss jedoch dafür gesorgt werden, dass Schwangerschaften nach Möglichkeit verhindert werden. Gegen Versuche von Ostarbeiterinnen, eine bei ihnen eingetretene Schwangerschaft zu unterbinden, wird nicht eingeschritten. Bestehende Schwangerschaften müssen dem Arbeitsamt so rechtzeitig gemeldet werden, dass die Ostarbeiterinnen abgeschoben werden können, wenn sie arbeitsunfähig werden«.[194]

Die meisten der ausländischen Frauen waren im gebärfähigen Alter. Im Jahr 1944 bezifferte das Reichsinnenministerium die Zahl der ausländischen Kinder im Reich auf 140.000, davon 75.000 von Ostarbeiterinnen, 58.000 von Polinnen und 8300 von Ausländerinnen anderer Nationalität.[195] Zunächst schoben die Behörden schwangere Arbeiterinnen in die Heimat ab. Angesichts der miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen sahen viele junge Zwangsarbeiterinnen in der Schwangerschaft das geringere Übel. Um diesen Abfluss der Arbeitskräfte zu schließen, ordnete der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Sauckel, im Dezember 1942 an, dass schwangere Ausländerinnen nicht mehr abgeschoben werden sollten.[196]

In der Kartei der ausländischen Arbeiter sind sechs Frauen vermerkt, die während ihrer Zeit auf der Norddeutschen Hütte ein Kind bekamen. Nicht alle Geburten sind in der Kartei festgehalten. Zwei unserer ukrainischen Zeitzeuginnen bekamen Kinder, die nicht in die Kartei eingetragen waren. Zwei weitere Frauen verließen die Hütte wegen Schwangerschaft. Die Kinder der Frauen, die blieben oder bleiben mussten, hatten wegen der unzureichenden Ernährung schlechte Chancen zu überleben.

Nach einem Bericht vom 17.7.1945 hatte der Lagerverwalter der DAF angeordnet, dass den stillenden russischen Müttern, es handelt sich hier um acht bis neun Frauen, keine Milch verabfolgt werden sollte. Auch Zucker und sonstige Nährmittel wurden ihnen gänzlich entzogen. Infolge der Kürzung starben mehrere Kinder an Unterernährung.[197]

Zwei ehemalige Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine berichten über die Not während und nach ihrer Schwangerschaft:

Irina T. arbeitete ebenso wie ihre Cousine Pawlina K. als Kranführerin in Schichtarbeit auf der Hütte. Weil sie bei der Arbeit einen Kran beschädigt haben soll, wurde sie festgenommen und in ein Lager transportiert (Frau T. konnte sich nicht mehr erinnern, wo dieses Lager lag und wie es hieß. Vom Hörensagen meint sie, dass es entweder in Hamburg oder Hannover gelegen war. Irinas Karteikarte enthält nur den Vermerk »in Haft«.). Sie berichtet, dass sie ständig geschlagen wurde. Zum Zeitpunkt ihrer Festnahme war sie im zweiten Monat schwanger. Als die Lagerleitung von ihrer Schwangerschaft erfuhr, wurde sie etwa milder behandelt. Nach eineinhalb Monaten wurde sie wieder zur Norddeutschen Hütte entlassen. Als Kranführerin wurde sie nicht mehr eingesetzt. Sie kam in die Werksküche zum Kartoffelschälen. Hier gab es

194 Geheime Staatspolizei Staatspolizeistelle Bremen: Dienstanweisung über die Behandlung der in Lagern untergebrachten Ostarbeiter vom 14.10.1942, StAB 4,13/1 – A.8.b. Nr. 53.

195 Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 205.

196 Ebenda S. 206.

197 Schriftliche Zeugenaussagen, gesammelt vom Betriebsrat der NDH, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

eine deutsche Küchenleiterin, Christa. Irina berichtet, dass sie ihr geholfen hat zu überleben: »Sie hat mir zu essen gegeben, auch mal ein Stück Knochen und Fett. Das habe ich mit Brei vermischt und gegessen und habe auch meinem Mann etwas davon abgegeben. Ich bin der Christa dankbar, dass sie mich vorm Verhungern gerettet hat. Ich musste das dann irgendwie durch das Tor ins Lager bringen. Ich habe das Päckchen über den Drahtzaun geschmissen und dann bin ich reingegangen und habe es mir wiedergeholt.«

Das Kind, das sie bekam, ist nach ihrer Rückkehr in die Ukraine mit zweieinhalb Jahren an den Folgen der schlechten Ernährung in Deutschland und an den Bedingungen in der Nachkriegs-Ukraine gestorben. Im Winter 1946/47 herrschte in dem verwüsteten Land eine Hungersnot. Auch viele Kinder der anderen Zwangsarbeiterinnen überlebten die Strapazen nicht. [198]

Irinas Verwandte, Pawlina K., bekam ebenfalls während der Zeit als Zwangsarbeiterin ein Kind, einen Sohn »Jewgeni«. Entbunden hat ihn eine deutsche Frau. Aber das Baby ist gestorben. Es wurde auf einem Friedhof in Bremen beerdigt. Auf dem Friedhof in Bremen-Osterholz liegen 130 Kinder von Zwangsarbeiterinnen. Ihr Schicksal ist bisher nicht erforscht.

Kinder der ausländischen Arbeiterinnen galten als unnütze Esser. Wenn sie nicht bald starben, war es im Sinne des Regimes, wenn sie abgeschoben wurden. Die Tochter des Gastwirtes, der das Lager Grambkermoorer Landstraße betrieb, Frau K., berichtet über ihr Dienstmädchen »Anna«, das in Wirklichkeit Pelagia B. hieß: »Sie ist schwanger geworden. Sie hat aber den Vater Michael H. geheiratet. Mein Vater ist mit ihr nach Goldenstedt zur Entbindung gefahren. Sie kam dann mit dem Baby zurück und war noch zur Erholung im Theresienheim in Vegesack. Wir haben beratschlagt, was nun mit dem Baby werden sollte. Am Ende sollte ich mit Anna das Baby zu den Eltern in die Ukraine bringen. (Frau K. ist mitgefahren, weil die Familie Sorge hatte, dass »Anna« nicht zurückkommen würde. Sie wollten sie als Dienstmädchen behalten. Frau K. war damals Krankenpflegeschülerin. Daher ihre Schwesterntracht. Sie haben das Baby nach Sosnice, Kreis Jaroslaw, vermutlich zum Elternhaus ihres Mannes gebracht.):

»Ich bin in Schwesterntracht und mit Anna losgefahren über Frankfurt/Oder. Auf den Bahnhöfen waren Schilder ›Hier nur für Deutsche‹, ›Hier nur für Ausländer‹. Ich hab zu Anna gesagt: Bleib immer dicht bei mir und halt den Mund. Du gehörst zu mir. Anna hatte Nachricht nach Hause geschickt, dass wir kommen, aber von dem Baby hatte sie nichts geschrieben. Als wir ankamen, es war Winter, wurden wir von einem Pferdewagen abgeholt, der war ganz mit Stroh bepackt. In das Stroh haben wir uns reingekuschelt, so war es warm. Aber die Männer auf dem Kutschbock, die uns abgeholt haben, sahen das Baby und guckten ganz komisch. Wie wir zu Hause ankamen, musste Anna erst mal beichten. Es gab großes Theater. Sie fragten, ob das Baby auch von dem Michael H. sei. Da sagte Anna zu mir: Ich fahre wieder mit. Ich lass das Baby hier. Anna ist auch wieder mitgefahren, hat das Baby dagelassen. So hatten wir es ja auch geplant. Sie hat bei uns in der Landwirtschaft gearbeitet.«[199]

Der kühle Empfang in der Heimat dürfte damit zusammenhängen, dass auch in der Sowjetunion zumindest auf dem Lande vorehelicher Geschlechtsverkehr tabuisiert und eine

198 Brief an die Verfasser, Dezember 2005.

199 Interview mit Frau K. 2003.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

uneheliche Schwangerschaft eine Schande war. Deutlich wird aus dem Bericht, dass es den Deutschen vor allem darauf ankam, die Arbeitskraft der Frauen zu behalten.

Otto Hofmann urteilte über die auf der Hütte zur Arbeit gezwungenen Frauen: «Wir erhielten Ende 1944 vom Arbeitsamt etwa 30 bis 40 polnische Frauen aus einem stillgelegten Betrieb in Oldenburg. Zum Teil waren sie im Laboratorium beschäftigt, beim Wiegen oder sonstigen leichten Arbeiten. Sie waren für mich kaum einsatzfähig. Sie waren nur eine Belastung. Außerdem waren noch einige Frauen von Ostarbeitern im Einsatz. Deren Anteil ist im Laufe der Zeit stark zurückgegangen, weil die meisten Frauen infolge Schwangerschaft bzw. Geburt eines Kindes nicht mehr zum Einsatz kamen.«[200] In seiner Verachtung traf er sich mit dem damaligen regierenden Bürgermeister Bremens, der urteilte: »Auch bei Polinnen ist ein nicht unbedingt erfreulicher Kindersegen festzustellen. Binnen Jahresfrist wird also die Zahl der Esser in Deutschland noch erheblich zunehmen, außerdem aber entziehen diese Säuglinge für ihre erste Ausstattung dem deutschen Kinde noch nicht unbedeutende Mengen an Erstlingswäsche.«[201]

Die miserablen Lebensverhältnisse führten auch dazu, dass ausländische Frauen sich prostituierten. Stepan Dorotjak sagt darüber:

»Bei Gelegenheit fuhren wir in die Stadt, zu ›Karstadt‹, wo man eine Flasche Wein oder Wermut kaufen konnte. Oder wir fuhren zum Hauptbahnhof, um Lotteriescheine und im geheimen Brotkupons zu kaufen. Wir trafen uns mit Mädchen, die in der Firma ›Jute‹ arbeiteten. Allerdings waren die Löhne dort sehr niedrig und die Verpflegung schlecht, so dass viele von ihnen auf den Strich gehen mussten.«[202]

Bei den Menschenjagden im Osten wurden vielfach nicht nur Frauen, sondern auch Jugendliche und ganze Familien zur Arbeit nach Deutschland geschleppt. In der Ausländerkartei der Hütte finden sich 60 Jugendliche, die bei Beginn ihrer Zwangsarbeit erst 17 Jahre oder jünger waren. 1939 noch wurde ein 15-Jähriger Miroslaw P. aus der Tschechoslowakei nach einer Woche Arbeit auf der Hütte zurückgeschickt mit der Bemerkung »zu jung, zurück in die Heimat«. Später behielt man auch 15jährige im Betrieb. Zwei dieser 15-Jährigen waren Iwan Turczan aus der Ukraine, auf der Hütte angefangen am 26.6.1944, und Therese Ludkowski aus Polen, Arbeitsbeginn auf der Hütte am 6.7.1944. Von beiden arbeiteten auch die Eltern auf der Hütte. Alle wohnten im Gemeinschaftslager für die Ostarbeiter. Die Familie Ludkowski ist am 27.4.1945 bei der alliierten Besetzung Bremens »abgerückt«. Für Vater und Sohn Turczan ist als Ausscheidungstermin der 22.5.1945 vermerkt, die Mutter Olga arbeitete noch bis zum 5.7.1945 auf der Hütte. Warum sie auch nach der Besetzung durch die Alliierten zunächst auf der NDH blieben, war nicht zu klären. Nach Aussagen von Direktor Hofmann soll es aber einige ausländische Arbeiter gegeben haben, die ihn darum baten, weiter auf der Hütte arbeiten zu dürfen.

200 Vernehmungsprotokoll im Lager Dachau am 16.4.1947, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.
201 STAB 4,13/1-A.8.a. Nr. 76, zitiert nach Marßolek, Ott, Bremen im Dritten Reich, S. 418 f.
202 Dorotjak, schriftlicher Bericht 2003.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Wie auf der Norddeutschen Hütte wurden auch in anderen Bremer Betrieben jugendliche Zwangsarbeiter beschäftigt. Das Foto zeigt Michael Korotkowitsch aus Weißrussland, der als 15-Jähriger beim Bremer Gaswerk arbeiten musste

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Fluchten

Die harten Lebensbedingungen hatten zur Folge, dass während der gesamten Kriegszeit ausländische Arbeiter die Hütte verließen. Und das trotz der im folgenden Kapitel zu schildernden drakonischen Strafen, die beim unerlaubten Verlassen der Arbeitsstelle drohten. Von den insgesamt 206 auf der NDH beschäftigten Polen waren zum Beispiel am Tage der Besetzung Bremens durch britische Truppen nur noch 77 im Betrieb. Für die Ostarbeiter, die in der Regel keinen Urlaub erhielten, und für die es am schwierigsten war, sich in ihre Heimat durchzuschlagen, war die Fluktuationsquote erheblich geringer (vgl. Tabelle 5: Fluktuation der ausländischen Arbeiter von 1939 bis zum 27.4.1945, im Anhang).

Infolgedessen war die durchschnittliche Beschäftigungsdauer der ausländischen Arbeiter relativ gering (vgl. Tabelle 6: Durchschnittliche Beschäftigungsdauer ausländischer Arbeiter, im Anhang). 42 Prozent der in der Kartei verzeichneten Ausländer arbeiteten weniger als ein Jahr auf der NDH. Nur 8,5 Prozent waren drei Jahre und länger auf der Hütte. Der ständige Wechsel hatte Auswirkungen für die gesamte Belegschaft und den Produktionsfluss. Ständig mussten ausländische Arbeiter neu angelernt werden. Eine längere Qualifizierung war damit sehr erschwert, obwohl sie offensichtlich von Seiten der Betriebsführung angestrebt wurde. Alexej Ponomarjow aus der Ukraine berichtet, dass er nach der Ankunft auf der NDH gefragt wurde, ob er einen Beruf lernen wollt. Ihm wurde eine Ausbildung zum Schlosser oder Dreher angeboten. Zusammen mit einer Gruppe von Arbeitern aus Polen sollte er schließlich zum Dreher ausgebildet werden. Aus der Ausbildung für Alexej Ponomarjow wurde nichts, weil nach seinen Worten die Ausbildung nicht sehr gut und seine Motivation – auch wegen des ständigen Hungers – gering war. Er wurde dann als Helfer im Laboratorium angelernt.[203]

Die Berichte der Zeitzeugen lassen deutlich werden, dass im Laufe des Krieges Zwangsmaßnahmen immer mehr zum hauptsächlichen Beherrschungsmittel der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter wurden. Auch die ursprünglich nur für eine bestimmte Zeit dienstverpflichteten ausländischen Arbeiter wurden zunehmend gegen ihren Willen festgehalten, die Dienstpflicht ohne ihre Zustimmung verlängert. Die Lohnanreize für Ostarbeiter scheinen praktisch keine Verbesserung ihrer Lebenslage gebracht zu haben. Hunger und auch die Furcht vor Bombenangriffen bestimmten ihren Alltag. Deshalb wurde die Entwicklung eines rigorosen Strafsystems zum Hauptmittel der Disziplinierung der ausländischen Arbeiter. Wegen der besonderen Situation auf der Norddeutschen Hütte mit ihrer Konzentration von Lagern auf dem Hüttengelände erwies sich dieses System als außerordentlich wirksam.

203 Alexej Ponomarjow, Interview 2003.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Das betriebliche Strafsystem und seine Einbindung in den nationalsozialistischen Terrorapparat

Um ein höchstmögliches Maß an Arbeitsdisziplin zu erzwingen und die geforderte Arbeitsleistung aus den ausländischen Arbeitern herauszupressen, entwickelten die NS-Behörden schon kurz nach Kriegsbeginn ein System von Bestrafungen. Seine Wirksamkeit beruhte vor allem auf dem Zusammenwirken der betrieblichen Hierarchie mit dem außerbetrieblichen Terrorapparat.[204] Schon 1941 sah sich das Rüstungskommando veranlasst, ein schärferes Durchgreifen zu fordern und entsprechende Betriebsordnungen zu erlassen: »Das Bummelantenwesen bereitet den Betrieben ständig Sorgen und Schwierigkeiten. Die Betriebsführer fordern dringend, dass ihnen Mittel in die Hand gegeben werden, um diesen Zuständen schneller als auf dem bisherigen, durch die zuständigen Stellen angeordneten Wege abzuhelfen. Verwarnungen fruchten nach allen Erfahrungen kaum; schnelles und scharfes Eingreifen wäre vielmehr am Platze. Zum Teil wird berichtet, daß die zuständigen Dienststellen der D.A.F. sich die Angelegenheit mitunter recht leicht machen und mehr mit Ermahnungen und Belehrungen diesen Mißständen abzuhelfen versuchen als die Betriebsleiter bei der Ergreifung schärferer Maßnahmen zu unterstützen. Die beiden Rüstungskommandos in Hamburg haben nunmehr mit der D.A.F., den Arbeitsämtern und der Gestapo eine besondere Vereinbarung getroffen, die eine wirksamere Bekämpfung dieser Zustände ermöglichen soll. Danach sollen, soweit noch nicht geschehen, in den Betriebsordnungen entsprechende Strafen vorgesehen werden (Geldstrafen, Entzug von Zusatzkarten usw.); der Reichstreuhänder wird diese Betriebsordnungen sofort genehmigen. Falls diese Maßnahmen keinen Erfolg haben, werden die D.A.F. bzw. die Gestapo eingeschaltet.«[205]

Der frühere Betriebsobmann Hugo Metscher führte die Probleme mit der Arbeitsdisziplin auf »die auf der Hütte bestehenden schlechten Arbeits- und Lohnverhältnisse« zurück. (Diese) »hatten zur Folge, dass niemand gern auf der NDH arbeiten wollte. Deshalb waren die Arbeiter meistens vom Arbeitsamt dienstverpflichtet worden. Die dienstverpflichteten deutschen und ausländischen Arbeiter führten ihre Arbeit zum Teil nur widerwillig und unter Zwang aus. Dadurch kamen die Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin auf der Hütte so häufig vor.«[206]

204 »Von Anfang bis Ende des Krieges argwöhnten die deutschen Behörden und Betriebsleitungen, dass die Ausländer ihre Arbeitskraft absichtlich zurückhielten ... Die Beschwerden über ›Arbeitsbummelei‹ mehrten sich ab 1943 in stärkerem Maße ... Die seit 1942 in Gang gesetzte Kampagne zur Bekämpfung der ›Arbeitsbummelei‹ (war) das notwendige Gegenstück zu den gleichzeitigen Bemühungen durch Verbesserung der Qualifikation und der Arbeitsbedingungen die Leistungshöhe vor allem der Ausländer aus dem Osten zu steigern – die Verschärfung des Repressionssystems war mit der Verbesserung der Einsatzbedingungen untrennbar verbunden. Entscheidend war dabei, wie effektiv das innerbetriebliche und geheimpolizeiliche Strafsystem arbeitete. Höhere Arbeitsleistung war nur zu erreichen, wenn die Behörden keinen Augenblick Zweifel daran aufkommen ließen, dass sie den Willen und die Machtmittel besaßen, um Arbeitsverweigerung im Ansatz zu erkennen und brutal zu ahnden. Das 1943 ausgebaute Strafsystem gegen ›Bummelei‹ hatte daher vorwiegend präventiven Charakter.« Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, S. 348 f.

205 Lagebericht Rüstungskommando vom 15.5.1941, RW 20 – 10/27 Bundesmilitärarchiv Freiburg.

206 Hugo Metscher, Aussage am 17.12.1948, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Eine offene Arbeitsverweigerung war dabei die seltene Ausnahme. Neben kleineren Diebstählen handelte es sich in vielen Fällen um unentschuldigtes Fehlen. Hofmann bestätigte dies auf eine entsprechende Frage im Spruchkammerverfahren: »Eine Arbeitsverweigerung habe ich nicht mitgemacht. Es hat nur Leute gegeben, die unentschuldigt fehlten. Die Bummelanten wurden in zwei Kategorien eingeteilt. Die Deutschen unterstanden dem Reichstreuhänder, die Ausländer der Staatspolizei.«[207]

Eine Auswertung der Gründe für das Ausscheiden der ausländischen Arbeiter zeigt, dass im Jahre 1940 noch relativ häufig ein Austritt aus dem Arbeitsverhältnis im gegenseitigen Einverständnis möglich war (insgesamt in 55 Fällen). Danach taucht diese Bemerkung für das Verlassen des Betriebes nur noch vereinzelt auf. Dafür mehren sich Eintragungen, die auf ein eigenmächtiges Wegbleiben von der Arbeitsstelle hinweisen. 1941 steht hinter 48 Namen die Bemerkung »abgerückt«. 1942 häufen sich die Fälle in der Kategorie »Bummeln«, ein Vermerk für jedes längere unentschuldigte Fernbleiben vom Betrieb (insgesamt 133 Fälle). Nachdem man später die Hoffnung offensichtlich aufgeben musste, dass die abwesenden Arbeiter zur Hütte zurückkehrten, verschwindet dieser Eintrag völlig. Stattdessen vermeldet die Kartei im Jahr 1943 76 Fälle, in denen Arbeiter aus dem Urlaub nicht zurückkehrten. (Vgl. Tabelle 6: Gründe bei Entlassungen oder Verlassen des Betriebes im Anhang.)

Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin mussten von den Vorarbeitern und Meistern den Betriebsleitern der fünf Hauptbetriebe gemeldet werden. Die unteren Vorgesetzten waren auf diese Weise in das betriebliche Strafsystem mit eingebunden.[208] Da die Arbeitszeiten auf der Arbeitszeitkartei festgehalten wurden, waren Abwesenheitszeiten leicht nachzuprüfen. Es war Aufgabe der Betriebsleiter, die betreffenden Arbeiter zu verwarnen oder ihnen einen offiziellen Verweis zu erteilen. In schwereren Fällen beantragten sie Geldbußen. Sie wurden vom Betriebsführer im Einvernehmen mit dem Betriebsobmann festgelegt. Für geringere Vergehen wie z.B. Nichtabgeben der Arbeitsmarke nach der Schicht war eine normierte Skala von Geldbußen festgesetzt. Bei wiederholtem unentschuldigten Fehlen ließ Hofmann den betreffenden Arbeiter in sein Büro kommen und drohte ihm im Beisein des Betriebsleiters und des Betriebsobmanns der DAF mit schwereren Konsequenzen. Das bedeutete bei deutschen Arbeitern eine Meldung an den Reichstreuhänder der Arbeit, bei ausländischen Arbeitern die Meldung an die Gestapo.[209] Der Reichstreuhänder konnte Bestrafungen veranlassen oder den

207 Aussage Hofmann vor dem öffentlichen Ankläger 28.6.1948, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

208 Das ambivalente Verhältnis der unteren deutschen Vorgesetzten zu Kollegen, die nicht »mitzogen«, wird aus der Aussage von Alexander Orzol deutlich: »Wir hatten mal zwei Deutsche, der eine war Musiker. Die konnten überhaupt nicht arbeiten. Die wussten noch nicht einmal, was eine Schaufel ist. Wir haben sie hauptsächlich zum Reinemachen eingesetzt. Die machten ihre Arbeit nicht. Ich habe sie ein paar Mal beobachtet, wie sie einfach so rumstanden. Das wurde gemeldet und dann sind sie für vier Wochen nach Farge gekommen.« Wer hat sie gemeldet? Alexander Orzol, der eine Vorarbeiterfunktion ausübte, selbst? Ein gewisses Schuldgefühl scheint in der unpersönlichen Formulierung »das wurde gemeldet« mitzuschwingen. Orzol – nach 1945 Betriebsrat der NDH – war mit Sicherheit kein Nationalsozialist, fühlte sich aber doch verpflichtet, für das Funktionieren des Betriebs zu sorgen.

209 Die Treuhänder der Arbeit waren weisungsgebundene, direkt dem Reichsarbeitsministerium unterstellte Beamte. Sie erließen die Tarifordnungen, die an die Stelle der Tarifverträge traten, überwachten die Einhaltung der Betriebsordnung und erließen Richtlinien für deren Ausarbeitung und für die Ausgestaltung der Arbeitsverträge. Ursprünglich nur für eine Übergangszeit gedacht, wurden sie mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Fall auch an Gerichte überweisen. Von der Norddeutschen Hütte ist der Fall eines 29-Jährigen Hilfsschlossers dokumentiert. Am 11.8.1944 gab die Betriebsführung bekannt: »Durch das Arbeitsgericht wurde unser Gfm. B., Werksnr. 4/40 wegen laufender Arbeitsbummelei zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt.«[210]

Arbeitserziehungslager

Zu den gefürchtetsten Strafmaßnahmen gehörte die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager. Solche Arbeitserziehungslager wurden ab dem Jahre 1940 eingerichtet. Sie unterstanden der Gestapo. In Bremen existierte wahrscheinlich ab diesem Jahre schon das Arbeitserziehungslager in Farge.[211]

Bei deutschen Belegschaftsangehörigen fand nach einer Meldung eine Verhandlung beim Reichstreuhänder der Arbeit statt. Der Betriebsingenieur Habeck nahm in Vertretung von Hofmann im Jahre 1942 an einer solchen Verhandlung gegen den Belegschaftsangehörigen St. teil. Ihm waren wegen Fehlzeiten bereits mehrfach die Zulagekarten für Lebensmittel entzogen oder Geldbußen in Höhe von ½ Schichtlohn bis zu 1 ½ Schichtlöhnen auferlegt worden. St. wurde in der Verhandlung beim Treuhänder zu einer Geldstrafe verurteilt. Bei der nächsten Meldung kam St. in das Arbeitserziehungslager Farge. Habeck sagte aus, dass Hofmann bereits vorher mit Dienststellen des Treuhänders und der Gestapo festgelegt hatte, dass St. unbedingt ins Arbeitslager eingeliefert werden müsste. Auch im Fall des Arbeiters S. will er festgestellt haben, dass das Urteil »Arbeitslager« bereits vor der Verhandlung zwischen Betriebsführer und den Dienststellen abgesprochen war.[212]

Als Abwehrbeauftragter und Betriebsführer hatte Hofmann den direkten Draht zur Gestapo. Er sah sich »auf Grund der behördlichen Anordnungen verpflichtet«, diese Meldungen zu machen. Seine aktive Rolle geht auch aus den wenigen erhaltenen schriftlichen Meldungen an die Gestapo wie der folgenden hervor, die von Hofmann unterschrieben wurde (siehe Abbildung).

Wie die spätere Entwicklung zeigt, hätte der Betriebsführer sehr wohl einen individuellen Spielraum bei der Einweisung in das Arbeitserziehungslager gehabt. Für Hofmann aber war die Drohung mit der Überstellung nach Farge ein wirksames Disziplinierungsmittel der Belegschaft, auf das er nicht verzichten wollte. Man darf annehmen, dass die behördliche Anordnung über die Einrichtung der Arbeitserziehungslager seine volle Zustimmung hatte. In seinem Verfahren zitierte er zu seiner Entlastung die Mitteilung des Reichstreuhänders der Arbeit, »der seiner Zeit allen Betriebsführern mit(teilte), daß die Arbeitserziehungslager den Zweck hätten, Vertragsbrüchige und arbeitsscheue Elemente zur Arbeitsdisziplin zu erziehen und diese nach Erreichung des Erziehungszweckes wieder dem alten Arbeitsplatz zuzufüh-

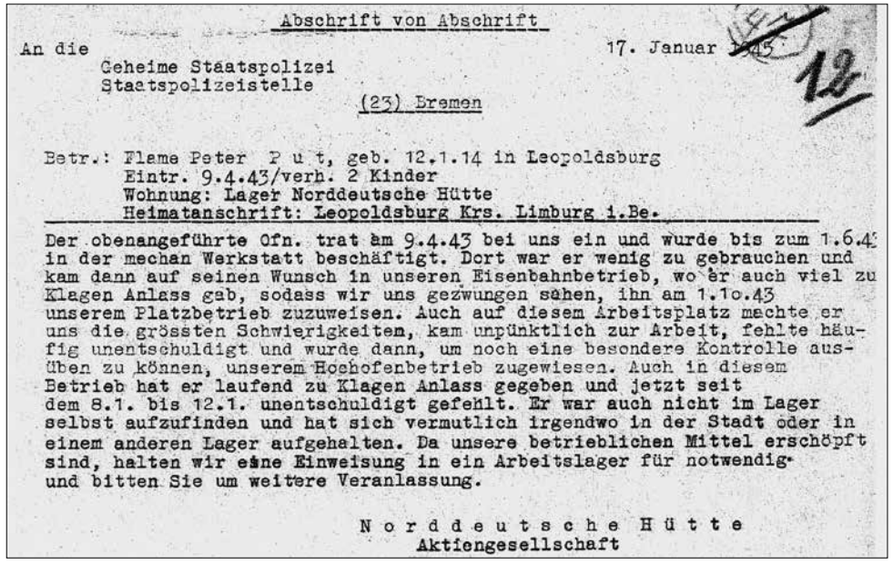
Arbeit vom 20.1.1934 zu einer dauerhaften Einrichtung. Vgl. Hirsch, Martin et.al (Hrsg.), Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus, S. 410 ff.

210 Die Arbeitsgerichte existierten auch in der NS-Zeit mit eingeschränkten Kompetenzen weiter. Sie konnten keine Strafen verhängen. Offensichtlich handelt es sich bei der Bezeichnung »Arbeitsgericht« als Bestrafungsinstanz auf dem Aushang um einen Schreibfehler.

211 Über die Verhältnisse in Farge – die Brutalitäten der Aufseher, die erschöpfenden Arbeitsbedingungen und die unzureichende Ernährung –, die denen in einem Konzentrationslager glichen, vgl. Inge Marßolek – René Ott, Bremen im 3. Reich, S. 425 ff., ebenso Barbara/Johr, Hartmut Roder, Der Bunker S. 34 ff.

212 Stellungnahme an den Prüfungsausschuss für das Vorstellungsverfahren 15.2.1946, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Abschrift von Abschrift

An die 17. Januar 1945

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
(23) Bremen

Betr.: Flame Peter P u t, geb. 12.1.14 in Leopoldsburg
Eintr. 9.4.43/verh. 2 Kinder
Wohnung: Lager Norddeutsche Hütte
Heimatanschrift: Leopoldsburg Krs. Limburg i.Be.

Der obenangeführte Ofn. trat am 9.4.43 bei uns ein und wurde bis zum 1.6.43 in der mechan Werkstatt beschäftigt. Dort war er wenig zu gebrauchen und kam dann auf seinen Wunsch in unseren Eisenbahnbetrieb, wo er auch viel zu Klagen Anlass gab, sodass wir uns gezwungen sahen, ihn am 1.10.43 unserem Platzbetrieb zuzuweisen. Auch auf diesem Arbeitsplatz machte er uns die grössten Schwierigkeiten, kam unpünktlich zur Arbeit, fehlte häufig unentschuldigt und wurde dann, um noch eine besondere Kontrolle ausüben zu können, unserem Hochofenbetrieb zugewiesen. Auch in diesem Betrieb hat er laufend zu Klagen Anlass gegeben und jetzt seit dem 8.1. bis 12.1. unentschuldigt gefehlt. Er war auch nicht im Lager selbst aufzufinden und hat sich vermutlich irgendwo in der Stadt oder in einem anderen Lager aufgehalten. Da unsere betrieblichen Mittel erschöpft sind, halten wir eine Einweisung in ein Arbeitslager für notwendig und bitten Sie um weitere Veranlassung.

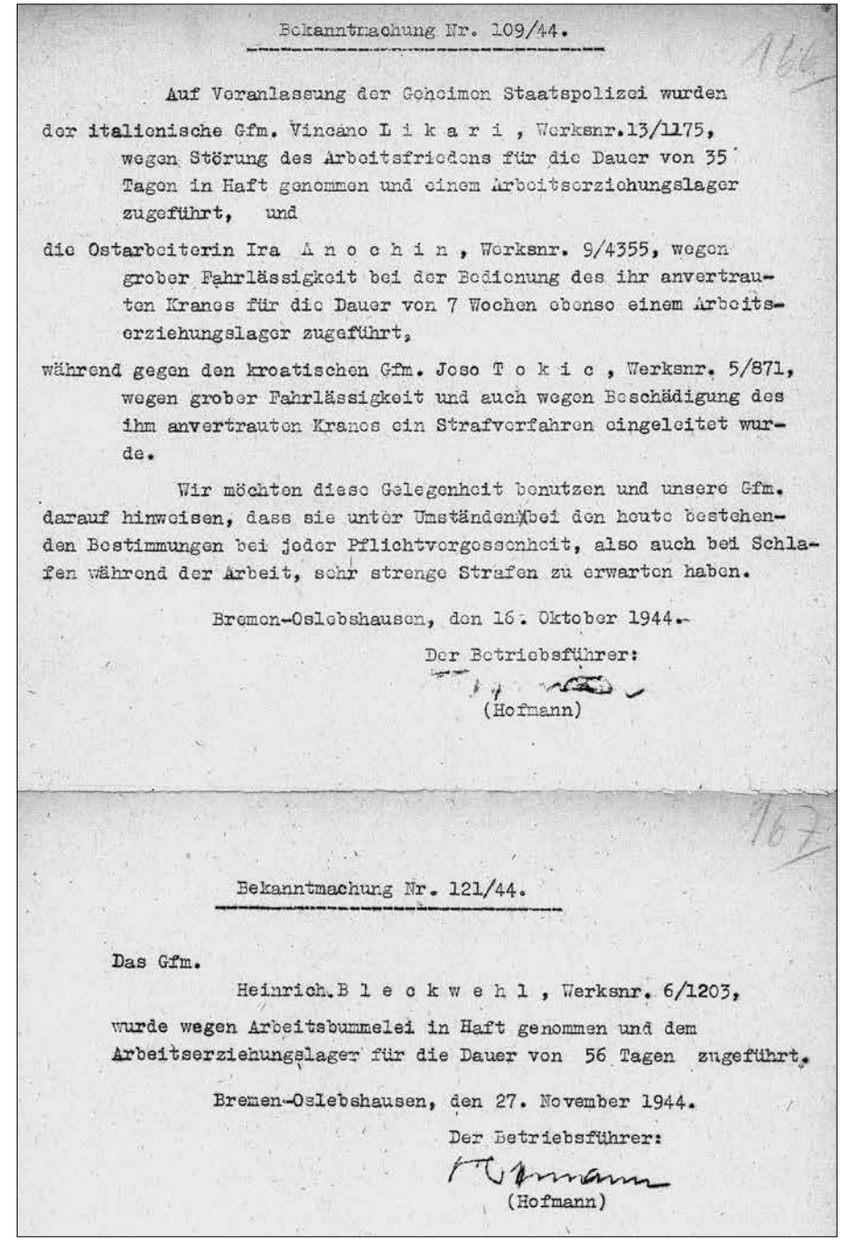
N o r d d e u t s c h e H ü t t e
Aktiengesellschaft

»Halten eine Einweisung in ein Arbeitslager für notwendig«: Eine der wenigen erhalten gebliebenen Meldungen der Betriebsführung an die Gestapo. Der Betrieb forderte die Gestapo auf, den belgischen Arbeiter Peter Put in ein Arbeitslager einzuweisen. Das Datum, 17. Januar 1945, beweist: Auch kurz vor der endgültigen Niederlage ließ der Betrieb noch Arbeiter ins Arbeitslager bringen

ren ... Die Haft gilt nicht als Strafe, sondern als Erziehungsmaßnahme. Misshandlungen sind strengstens untersagt, Lohn abzüglich Haftkosten geht an die Angehörigen des Verhafteten«.[213] Hofmann behauptete auch, dass in der ersten Zeit die aus Farge zurückgekehrten Arbeiter gesund und genügend ernährt waren und auch nicht über die Behandlung in Farge klagten. Das habe sich 1942/43 geändert. Jetzt seien die aus Farge kommenden Arbeiter stark unterernährt gewesen und hätten teilweise Verletzungen aufgewiesen, die anscheinend von Stockhieben herstammten. In einem Fall hatte ein Arbeiter eine Bisswunde am Bein. Der Betriebssanitäter Wendelken bestätigte die im Laufe der Jahre zunehmenden Misshandlungen in Farge. Nach seiner Aussage waren die ersten Rückkehrer 1942/43 noch nicht so zugerichtet, dass sie längere Zeit arbeitsunfähig waren, während 1944 mehr Arbeiter ins Krankenrevier kamen, die »sehr zusammengeschlagen waren«. Direktor Hofmann will damals sofort und sehr energisch bei Dr. Zimmermann von der Staatspolizeileitstelle in Bremen Einspruch gegen diese Behandlung erhoben und das Arbeitsamt um Unterstützung gebeten haben.[214] Der ehemalige Gestapobeamte Wilhelm Dreier sagte 1947 aus, dass auf Grund der Beschwerden 1944 eine Untersuchung der Vorgänge im Arbeitserziehungslager vorgenommen wurde, als deren Ergebnis der

213 Aussage Hofmann vor dem öffentlichen Ankläger 28..6.1948, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.
214 Ebenda.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Bekanntmachung Nr. 109/44.

Auf Veranlassung der Geheimen Staatspolizei wurden

der italienische Gfm. Vincano L i k a r i , Werksnr.13/1175, wegen Störung des Arbeitsfriedens für die Dauer von 35 Tagen in Haft genommen und einem Arbeitserziehungslager zugeführt, und

die Ostarbeiterin Ira A n o c h i n , Werksnr. 9/4355, wegen grober Fahrlässigkeit bei der Bedienung des ihr anvertrauten Kranes für die Dauer von 7 Wochen ebenso einem Arbeitserziehungslager zugeführt,

während gegen den kroatischen Gfm. Joso T o k i c , Werksnr. 5/871, wegen grober Fahrlässigkeit und auch wegen Beschädigung des ihm anvertrauten Kranes ein Strafverfahren eingeleitet wurde.

Wir möchten diese Gelegenheit benutzen und unsere Gfm. darauf hinweisen, dass sie unter Umständen bei den heute bestehenden Bestimmungen bei jeder Pflichtvergessenheit, also auch bei Schlafen während der Arbeit, sehr strenge Strafen zu erwarten haben.

Bremen-Oslebshausen, den 16. Oktober 1944.

Der Betriebsführer:
(Hofmann)

Bekanntmachung Nr. 121/44.

Das Gfm.
Heinrich B l e c k w e h l , Werksnr. 6/1203,
wurde wegen Arbeitsbummelei in Haft genommen und dem Arbeitserziehungslager für die Dauer von 56 Tagen zugeführt.

Bremen-Oslebshausen, den 27. November 1944.

Der Betriebsführer:
(Hofmann)

Bestraft mit Arbeitserziehungslager: Aushänge im Betrieb. Die Bestrafungen erfolgten wegen »Störung des Betriebsfriedens«, »Fahrlässigkeit« und »Arbeitsbummelei«

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Lagerführer und vier Angehörige des Bewachungspersonals festgenommen und zur Aburteilung durch das SS-Polizeigericht in das KZ Neuengamme überstellt wurden.[215]

Die Misshandlungen blieben der Belegschaft nicht verborgen. Zur Abschreckung wurden die Bestrafungen im Betrieb am schwarzen Brett angeschlagen. Die Betriebsführung folgte damit einer Empfehlung des Reichsarbeitsministeriums. Aus der Zahl der Aushänge lässt sich auch erschließen, wie häufig Bestrafungen erfolgten. Am 7. Dezember 1943 wurde mit Aushang die 128. Bestrafungsaktion in jenem Jahr bekannt gegeben. Da auf einer ganzen Reihe von Aushängen am schwarzen Brett die Namen mehrerer Bestrafter gemeinsam veröffentlicht wurden, ist eine Schätzung von mindestens 200 derartigen Bestrafungen im Jahr wahrscheinlich nicht zu hoch gegriffen.[216]

Die Belegschaftsangehörigen sahen die Misshandelten, wenn sie ihre Arbeit im Betrieb wieder aufnehmen mussten.

Frau Lewin, die in der Küche beschäftigt war, berichtete, dass die aus dem Arbeitserziehungslager zurückgekehrten Menschen derartig zerschlagen und heruntergekommen waren, dass sie sechs bis acht Wochen arbeitsunfähig im Revier liegen mussten. Der Betriebssanitäter Wendelken bestätigte, dass die zurückkehrenden Arbeiter Wunden aufwiesen und völlig erschöpft waren. Auch andere Arbeiter sahen beim Waschen nach der Schicht die Striemen auf dem Rücken der Unglücklichen. Aus den vom Betriebsrat 1945 gesammelten Aussagen über Rückkehrer aus Farge seien zwei herausgegriffen: »Bei der Rückkehr aus Farge war (der niederländische Arbeiter) P. derartig entkräftet, daß er in der Werkskantine der Nordd. Hütte sich kaum noch auf den Beinen halten konnte. Beim Essen war er nicht in der Lage, überhaupt nur den Löffel an den Mund zu bekommen. Er mußte mit dem Mund, der total zerschlagen war, von dem Teller schlürfen.« »D. (ebenfalls Niederländer) kam nach einer achtwöchigen Inhaftierung von Farge zurück. Der Sanitäter Hermann Wendelken kam in die Küche und sagte zu Frau L. ‹Mache schnell eine Milchsuppe zurecht, der D. stirbt uns unter den Händen.‹ Die Milchsuppe wurde dann fertiggestellt und D. ins Revier eingeliefert, wo er die Suppe von Frau L. selbst eingegeben bekam. D. war derartig zusammengeschrumpft, daß Frau L. ihn überhaupt nicht wiedererkannte. Er war derartig zerschlagen und heruntergekommen, dasß er nicht in der Lage war, ein verständliches Wort über die Lippen zu bringen.«[217]

Der niederländische Arbeiter Jan Engels berichtet über das Martyrium im Arbeitserziehungslager Farge, in das er nach seiner Flucht von der Norddeutschen Hütte mit seinem Freund Herman Atsma eingeliefert wurde:

»Der Empfang war wohl üblich in solchem Lager. Wer nicht aufpasste, wurde sofort verdrosselt (geschlagen). Entlausung, von oben bis unten kahl geschoren. Nachdem wir sehr lange nackt warten mussten in der Kälte – es war ein strenger Winter – bekamen wir endlich Kleidung und Fußbedeckung.

Das Leben im Lager war jeden Tag dasselbe: Um 5.00 Uhr aufstehen, antreten vor der Küche, gezählt (werden), eine Scheibe Brot mit etwas Aufstrich, Marmelade oder Stinkkäse.

215 Eidesstattliche Erklärung am 13.4.1947, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

216 Eine genaue Statistik ist nicht verfügbar. Die Schätzung beruht auf einer Anzahl von Aushängen, die von dem späteren Betriebsrat Alexander Orzol gesammelt und der Spruchkammer im Verfahren gegen Hofmann vorgelegt wurden. Diese Aushänge waren in laufender Reihenfolge nummeriert.

217 Schriftlicher Bericht des Betriebsrats 17.7.1945, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

O weh, wenn jemand fehlte, wegen Krankheit, Tod oder Fluchtversuch. Dann dauerte es manchmal eine Stunde, bis der Appell zu Ende war. Und die Gefangenen mussten warten in der eisigen Kälte.

Während eines Appells wurden zwei polnische Gefangene, es waren noch Kinder von ca. 14 Jahren, vor unseren Augen so verdrosselt, dass sie blutüberströmt liegen blieben. Einfach totgeschlagen.«

Die Gefangenen mussten auf der Baustelle des U-Bootbunkers Farge arbeiten. Als Jan Engels eines Tages zum Kartoffelschälen im Küchenkeller abkommandiert wurde, versuchte er Kartoffeln rauszuschmuggeln. Er wurde entdeckt, und der Wächter stellte ihn vor die Kolonne der Gefangenen, wobei er schrie: »Dieser Mann hat Kartoffeln geklaut und wird erschossen.« »Mit seinem Gewehrkolben schlug er mich so hart auf den Rücken, daß ich das Blut spürte, das aus meinem Mund kam«, berichtet Engels. Ein anderer Wächter – ein niederländischer SS-Mann – hielt ihn davon ab, Jan Engels zu erschießen. Er kam in eine zwei mal zwei Meter große Strafzelle. Nach ungefähr einer Woche wurde er herausgeholt. »Ich mußte mich in der Mitte der Baracke über einen Schemel beugen, wo zwei Gefangene mich an je einem Arm festhielten und ein anderer mir mit einem Gummiknüppel ca. 30–35 Schläge auf den Hintern gab. Die ersten 5–10 Schläge fühlte ich, aber dann war alles so gefühllos, dass ich fast ohne Besinnung war.«

Nach mehreren Wochen wurden Jan Engels und Herman Atsma entlassen. Man lud sie auf einen Lastwagen und brachte sie zum Polizeipräsidium Am Wall. Dort bekamen sie ihre Pässe wieder und mussten die Entlassungsscheine des Straflagers abgeben. Sie hatten sich sofort wieder auf der Norddeutschen Hütte zu melden. »Unsere Arbeitskameraden empfingen uns mit großer Freude. Die glaubten uns schon tot«, berichtet Jan Engels. Er ebenso wie Herman Atsma konnten wegen der Strapazen und Schläge nicht mehr arbeiten. Beide kamen für Monate in ein Krankenhaus.[218]

Die nach Farge überwiesenen Belegschaftsangehörigen der Norddeutschen Hütte waren überwiegend ausländische Arbeiter.[219] Ihre gesamte Zahl lässt sich aus der Personalkartei nicht vollständig erschließen. 57 Karteikarten tragen den Vermerk »in Haft«. Bei neun Arbeitern steht »Gestapo«. Von zweien dieser Arbeiter meldete der Gestapobeamte Harms, dass sie in der Haft verstorben seien. Von einem französischen und zwei italienischen Kriegsgefangenen ist zu lesen, dass sie in ein Arbeitslager bzw. Straflager kamen. Es ist unklar, ob es sich dabei um Farge oder ein anderes Lager für Kriegsgefangene handelt. In vielen Fällen aber wurde nicht festgehalten, dass die Arbeiter der Gestapo in die Hände fielen. Z.B. trägt die Karteikarte von Herman Atsma nur die Bemerkung: »unentschuldigtes Fehlen« und die von Jan Engels den Vermerk »abgerückt«. Es ist also davon auszugehen, dass unter den zahlreichen Vermerken »abgerückt«, »Bummeln« oder »Urlaub« sich weitere Dutzende Opfer der Gestapo befinden.[220]

218 Bericht von Jan Engels, September 1988.

219 Ulrich Herbert schreibt, dass von den Ausländern in der gesamten Kriegszeit 58 Prozent aller außerbetrieblichen Bestrafungen auf Einweisung in ein AEL bzw. KL hinausliefen, während es bei deutschen Arbeitern nur 15 Prozent waren. Bei Deutschen waren mehr als die Hälfte der Bestrafungen Verwarnungen und Ordnungsstrafen, bei Ausländern lediglich neun Prozent. Vgl. Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, S. 351.

220 Einen Begriff vom Gesamtumfang der Verhaftungen durch die Gestapo gibt Ulrich Herbert. Danach betrafen von den ca. 338.000 Verhaftungen, die die Gestapo in den ersten neun Monaten 1943 aus politischen Gründen durchführte, allein 260.000 das Delikt »Arbeitsvertragsbruch von Ausländern«. Zwei Drittel aller Aktivitäten der Gestapobeamten in Deutschland bezogen sich auf »bummelnde«, langsam arbeitende, »renitente« Fremdar-

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

»Klein Farge« auf der Hütte

Die Einweisungen ins Arbeitserziehungslager und der Zustand der zurückkehrenden Arbeiter hatten für die Betriebsführung den Nachteil, dass die Eingewiesenen oft längere Zeit für den Produktionsprozess ausfielen. Bei der Knappheit an Arbeitskräften und den ständig wachsenden Anforderungen an die Rüstungsindustrie war das für die Betriebe ein paradoxer Zustand. Das Reichssicherheitshauptamt regte deshalb bereits Ende 1942 die Einrichtung von Arbeitserziehungslagern direkt in den Großbetrieben an.[221] Krupp scheint für seine Zweigbetriebe intern entsprechende Richtlinien ausgegeben zu haben. Auf der Norddeutschen Hütte wurde eine vom Werkschutz bewachte Arbeitskolonne gebildet, in die die zu bestrafenden Arbeiter gesteckt wurden. Es bleibt umstritten, wann diese Kolonne eingerichtet wurde. Im Spruchkammerverfahren behauptete die Verteidigung von Hofmann auf der Grundlage von Protokollen der Vertrauensratssitzung, sie sei erst 1945 entstanden. Belegschaftsmitglieder sagten dagegen aus, sie habe mindestens ein bis eineinhalb Jahre existiert. In der Belegschaft hieß diese Strafabteilung »Klein Farge«.[222] Sie unterstand dem Vorarbeiter Fritz Osterholz, Mitglied des Vertrauensrates, zeitweise stellvertretender Betriebsobmann und NSDAP-Mitglied. Nach Zeugenaussagen wurden die dort eingelieferten ausländischen Arbeiter bei schmaler Kost vom Kolonnenführer angetrieben und auch geschlagen.

Der Betriebsführer Hofmann will den in der Belegschaft umgehenden Ausdruck »Klein Farge« zum ersten Mal im Spruchkammerverfahren 1948 gehört haben. Nach seiner Aussage wurden die dort Eingewiesenen auch nicht misshandelt. Sie wurden als sogenannte »Platzkolonne« mit »unproduktiven aber immerhin notwendigen Arbeiten wie Einplanierung, Aufräumarbeiten, Abbruch von nicht mehr benötigtem Luftschutzgräben und ähnlichem (beschäftigt). Der betreffende Kolonnenführer hatte dafür zu sorgen, daß die Genannten entsprechend dem ihnen gewährten Lohn Arbeit leisteten, der Werkschutz, daß die Betreffenden sich während der Arbeitszeit nicht von ihren Arbeitsplätzen entfernten. Nach Beendigung der

beiter. »Das Regime musste also ganz erhebliche Teile seines Repressionsapparates aufbieten, um die Arbeitsleistung der Ausländer sicherzustellen.« Ebenda, S. 354 f.

221 Für die Gussstahlfabrik von Krupp in Essen kann die Einrichtung der Arbeitserziehungslager relativ detailliert nachvollzogen werden. 1943 wurde eine Volksschule in der Nähe der Fabrik als AEL eingerichtet. Von Werkschutz und Gestapo wurde dafür eine Lagerordnung erlassen, in der es heißt: »Die Einweisung erfolgt einmal aus erzieherischen Gründen, aber auch zur Erreichung eines Strafzwecks. Der Aufenthalt soll bessernd auf die Insassen und abschreckend auf ähnliche Elemente an den Produktionsstätten wirken.« »Es ist größtes Gewicht darauf zu legen, daß auf das Kommando ›Aufstehen‹ alle Insassen sofort das Bett verlassen, sodann an den Betten in Reih und Glied antreten, geschlossen zum Waschraum marschieren; alle Bewegungen – auch des einzelnen Insassen – sind in kurzem Laufschritt auszuführen.« Zitiert nach Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, S. 358. Die Vorschriften für die Lagerinsassen ähnelten dem entwürdigenden Reglement in den Konzentrationslagern.

222 Ähnliche werksinterne Strafkolonnen sind aus anderen Bremer Großbetrieben bisher nicht bekannt. Es dürfte sie aber mit Sicherheit in weiteren Betrieben gegeben haben. Für die Kriegsmarinewerft Wilhelmshaven wird bereits für 1940 die Existenz einer eigenen Strafabteilung gemeldet: »Unter Leitung des Abwehroffiziers (ist) in einer Kaserne eine Arrestanstalt für 20 bis 30 Personen eingerichtet worden, in welche ohne jedes Verfahren durch die Stapo solche Leute eingeliefert werden, die sich einer Sabotage der Arbeit schuldig gemacht haben. Je nach Schwere des Falles werden sie hier 10 bis 30 Tage behalten. Sie bekommen Sträflingskleidung und eine Löhnung von RM -.10 pro Tag. Sie werden bei Arbeiten an der neuen Hafeneinfahrt beschäftigt. Die Familienunterstützung läuft weiter. Dieser Versuch hat sehr gute Erfolge gezeitigt.« Akten des Rüstungskommandos RW 21 – 9 Bundesmilitärarchiv Freiburg.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Schicht wohnten die Betreffenden wie alle anderen im Lager Befindlichen in ihren Unterkünften«.[223]

Auch diese Aussage ist umstritten. Mindestens einer unserer Zeitzeugen behauptet, dass die in der Strafkolonne tätigen Arbeiter in einer besonderen Baracke zusammengepfercht wurden. Eine solche Absonderung von den übrigen Lagerinsassen ist wahrscheinlich und entsprach dem angestrebten Strafzweck.

Mit der Einrichtung von »Klein Farge« hörten allerdings die Einweisungen ins Arbeitserziehungslager nicht auf. Noch im Januar 1945 wurden Menschen von der NDH ins AEL eingewiesen, wie die auf S. 104 angeführte Meldung von Peter Put an die Gestapo beweist. Sie ist vom 17.1.1945 datiert.

Als Zwangsarbeiter ins KZ

Mehrere ausländische Arbeiter wurden von der Gestapo auch in Konzentrationslager eingeliefert. Ihre genaue Zahl lässt sich nicht ermitteln, denn die Überweisung in ein KZ ist auf den Karteikarten der Hütte nicht vermerkt. Die Namen von sechs Zwangsarbeitern der NDH wurden nach Mitteilung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in deren Datenbestand gefunden. Es sind:

Leon Kurzydlo aus Polen, geboren am 9.4.1901, auf die Hütte am 1.9.1944 von der Jutespinnerei in Bremen gekommen. Als letzte Schicht vermerkt: 8.4.45. Am 12.4.1945 im Lager »Riespott« verstorben.

Pierre Balme, geboren 21.3.1907, Frankreich,
auf der Hüte ab 20.9.1943 im Labor,
letzte Schicht 29.1.1944,
Bemerkung: »abgereist, Aufenthalt unbekannt«,
Schreiben vom Arbeitsamt Bremen am 17.3.44 »dienstentpflichtet«,
Laut Auskunft der KZ-Gedenkstätte Neuengamme ins KZ Neuengamme eingeliefert, Häftlingsnummer 40617: Die Häftlingsnummer weist darauf hin, dass Pierre Balme am 31.7.1944 aus dem französischen Durchgangslager in Compiègne in einem großen Transport von über 1500 Männern ins KZ Neuengamme gekommen ist. Er müsste demnach nach seiner Flucht von der Gestapo in Frankreich aufgegriffen worden sein. Laut der Organisation französischer Überlebender ist Pierre Balme zum Kriegsende in Bergen-Belsen verschollen.

Anton Lusik, geboren am 31.1.1923 im ukrainischen Teil Polens,
Arbeitsbeginn auf der Hütte 3.9.1940 im Zementwerk, letzte Schicht 23.11.1941,
Bemerkung auf der Karteikarte: »Wegen Bummeln fristlos entlassen«,
gestorben am 19.6.1943 im Kommando Drütte des Außenlagers Watenstedt-Salzgitter.
Die Häftlingsnummer lässt darauf schließen, dass Anton Lusik am 10.2.1943 ins KZ Neuengamme gekommen ist, zusammen mit Miroslav Tschaban.

223 Vernehmung durch den öffentlichen Ankläger, 28.6.1928, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Viktor Jazkowskij, geboren 3.10.1925, aus Swerdlowsk, Schlosser,
Beginn auf der NDH 3.10.1942 am Hochofen, Entlassung 16.10.1942,
Bemerkung auf der Karteikarte der Hütte: »abgerückt«.
Zwischen 23. und 26.11.1942 ins KZ Neuengamme eingeliefert, gestorben in Neuengamme am 27.1.1943.

Miroslaw Tschaban, geboren 28.5.1922, Dreher, Arbeitsbeginn auf der Hütte: 3.9.1940, Letzte Schicht 17.12.42.
Vermerk auf der Karteikarte: Am 18.12.1942 »abgerückt«, Papiere abgestellt.
Am 10.2.1943 ins KZ Neuengamme eingeliefert.
Gestorben am 12.7.1943 im Kommando Drütte, Außenlager Watenstedt-Salzgitter.

Alexander Karpa, geboren am 6.3.1923 im Kreis Peremyschl, Arbeitsbeginn auf der Hütte 16.9.1941, letzte Schicht 8.2.43, Bemerkung: in Haft, Papiere abgestellt.
Am 24.4.1943 ins KZ Neuengamme eingeliefert. Am 3.7.1943 ins KZ Dachau überstellt. Dort ist er befreit worden.[224]

Zwei weitere Häftlinge des KZ Neuengamme wurden uns durch deren Berichte als ehemalige Zwangsarbeiter der Hütte bekannt: Alexej Ponomarjow und Stepan Dorotjak.

Es ist davon auszugehen, dass ein weit größerer Teil der NDH-Zwangsarbeiter ins KZ eingeliefert wurde. Wie die Bemerkungen auf den Karteikarten verraten, war ein häufiger Grund für die Festnahme und die anschließende Konzentrationslagerhaft das Verlassen des Arbeitsplatzes.

Festnahmen aus politischen Gründen

Soweit sich aus den Karteikarten und den Zeugenaussagen rekonstruieren lässt, geschahen Denunziationen an die Gestapo wegen politischer Vergehen der Werksangehörigen nur in Einzelfällen. Um 1939/40 wurden zwei Juden aus dem Betrieb abgeholt. Alexander Orzol berichtete darüber: »Die waren nur 14 Tage bei uns. Der eine war ein Friseur aus Vegesack, der andere hatte ein kleines Geschäft. Eines Tages kamen drei SS-Männer, die haben sie abgeholt. Die haben uns noch die Hand gegeben, weil sie wussten, dass sie nicht wiederkommen würden. Wir hätten sie ja zum Reinigen und Maschinensaubermachen eingesetzt. Das waren bestimmt fleißige Leute.«[225]

Von seiner Entlassung aus möglicherweise politischen Gründen berichtete das ehemalige Mitglied des Angestelltenrates, Jan Janßen. Er wurde 1932 von der NDH entlassen, war bis zum November 1935 arbeitslos und wurde dann auf der Hütte wiedereingestellt. Nach seiner

224 Die KZ-Gedenkstätte teilte uns mit, »dass es gut möglich ist, dass es außer den sechs Personen noch mehr Übereinstimmungen gibt. Leider ist es mit unseren Möglichkeiten aber nicht machbar, sie herauszufiltern. Sobald eine Ziffer im Geburtsdatum oder ein Buchstabe in der Namensschreibweise voneinander abweicht, findet der Computer natürlich keine Duplikate mehr.« (Die Schreibweise der ausländischen Namen in der Kartei geschah häufig willkürlich und nur vom Hören her.).

225 Alexander Orzol, Interview 1983.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Aussage forderte man ihn wiederholt auf, mit »Heil Hitler« zu grüßen. Bei einem Betriebsappell habe er bei der sogenannten »Führerehrung« weder den Arm gehoben, noch die Nazilieder mitgesungen. Daraufhin sei er am nächsten Tage vom Direktor Schwöbmann unter Beschimpfungen und Bedrohung mit der Gestapo fristlos entlassen worden.[226] Hofmann berichtet über einen einzigen Fall von »Spionage«, der ihm bekannt geworden sei. Ein Belegschaftsmitglied hatte sich einen Werksplan beschafft und Aufzeichnungen über das Ölfeld gemacht. »Dieser Mann wurde der Geheimen Staatspolizei zur Verfügung gestellt.«[227]

Mehrdeutig ist der Fall des ehemaligen Leiters des Laboratoriums und der Vanadin-Abteilung, Dr. Wolfgang Boehm. Er musste sich im Jahre 1942 bei der Gestapo wegen Zersetzung der Wehrkraft verantworten. Obwohl sein Haus durchsucht wurde, fand sich offenbar kein belastendes Material. Bei einem Luftangriff der Amerikaner kurz vor Weihnachten 1943 wurden auch die Fenster im Laboratorium zertrümmert. Das Labor war ohne Heizung und die Reagenzien begannen einzufrieren. Da auch die Wohnungen von Werksangehörigen getroffen worden waren, gab Dr. Boehm den Angehörigen des Labors am folgenden Tag dienstfrei, damit sie die Schäden beheben und ihre Familien suchen konnten. Daraufhin wurde er von Direktor Hofmann einem anderen Betriebsleiter unterstellt mit der Bemerkung: »Ich kann keine Leute mit ihrer politischen Meinung beschäftigten. Wenn Sie diesen Ort nicht innerhalb drei Monaten verlassen, werde ich meine Konsequenzen ziehen. Sie hätten alle Angehörigen des Laboratoriums damit beschäftigen sollen, den Schaden hier zu beseitigen. Außerdem ist mir gesagt worden, daß Sie vor einigen Tagen während einer Versammlung, bei der ein Parteifunktionär sprach, Bemerkungen gegen die Partei gemacht haben.«[228] Unter dem Druck Hofmanns verließ Dr. Boehm die Hütte. In der Personalakte wurden die Gründe vertuscht. Danach erfolgte die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses »aus gesundheitlichen Gründen«. Wahrscheinlich ist, dass für Hofmann nicht die regimekritischen Äußerungen Boehms den Ausschlag für seine Entfernung gaben, sondern die Tatsache, dass er seine Angestellten nicht zur Reparatur des Laboratoriums antrieb und ihnen stattdessen aus humanitären Gründen freigab. Führungsleute mit einer solchen Einstellung konnte der Betriebsführer nicht gebrauchen.

Das Hauptinteresse der Betriebsführung richtete sich darauf, den außerbetrieblichen Repressionsapparat als Drohmittel für die Erreichung des Produktionszwecks einsetzen zu können. Die Interessen des NS-Machtapparates sowie die Durchsetzung der nazistischen Vernichtungsideologie verliefen dabei nicht immer deckungsgleich. Besonders als Arbeitskräfte knapp wurden, kam es häufiger zu Widersprüchen, in denen sich nicht jeweils der außerbetriebliche Machtapparat durchsetzte. Hinter dem Interesse des Managements – Sicherung des Beitrages des Werkes zur Kriegsproduktion und Sicherung eines ausreichenden Ertrages für den Konzern – standen in verschiedenen Fällen ideologische und politische Bedenken zurück.

Vom Generaldirektor der Deschimag, Stapelfeldt, der als Kritiker des Naziregimes galt, wird berichtet, dass er aus dem KZ entlassenen ehemaligen KPD-Mitgliedern Schutz und Arbeitsstelle sicherte. Das Gleiche ist aber auch von dem ausgewiesenen Nationalsozialisten Otto Hofmann zu sagen. Einer der erstaunlichsten dokumentierten Fälle ist der von Karl

226 Jan Janßen, Schreiben an den Prüfungsausschuß für das Vorstellungsverfahren, 21.2.1946, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

227 Spruchkammerverfahren 8.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

228 Dr. Wolfgang Boehm, schriftliche Aussage 12.1.1948, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Breig, einem ehemaligen KPD-Mitglied und Kassierer in der illegalen provisorischen Bezirksleitung der KPD. Er wurde am 21. Oktober 1933 verhaftet und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Entlassung vermittelte ihn das Arbeitsamt zur Norddeutschen Hütte. Man schickte ihn zu Hofmann, dem er seine Geschichte erzählte und der ihn probeweise für vier Wochen einstellte. 1939 wurde Karl Breig erneut verhaftet. Er nahm zunächst an, dass Hofmann ihn angeschwärzt hatte. Aber Hofmann hat ihn geschützt. Karl Breig konnte wieder auf der Hütte arbeiten und wurde sogar – man staunt – als Werkschutzmann eingesetzt.[229] Hofmann beschrieb den Vorgang folgendermaßen: »Ich mußte eine Meldung machen, wer alles beim Werkschutz war. Gleich danach erschien ein Gestapobeamter bei mir im Büro und schrie mich an, ob ich denn verrückt geworden sei, einen wehrunwürdigen Mann als Werkschutzmann einzustellen. Ich mußte darauf zu Herrn Zimmermann (Leiter der Staatspolizeistelle Bremen) und der sagte zu mir, daß ich den Mann unbedingt entlassen müßte. Ich habe mich aber für ihn eingesetzt, mit dem Erfolg, daß er bleiben durfte.«[230] In dem für die Sicherheit sensiblen Bereich des Werkschutzes ein ehemaliges KPD-Mitglied zu beschäftigen, war sicherlich für die Gestapo ein starkes Stück. Es scheint sich aber um keinen Einzelfall gehandelt zu haben. In seinem Spruchkammerverfahren 1949 konnte Hofmann unwidersprochen behaupten, dass er sich auch für andere Kommunisten eingesetzt habe, u.a. für die Belegschaftsmitglieder Müller und Graul. Graul war auch schon im KZ. Die Gestapo wollte ihn holen. Nach Hofmanns Aussage habe er eine halbe Stunde mit den Gestapobeamten gesprochen, bis diese sagten: »Gut, auf Ihre Verantwortung behalten Sie den Mann hier. Sollte aber irgend etwas Veranlassung geben, so holen wir uns den Mann.«[231] Graul blieb bis 1945 auf der Hütte und wurde nach der Befreiung in den ersten frei gewählten Betriebsrat entsandt.

Weitere Belegschaftsmitglieder wie der Schlosser August Haeske, Betriebsrat der NDH und 2. Vorsitzender im Christlichen Metallarbeiter-Verband Bremen sagten im Spruchkammerverfahren für Hofmann aus. Haeske meinte, dass Hofmann im offenen Gegensatz zur NSDAP-Kreisleitung sich für ihn eingesetzt und vor dem KZ bewahrt habe.[232]

Wir können daraus schließen, dass selbst für einen nationalsozialistischen Betriebsführer angesichts des drückenden Facharbeitermangels der Erhalt qualifizierter Facharbeiter für sein Werk wichtiger war als deren Festnahme aus dem politischen Verfolgungswahn der Gestapo heraus. Jörg Wollenberg stellt anhand der Beispiele von Direktor Franz Stapelfeldt auf der AG »Weser« oder der Direktion der Nürnberger Schraubenfabrik die Frage, warum diese sich für inhaftierte, qualifizierte, kommunistische, linkssozialistische oder sozialdemokratische Arbeiter einsetzten, sie für eine betriebliche Tätigkeit anforderten und mit dem u.k.-Vermerk (unabkömmlich) für deren Haftentlassung sorgten.[233] Wurde ihnen die Hilfe lediglich wegen der notwendigen Aufrechterhaltung und Forcierung der Rüstungsindustrie zuteil oder spielten darüber hinaus politische und persönliche Motive eine Rolle? Im Falle Otto Hofmann dürfte die Frage relativ eindeutig zu beantworten sein: Sein Einsatz für kommunistische Arbeiter rührte aus dem Mangel an qualifizierten Arbeitern her. Um seine Produktionsaufgabe er-

229 Aussage von Karl Breig im Spruchkammerverfahren 8.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.
230 Aussage von Hofmann im Spruchkammerverfahren 8.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.
231 Ebenda.
232 Aussage im Spruchkammerverfahren 21.7.1946, Akte Hofmann StAB 466 – I.
233 Vgl. Jörg Wollenberg, Den Blick schärfen – Gegen das Verdrängen und Entsorgen, S. 194.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

füllen zu können, reklamierte er auch politisch linksstehende Facharbeiter für den Betrieb. Dass Hofmann sich mit diesen Vorstellungen durchsetzte, spricht für seine starke Position gegenüber den Verfolgungsbehörden. Er scheute sich auch nicht, bei der Gestapo einen niederländischen SS-Mann anzumahnen, der von der Gestapo als Mitglied der holländischen SS von der Verpflichtung, im Lager zu wohnen, entbunden worden war. Wie Hofmann in einem Schreiben an die Stapo-Leitstelle forderte, solle dieser wieder dem Lager zugeführt werden, da er schon den vierten Tag unentschuldigt und ohne jede Krankmeldung der Arbeit ferngeblieben sei. »In Anbetracht des großen Mangels an Arbeitskräften« wurde die Gestapo um baldmöglichste Entscheidung gebeten.[234]

234 Schreiben an die Staatspolizei-Leitstelle vom 21.4.1944, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Zum Verhältnis der deutschen zu den ausländischen Arbeitern

Das Verhältnis der deutschen zu den ausländischen Arbeitern auf der NDH war keineswegs geprägt durch Spuren internationaler Klassensolidarität, wie sie die Arbeiterparteien in der Weimarer Zeit wenigstens verbal vertreten hatten. Es gab keinen Ansatz zu Überlegungen für ein gemeinsames Handeln mit den ausländischen Arbeitern. Zwei Verhaltensformen scheinen die Beziehungen dominiert zu haben. Einerseits berichten deutsche wie ausländische Arbeiter von menschlichem Mitgefühl, vom Versuch eines Verständnisses für das schwere Schicksal vor allem der Ostarbeiter. Von beiden Seiten gibt es Bestätigungen, dass deutsche Belegschaftsmitglieder versuchten, den Hunger der unterernährten Ostarbeiter zu lindern. Alexej Ponomarjow erzählt sogar von – wenn auch seltenen – Einladungen ins Heim der deutschen Kollegen. Andererseits lässt sich im Verhältnis auch der nicht nationalsozialistisch eingestellten Arbeiter häufig eine Distanz zu den ausländischen Arbeitern konstatieren. Man fühlte sich nicht als Kollegen – geschweige denn als Klassenbrüder. Die von den Nationalsozialisten gewollte Schichtung – hier die deutschen Arbeiter als Angehörige der »Herrenrasse« – dort die ausländischen Arbeiter in den Abstufungen der NS-Rassenideologie mit den Ostarbeitern am unteren Ende – wirkte sich über verschiedene Mechanismen im Betrieb aus.

Eine wichtige Bedingung war: Es gab keine politisch handlungsfähige Gruppierung als Gegenöffentlichkeit mehr im Betrieb. Jedenfalls ist uns von keinem unserer Zeitzeugen über organisierte Widerstandsaktionen berichtet worden. Dazu trug die Ausdünnung der Belegschaft in den Krisenjahren seit 1930 bei. Der kleine Kern der Belegschaft, der sich über die nahezu völlige Stilllegung des Betriebes in der langen Zeit der Massenarbeitslosigkeit mit Hilfe des Krümpersystems hinwegrettete, konnte keine Widerstandskerne mehr ausbilden. Nur wenige der entlassenen ehemaligen Hüttenarbeiter kehrten nach 1935 in den Betrieb zurück. Viele von ihnen hatten woanders besser bezahlte Arbeit gefunden. Stattdessen kamen neue Arbeiter, unter ihnen auch Facharbeiter aus Krupp-Betrieben des Ruhrgebiets. Ab 1935 gelang es der Hüttenführung, eine Reihe von Angestelltenpositionen mit NSDAP-Mitgliedern zu besetzen. Damit konnte im Betrieb ein System von Spitzeln errichtet werden, in dem jeder in Gefahr war, bei politisch unvorsichtigen Äußerungen oder offener Solidarisierung mit den ausländischen Arbeitern denunziert zu werden.

Unter diesen Bedingungen konnte sich antinationalsozialistische Einstellung nur in individuellen Aktionen äußern, die erheblichen Mut erforderten, wie zum Beispiel die Verweigerung des Hitlergrußes. Nur dort, wo eine größere Gruppe von älteren Facharbeitern erhalten blieb, wie in der mechanischen Werkstatt, erhielt sich auch ein kritisch gegen die Nazis eingestelltes Milieu, in dem die SA- und NSDAP-Mitglieder bis zu einem gewissen Grad isoliert werden konnten.

Ein weiterer Faktor war die besonders auf der NDH große Zahl von ausländischen Arbeitern gegenüber der deutschen Stammbelegschaft. Viele Deutsche gelangten mit dem wachsenden Zustrom ausländischer Arbeiter zwangsläufig in Vorgesetztenpositionen. Nur wenigen ausländischen Arbeitern gelang während der nationalsozialistischen Zeit ein gewisser Aufstieg. Dazu trug die Fluktuation gerade unter den qualifizierteren Arbeitern aus den westeuropäischen Ländern und die im Durchschnitt geringere Qualifikation bei den Arbeitern aus der UdSSR bei. Unter den Angestellten finden sich während der ganzen Zeit von 1935 bis 1945 nur insgesamt zehn ausländische Belegschaftsmitglieder. Der Aufstieg in Vorgesetztenfunktionen wurde formalisiert u.a. durch die Ernennung von Arbeitern zu Hilfsmeistern und damit zu Angestellten. Diese Ernennungen wurden 1945 nach dem Weggang der ausländischen Arbeiter und dem Schrumpfen der Belegschaft wieder rückgängig gemacht.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Die Funktion der Meister unterlag mit dem Zustrom wenig qualifizierter ausländischer Arbeiter einem besonderen Druck. Sie mussten mit der ihnen unterstellten Mannschaft die Produktion gewährleisten. Wenn in ihrer Arbeitsgruppe zu viele unqualifizierte Arbeiter waren oder diese überdurchschnittlich hohe Fehlzeiten aufwies, wurde der Meister mitverantwortlich gemacht. Aus ihren Reihen kam deshalb auch besonders der Ruf nach der Auswechslung von Leuten, die sie für nicht geeignet hielten.[235]

Eine ähnlich prekäre Sandwich-Position zwischen Betriebsführung und Belegschaft schildert der Betriebsingenieur Habeck auch für die nächsthöhere Leitungsebene: »In meiner Position als Betriebsingenieur war ich selbstverständlich Mittelsmann zwischen Betriebsführung einerseits und Belegschaft andererseits. Die Betriebsführung nutzte nicht nur meine, sondern ganz allgemein die Positionen aller Betriebsingenieure, ihre Interessen in der Belegschaft stets mit starkem Druck durchzuführen. Wieweit sie damit durchdringen konnte, mußte jeder in gleicher Position wie meiner mit sich selber abmachen.«[236]

Auch die reinen Arbeiterfunktionen erfuhren eine Aufwertung. Beispielsweise arbeiteten im Kranbetrieb – einem typischen Anlernbetrieb – 1944/45 nur noch fünf bis sechs Deutsche. Sie mussten die ausländischen Arbeiter für diese Arbeit anlernen. Auch wenn unsere deutschen Zeitzeugen aussagen, dass die ausländischen Kranfahrer ihre Arbeit gut verrichteten, so blieben die Deutschen doch den Ausländern gegenüber in einer privilegierten Position.

Von Ausnahmen abgesehen haben die Meister und Vorarbeiter die ausländischen Arbeiter nicht brutal behandelt. Zeitzeuge Hans Schröder sagt wahrscheinlich zutreffend: »Unsere Meister waren gegenüber den Ausländern, auch den Polen und Russen gegenüber, immer noch menschlich. Sie haben nie wahr gemacht, was ihnen wohl auferlegt war, dass sie die rannehmen und nicht mit ihnen sprechen und sie wegjagen sollten, wenn sie etwas zum Essen gefunden hatten.«[237] Das bestätigen auch die ausländischen Zeitzeugen wie Dorotjak und Ponomarjow, der aussagte: »Es verhielten sich alle mir gegenüber sehr wohlwollend, bis auf einen, der ständig auf mir herumhackte.« Ponomarjow wurde aber gegen dessen Anfeindungen vom Betriebsleiter in Schutz genommen.

Wenn aber ausländische Arbeiter häufig fehlten, dann äußerten auch human eingestellte Meister ein gewisses Verständnis dafür, dass notorische »Bummelanten« bestraft werden müssten, auch wenn sie die groben Misshandlungen im Arbeitserziehungslager Farge ablehnten.[238]

235 Der Betriebsingenieur Habeck schildert aus seiner Abteilung einen Meister K., dem mehrere ausländische Arbeiter zugeteilt waren: »Wenn ihm der eine oder andere dieser Hilfskräfte nicht zusagte, (verlangte) er von mir kategorisch einen Leutewechsel. Mir standen doch einfach keine anderen Kräfte zur Verfügung, so daß ich einen Wechsel nicht vornehmen konnte. Immer wieder drängte mich Meister K. und verlangte ganz krasse Bestrafungen von verschiedenen ausländischen Gefolgschaftsmitgliedern, die nicht so arbeiteten wie er wollte oder auch unpünktlich im Dienst waren.« (Schreiben zum Vorstellungsverfahren am 16.6.1946, StAB 466 – I.)

236 Ebenda.

237 Hans Schröder, Interview 2003.

238 Selbst der spätere Betriebsratsvorsitzende Graul, der die Behandlung der ausländischen Arbeiter kritisierte, meinte: »Ich war Kolonnenschieber und habe mit den Ausländern zusammengearbeitet. Es ist schon mal vorgekommen, daß sie nicht so wollten wie wir, aber das brauchte man doch nicht so sehr bestrafen.« »Die Meldungen

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Wer als Meister oder Vorarbeiter die ausländischen Arbeiter nicht genügend antrieb, wurde von den Vorgesetzten angefeuert.[239] Und wenn Meister dabei nicht mitzogen, wurde unter Umständen auch ein Exempel statuiert, wie im Falle des Obermeisters Grätner. Er wurde fristlos entlassen, weil er geäußert hatte, dass er die Schiffe nicht schneller löschen könnte, wenn die ausländischen Arbeiter nicht mehr zu essen bekämen.[240]

Das Überlegenheitsgefühl mancher deutscher Arbeiter gegenüber den ausländischen Kollegen nutzten die Betriebsleitungen auch, um beide gegeneinander auszuspielen. Dabei ging es teilweise um Reibereien, wie sie im Arbeitsleben täglich vorkommen, die sich aber im Verhältnis der deutschen zu den ausländischen Arbeitern sehr leicht für die Verstärkung eines Weltbildes mobilisieren ließen, in dem die ausländischen Arbeiter auf einen untergeordneten Platz gehörten. Ein Beispiel dafür schildert der Betriebsingenieur Habeck: »Wiederholt verlangte die Betriebsführung von mir, dass ich zu Beginn und nach Arbeitsschluss einen Meister der Mechanischen Werkstatt zu Kontrolle an die Stempeluhr beordern sollte. Ich habe immer verstanden, dass meine nächsten Mitarbeiter, die Werkstattmeister diesem Wunsche nur mit äußerstem Unbehagen nachkamen. Deshalb habe ich mich selber oft bei der Stempeluhr aufgehalten und den Stempelvorgang überwacht. Deutsche Gefolgschaftsmitglieder, ja sogar Männer vom alten Stamm waren es, die von mir verlangten: ›Herr Habeck, sorgen Sie dafür, daß erst wir Deutschen stempeln können, wir warten nicht für die Ausländer.‹«[241]

Ein gravierenderer Konflikt um die Ablösung bei Schichtwechsel wurde von der Betriebsführung ebenfalls genutzt, um Stimmung gegen »bummelnde« Arbeiter zu machen. Direktor Hofmann hatte wahrscheinlich nicht ganz unrecht, wenn er in seinem Spruchkammerverfahren behauptete, dass von Seiten der Arbeiter darauf gedrückt wurde, dass die »Bummelanten« zur Arbeit herangezogen werden sollten, da ja diese »Bummelei« auf Kosten der anderen Arbeitskräfte ging; z.B. wenn ein Mann der Frühschicht nicht abgelöst werden konnte, weil seine Ablösung nicht erschien. Noch mehr Konfliktstoff enthielt die Inanspruchnahme des Urlaubs, deren Probleme Direktor Hofmann folgendermaßen schildert: »Die Arbeiter kamen zu mir und verlangten ihren Urlaub. Ich mußte diesen dann fast immer sagen, dass durch die vielen Bummeleien viele Arbeitskräfte ausfielen und dadurch eine Urlaubsgewährung nicht möglich sei. Dann haben meine Arbeiter mir oft gesagt, dass ich dafür sorgen sollte, dass die Schweinerei mit dem Bummeln bald aufhören müßte.«[242] In diesen Konflikten wurde die Wut der um ihren Urlaub

aber bestanden zu Recht.« Aussage im Spruchkammerverfahren 17.6. und 22.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I. Noch deutlicher äußerte sich der Schlosser K.: »Es sind auch viele dabei gewesen, die verdient hatten, nach Farge zu kommen, weil sie nicht arbeiten wollten. Man hätte sie vielleicht auch anders bestrafen können, aber wenn alles nichts genutzt hat, was blieb da über.« (Aussage im Spruchkammerverfahren 17.6.1949 ebenda.).

239 Im Spruchkammerverfahren wurde vom Zeugen K. ein Vorfall geschildert, als Direktor Hofmann beim Rundgang mit dem Betriebsobmann den Vorarbeiter Schröder dabei entdeckte, wie dieser auf einem Wagen seinen russischen Arbeitern beim Abladen half. Hofmann soll dann zu ihm gesagt haben: »Wenn die Russen nicht mehr wollen, dann sollte Schröder ihnen in den Arsch treten.« (Aussage am 17.6.1949, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.).

240 Aussage Alois Haber vor der I. Interniertenspruchkammer 28.12.1948, Akte Hofmann StAB 4,66 – I. Der Zeuge meinte, dass auch antinationalsozialistische Äußerungen von Grätner bei der Entlassung eine Rolle gespielt hätten. Grätner selbst bestätigte, dass er wegen einer Auseinandersetzung mit dem Lohnschreiber über den fehlenden Lohn eines polnischen Arbeiters zum Vertrauensrat vorgeladen und von Hofmann fristlos entlassen wurde.

241 Schreiben an den Prüfungsausschuss für das Vorstellungsverfahren 15.2.1946, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.

242 Verfahren vor der Spruchkammer 8.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I. Den beiden Autoren ist dieser Konflikt aus ihrer eigenen Zeit als Arbeiter auf der Bremer Hütte sehr vertraut. Auch zu unserer Zeit gab es Meister

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

gekommenen Arbeiter fast zwangsläufig auf die vielen ausländischen Arbeiter gelenkt. Es bleibt festzuhalten, dass die NDH-Betriebsführung unter erheblichen Teilen der unteren Vorgesetzten aber auch bei einer Reihe von deutschen Arbeitern auf Verständnis rechnen konnte, wenn sie die ausländischen Arbeiter mit disziplinarischen Mitteln zur Arbeit antrieb. Die Werksleitung konnte sich also nicht nur auf die NSDAP- und SA-Mitglieder, auf die DAF und den Betriebsobmann, sondern auch auf Teile der nicht nationalsozialistischen Belegschaft stützen, in dem sie Widersprüche zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern ausnützte.

Situation der deutschen Arbeiter – Wehrdienst, Luftangriffe, Flakdienst

Bei der Beurteilung der Reaktionen der deutschen Belegschaft sollten die verschärften Zwänge und Bedrohungen nicht übersehen werden, denen auch die deutschen Arbeiter im Verlauf des Krieges ausgesetzt waren. Zunächst zu nennen ist die Ausdünnung der deutschen Belegschaft durch Einziehungen zum Militär. Sie begannen 1937 und häuften sich 1941 mit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion. Insgesamt sind während der Kriegszeit in der Kartei der deutschen Arbeiter 106 Abgänge zur Wehrmacht verzeichnet, 35 zum Reichsarbeitsdienst und anderen kriegswichtigen Betrieben. Diese Zahlen geben nicht den gesamten Umfang der Einziehungen zur Wehrmacht wieder, weil die Kartei der deutschen Arbeiter unvollständig ist. Eine grobe Hochrechnung ergibt, dass während des Krieges nahezu jeder zweite Abgang aus der deutschen Belegschaft kriegsbedingt war.[243]

Eine genaue Zahl der Einberufenen liegt für den 1.1.1943 vor. Zu diesem Zeitpunkt waren 105 Arbeiter und zwölf Angestellte zur Wehrmacht eingezogen. Das war fast jeder Sechste der deutschen Belegschaft (ohne Auszubildende).[244] Dieser Prozentsatz stieg in den folgenden Jahren durch weitere Einberufungen rasch an.

Bald erschienen in der Kartei auch die ersten Totenmeldungen, teilweise mit dem Karteivermerk: »gefallen auf dem Feld der Ehre«. Von den Angestellten wurden 43 eingezogen, darunter nur ein bekannter Nationalsozialist von den 21 genannten besonders aktiven Nazis. Der Betriebsführer hatte einen erheblichen Einfluss darauf, wen er als unabkömmlich vom Kriegsdienst zurückstellen konnte.

Die zunehmenden Bombenangriffe der Alliierten belasteten die Arbeiter mit der Sorge um das Schicksal ihrer Familien.[245] Wenn sie während eines Luftangriffs Schicht hatten, fragten sie sich, ob sie nach ihrer Heimkehr ihre Angehörigen noch lebend finden würden. Im Spruchkam-

und Betriebsleiter, die bei knapper Personalbesetzung Urlaubswünsche mit dem Hinweis auf Belegschaftsmitglieder, die krankheitshalber abwesend waren, abschlugen und dabei durchblicken ließen, dass manche Belegschaftsmitglieder Krankheiten nur vortäuschten.

243 Auch ausländische Arbeiter wurden besonders gegen Schluss des Krieges eingezogen, darunter auch Ukrainer und einige Ostarbeiter. Einige Arbeiter (aus Belgien und den Niederlanden) meldeten sich bereits vorher freiwillig zur Waffen-SS. Teilweise geschahen diese Meldungen unter Druck. Wie Stepan Dorotjak berichtet, stellte man ihn 1944 vor die Wahl, entweder in die SS-Division »Galizien« einzutreten oder ins KZ gesteckt zu werden.

244 Bericht der NDH an den engeren Vorstand vom 16.2.1943, HAK WA 41/4–318.

245 Bremen ist während des Krieges insgesamt 173-mal angegriffen worden. Wegen der Häufung von Rüstungsindustrien und der Häfen war die Stadt eines der wichtigsten Luftziele der Alliierten. Vgl. C.U. Schminck-Gustavus (Hrsg.), Bremen – Kaputt.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Boten nur begrenzten Schutz gegen Bomben: Luftschutzbunker auf dem Werksgelände in der Nähe des Zementwerkes

merverfahren gegen Hofmann berichteten mehrere Entlastungszeugen, dass Hofmann sie nach einem Bombenangriff, in dem sie ihre Wohnungen oder Familien verloren, unterstützte.[246]

Während der Schicht waren die Arbeiter selbst häufiger bei Bombenangriffen in Gefahr. Auf dem Werksgelände gab es zwar Luftschutzbunker, aber nicht alle hielten den Bomben stand. Beispielsweise wurde ein Bunker in der Nähe des Konstruktionsbüros zerstört. Außerdem musste auch während eines Luftangriffs eine Notbesatzung an den Anlagen bleiben. Deshalb wurde im Kesselhaus ein niederländischer Arbeiter getötet.[247]

Im Bericht an das Rüstungskommando Bremen meldet die Norddeutsche Hütte am 17.12.1943 schwere Schäden durch den Tagangriff von 12.04 bis 14.28 Uhr am 16.12. Wegen

246 So u.a. der Zeuge August Stoika, der berichtete: Als er durch einen Bombenangriff seine Frau und sein Kind verlor, habe Hofmann sofort Leute vom Werk hingeschickt, damit man die Leichen aus dem Keller ausschaufeln konnte. H. habe ihm unbegrenzt Urlaub gegeben. Er sei bei einem Kollegen untergekommen, aber auch dort ausgebombt worden. Dann hat der Betrieb dafür gesorgt, dass er am Werk wohnen konnte. (Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.).

247 Bereits eines der ersten Opfer war ein ausländischer Arbeiter, ein »Volksdeutscher« aus Polen, Franz Olejniczak. Er wohnte in der »Kaserne« auf dem Gelände des Werkes. Beim ersten Luftangriff britischer Flugzeuge auf Bremen in der Nacht vom 18.5.1940 wird er – wahrscheinlich durch Splitter – getötet.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Im Bombenhagel versanken auch die Arbeitersiedlungen. Zerstörtes Siedlungshaus von Arbeitern der Norddeutschen Hütte in der Wollaherstraße in Bremen-Grambke

Bombenschäden an ihren Häusern fehlten anschließend etwa 25 Prozent der Belegschaft. Der Angriff kostete zwei Belegschaftsmitglieder das Leben, einer wurde verletzt.[248] Am 24.6.1944 erfolgten bei dem Tagangriff auf Bremen drei Teppichabwürfe mit insgesamt 73 Sprengbomben auf die Hütte. Dabei gab es unter der Belegschaft zwei Schwerverletzte, fünf Leichtverletzte und einen durch Kohlenoxydgas vergifteten Arbeiter. Am 4.8.1944 wurde durch den Abwurf von zwölf Sprengbomben eine Verladebrücke im Hüttenhafen getroffen, die Eisenbahngeleise beschädigt und die mechanische Werkstatt erhielt einen Volltreffer.[249]

Die Wiederherstellung der zerstörten Anlagen und der Druck, die Produktion raschestmöglich wieder aufzunehmen, forderte den Arbeitern zusätzliche Kraft ab.

248 Im Bericht an das Rüstungskommando heißt es: »Eine Sprengbombe schweren Kalibers fiel auf die Eisenbahngleise zwischen Laboratorium und Vandinanlage und zerstörte die Gleisbettung sowie die Ferngasleitung nach Bremen ..., außerdem wurde eine Trinkwasserringleitung zerstört. ... Weiter wurden mehrere Geleise durch Sprengbomben zerstört und entstanden Brände durch Kautschukbomben in zwei Holzschuppen unseres Baubetriebes, die aber durch die Brandwachen sofort gelöscht werden konnten. Infolge der Gleisbeschädigungen mussten die Hochöfen gedrosselt werden.« (HA Krupp WA 41/4-318.).

249 Bericht der NDH an den engeren Vorstand der Fried. Krupp A.-G., HA Krupp WA 41/4-318.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Bei einem der letzten Angriffe am Karfreitag, 30.3.1945, wurde die Hütte so schwer getroffen, dass danach die Produktion eingestellt werden musste. Auch auf das Lager Osterort/ Riespott fielen zwei Bomben. Neben dem Stacheldrahtzaun des Konzentrationslagers wurde ein Posten getötet.

Zu der Sorge um Leib und Leben kamen weitere Belastungen. Neben der Schicht wurden Belegschaftsangehörige zum Flakdienst eingeteilt.[250] Dieser Dienst an Flakgeschützen, die neben dem Werksgelände aufgestellt waren, musste über mehrere Jahre während und auch außerhalb der Arbeitszeit geleistet werden.[251]

Die zunehmende Lebensbedrohung in den Wohnvierteln und am Arbeitsplatz und die steigenden Belastungen während der Arbeit selbst dürften mit dazu beigetragen haben, dass Solidarität mit den ausländischen Arbeitern sich kaum entwickelte. Die Sorge um das eigene Leben und das der Familie rückte in den Vordergrund.

250 »Zum Schutz ihrer Anlagen gegen Luftangriffe stellten die größeren WLS(Werkluftschutzbetrieb)-Betriebe Bremens aus Werkbelegschaften Bedienungen für leichte Flakgeschütze auf (generell ab Mitte 1942). Diese milizartige Truppe, kurz Heimatflak genannt, vertauschte bei Fliegeralarm ihren Arbeitsplatz mit dem Geschütz (die Bereitschaft setzte sich nach Dienstschluss fort). ... Verbürgt ist, daß zumindest der Bremer Vulkan, die Deschimag und Focke-Wulf eigene Bedienungsmannschaften für leichte Flakgeschütze unterhielten.« (Reinhold Thiel, Die bremische Flugabwehr im Zweiten Weltkrieg, S. 174.).

251 Nach Aussage des Ingenieurs Habeck wurden die betreffenden Belegschaftsmitglieder von Direktor Habeck selbst für den Flakdienst ausgesucht. Schreiben zum Vorstellungsverfahren 26.7.1946, StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Ende der Zwangsarbeit – gescheiterte Entnazifizierung

Am Abend des 26.4.1945 haben die britischen Truppen Bremen besetzt. Am nächsten Morgen verlässt der Kampfkommandant Generalleutnant Fritz Becker seinen eingekesselten Befehlsbunker im Bürgerpark. Die sinnlosen Kämpfe haben noch einmal 540 Zivilisten das Leben gekostet. Bereits seit Wochen haben die Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeiter in den Lagern dem Tag der Befreiung entgegengefiebert. Noch bis kurz vor dem Ende des Nazi-Reiches mussten sie im Ungewissen über ihr künftiges Schicksal schweben. Die Behörden fürchteten im Falle einer alliierten Offensive, dass es zu Unruhen unter den Zehntausenden ausländischen Arbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen kommen könnte. Im April 1944 hatte der Höhere SS- und Polizeiführer Nordsee Georg Graf von Bassewitz daher angeordnet, im Falle einer Invasion die ausländischen Arbeiter in großen Lagern unterzubringen und die Polizei-, Kripo- und KZ-Gefangenen nach Neuengamme, Farge und Bergen-Belsen abzutransportieren.

Anfang April 1945 wurde das KZ-Außenlager Riespott geräumt, die Gefangenen nach Norden getrieben. Die Kranken transportierte man in LKW ab. Auf den Todesmärschen in den nächsten Wochen fand ein großer Teil der bisher überlebenden KZ-Häftlinge den Tod.

Während die britischen Truppen sich Bremen näherten, versuchte man die ausländischen Arbeiter in Lagern zu konzentrieren. Vor allem die polnischen Arbeiter wurden seit dem 18. April in Sammellager zusammengefasst, die Männer im Lager an der Grambker Heerstraße, die Frauen und Kinder im Lager Riespott.[252]

Auf der NDH und in ihren Lagern befanden sich bei der Kapitulation Bremens noch 548 ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Angst vor Racheakten der jahrelang gedemütigten Zwangsarbeiter, vor allem der Russen und Polen, ging um. Tatsächlich kam es zu Plünderungen und Nahrungsdiebstählen, in einigen Fällen auch zu Formen von Lynchjustiz.[253]

Auf dem Werksgelände gab es nach den vorliegenden Berichten keine derartigen Zwischenfälle. Alex Orzol berichtet, dass die befreiten Zwangsarbeiter einige der als Schinder hervorgetretenen Vorgesetzten suchten. Diese hatten sich aber rechtzeitig aus dem Staub gemacht. Vier Wochen vor der Kapitulation sind noch große Mengen an Fleisch, Reis, Mehl und andere Lebensmittel im Betrieb gelagert worden. Als die Besatzungstruppen ankamen, mussten die bevorrateten Lebensmittel in kurzer Zeit freigegeben werden, wobei auch einiges verstreut und vernichtet wurde. Die übrigen Lebensmittel wurden mit Lastautos abgeholt.[254] Ein ehemaliges Belegschaftsmitglied, dessen Familie in der Hüttenstraße am Werk wohnte, schilderte

252 Eine Beschreibung der Befreiung der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen mit den Berichten von Augenzeugen in Hartmut Müller, »Wir waren frei. Es klingt so unwirklich. Und doch war es wahr«. -Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene bei Kriegsende in Bremen, in: Hartmut Müller, Günther Rohdenburg (Hrsg.), Kriegsende in Bremen, S. 149 ff.

253 Hartmut Müller weist darauf hin, dass auch viele Deutsche in der Stadt plünderten. Die von der amerikanischen Besatzungsverwaltung für die Zeit vom 1.5. bis zum 15.11. vorgelegte Kriminalstatistik zeigt, dass die Verbrechensrate der Ausländer durchaus mit der der deutschen Bevölkerung vergleichbar war. Die Übergriffe der ehemaligen Zwangsarbeiter schienen aber in den Augen vieler Deutscher das Schreckensbild zu bestätigen, das die NS-Propaganda und das »Volksempfinden« ausgemalt hatten. (Vgl. Hartmut Müller, a.a.O. S. 154 f.)

254 Aussage Hofmann vor der I. Spruchkammer 25.4.1949, StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

die Befreiung der Zwangsarbeiter aus dem Lager Riespott entgegen den Befürchtungen vieler Anwohner als friedlich.[255]

Der erste freie Betriebsrat und die Entnazifizierung

Wenige Wochen nach der Besetzung Bremens durch die Alliierten bildete sich auf der Hütte ein Arbeiterausschuss aus bereits vor 1933 aktiven KPD- und SPD-Mitgliedern.[256] Unter dem Datum vom 17.7.1945 verfasste der provisorische Betriebsrat einen »Bericht über Zustände auf der Norddeutschen Hütte« und leitete ihn an die Militärbehörden weiter. Darin wurden Direktor Hofmann und der Betriebsobmann als Verantwortliche für die Einweisungen ins Arbeitserziehungslager genannt und weitere nationalsozialistische Aktivisten namhaft gemacht. Otto Hofmann wurde am 28.8.1945 interniert, allerdings nicht wegen der Meldungen von deutschen und ausländischen Arbeitern an die Gestapo und deren Überführung ins Arbeitserziehungslager, sondern auf Grund seiner Funktion als Ortsgruppenleiter in Essen-Borbeck von 1932 bis 1935 als automatischer Arrest.

Mit Erlass vom 22.8.1945 genehmigte die Militärregierung die ordentliche Wahl von Betriebsräten. Nicht gewählt werden konnten frühere Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront oder der Nazi-Partei. Die Verhandlungskompetenzen des Betriebsrates erstreckten sich auf alle Fragen der Arbeitsbedingungen mit Ausnahme von Löhnen und Arbeitszeit. Ausdrücklich wurde dem Betriebsrat das Recht zuerkannt, mit den Arbeitgebern Regelungen über die Entfernung von Nazis und Militaristen aus Betriebsleitung und Belegschaft und die Wiedereinstellung von Opfern der Nazi-Verfolgung zu treffen.[257]

Am 10.10.1945 wurde auf der Norddeutschen Hütte der erste frei gewählte Betriebsrat nach dem Ende des Nazi-Regimes bestimmt. Er bestand aus neun Vertretern. Zum Vorsitzenden wurde Bernhard Graul gewählt.

Vor dem Betriebsrat stand eine gewaltige Aufgabe. Die noch vorhandenen Anlagen mussten wieder in Gang gesetzt werden. Nach kurzer Zeit konnte die Hütte wieder Strom liefern und Zement für die notwendigsten Reparaturvorhaben in der zerstörten Stadt herstellen. Der Betriebsrat kümmerte sich um die dringendsten Alltagsnöte der Belegschaft. Er sorgte dafür, dass Belegschaftsmitglieder Zement für die notdürftige Wiederherstellung ihrer Häuser erhielten oder übernahm die Verteilung eines Kontingents von Fahrradreifen, das von der Ortsverwaltung der neu gegründeten Gewerkschaft IG Metall zur Verfügung gestellt wurde.

255 Aus dem Bericht von Erwin Giese: »In der Hüttenstraße standen englische Panzer. Es gab bange Stunden, als die befreiten ausländischen Zwangsarbeiter ihre Lager verließen. Die Deutschen fürchteten zu Recht die Rache der jahrelang gequälten Menschen. Ich kam auf einem Pferdefuhrwerk mit Hermann, einem Nachbarn aus der Hüttenstraße, vorbei, als Polen und andere Zwangsarbeiter aus dem Lager Riespott mit ihren armseligen Bündeln in die endlich gewonnene Freiheit strömten. Sie hielten das Fuhrwerk an. Hermann wollte sie grob anfahren, aber ich hielt ihn zurück. Wir fuhren die Befreiten mit dem Fuhrwerk zur Endhaltestelle der Linie 11, ohne dass uns ein Leid geschah.« (Interview 2003).

.256 Zu den ab Juni 1945 in verschiedenen Bremer Betrieben gebildeten Betriebsausschüssen und die Rolle der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus vgl. Heinz-Gerd Hofschen, »Zum ersten Mal nach zwölf Jahren der Knechtung können wir wieder frei atmen«. Bremer Antifaschisten und der Neuaufbau 1945, in: Hartmut Müller/Günther Rohdenburg, Kriegsende in Bremen, S. 161–175. Ebenso: Hans Jansen/Renate Meyer-Braun, Bremen in der Nachkriegszeit, S. 62 ff.

257 Bekanntmachung Military Government, Department E 202 22.8.1945, Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Die moralischen Verwüstungen der Nazizeit und der allgegenwärtige Mangel hatten auch den kollektiven Zusammenhalt der Belegschaft untergraben. Auf der ersten Betriebsversammlung nach der Wahl appellierte der Betriebsratsvorsitzende an »die anständigen Gefühle der Belegschaft«. Sie müsse dafür sorgen, dass die »Diebstähle am laufenden Band« von Werkseigentum und der »Missbrauch der Betriebskrankenkasse« durch Krankfeiern aufhörten.[258]

Politisch einte die Betriebsräte das Bestreben, nach den Erfahrungen der Weimarer Zeit eine starke Einheitsgewerkschaft aufzubauen.[259] Zugleich nahm der Betriebsrat den Auftrag, aus den Betrieben, die aktiven Nationalsozialisten zu entfernen, sehr ernst. Das Gesetz Nr. 8 der amerikanischen Militärregierung vom 26.9.1945 verlangte das generelle Verbot der Beschäftigung von Mitgliedern der NSDAP in einer anderen Stellung als der eines gewöhnlichen Arbeiters. Für die freie Wirtschaft konstituierte sich ein Prüfungsausschuss, der mit 45 Mitgliedern besetzt war (jeweils 16 Vertreter der Arbeitnehmer und -geber, sechs Anwälte und sieben Ärzte). Acht Unterausschüsse hatten über die Berufungen von entlassenen Betroffenen zu entscheiden.[260]

Der Betriebsrat sammelte Beweismaterial wie die Aushänge der betrieblichen Bestrafungen sowie die Aussagen von Zeugen und sorgte dafür, dass Nazi-Aktivisten aus dem Betrieb entlassen wurden. Entlassen wurden außer dem »Betriebsführer« Otto Hofmann unter anderen der ehemalige kaufmännische Direktor Rudolph Schwöbmann, der frühere Werkschutzleiter Otto Kapp, der Leiter des Zementwerkes und der Vanadinanlage Dr. Ruopp, der Leiter der Mechanischen Werkstatt Wilhelm Habeck, der Buchhalter Kurt Jäckel und Heinrich Osterholz, Leiter der Strafkolonne »Klein Farge«.

Die »geordnete Entnazifizierung«

Es ist hier nicht der Ort, die widersprüchlichen Wege der Entnazifizierung nachzuverfolgen. In Bremen wurde eine klare Kategorisierung, wer zu den Hauptschuldigen oder nur zu Mitläufern des Regimes gehörte, zusätzlich erschwert durch mehrfach wechselnde Kompetenzen zwischen britischen und amerikanischen Militärregierungen. Das Land Bremen gehörte erst ab 1. Januar 1947 zur amerikanischen Besatzungszone. Mit einer Verzögerung von über einem Jahr wurde in Bremen das in der amerikanischen Besatzungszone gültige Befreiungsgesetz eingeführt. Bis zu diesem Datum wurde im Land Bremen nach häufig wechselnden Richtlinien entnazifiziert.[261] Auch nachdem das Bremische Parlament eigene Gesetze erlassen hatte – durch das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialimus und Militarismus vom 9.5.1947 wurden Spruchkammern und Berufungskammern eingerichtet; sie unterstanden dem Senator für Politische Befreiung – stieß diese geregelte Entnazifizierung auf wachsenden Widerstand

258 Protokoll der Betriebsversammlung der NDH vom 13.11.1945, Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen.

259 Zum Entstehen der Betriebsvertretungen 1945 und ihrem Kampf für eine umfassende Entnazifizierung, eine demokratische Neuorganisation, den Wiederaufbau der Betriebe und die Schaffung von neuen Gewerkschaften vgl. Hans Jansen, Renate Meyer-Braun, Bremen in der Nachkriegszeit, S. 62 ff.

260 Vgl. Hans Hesse, Konstruktionen der Unschuld, S. 41.

261 Hans Hesse, Konstruktionen der Unschuld, S. 31.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Alexander Orzol sammelte die Aushänge mit Bestrafungen und stellte sie dem Entnazifizierungsausschuss zur Verfügung. Sie spielten eine wichtige Rolle im Spruchkammerverfahren gegen Otto Hofmann. Das Foto zeigt Orzol (in der Mitte rechts) bei der Einweihung der Gedenktafel auf dem Gelände der Stahlwerke 1984

bei Behörden und politischen Repräsentanten Bremens. Das Verfahren gegen den ehemaligen Betriebsführer, Otto Hofmann, ist ein Schulbeispiel für die verworrenen Abfolgen der Entnazifizierung mit ihrem Kompetenzwirrwarr verschiedener alliierter Stellen, deutscher Behörden und ihrem endlichen Scheitern, nach dem die politische Großwetterlage Westdeutschland vom einstigen Kriegsgegner zum neuen Verbündeten der Westalliierten im Kalten Krieg gemacht hatte.

Otto Hofmann befand sich seit dem 28.8.1945 in Haft, zunächst im Internierungslager Ludwigsburg, dann im Internierungslager Dachau.

Die Lagerleitung von Ludwigsburg, der deutsche Lagerleiter Dr. Karl Vogt und der amerikanische Deputy Camp Commander Major Arvid P. Dahl, bescheinigten Hofmann in einem bemerkenswerten Dokument mustergültiges Verhalten während seiner Internierung. Er war im Lager Leiter des Ordnungsdienstes und bewies «in seiner Stellung ausgezeichnete Organisationsgabe und starkes Verantwortungsbewusstsein, die wesentlich dazu beitrugen, die Lebensbedingungen im Lager zu verbessern«.[262] Hofmanns Fähigkeiten, die ihn zu einem

262 Schriftliche Bescheinigung Ludwigsburg 4.2.1947, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

erfolgreichen Betriebsführer gemacht hatten, bewährten sich auch hinter dem Stacheldraht des Internierungslagers.

Die in Bremen internierten Nazi-Funktionäre wurden zunächst in Bunkern in der Parkallee untergebracht. Am 19. Januar 1948 verlegte man sie in das ehemalige Zwangsarbeiter- und KZ-Außenlager Riespott. In den nächsten Wochen wurden weitere Internierte aus den Lagern in Ludwigsburg, Darmstadt und Regensburg in den Riespott transportiert. Unter ihnen befand sich auch Otto Hofmann. Damit wuchs die Zahl der Internierten im Riespott auf 378. Unter einer recht laxen Bewachung waren hier höhere Ränge der SS und SA, Ortsgruppenleiter, Gestapobeamte und KZ-Bewacher eingesperrt.[263]

Am 26.2.1948 bat der öffentliche Ankläger der Spruchkammer Bremen die Militärregierung Bremen um Auskunft über Hofmann. Am 20.2.1948 war Hofmann per Telegramm nach Nürnberg beordert worden. Am 18.3. wurde er als Zeuge für das Internationale Militärtribunal nach Nürnberg verlegt und kehrte erst am 11.5.1948 nach Bremen zurück.

Im Mai 1948 ist Hofmann im Riespott Er bittet den öffentlichen Kläger der Lagerspruchkammer Riespott, Udo Meinecke, am 13.5.48 um nachträgliche Genehmigung des zehntägigen Osterurlaubs. Hofmanns Gesuch um einen Urlaub wird am 20.5.1948 von der Spruchkammer bewilligt.

Bereits am 13.2.des Jahres hatte Hofmanns Rechtsanwalt einen Antrag auf Haftentlassung gestellt mit der Begründung, dass Herr Hofmann sich politisch nie betätigt habe. Im Gegenteil habe er infolge seiner ablehnenden Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber in Essen Schwierigkeiten mit der Hauptleitung und hier in Bremen mit der Gestapo gehabt.

Am 3.6.1948 wurde Hofmann auf Empfehlung des Prüfungsausschusses der Spruchkammer aus der Haft entlassen.

Der Betriebsrat der NDH erfuhr davon und schrieb am 22.5.1948 an den öffentlichen Ankläger der Spruchkammer, Udo Meinecke: »Der Betroffene Hofmann ist als Aktivist zu bezeichnen und der Betriebsrat der Norddeutschen Hütte möchte in diesem Verfahren gehört werden.« Der öffentliche Kläger stellte daraufhin am 14.6.1948 den Antrag, Hofmann wieder zu verhaften mit der Begründung: »Nach dem mir jetzt erst neu zugegangenen Material hat Hofmann die Überweisungen von ausländischen Arbeitern in das Arbeitslager Farge veranlaßt.«

Die Spruchkammer Bremen, Interniertenkammer, unter ihrem Vorsitzenden Hartmann ordnete am 16.6.1948 an, Hofmann wieder festzunehmen. Er wurde am 25.6.1948 erneut festgesetzt, am 11.8.1948 aber wieder entlassen, da keine Fluchtgefahr bestünde.

Im Spruchkammerverfahren kamen zahlreiche Zeugen zu Wort, aus deren Aussagen sich ein bedrückendes Panorama der innerbetrieblichen Bestrafungen und der Einweisungen deutscher und ausländischer Arbeiter in das Arbeitserziehungslager Farge sowie Hofmanns persönliche Verantwortung dafür entrollte. Es gibt allerdings Indizien dafür, dass in den seit Ende des Krieges bereits verflossenen vier Jahren belastendes Material verschwunden war. Der frühere Betriebsrat Bernhard Graul sagte im Verfahren aus: »Ich habe das Material gesichtet und der CIC[264] übergeben. Ich bin aber heute der Meinung, dass das Material viel

263 Zu den äußerst milden Bedingungen der Internierung – die Festgenommenen konnten Besuche empfangen und erhielten teilweise Urlaub – vgl. Hans Hesse, Konstruktionen der Unschuld, S. 204.

264 CIC – Abkürzung für Counter Intelligence Corps, Nachrichtendienst der US-Armee im 2. Weltkrieg.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Gut gekleidet und ernährt: Die ehemaligen NS-Täter im Lager Riespott. Sie konnten Besuche empfangen und bekamen Urlaub. Blick in den Besucherraum des Internierungslagers

umfangreicher gewesen ist wie das Material, das heute hier vorliegt. Es war auch ein Schreiben dabei, das Herr Hofmann an Herrlein (den Bremer Gestapochef) geschrieben hat. Dieses Schreiben war von Herrn Schwöbmann und Herrn Hofmann unterschrieben.«[265] Auch Max Müller, Mitglied des Betriebsrates der NDH, äußerte in seiner Aussage am 8.6.1949 den Verdacht, dass viel belastendes Material verschwunden sei. Er habe deshalb auch nicht alle seiner Unterlagen eingereicht und werde diese erst dann zu den Akten geben, wenn er die Zusicherung bekomme, dass diese Unterlagen nicht aus der Akte verschwänden.[266] Dennoch reichten die belastenden Aussagen der Zeugen für eine Verurteilung Hofmanns. Am 1.8. fällte die II. Spruchkammer Bremen unter ihrem Vorsitzenden Thielker folgenden Spruch: »Der Betroffene wird in die Gruppe der Belasteten eingestuft. Ihm werden folgende Sühnemaßnahmen auferlegt:

- Drei Jahre Sonderarbeit für die Allgemeinheit, die durch die erlittene politische Haft abgegolten sind. Er hat einen einmaligen Sonderbeitrag zum Wiedergutmachungsfonds in Höhe von DM 500,- zu leisten. Er ist dauernd unfähig ein öffentliches Amt zu bekleiden.

265 Aussage im 2. Spruchkammerverfahren 17.6.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.
266 Aussage Max Müller im Spruchkammerverfahren am 8.6.1949, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

- Er verliert seine Rechtsansprüche auf eine aus öffentlichen Mitteln zahlbare Pension oder Rente.
- Er verliert das Wahlrecht, die Wählbarkeit und das Recht, sich irgendwie politisch zu betätigen.
- Er unterliegt Wohnungs- und Aufenthaltsbeschränkungen.«

In der Begründung hält die Spruchkammer die Verfolgungsmaßnahmen auf der Norddeutschen Hütte im Vergleich zu anderen Betrieben für besonders gravierend: »Umfang und Inhalt der Anzeigen bei der Gestapo gingen weit über ein notwendiges Maß hinaus.

Die Kammer weiß aus eigener Kenntnis, daß weit größere Industriewerke mit viel stärkerer Belegschaft nur in einzelnen Fällen derartige Anzeigen nicht umgehen konnten.

Der Betroffene hat als Aktivist die Gewaltherrschaft der NSDAP gefördert.«

Nur »Mitläufer«

Gegen diesen Spruch legte Hofmann am 3.9.1949 Berufung ein. Schon im Verfahren vor der II. Spruchkammer hatte eine Reihe von Zeugen Hofmann entlastet. Für die Berufung sammelte der Rechtsanwalt von Hofmann gleich serienweise entlastende Aussagen, sogenannte »Persilscheine«. Besonders bemerkenswert sind unter ihnen die eidesstattlichen Erklärungen der ehemaligen Gestapobeamten.

Die Spruchkammerverfahren gegen ehemalige Gestapobeamte sind ein eklatantes Beispiel für das Reinwaschen von NS-Tätern in der Endphase der Entnazifizierung. Es gelang den öffentlichen Anklägern nicht, Gestapobeamte als »Hauptschuldige einzustufen. Von den 40 festgestellten Gestapobeamten waren neun als ›Belastete, sieben als Minderbelastete, 22 als Mitläufer‹ und je einer als ›Entlasteter‹ und als ›Amnestierter‹ eingestuft worden. Die Mitorganisatoren der nationalsozialistischen Verbrechen pochten darauf, lediglich als Beamte ihre Pflicht getan zu haben, gegen ihren Willen zur Gestapo versetzt zu sein und niemanden mißhandelt zu haben. Die ›Schreibtischtäter‹ gingen nahezu unbeschadet aus der Entnazifizierung hervor«.[267]

Entsprechend selbstbewusst traten die ehemaligen Gestapobeamten im Verfahren gegen Hofmann oder in ihren schriftlichen Entlastungszeugnissen auf. Die Aussagen strotzen von Verdrehungen bis hin zu offensichtlichen Lügen.

Willy Aland, Kriminalobersekretär bei der Staatspolizeistelle Bremen, war in den Jahren 1941–1945 mit der Überwachung und Betreuung der in Gemeinschaftslagern untergebrachten ausländischen Arbeiter beauftragt. Er behauptete: »Ich kann bestätigen, daß er (Hofmann) alles getan hat, um den ausländischen Arbeitern ihr Lagerleben zu erleichtern.« »Durch mehrfache Befragung von Ausländern, auch von Ostarbeitern, konnte ich mich überzeugen, dass die Verpflegung gut und ausreichend war.« Geradezu grotesk klingt seine folgende Feststellung: »Zur Dokumentierung der Loyalität von Herrn Hofmann gegenüber den ausländischen Arbeitern kann ich mich speziell auf einen Fall besinnen. Im Jahre 1943 waren zur Klärung irgendeiner Verpflegungsangelegenheit mehrere Ostarbeiter im Lager zu befragen. Herr Hofmann war hierbei zugegen, und ich war sehr verwundert, daß die betreffenden Arbeiter, während sie mit

267 Hans Hesse, Konstruktionen der Unschuld, S. 373 ff.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

ihm sprachen, die Mützen auf dem Kopf und die Hände in den Taschen behielten, was doch sonst bei deutschen Arbeitern gewöhnlich nicht der Fall ist, wenn sie mit ihrem Betriebsführer sprechen ... Herr Hofmann nahm aber anscheinend keinen Anstoß daran.« Aland führte im Gegensatz zur Feststellung der II. Spruchkammer über überproportionale Bestrafungsaktionen der Hüttenführung ins Feld, »dass die Zahl der von der Norddeutschen Hütte gemeldeten Fälle tatsächlich prozentual geringer war, als die vieler anderer Betriebe«.

Die folgende Aussage ist eine offensichtliche Lüge, die durch Hofmanns Eingeständnis im Spruchkammerverfahren bereits widerlegt war. Der ehemalige Gestapobeamte Aland behauptete:

»Bis 1945 habe ich von Mißhandlungen der in das Arbeitserziehungslager Farge Eingewiesenen keine Kenntnis gehabt.« »Ich führe diese Sache nur an, um damit zu dokumentieren, dass ebenso wenig wie ich als Angehöriger der Geheimen Staatspolizei vor 1945 Kenntnis von Mißhandlungen im AEL Farge erhalten hatte, auch Herr Hofmann vor dem Frühjahr 1945 keine Kenntnis hiervon erhalten haben konnte, daß er also bei Meldung von Arbeitsbummelanten an die Geheime Staatspolizei nicht in dem Bewußtsein handelte, daß diese bei Einweisungen in das Arbeitserziehungslager dort Mißhandlungen ausgesetzt seien.«[268]

Otto Graudus war Kriminalsekretär bei der Geheimen Staatspolizei. Zu seinem Arbeitsgebiet gehörte die Kontrolle der Gemeinschaftslager der ausländischen Arbeitnehmer. In der Begründung seines Spruchkammerverfahrens wurde er als »ruhig und rücksichtsvoll« charakterisiert. Für das Berufungsverfahren von Hofmann sagte er aus: »Es sind bei den Kontrollen keine Mißstände festgestellt worden. Auch sind von den Verbindungsmännern der ausländischen Arbeitnehmer keine Mängel oder Beschwerden vorgetragen worden.«[269]

Adolf Scharenberg, von 1924 bis 1945 Polizeibeamter, während des Krieges Sachbearbeiter bei der Geheimen Staatspolizei Bremen in der Spionage-Abwehr, hielt die Versorgung der ausländischen Arbeiter auf der NDH geradezu für vorbildlich:

»Mir ist Herr Hofmann, obwohl ich ihn mehrfach im Werk aufsuchte ... als politischer Aktivist nie aufgefallen. Im Gegenteil, er machte den Eindruck eines besonnenen und sachlichen Mannes, dessen Stolz es war, mich auf die Unterbringung und Lebensverhältnisse der Arbeiter im Betrieb hinzuweisen. Dabei war die Absicht, mir nachzuweisen, daß die Lebensverhältnisse der Ausländer so ordentlich wären, daß an eine Unruhe von dieser Seite her überhaupt nicht gedacht zu werden brauche. Obwohl es nicht zu meinem Arbeitsgebiet gehörte, habe ich mir alles angesehen und kann nur bestätigen, daß die Versorgung der Ausländer auf der Norddeutschen Hütte AG im Verhältnis zu vielen anderen Betrieben geradezu vorbildlich war.«[270]

Und Heinrich Conrad Bernhard Harms, früher Kriminalobersekretär bei der Gestapo, attestierte: »Mir ist nicht erinnerlich, daß Herr Hofmann jemals eine Meldung wegen Sabotage erstattet habe. Mein Empfinden sei s.Zt. gewesen, dass Herr Hofmann bestrebt gewesen sei, der Gestapo möglichst wenige Vorkommnisse zu unterbreiten.«[271]

Der Zynismus der ehemaligen Gestapobeamten ist kaum zu überbieten. Denn jeder von ihnen wusste, dass jede auch nur fahrlässige Gefährdung von Werkzeugen und Produktions-

268 Eidesstattliche Erklärung 20.8.1949, Akte Hofmann StAB 4,66 – I.
269 Eidesstattliche Erklärung 23.8. 1949, a.a.O.
270 Eidesstattliche Versicherung 19.8.1949, a.a.O.
271 Eidesstattliche Erklärung 13.8.1949, a.a.O.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

anlagen bei den ausländischen Arbeitern als »Sabotage« zu klassifizieren war, wie etwa im Falle der ukrainischen Arbeiterin, die für einen Schaden an ihrem Kran ins Lager kam. Wegen »Sabotage«.

Die ehemaligen Aktivisten des NS-Regimes wuschen sich gegenseitig rein. Hofmann konnte sich auch auf die Aussagen von ehemaligen NS-Mitgliedern der Hütte stützen. Nur eine von ihnen sei hier zitiert. Dr. Walter Ruopp, 1949 noch wohnhaft Dr.-Wiegand-Str. 7, von 1939 bis 1945 auf der NDH als Betriebsleiter des Zementwerkes und ab 1939 auch der Vanadinanlage hob die gute soziale Betreuung auf der NDH hervor:

»Für die Lagerinsassen wurden regelmäßig Kinovorstellungen veranstaltet, bei denen ich auch oft selbst anwesend war und dabei feststellen konnte, daß sie stets auch von Ausländern gut besucht waren. Ich nahm auch an den Weihnachtsfeiern für Ausländer teil, die Herr Hofmann veranlaßte, um deren gute Durchführung er sich sehr kümmerte und bei denen er selbst zugegen war. Ich hatte den Eindruck, daß die Teilnehmer über diese Betreuung sehr erfreut waren.«[272]

Aber auch Belegschaftsmitglieder, die nicht der Partei angehörten, sagten für Hofmann aus. Aus den Bekundungen der zahlreichen Entlastungszeugen entsteht das Bild eines gerechten, fachlich kompetenten und allein am Interesse des Betriebes orientierten Betriebsleiters, für den Politik im Betrieb keine Rolle spielte. Damit konnten sich viele der Zeugen identifizieren, die nicht der NSDAP angehört hatten, und die in der Figur von Hofmann eine Rechtfertigung für ihr eigenes Handeln oder ihre Unterlassungen bei der Behandlung der ausländischen Arbeiter während des Krieges erblicken durften. In der Ära des Wiederaufbaus Westdeutschlands der Jahre 1948/49 und des Kalten Kriegs waren solche Tugenden wie Arbeitsdisziplin, Pünktlichkeit, Ordnung und Pflichterfüllung erneut gefragte Werte.

Hofmanns eigene Verteidigung folgte vier Begründungssträngen:

- Er berief sich darauf, während seiner Zeit auf der NDH nicht aktiv für die Ziele der NSDAP geworben und sich wiederholt für politisch Andersdenkende eingesetzt zu haben.
- Zur Einrichtung eines innerbetrieblichen Strafsystems und zu den Meldungen an den Reichstreuhänder der Arbeit und an die Gestapo sei er durch die bestehenden Vorschriften gezwungen gewesen.
- Im Rahmen seiner Möglichkeiten habe er alles Erdenkliche für die Belegschaft und die ausländischen Arbeiter getan.
- Er habe nicht erkannt, dass die NSDAP eine Gewaltherrschaft verfolge und habe deshalb im guten Glauben etwaige Übergriffe in dieser Hinsicht als persönliche Übergriffe einzelner Führer betrachtet.[273]

In der Sitzung am 28.10.1949 entschied die Berufungskammer IV unter Vorsitz von Kurt Schmidt:

Der Spruch der II. Spruchkammer vom 21.6. 1949 wird aufgehoben. Der Betroffene wird gemäß Artikel 17 VIII ohne Nachverfahren in die Gruppe der Mitläufer eingestuft.[274]

272 Eidesstattliche Erklärung 22.8.1949, a.a.O.
273 Lebenslauf, verfasst im Internierungslager Ludwigsburg 14.2.1947, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.
274 Berufungskammer IV am 28.10.1949, Akte Hofmann, StAB 4,66 – I.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Mit ähnlichem Ergebnis wurden auch weitere Vorstände und Inhaber von Bremer Firmen von schwerer Schuld reingewaschen.[275]

Soweit sich feststellen ließ, wurde keines der anderen NSDAP-Mitglieder der Hütte als Aktivist des Regimes eingestuft. In ihren Aussagen bei den Spruchkammerverhandlungen gegen Hofmann beriefen sie sich darauf, dass alle Entscheidungen über Bestrafungen und Einweisungen ins Arbeitserziehungslager von Hofmann getroffen wurden. Es lief der gleiche Mechanismus von Berufung auf Befehl und Gehorsam ab wie in den Prozessen gegen höchste Naziverbrecher. Alle hatten nur ihre Pflicht getan. Wenn es Schuldige gab, dann saßen sie in der Befehlskette nur ganz oben. Beispielhaft ist der Ausgang der Verfahren gegen die folgenden bekannten Vorgesetzten auf der NDH[276].

Rudolph Schwöbmann, Mitglied der NSDAP seit 1937, seit 1933 Mitglied der Deutschen Arbeitsfront, von 1934 bis 1937 unterstützendes Mitglied der allgemeinen SS. Von 1934 bis 1942 Leiter der NDH, dann als Vorstandsmitglied weiter für das kaufmännische Ressort zuständig. Er wurde am 10.9.1945 von der Hütte entlassen. Der Betriebsrat belastete ihn mit einem Schreiben vom 19.2.1946, »weil er während seiner Tätigkeit als Betriebsführer als Aktivist im Sinne des Regimes hervortrat und bis 1942 verantwortlich für die Anzeigen bei der Gestapo bzw. beim Reichstreuhänder der Arbeit sowie die Überweisungen in das Arbeitserziehungslager Farge war«.

Auch Schwöbmann brachte mehrere Entlastungszeugen bei, unter anderem die Senatoren Dr. Apelt und Theil. Sie bescheinigten ihm, lediglich nominelles Mitglied der Partei und kein Aktivist gewesen zu sein.

Die Spruchkammer stufte Schwöbmann am 21.4.1948 wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft in die Gruppe der Mitläufer ein und erlegte ihm als Sühnemaßnahme eine Geldbuße von 2000 Reichsmark auf.

Dr. Walter Ruopp, ehemaliger Leiter des Zementwerks und der Vanadinanlage. War während der Weimarer Republik im »Stahlhelm«. Wurde 1933 in die SA übernommen, dort Oberscharführer. Mitglied der NSDAP seit 1.5.1937, »NSV-Blockwalter« in der Wohnkolonie der Hütte. Wurde am 12.9.1945 von der Hütte auf Betreiben des Betriebsrates entlassen, weil er aggressiv gegen ausländische und deutsche Arbeiter vorgegangen sei und sie denunziert habe. Von der Spruchkammer am 22.4.1948 als »Mitläufer« eingestuft, bei Zahlung einer Geldbuße von 1650 Reichsmark.

Hugo Metscher, seit 1937 NSDAP-Mitglied, ab 1940 Betriebsobmann, 1945 auf Betreiben des Betriebsausschusses gegen den Widerstand vom noch als Direktor amtierenden Hofmann entlassen, nachdem der Betriebsausschuss sich an das Arbeitsamt gewandt hatte. Nichtbetroffenenen-Bescheid erhalten.

275 Die Entnazifizierungsverfahren gegen andere Bremer Wirtschaftsführer folgten einem ähnlichen Schema. Hans Hesse hat in seiner Untersuchung 40 Betroffene aus der Wirtschaft herausgesucht. Nahezu alle wurden spätestens im Berufungsverfahren entlastet, darunter auch der Inhaber der Borgward-Werke, Carl Borgward. Er wurde von der Berufungskammer als »Minderbelasteter« in die Gruppe der »Mitläufer« eingestuft, musste 5000 DM als Sühne zahlen und konnte unbelastet die Leitung seines Betriebes wieder übernehmen. (Hans Hesse, Konstruktionen der Unschuld, S. 426 ff.)

276 Soweit Entnazifizierungsakten vorhanden sind, finden sie sich im Staatsarchiv Bremen, AZ 4,66 – I. unter dem Namen des jeweiligen Betroffenen.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Otto Kapp, Werkluftschutz- und Werkschutzleiter, kein NSDAP-Mitglied. Laut Eingabe des Betriebsrates (Graul) am 24.4.1946 gab es sehr viele Übergriffe des Werkschutzes gegenüber den auf der NDH beschäftigten Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern. Kapp sei eindeutig als Aktivist zu bezeichnen. Auf Betreiben des Betriebsrates wurde Kapp am 24.10.1945 entlassen.

Der Hauptausschuss für die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus, Prüfungsausschuss urteilte: »Der Antragsteller wurde fristlos entlassen, weil er nicht verhindert hatte, daß Ausländer während ihrer Tätigkeit auf dem Hüttengelände geschlagen wurden.«

Eine Beschäftigung wurde zunächst abgelehnt. Laut Feststellungsbescheid des Unterausschusses in der Sitzung vom 8.7.1946 sei der Antragsteller beschäftigungsunwürdig im Sinne des Gesetzes Nr. 8. Gründe: Der Antragsteller sei Abwehrbeauftragter des SD gewesen. Von der Betriebsvertretung wurde er als Aktivist bezeichnet.

Kapp verteidigte sich in einer Eingabe vom 15.1.1946 mit der Behauptung: «Ich hatte auf die Vorgänge im Betrieb keinen Einfluß, denn der Betrieb unterstand dem Betriebschef ... Die mir unterstellten Werkschutzmänner hatten von mir eindeutige Instruktionen erhalten, nach denen ihnen das Schlagen von Ausländern strengstens untersagt war. Die wenigen mir bekanntgewordenen Überschreitungen meiner Anordnungen wurden scharf gerügt.«

Laut Stempel Spruchkammer, der öffentliche Kläger, vom März 1948 war Kapp »auf Grund des abgegebenen Meldebogens vom Gesetz nicht betroffen«.

Wilhelm Habeck, Betriebsingenieur. Der Prüfungsausschuss, Unterausschuss VIII stellte am 16.11.1945 im Vorstellungsverfahren fest: Der Antragsteller ist lediglich nominell Nazi gewesen und hat keine aktive Unterstützung der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen geleistet.

Am 7.6.1946 revidierte derselbe Ausschuss seinen Spruch auf Grund einer Eingabe des Betriebsrates der NDH. »Der Betriebsrat hat aus der Presse von dem positiven Entscheid im Vorstellungsverfahren erfahren und protestiert dagegen energisch: H. war einer der berüchtigtsten Betriebsleiter unseres Werkes und hat viele in- und ausländische Arbeiter in das Arbeitslager Farge bringen lassen.

Die Betriebsvertretung verlangt auf Wunsch der Belegschaft die sofortige Wiederaufnahme des Vorstellungsverfahrens mit dem Ziel des negativen Bescheids.«

Der Ausschuss stellte fest:

»Der Antragsteller ist beschäftigungsunwürdig im Sinne des Gesetzes Nr. 8«, weil er sich bis zuletzt aktiv für die Ziele der NSDAP eingesetzt und im Betrieb einer der berüchtigtsten Antreiber seiner Untergebenen gewesen sei. Er habe viele in- und ausländische Arbeiter in das Arbeitslager Farge gebracht.

Gegen den Spruch legte Habeck am 2.3.1948 Berufung ein. Er wies darauf hin, dass gegen die Belastungszeugen vor den Landgerichten Verden und Oldenburg Klagen anhängig seien auf Widerruf ihrer gegen Habeck aufgestellten Behauptungen.

In seiner Stellungnahme betonte Habeck, »dass ich für die Durchführung der arbeitsdisziplinarischen Maßnahmen in keiner Weise verantwortlich war, sondern dass das Sache der Betriebsführung war«. (Eine Spruchkammerakte mit dem Ausgang des Verfahrens gegen Habeck war nicht aufzufinden.)

Friedrich Hinrich (oder Fritz) Osterholz, geb. 30.1.1887, Maurer von Beruf, Mitglied der NSDAP seit 1931, NSDAP-Zellenleiter von 1937 bis 1944, Mitglied der SA-Reserve 1931 bis 1933, Ortsgruppenwalter der Deutschen Arbeitsfront 1934 bis 1935, DAF-Zellenobmann 1943

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

bis 1945. Seit 1943 im Vertrauensrat, in den letzten Monaten des Krieges stellvertretender Betriebsobmann, leitete die besondere Kolonne »Klein Farge«. Verteidigte sich im Spruchkammerverfahren gegen Hofmann damit, dass er nicht gewusst habe, dass er eine Strafkolonne führe. Das habe er erst nach dem Krieg erfahren. Auf Grund des Gesetzes Nr. 8 aus dem Betrieb entlassen. Als »Mitläufer« eingestuft. Der öffentliche Kläger teilte ihm mit, dass er wegen »geringen Einkommens und Vermögens« von einer Geldsühne nicht betroffen sei.

Martin Meyer, Mitglied der NSDAP seit 1940, Meister der Hofkolonne, auf Grund der Parteizugehörigkeit nach dem Gesetz Nr. 8 entlassen. Im Schnellverfahren als »Mitläufer« eingestuft.

Beide Betriebsführer der Norddeutschen Hütte wurden als »Mitläufer« des Regimes entlastet. Ebenso konnten alle weiteren NSDAP-Mitglieder und Funktionsträger der NDH sich schließlich weitgehend reinwaschen, soweit sie nicht als vom Gesetz »Nichtbetroffene« gänzlich von Schuld freigesprochen wurden. Niemand wurde ausdrücklich wegen der Einweisungen von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern in Arbeitserziehungslager und den damit verbunden Misshandlungen verurteilt.

Für den Fall der Norddeutschen Hütte und ihrer nationalsozialistisch eingestellten Führung trifft die Einschätzung Hans Hesses zu: »Die Entnazifizierung sollte das Maß der Schuld oder Mitschuld Einzelner am Nationalsozialismus und seinen Folgen klären. Die Spruchkammern erzeugten aber dadurch, dass sich die Täter in ihren Verhandlungen zu Opfern verklärten, wobei die Spruchkammern spätestens in den Berufungsinstanzen sie darin bestätigten, das Gegenteil. Das Spruchkammerurteil ›belohnte‹ diejenigen, die als Verteidigungsstrategie die Verklärung ihrer Verantwortlichkeit in ein Opfer der Zeitumstände, Vorgesetzten, Befehlsgeber oder Arbeitskollegen wählten. Sie waren mehr oder weniger alle ›verführt‹, ›missbraucht‹ und ›enttäuscht‹ worden ... Das Entnazifizierungsverfahren vertiefte die Tendenz, sich als Opfer zu fühlen und darin durften sich die Täter mit der Mehrheitsbevölkerung im Gleichklang fühlen.«[277]

In der »Konstruktion der Unschuld« verschwand auch die Verantwortung gegenüber den ehemaligen Zwangsarbeitern. Wo fast alle Deutschen Opfer von übermächtigen Verhältnissen oder wenigen oberen Führern waren, die das Volk für ihre finsteren Absichten missbraucht hatten, erschien das Schicksal der Millionen ausländischen Zwangsarbeiter nur als Nebenseite der allgemeinen Tragödie. Sie wurden verdrängt, ihre Entschädigungsansprüche lange ignoriert. Im Falle der Norddeutschen Hütte kam hinzu, dass diese an neue Eigentümer überging, die sich für das Geschehen während des Krieges nicht verantwortlich fühlten.

277 Hans Hesse, Konstruktionen der Unschuld, S. 483 f.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Demontage: Von Krupp zum Klöckner-Konzern – Die vergessenen Zwangsarbeiter

Nach dem Weggang der ausländischen Arbeiter im Frühjahr 1945 blieben auf der Hütte noch rund 650 Belegschaftsmitglieder (Stand September 1945). Die Bombardierung am 30.3. hatte die Produktion zum Erliegen gebracht. Schon im Mai 1945 konnte aber das Kraftwerk wieder in Betrieb genommen werden, das Zementwerk nahm Mitte 1945 die Produktion wieder auf.

Bereits Ende 1945 wurden die gesamten Anlagen des Werkes auf die Liste der für Reparationen vorgesehenen Industrie gesetzt. Als Erstes wurde die Vanadinanlage, die im direkten Eigentum der Fried. Krupp AG. Essen verblieben war, demontiert. Für weitere Anlagen konnte lediglich eine Zurückstellung der Demontage erreicht werden. Das betraf besonders die für die Gasversorgung Bremens wichtige Kokerei.[278] Der wechselvolle Kampf gegen die vollständige Demontage des Werkes bestimmte die folgenden Jahre. Wieder, wie in den Jahren der Wirtschaftskrise, leistete die Stadt Bremen wertvolle Schützenhilfe, um Werk und Arbeitsplätze zu erhalten. Im Juli 1947 wurde ein neuer Gaslieferungsvertrag mit den Stadtwerken Bremen AG geschlossen. Im Dezember 1947 konnte die Kokerei mit einem Drittel ihrer Kapazität wieder in Betrieb genommen werden. Ihre Produktion ging zu 70 Prozent an die Stadt Bremen und an Unterweserorte. Das für den Wiederaufbau lebenswichtige Zementwerk blieb mit Unterstützung der amerikanischen Militärregierung und durch Finanzhilfen des Bremer Staates erhalten. Mit verschiedenen Empfängerländern konnten Vereinbarungen getroffen werden, statt der zu demontierenden Zementwerksanlagen Ersatzlieferungen anzunehmen. Das wurde ermöglicht durch Überlassung eines durch Grundschuld gesicherten Darlehens der Freien Hansestadt Bremen in Höhe von 1,2 Millionen DM. Mitte des Jahres 1949 waren die Demontagearbeiten abgeschlossen. Die Hochöfen waren abgebaut. Für mehrere Jahre wurde auf der Hütte kein Roheisen mehr verschmolzen. Es blieben das Zementwerk, die Kokerei mit Nebengewinnungsanlagen sowie die Hafenanlagen und Nebenbetriebe.[279]

Ein Problem für die weitere Zukunft des Werkes war die Herauslösung aus dem Krupp-Konzern. 1945 war der Konzern direkt der britischen Leitung unterstellt worden, die einen englischen Controller einsetzte. Der Inhaber der Firma Krupp, Alfried Krupp, wurde von den Alliierten verpflichtet, sich von seinen Montanunternehmen zu trennen und sich mit dem Erlös aus dem Verkauf nicht wieder im Bereich von Kohlen, Eisen und Stahl zu engagieren.[280]

Als Tochterunternehmen des Krupp-Konzerns wurde die Norddeutsche Hütte der Militärregierung unterstellt und am 23.7.1945 Henry S. Thomas als Treuhänder eingesetzt. Ihm folgte am 7.2.1946 der Prokurist der NDH-Aktiengesellschaft, Friedrich H. Meier.

In der Folgezeit wurden verschiedene Wege versucht, für die Reste der Norddeutschen Hütte neue Eigentümer zu finden, darunter auch den Bremer Staat. Der Generalbevollmäch-

278 Geschäftsbericht der NDH für die Geschäftsjahre 1945 und 1946, Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen.

279 Geschäftsbericht für die Zeit vom 1.1. bis 20.6.1948, vorgelegt auf der ordentlichen Hauptversammlung am 26..11.1953. Wegen der Währungsreform endete das Geschäftsjahr 1948 am 20.6.1948.

280 Über die komplizierten Verhandlungen zur Entflechtung des Konzerns und deren Ergebnisse vgl. Lothar Gall, Krupp im 20. Jahrhundert, S. 480 ff.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Ehrung: Direktor Friedrich H. Meier empfängt am 9. Juni 1954 das Bundesverdienstkreuz aus den Händen von Senator Wolters. Meier trat 1914 bei der Norddeutschen Hütte als kaufmännischer Angestellter ein. Bereits nach acht Jahren erhielt er Prokura. 1946 bestellte ihn die Militärregierung zum Treuhänder für die Hütte. »Unter seiner Leitung gelang es, Kokerei und Zementwerk vor der Demontage zu bewahren«, heißt es in der Ehrung

tigte des Krupp-Konzerns, Johannes Schröder, teilte am 5. August 1946 dem Bremer Senat mit, dass im Zuge der Auflösung des Krupp-Konzerns die Norddeutsche Hütte AG, die AG Weser und die Finanz- und Verwaltungsgesellschaft (die frühere Weser Flugzeugbau) verselbständigt werden sollten. Diese Herauslösung liege im Interesse der Bremer Wirtschaft, da es voraussichtlich nur nach Abtrennung vom Krupp-Konzern möglich sein würde, wenigstens einen Teil der Werke am Leben zu erhalten.[281]

Der Controller für Krupp, H.J. McDowell, teilte mit, die britische Militärregierung gebe einem eventuellen Verkauf der Norddeutschen Hütte an den remischen Staat ihre Zustimmung. Krupp bot seine Aktienanteile an der NDH für einen Preis von 7,5 Millionen Reichsmark an. Zu einem früheren Zeitpunkt soll Krupp einverstanden gewesen sein, den Aktienbesitz an der Deschimag einschließlich der NDH für acht Millionen RM zu verkaufen. Die Übernahme in Landeseigentum wurde nicht weiterverfolgt. Senator Dr. Nolting-Hauff antwortete dem alli-

281 Aktenvermerk, StAB 3-I.6. Nr. 54.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

ierten Krupp-Controller, Bremen sei an der NDH allein nicht interessiert. Der Erwerb käme höchstens im Zusammenhang mit der Deschimag in Frage, die jedoch vom Kontrollrat noch nicht zum Verkauf freigegeben sei.[282]

Zwischenzeitlich trat ein Hamburger Konsortium von kleineren Unternehmen und Banken auf den Plan, das die Bremer Hütte erwerben wollte. Als Konsortialführer fungierte Johannes Spiehs, Inhaber eines Bergungsunternehmens und Schrottgeschäfts. Das Konsortium schloss am 1.7.1948 mit dem Treuhänder der Firma Krupp Essen einen Vertrag über den Erwerb des Aktienkapitals der NDH. Weil die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie noch schwebte, gewährte Krupp dem Konsortium für die Vertragsdauer den Nießbrauch und die Ausübung des Stimmrechts sowie ein Vorkaufsrecht. Der Bremer Senat äußerte erhebliche Bedenken gegen den Verkauf an das Hamburger Konsortium. Es sei unsicher, ob die Investoren die Hütte nicht nur als Spekulationsobjekt wegen des beträchtlichen Grundstücksumfangs auswerten wollten.[283]

Das Intermezzo blieb ohne Folgen. Im Hintergrund war unterdessen ein weit potenterer Interessent erschienen: der Nordwestdeutsche Hütten- und Bergwerksverein, hinter dem sich der Duisburger Klöckner-Konzern verbarg. Er übernahm 1953 von Krupp die Anteile an der NDH. Klöckner sollte in den kommenden Jahrzehnten das Schicksal der Bremer Hütte bestimmen. Klöckners Ziel war die Errichtung eines integrierten Hüttenwerks am seeschifftiefen Wasser. Das Land Bremen kam Klöckner weit entgegen. Zu günstigen Bedingungen wurde dem Konzern ein Gelände von nahezu zehn Quadratkilometer überlassen. Ab 1955 errichtete Klöckner auf bisherigem Bauernlande gewaltige Neuanlagen. Nach Siemens-Martin-Öfen, einem Kaltwalzwerk und einer Warmbreitbandstraße wurde der erste Hochofen im April 1959 betriebsfertig.[284]

Die Restanlagen und Gebäude der alten Norddeutschen Hütte, ein Komplex von etwa 1,5 Quadratkilometer, übernahm Klöckner, ebenso wie den Großteil der noch verbliebenen früheren Belegschaft. 1954 arbeiteten noch 400 Menschen auf der NDH. Als offizieller Übernahmetermin der Belegschaft wurde der 1.1.1955 festgelegt.

Diese alte Belegschaft spielte in der jetzt sich rasch vergrößernden Klöckner-Belegschaft noch lange Zeit eine besondere Rolle. Während Arbeiter aus dem gesamten Umland – viele von ihnen aus dörflichen Gemeinden – und aus anderen Bremer Betrieben zu Klöckner strömten, das in den Anfangsjahren überdurchschnittliche Löhne zahlte, erhielt sich in den Anlagen der ehemaligen NDH eine gewisse eigene Tradition. Bis in die 1970er Jahre hinein gab es im Zementwerk, dem Lokomotivschuppen und den Reparaturbetrieben MB 8 und EB 8 sowie in Teilen der hütteneigenen Eisenbahn ein Milieu, das sich deutlich vom Gruppenmilieu in den anderen Betriebsteilen, in denen die großen Anlagen errichtet wurden, unterschied. Mit Max Müller, der bereits im ersten Betriebsrat der Norddeutschen Hütte nach 1945 aktiv war, fungierte ein altgedientes Belegschaftsmitglied mehrere Jahre lang als Vorsitzender des Klöckner-Betriebsrates.

282 Aktenvermerk über eine Besprechung mit Senator Dr. Nolting-Hauff am 22.3.1947, StAB 3-I.6. Nr. 54.

283 So Senator Nolting-Hauff in der Senatssitzung vom 1.11.1948. Akten des Senators für das Bauwesen 1933–1953, StAB 4,29/1–566.

284 Vgl. zur Ansiedlung von Klöckner Sylvelin Wissmann, Auf Marschboden entsteht ein Hüttenwerk, in: Meyer, Hans Hermann, Das Haus, das einer Hütte wich, S. 43–50, sowie Andrea Kleeß, Der Phönix von der Weser. 50 Jahre Stahl aus der Hütte am Meer.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Aber hatte die Vergangenheit der NDH-Belegschaft irgendeine Beziehung zur Entwicklung der Belegschaft des Klöckner-Betriebes?

Haben die Erfahrungen der NS-Zeit und der Zwangsarbeit Spuren hinterlassen?

Hat irgendjemand öffentlich gefragt: Wo sind die Menschen geblieben, die hier einst als Zwangsarbeiter schuften mussten?

Nach Kenntnis der Autoren wurden weder in Publikationen noch in Betriebsversammlungen seit den 1950er Jahren solche Fragen gestellt. Das Reden darüber blieb auf den privaten Kreis beschränkt. Der Anstoß zum Aufrollen dieses düsteren Kapitels in der Vergangenheit des Betriebes kam erst in den 1980er Jahren von jüngeren Kollegen.

Die Kartei der ausländischen Arbeiter blieb im Lohnbüro erhalten. Von Zeit zu Zeit erreichten das Werk Anfragen von internationalen Suchorganisationen, die nach dem Verbleib vermisster ehemaliger ausländischer Arbeiter fragten wie im Fall des italienischen Kriegsgefangenen Pietro Varlotta. Am 7.12.1949 antwortete die Norddeutsche Hütte auf eine entsprechende Bitte der International Refugee Organization in Frankfurt am Main:

»In Erledigung Ihres obigen Schreibens teilen wir Ihnen folgendes mit: Varlotta, Pietro, geb. 19.6.24 in Rionero in Vulture Kreis Potenza, wurde uns am 12.10.43 als Kriegsgefangener zugewiesen. Er trug die Nr. 164743. Laut Notiz auf unserer Karteikarte ist Varlotta am 21.3.45 durch Fliegerangriff gefallen. Unser damaliger Werkschutzleiter gibt auf Befragen an, daß bei diesem Angriff mehrere Ausländer in den Unterkünften verbrannt sind, wozu auch wahrscheinlich Varlotta gehörte. Der derzeitige Wohnort der Eltern war: Rionero in Vulture Kreis Potenza, Via Martina Nr. 5. Norddeutsche Hütte Aktiengesellschaft.« Das Anschreiben der Hütte enthält weder Anrede noch Grußformel noch Unterschrift.

Die Bremer Behörden unternahmen in den Nachkriegsjahren keine eigenen Anstrengungen, Nachforschungen über Beschäftigungsnachweise der ausländischen Arbeiter anzustellen. In einem Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes vom 19.9.1950 an den belgischen Suchdienst heißt es beispielsweise: »Die Karteiunterlagen über die während des Krieges bei deutschen Firmen beschäftigten ausländischen Arbeiter wurden auf Anordnung des damaligen Gauleiters in Oldenburg bei allen Arbeitsämtern restlos vernichtet. Die bei den Firmen evtl. noch verbliebenen Unterlagen wurden größtenteils durch Bombenangriffe sowie Kriegshandlungen vor der Kapitulation ... ebenfalls noch vernichtet. Was nach 1945 diese turbulenten kriegerischen Ereignisse an Karteikarten über die damals im Lande Bremen beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte überstanden hat, dürfte aber inzwischen ebenfalls verlorengegangen sein. Es ist daher sehr bedauerlich, Ihnen mitteilen zu müssen, daß die Arbeitsämter Ihnen leider die gewünschten Unterlagen für Ihre Nachforschungen nicht liefern können. Ich glaube aber auch kaum, daß es heute noch möglich sein wird, auf irgend einem anderen Wege die von Ihnen benötigten Angaben zu erlangen.«

Im Landesarbeitsamt hatte offensichtlich niemand ein großes Interesse, bei den Firmen nachzufragen, ob Unterlagen über die Beschäftigung der ausländischen Arbeiter vorhanden seien. Zumindest bei der Norddeutschen Hütte, aber auch in den Firmenarchiven anderer Bremer Unternehmen wie den Bremer Stadtwerken waren Personalkarteien ausländischer Arbeitskräfte erhalten geblieben.[285]

285 Vgl. Marcus Meyer, »... uns 100 Zivilausländer umgehend zu beschaffen«, S. 138.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Auch ehemalige Arbeiter selbst wandten sich an die Hütte, in der Regel, um Bescheinigungen über ihre Zeit als Arbeiter oder den Verdienst für Rentenanträge zu erhalten. Im Falle der Arbeiter aus dem westlichen Ausland oder auch der Tschechoslowakei waren diese Angaben meistens relativ vollständig. Ein Beispiel ist die Beantwortung des Briefes von Mikulas Viglassky.

Die Klöckner-Werke bestätigten ihm, dass er vom 2.12.1939 bis 4.6.1940 bei der damaligen Norddeutschen Hütte im Werkshafen beschäftigt war und ihm bei der Entlassung die Invalidenversicherungskarte mit insgesamt 26 Marken ausgehändigt wurde. Bei Arbeitern aus der ehemaligen Sowjetunion, den sogenannten Ostarbeitern, war eine derartige Bescheinigung häufig nicht möglich. Auf ihren Karteikarten waren Verdienste in den meisten Fällen nicht eingetragen worden.

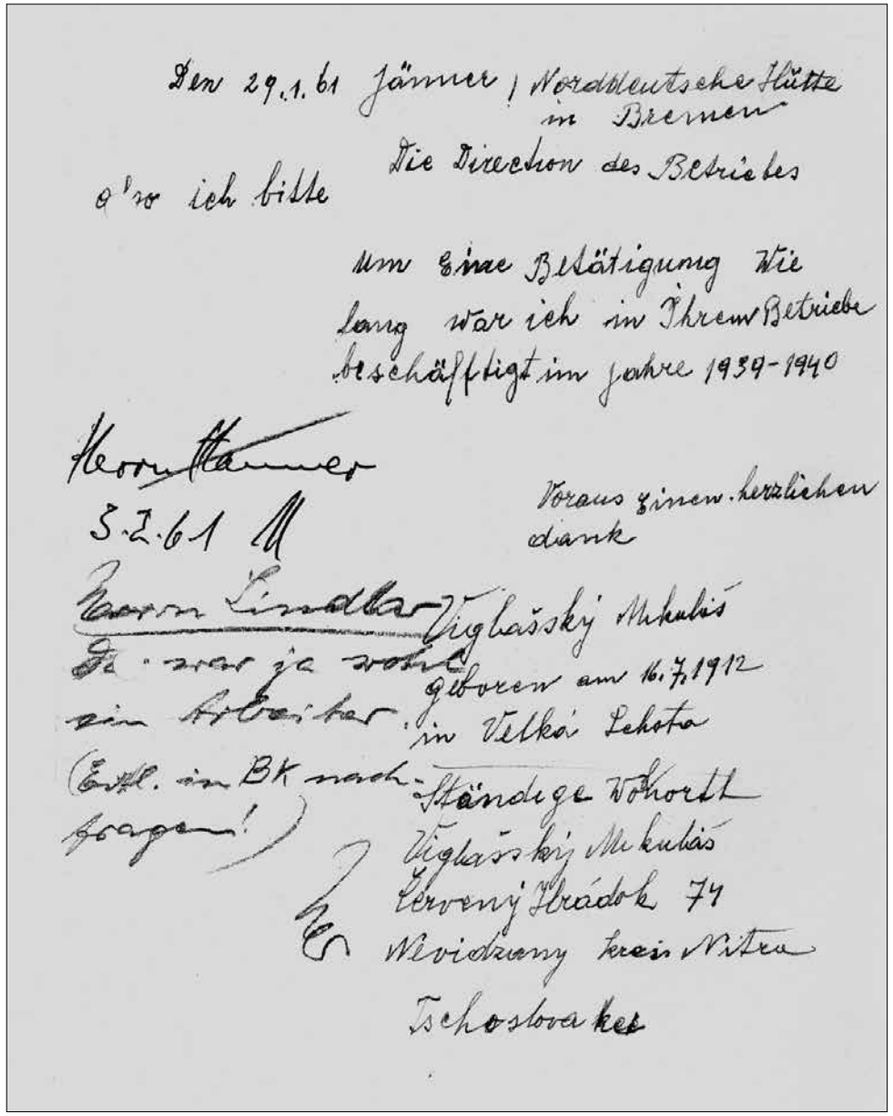
Eine Gruppe von Kollegen und der Betriebsrat der Stahlwerke errichteten 1984 in Absprache mit französischen Überlebenden auf dem Werksgelände ein Mahnmal für die ehemaligen Häftlinge des KZ-Außenlagers Riespott.[286]

An das Schicksal der ausländischen Arbeiter auf der NDH erinnerte lange Zeit nichts – außer der Handvoll Karteikästen in einem Aktenschrank des Lohnbüros.

Ihrem Andenken ist unser bescheidener Versuch gewidmet, die Karteikarten zum Sprechen zu bringen.

286 Im Zuge der Stahlkrise mussten die Klöckner-Werke am 11.11.1992 Vergleich anmelden. Die Existenz des Werkes in Bremen stand auf dem Spiel. Nach einem mehr als einjährigen Kampf der Belegschaft mit massiver Unterstützung des Landes Bremens und der Bevölkerung der gesamten Region konnte es durch die zeitweilige Übernahme von Anteilen durch Bremer Unternehmen und die Hanseatische Industriebeteiligungen GmbH aus dem Klöckner-Konzern herausgelöst und so gerettet werden. Über eine Beteiligung der belgischen Sidmar – eines Tochterunternehmens der ARBED - wurde das Bremer Werk Teil eines global operierenden Stahlkonzerns. Nach dem Zusammenschluss der ARBED mit der spanischen Aceralia und der französischen Usinor zum Arcelor-Konzern fusionierte das Unternehmen 2006 mit dem indischen Unternehmen Mittal zum weltweit größten Stahlkonzern.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!



Den 29.1.61 Jänner / Norddeutsche Hütte
in Bremen
Die Direction des Betriebes
o'so ich bitte
um eine Bestätigung wie
lang war ich in Ihrem Betriebe
beschäfftigt im jahre 1939-1940
Herr Hammer
5.2.61
Voraus einen herzlichen
dank
Herrn Lindlar
Ich war ja wohl
ein Arbeiter.
(Evtl. im BK nach-
fragen!)
Viglassky Mikulás
geboren am 16.7.1912
in Velká Lehota
Ständige Wohnort
Viglassky Mikulás
Červený Hradok 74
Nevidzany kreis Nitra
Tschoslowakei

Bitte um Bestätigung der Beschäftigung: Brief des früheren tschechoslowakischen Arbeiters Mikulas Viglassky an die Direktion der Norddeutschen Hütte vom 29. Januar 1961. Die Norddeutsche Hütte war zu dieser Zeit längst im Klöckner-Konzern aufgegangen. Das Lohnbüro bestätigte ihm die Beschäftigungszeiten

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Schlussfolgerungen

Die Durchsetzung der nationalsozialistischen Herrschaft auf der Norddeutschen Hütte stieß auf keinen organisierten Widerstand. Die Belegschaft war durch die langandauernden Auswirkungen der Wirtschaftskrise stark ausgedünnt. Als 1935 die Produktion wieder ausgeweitet wurde, kamen zahlreiche neue Arbeiter in den Betrieb. Bis auf kleinere Teile der alten Facharbeiterschaft, vor allem in den Reparaturbetrieben, gab es keine kontinuierliche Fortsetzung eines bewussteren Arbeitermilieus, das als Basis eines organisierten Widerstandes hätte wirken können. Hinzu kam eine erhebliche Fluktuation der seit 1935 anwachsenden Belegschaft, verursacht durch geringeres Lohnniveau im Vergleich zu anderen Branchen und die harten Arbeitsbedingungen (Schichtarbeit). Sie erschwerte zusätzlich die Herausbildung einer Stammbelegschaft. Unter diesen Voraussetzungen genügte ein relativ kleiner Kern von nationalsozialistischen Parteigängern, die teilweise gezielt in das Werk geholt wurden, um den Betrieb zu kontrollieren.

Eine Besonderheit für Bremen war die Tatsache, dass ein großer Teil des oberen Managements auf dem Hüttengelände wohnte. Für Belegschaftsangehörige gab es Wohnheime auf dem Hüttengelände, die durch das Anwachsen der Belegschaft aufgefüllt wurden. Die zusätzlichen Lager für ausländische Arbeiter wurden teilweise ebenfalls auf dem Werksgelände oder in der Nähe des Werkes errichtet. Der enge räumliche Bezug zwischen Arbeitsstelle und Unterkunft erleichterte die soziale Kontrolle.

Die wachsende Konkurrenz um knapp werdende Arbeitskräfte kennzeichnet die Situation im Zuge der Aufrüstung. Seit 1939 konnte die gestiegene Produktion immer mehr nur mit ausländischen Dienstverpflichteten und Zwangsarbeitern aufrechterhalten werden. Gegen Ende des Krieges machten sie mehr als 50 Prozent der Arbeiterbelegschaft aus. Die Norddeutsche Hütte beschäftigte damit im Vergleich zu anderen Bremer Industriebetrieben überdurchschnittlich viele ausländische Arbeitskräfte.

Die hohe Fluktuation unter den ausländischen Arbeitern (Nichteinhalten der Dienstpflichtzeit, Flucht von der Arbeitsstelle, keine Rückkehr aus dem Urlaub) zeigt, wie hart die Bedingungen ihrer in der Mehrzahl der Fälle erzwungenen Arbeit auf der NDH waren. Zwangsmaßnahmen wurden im Laufe des Krieges zum hauptsächlichen Beherrschungsmittel der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter. Auch die ursprünglich nur für eine bestimmte Zeit Dienstverpflichteten und freiwillig nach Deutschland gekommenen Arbeiter wurden zunehmend gegen ihren Willen festgehalten, die Dienstpflicht ohne ihre Zustimmung verlängert. Die Lohnanreize für Ostarbeiter scheinen praktisch keine Verbesserung ihrer Lebenslage gebracht zu haben. Hunger und auch die Furcht vor Bombenangriffen bestimmten ihren Alltag. Um eine rigide Arbeitsdisziplin durchzusetzen, wurde ein umfassendes betriebliches Überwachungs- und Strafsystem entwickelt. Es bezog seine Wirksamkeit aus der engen Verbindung mit außerbetrieblichen Repressionsorganen, insbesondere der Gestapo. Fehler in der Produktion, Fernbleiben vom Arbeitsplatz (»Bummeln«), Verlassen der Arbeitsstelle standen unter der Drohung, in ein Arbeitslager oder KZ eingewiesen zu werden.

Der seit 1942 leitende Direktor der Norddeutschen Hütte, Otto Hofmann, war überzeugter Nationalsozialist (Eintritt in die NSDAP bereits 1931, Ortsgruppenleiter in Essen-Borbeck). Als Wirtschaftsführer, politischer und militärischer Abwehrbeauftragter vereinigte er eine beispiellose Machtfülle in seiner Hand, die es ihm erlaubte, erheblichen Einfluss auf die

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Behandlung der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter zu nehmen. Soweit Vergleiche mit anderen Bremer Betrieben möglich waren, unterschied sich die Behandlung der ausländischen Arbeiter nicht gravierend von der in anderen Betrieben. Auch für Hofmann als ausgewiesenen Nationalsozialisten stand das Erreichen der Produktionsziele im Vordergrund. In seiner Doppelrolle als nationalsozialistischer Funktionär und Betriebsführer überwog die Rolle des Betriebsführers, dessen Hauptaufgabe es war, die Herstellung der kriegswichtigen Metalle für die Rüstungsindustrie und die Versorgung der Stadt mit Gas und Zement für den Bunkerbau sicherzustellen. Deshalb ist auch seine Behauptung als wahrscheinlich anzusehen, dass er versuchte, die Ernährungslage der Belegschaft einschließlich der ausländischen Arbeiter zu verbessern. Bewiesen ist, dass er sich für Lohnaufbesserungen einsetzte und einige Arbeiter vor der Gestapo schützte. Die Zahl der Meldungen an die Gestapo wegen rein politischer Delikte blieb relativ gering. In erster Linie wurde die Gestapo wegen »Bummelns« oder Arbeitsvergehen eingeschaltet.

Die Lebensbedingungen der ausländischen Arbeiter verschlechterten sich im Laufe des Krieges immer mehr. Besonders für die Arbeiter aus der UdSSR (»Ostarbeiter«) war die Versorgung mit Lebensmitteln absolut unzureichend. Ihre Bewegungsfreiheit war durch zahlreiche Vorschriften eingeengt, die Bezahlung im Vergleich zu den Arbeitern aus dem Westen und der deutschen Belegschaft minimal. Hinzu kam die Bedrohung durch Bombenangriffe. Deshalb blieben die Versuche, sich den drückenden Arbeits- und Lebensbedingungen durch Flucht zu entziehen, trotz drakonischer Bestrafungen während des gesamten Krieges sehr häufig.

Im Verhältnis der deutschen zu den ausländischen Arbeitern spielte eine Rolle, dass eine Reihe deutscher Arbeiter in Vorgesetztenpositionen als Vorarbeiter oder auch Meister aufrückte. Sie standen unter dem Druck der Werksführung und der Betriebsleiter, die ihnen gesetzten Produktionsziele zu erreichen, und zwar mit einer teilweise wenig qualifizierten und dazu häufig wechselnden ausländischen Belegschaft. In dieser unteren Führungsebene fand sich deshalb eine größere Zahl von Befürwortern rigider Maßnahmen bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin, auch wenn sie keine Nationalsozialisten waren. Als Vorgesetzte waren sie durch den Druck, Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin und unentschuldigtes Fehlen zu melden, in das betriebliche Strafsystem eingebunden. Es lässt sich für die Norddeutsche Hütte nachweisen, dass das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern weniger durch individuelle Misshandlungen – auch wenn sie vereinzelt vorkamen – gekennzeichnet war als durch die Zwänge, die der Produktionsprozess vorgab.[287] Aus den Berichten der Zeitzeugen sind Beispiele von menschlichem Mitgefühl mit dem schweren Schicksal der Zwangsarbeiter überliefert. Das gilt besonders in den Abteilungen, in denen ein größeres zusammenhängendes Arbeitermilieu länger erhalten blieb. Es löste sich mit Dauer des Krieges durch Einberufungen und die Wirkungen der häufigen Bombenangriffe immer mehr auf. Insgesamt überwogen im Verhältnis der deutschen zu den ausländischen Arbeitern Distanz und Gleichgültigkeit. Soweit bekannt, gab es keine Überlegungen für ein gemeinsames Handeln mit den ausländischen Arbeitern. Noch durch die Berichte unserer Augenzeugen klingt durch, dass das Schicksal der ausländischen Arbeiter nicht als eine grausame Folge der nationalsozialistischen Eroberungspolitik angesehen wurde, sondern eher als eine Art Normalität. Die Bewertung der ausländischen Arbeiter erfolgte vor allem danach, ob sie gut und zuverlässig arbeiteten.

287 Unsere Untersuchung bestätigt den Befund von Ulrich Herbert, dass »bei der Sozialkontrolle der Ausländer an die Stelle der bürokratischen Großorganisation mehr und mehr die Aufsicht durch den Betrieb, die einzelne Abteilung und die deutschen Arbeiter selbst (trat)«. (Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, S. 255.).

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

In den Entnazifizierungsverfahren wurden sowohl die beiden Betriebsführer wie auch alle anderen bekannten NSDAP-Mitglieder der Hütte spätestens in der Berufung als bloße Mitläufer eingestuft. Wegen der Misshandlungen von Zwangsarbeitern, Meldungen an die Gestapo und Einweisungen in das Arbeitserziehungslager wurde niemand rechtskräftig verurteilt.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Nachwort

Die Entstehung dieses Buches ist auch ein wichtiger Teil unserer eigenen Biographie. Über ein Vierteljahrhundert haben wir uns mit dem nationalsozialistischen Regime beschäftigt – allerdings unterbrochen durch längere Perioden, in denen der Kampf gegen die Auswirkungen der Stahlkrise und um den Erhalt unseres Werkes alle Kräfte beanspruchte. Wir haben Menschen getroffen, die einst auf dem Gelände arbeiteten, in das wir jeden Tag zur Schicht gingen, Menschen die in einem Lager litten, das dort stand, wo wir jetzt wohnen. Mit uns sprachen der alte Sozialdemokrat, der auf dem KZ-Kahn Ochtumsand eingesperrt war ebenso wie der Kollege, der als junger Mann in die SA eintrat, um Arbeit zu bekommen, oder der Hitlerjunge, der gegen den Willen der Eltern gern Soldat geworden ist. Wir lernten Überlebende des Zwangs- und Terrorapparates kennen, die als KZ-Häftlinge oder als Zwangsarbeiter zur Arbeit nach Bremen gepresst worden waren. Diese Begegnungen haben uns nachhaltig beeindruckt. Sie haben unsere Einstellung zur deutschen Geschichte verändert und auch zu einer Neubewertung unserer Elterngeneration geführt.

Wir beide gehören einer Generation an, die sich nicht schuldig fühlen musste an den Verbrechen des NS-Regimes, deren Elternhaus, Kindheit und Jugend aber tief geprägt waren durch Krieg und Nachkriegszeit. An dieser Stelle müssen wir uns auf Grund unterschiedlicher Biographien einmal einzeln zu Wort melden.

Robert Milbradt, Jahrgang 1944: »In meiner Familie hörte ich Erzählungen über die Bomben auf Bremen, den Tod meines Vaters als Soldat in Italien, den Hunger und die Geldnot in der Nachkriegszeit. Niemals fiel ein Wort des Mitleids für die anderen, die ausländischen Zwangsarbeiter, die deutschen Opfer der Gestapo, die Häftlinge in den Konzentrationslagern. Die eigene Familie erschien in der Opferrolle. Selbst die vielen tausend Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten und den Sudeten haben uns Bremer Kinder nicht berührt. Obwohl wir mit ihnen zur Schule gingen, sind sie uns fremd geblieben. Inhalt unserer Spiele am Nachmittag war das Bekämpfen dieser Fremden. Ein Lehrer hat uns noch 1957 beim Erdkundeunterricht – es ging um Afrika – erzählt, dass er ja als Jagdflieger über Afrika abgeschossen wurde, aber stolz darauf war, in unserem Alter schon allein segelfliegen zu können.«

Eike Hemmer, Jahrgang 1937: »Mein Vater nahm als Angehöriger der Waffen-SS am Krieg in Frankreich, Russland und Finnland teil. Er kehrte 1945 verwundet zurück. Während seiner Offiziersausbildung hatte er mit seinen Kameraden auch ein KZ besichtigt (Dachau?). Er berichtete darüber: ›Es war alles sehr ordentlich und sauber. Die Insassen sahen nicht ausgemergelt aus. Von den Massenmorden an Juden haben wir nichts gewusst.‹ Bis zum Abitur 1957 hörten wir von keinem unserer Lehrer ein einziges Wort über ihre Erfahrungen im Nationalsozialismus. Erst 2007 erfuhr ich aus einem Zeitungsartikel, den mir ein ehemaliger Klassenfreund zusandte, dass unser Deutsch- und Religionslehrer an der Goetheschule in Bochum jüdischer Abstammung war. Er war 1934 Opfer einer widerlichen öffentlichen Hetze im NS-Organ Rote Erde und wurde ebenso wie der Direktor 1934 der Schule verwiesen. Zu diesem Lehrer fühlten mein Klassenfreund und ich uns besonders hingezogen, weil sein Unterricht nicht den üblichen Geleisen folgte. Aber auch er sprach nicht mit uns über seine bitteren Erfahrungen. An das Schweigetabu hielten sich Täter wie Opfer. Und wir Jungen fragten sie nicht. Als in den 1960er Jahren mit den Auschwitzprozessen die ungeheuerliche Dimension des Mordens bekannt wurde, bedeutete das für mich für längere Zeit einen Bruch mit der gesamten Vätergeneration.«

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Robert Milbradt: »37 Jahre nach Kriegsende ab 1982 begannen – angeregt durch die Radiosendung von Rainer Habel und Christian Siegel über den U-Bootbunker in Bremen-Farge – alte Kollegen von der Norddeutschen Hütte über die Vergangenheit zu sprechen. Es waren die ersten offenen Gespräche nach Jahren des Schweigens.

Vor der ersten Begegnung mit den französischen Überlebenden des KZ-Außenlagers Riespott 1983 empfand ich ein bedrückendes Gefühl, auch Ängste: Wie werden diejenigen, die unter der Nazi-Mordmaschinerie gelitten und viele ihrer Kameraden im KZ, auf der Baustelle des U-Bootbunkers und bei den Todesmärschen 1945 verloren hatten, reagieren? Kann man zwischen den Opfern und den Kindern von Wehrmachtssoldaten und SS-Offizieren überhaupt Brücken schlagen? Die Begegnung verlief freundlich und offen, die Ängste verschwanden. Es entstand ein tiefes Gefühl, das Richtige zu tun, im Laufe der Jahre auch Vertrautheit, teilweise Freundschaft.«

Sie wurde über 25 Jahre hinweg bei den jährlichen Besuchen der Amicale de Neuengamme und in zahlreichen Briefen vertieft. Wir haben tief bedauert, lange keinen Kontakt zu den Häftlingen und überlebenden Zwangsarbeitern aus dem Osten zu haben. Das änderte sich erst im Oktober 1999 mit dem Besuch von ehemaligen ukrainischen Zwangsarbeitern – eingeladen durch den Bremer Senat – bei den Stahlwerken. Wir lernten Alexej Ponomarjow kennen, den ehemaligen Zwangsarbeiter aus der Ukraine und Häftling im KZ Neuengamme. 2003 konnte er auf Einladung unserer Geschichtsgruppe und mit finanzieller Hilfe der Stahlwerke erneut für zwei Wochen mit seiner 16-Jährigen Enkelin Olga unsere Stadt besuchen.

Durch Briefe fanden wir auch Verbindung zu weiteren Überlebenden. Ihre Erzählungen von Hunger, Arbeit bis zur totalen Erschöpfung, Krankheit, Misshandlungen und Tod haben uns tief bewegt.

Es erfüllte uns mit Scham, als Alexej Ponomarjow in unseren Gesprächen einmal klagte: »Ich verstehe es nicht, ihr habt den Krieg verloren, aber es geht euch sehr gut.« Er, der auf der Seite der Sieger stand, musste im Alter mit einer Rente von umgerechnet 65 Euro auskommen. Nur für die Zeit der Haft im KZ Neuengamme erhielt er eine Entschädigung, nicht für die Arbeit auf der Hütte. Seit der Wende in der Ukraine wurde das Leben für die meisten ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter noch bitterer. Alexej sagte: »Wir haben vor der Wende wenigstens nicht gefroren. Jetzt war unser gesamter Wohnbereich im Winter ohne Heizung und total eingefroren.«

Die von der nationalsozialistischen Propaganda zu »Untermenschen« gestempelten Arbeiter aus der Sowjetunion kämpften in Deutschland auch darum, ihre menschliche Würde zu bewahren. Alexej Ponomarjow erzählte uns eine bezeichnende Episode. An seinem Arbeitsplatz erwähnte er einmal im Kreis von deutschen Kollegen, dass er in der Schule Deutsch gelernt und auch Heinrich Heine gelesen habe. Er trug dann das Gedicht von der Loreley vor. Heine war als Jude von den NS-Machthabern verboten. »Die Umstehenden waren erschrocken und zwei junge Frauen haben sich gleich versteckt. Aber weil niemand von den NS-Scharfmachern, die es im Betrieb gab, zu sehen war, haben sie sich schließlich beruhigt und gemeinsam haben wir das Lied von der Loreley gesungen.« Heine war für Alexej ein Symbol deutscher Kultur, die er gegen die NS-Barbaren verteidigte.[288]

288 »Ich hatte immer Glück in Deutschland.« Zum Tode des ukrainischen Zwangsarbeiters Alexej Ponomarjow, TAZ Bremen, 31.3./1. 4.2007.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Um die Bewahrung eigener Würde ging es auch bei den Deutschen, die dem Regime widerstanden. Wir fanden bei unseren Nachforschungen keine Berichte über große, heldenhafte Widerstandshandlungen unter den deutschen Arbeitern der Norddeutschen Hütte. Aber während Millionen von Deutschen einem Wahnsinnigen und seiner Mörderbande nachliefen, Millionen als Betriebsleiter, Beamte, Richter und Offiziere das taten, was sie als ihre Pflicht bezeichneten, und damit das Funktionieren des Terrorregimes erst ermöglichten, haben andere versucht, zu widerstehen. Wir hörten von deutschen Arbeitern und auch einigen Vorgesetzten, die den Mut zur Menschlichkeit hatten. Wir erfuhren von dem Meister, der sich weigerte, seine ausländischen Arbeiter »in den Hintern zu treten«, den Altgesellen, die Essen für die ausgemergelten sowjetischen Kriegsgefangenen in ihre Werkstattschränke legten, von Kollegen, die statt des vorgeschriebenen Hitlergrußes beim »Guten Morgen« blieben. Einer der französischen Überlebenden aus dem KZ-Außenlager Riespott berichtet von einem deutschen Vorarbeiter, der ihm für seine schmerzende Wunde auf der Baustelle des U-Bootbunkers »Hornisse« eine Heilsalbe und Gaze mitbrachte, ihn verband, und den Gefangenen Lebensmittel mitbrachte. Man drohte diesem Vorarbeiter, ihn an die Front zu schicken, weil er die Häftlinge nicht genug antrieb. Um die Vorgesetzten zu täuschen, bat er die Gefangenen, wenigstens so zu tun, als ob sie eifrig arbeiteten.

»Ich lernte«, schreibt Edmond Gabriel Desprat, »nicht alle Deutschen pauschal zu hassen. Ich bewahrte mir meinen Hass gegen die Nazis, aber in dem Bewusstsein, dass jenseits des Rheins auch herzliche Menschen leben können.«[289]

Es waren Gesten, die in einer normalen Zeit kaum der Erwähnung wert wären, die aber unter dem Terrorregime ein Zeichen mutiger Humanität setzten. Diese Menschen waren keine Helden im Wortsinne.[290] Aber sie mit den Helfershelfern der Mörder, die sich selbst als Opfer der Nazis sehen wollten, gleichzustellen, hieße das Andenken der Aufrechten zu schänden.[291]

Wir empfinden es als Glück, diese Menschen getroffen zu haben. Die Nähe zu ihnen hat unser Verständnis für die NS-Zeit verändert. Wir bekamen einen anschaulichen Begriff davon, wie eng das Alltagsleben im NS-Deutschland mit der Welt der Lager und Zwangsarbeiter verschränkt war. Niemand der damals Lebenden kann nach unseren Einsichten behaupten, er hätte die Zwangsarbeiter und Häftlinge nicht gesehen, er wüsste nichts. Vielen Deutschen schien ihr Schicksal gleichgültig zu sein. Umso höher ist das Beispiel derjenigen Menschen einzuschätzen, die Mitleid empfanden und das Leid der Verschleppten zu lindern suchten.

289 Zitiert nach Hemmer/Milbradt, Bunker »Hornisse«, S. 89.

290 Ein solcher Held aus dem Volke ist etwa der schwäbische Schreiner Georg Elser. Er versuchte am 8.11.1939 Hitler mit einer selbstgebauten Bombe zu töten. Hitler entkam, weil er den Münchener Bürgerbräukeller 13 Minuten vor der Explosion verließ. Zur aktuellen Bedeutung Georg Elsers vgl. Rogoss/Hemmer/Zimmer, Georg Elser – ein Attentäter als Vorbild, Bremen 2006. Dort auch ausführliche Literaturhinweise zu Georg Elser.

291 Wie aktuell diese Auseinandersetzung ist, bewiesen die Vorfälle bei der Beerdigung des ehemaligen Marinerichters und späteren Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Hans Filbinger. Er hatte noch kurz vor Kriegsende an Todesurteilen mitgewirkt. Niemals ist ein Wort des Bedauerns oder gar ein Schuldbekenntnis über seine Lippen gekommen. Er verteidigte sich mit dem Satz: »Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.« Der amtierende Ministerpräsident Oettinger nannte Filbinger in seiner Grabrede einen Gegner des Nationalsozialismus. Etwa 25.000 Todesurteile haben die Wehrmachtsgerichte verhängt, zwischen 18.000 und 22.000 davon wurden vollstreckt. Die Überlebenden sind in der Bundesrepublik jahrzehntelang als »Vaterlandsverräter« geschmäht und verfemt worden. Vgl. zu den Urteilen gegen Deserteure: Manfred Messerschmidt, Die Wehrmachtjustiz 1933–1945, Paderborn, München, Wien, Zürich 2005.

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Alexej Ponomarjow und seine Enkelin Olga in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 2003

Lässt sich dieses Bewusstsein auf die jüngere Generation übertragen?

Auf der jährlichen Gedenkfahrt der französischen Amicale de Neuengamme kommen immer weniger Überlebende. Dafür aber fahren ihre Kinder, Enkel und Urenkel an die Stätten, an denen ihre Väter oder Großväter einst leiden mussten. Auch unter den jungen Deutschen treffen wir bei unseren Besuchen in Schulen immer wieder Menschen, die sich mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzen wollen. Meistens sind es Jugendliche, die in ihrer Familiengeschichte Anknüpfungspunkte dafür finden. Über Grenzen hinweg wird es notwendig sein, daran weiterzuarbeiten, dass die entsetzliche Barbarei, ihre Opfer und ihre bekannten und stillen Helden nicht vergessen werden. Wie mühsam es ist, das Andenken an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur auch in den einstmals besetzten Ländern aufrechtzuerhalten, davon berichtet beispielhaft die heute 19-jährige Olga Ponomarjowa, die Enkelin Alexej Ponomarjows. Im April 2007 schrieb sie uns über den Tod ihres Großvaters:

»Der Tod Aleksej Jakovlewitschs war ein sehr schwerer Verlust für unsere Familie. Alles kam so unerwartet. Die letzten Tage hatte er sich schlecht gefühlt, aber nicht einmal der Arzt vermutete etwas Beunruhigendes. Wir ergehen uns bis heute in Vermutungen, was die Ursache seines Todes gewesen sein könnte. Wahrscheinlich die Diabetes, an der er in der letzten Zeit sehr gelitten hat. Aber außerdem, glaube ich, war er sehr müde. In seinem Leben hat er vieles erlebt. In den letzten Monaten seines Lebens hat er oft davon gesprochen, dass er einfach Ruhe haben möchte. Des Weiteren hat er sehr unter seinen Krankheiten gelitten, die es ihm nicht mehr gestatteten, ein aktives Leben zu führen. Ein solches, wie er es geführt hatte, als er

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

gesund war. Er war immer in Bewegung, arbeitete, fuhr jeden Sommer ans Meer. Aber seine Krankheiten beraubten ihn auf einmal dieser Möglichkeiten. Er starb friedlich. Es gab keine quälenden Schmerzen, keine todesnahen Ohnmachten. Wir hatten das Gefühl, dass er einfach eingeschlafen ist.

Jetzt ist es meine Hauptaufgabe, sein Archiv zu durchforsten und die zahlreichen Dokumente und Materialien zu systematisieren, die er hinterlassen hat. Darin ist eine Vielzahl von einzigartigen Informationen enthalten, die man nicht einfach dem Vergessen anheimfallen lassen darf. Im Augenblick lese ich diese Dokumente durch und versuche auf deren Grundlage, eine wissenschaftliche Arbeit zu schreiben, die der Entwicklung freundschaftlicher Beziehung zwischen Deutschland und der Ukraine in der Frage der ehemaligen KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter gewidmet ist. Dieses Thema verdient, genauer beleuchtet zu werden, aber aus irgendeinem Grunde interessiert es die ukrainischen Historiker wenig, obwohl das unsere Geschichte ist, die Geschichte von Tausenden unserer Mitbürger.«

Wir fühlen uns ihr und den vielen anderen Menschen, die wir in den 25 Jahren unserer Geschichtsarbeit getroffen haben, verbunden. In dem Bewusstsein, dass wir zwar keine Schuld, aber eine Verantwortung für unsere Geschichte haben.

Eike Hemmer, Robert Milbradt, im August 2007

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Literatur

Abelshausen, Werner: »Gustav Krupp und die Gleichschaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 1933–1934«, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 47 (2002) S. 3–26

Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005

Andersen, Kiupel, IG Metall Bremen (Hrsg.): IG Metall in Bremen, Die ersten 100 Jahre, Bremen 1991

Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens: Heft 5, Arbeit. Teil 1: Zwangsarbeit, Rüstung, Widerstand 1931–1945, Bremen 1982

Bories-Sawala, Helga: Franzosen im »Reichseinsatz«: Deportation, Zwangsarbeit, Alltag – Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern, Frankfurt am Main 1996

Burleigh, Michael: Die Zeit des Nationalsozialismus, 2. Aufl. Frankfurt/M. 2000

Dachale, Helmut u. Schwecke, Ulli: In der Mitte von Bremen, Burg-Grambke gestern und heute, Fischerhude 1985

Drobisch, Klaus: Der Werkschutz – betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965 – Teil IV, S. 217–250, Berlin 1965

Gall, Lothar (Hrsg.): Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung, Berlin 2002

Giersch, Reinhard: Von der »Nationalsozialistischen Betriebsorganisation« zur »Deutschen Arbeitsfront«, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 26 (1982), S. 43–73

Goguel, Rudi: Cap Arcona – Report über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945, Frankfurt am Main 1982

Hemmer, Eike, Milbradt, Robert: Bunker »Hornisse«. KZ-Häftlinge in Bremen und die U-Boot-Werft der AG »Weser« 1944/45, Bremen 2005

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999

Hermann, Hans: Das Haus, das einer Hütte wich, Bremen 1994

Hesse, Hans: Konstruktionen der Unschuld. Die Entnazifizierung am Beispiel von Bremen und Bremerhaven 1945–1953, Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, Band 67, Bremen 2005

Hirsch, Martin/Mayer, Diermut/Meinck, Jürgen (Hrsg.): Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933 bis 1945, Köln 1984

Jansen, Hans/Meyer-Braun, Renate: Bremen in der Nachkriegszeit: 1945–1949, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bremen 1990

Johr, Barbara, Roder, Hartmut: Der Bunker. Ein Beispiel nationalsozialistischen Wahns, Bremen-Farge 1943–45, Bremen 1989

Kaienburg, Hermann: »Vernichtung durch Arbeit«. Der Fall Neuengamme, Bonn 2. Auflage 1991

Kleeß, Andrea: Der Phönix von der Weser. 50 Jahre Stahl aus der Hütte am Meer, Bremen 2007

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Kollegengruppe der Klöckner-Hütte: Riespott, KZ an der Norddeutschen Hütte, Bremen 1984
Kruse, Hans-Joachim: Zur Geschichte des Bremer Gefängniswesens. Bd. III, Das Bremer Gefängniswesen im III. Reich, Norderstedt 2004
Marßolek, Inge, Ott, René: Bremen im 3. Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986
Messerschmidt, Manfred: Die Wehrmachtsjustiz, Paderborn, München, Wien, Zürich 2005
Meyer, Marcus: »... uns 100 Zivilausländer umgehend zu beschaffen.« Zwangsarbeit bei den Bremer Stadtwerken 1939–1945, Bremen 2002
Müller, Hartmut/Rohdenburg, Günther (Hrsg.): Kriegsende in Bremen, Bremen 2. Auflage 2001
Pfliegensdörfer, Dieter: Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede, Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1929–1945, Bremen 1986
Ders.: »Ich war mit Leib und Seele dabei und so, daß mir das gar nichts ausmachte« – Bremer Flugzeugbauer im Nationalsozialismus. In: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Hamburg 2000, S. 44–103
Pophanken, Hartmut: Gründung und Ausbau der »Weser«-Flugzeugbau GmbH 1933 bis 1939. Unternehmerisches Entscheidungshandeln im Kontext der nationalsozialistischen Luftrüstung, Bremen 2000
Pralle, Ilka, Hemmer, Eike, Isenberg, Hans-Georg: Ausländerbeschäftigung auf der Klöckner-Hütte, Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen, Reihe Arbeitsmaterialien Nr. 2/1996
Reckendrees, Alfred: Das »Stahltrust«-Projekt. Die Gründung der Vereinigte Stahlwerke A.G. und ihre Unternehmensentwicklung 1926–1933/34, München 2000
Rogoss, Achim/Hemmer, Eike/Zimmer, Edgar (Hrsg.): Georg Elser – Ein Attentäter als Vorbild, Bremen 2006
Roth, Karl-Heinz: Die andere Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, 2. Aufl. München 1976
Schminck–Gustavus, C.U. (Hrsg.): Bremen – Kaputt, Berichte, Dokumente, Erinnerungen, Bremen 1983
Schminck-Gustavus, Christoph (Hrsg.): Hungern für Hitler. Erinnerungen polnischer Zwangsarbeiter im Deutschen Reich 1940–1945, Reinbek 1984
Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart/München 2001
Schwarzwälder, Herbert: Geschichte der Freien Hansestadt Bremen IV, Bremen in der NS-Zeit (1933–1945), Bremen 1995
Thiel, Reinhold: Die bremische Flugabwehr im Zweiten Weltkrieg, Bremen 1995
Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914–1949, 2. Aufl. München 2003
Wollenberg, Jörg u.a.: Von der Krise zum Faschismus, Bremer Arbeiterbewegung 1929–1939. Frankfurt a.M. 1983
Wollenberg, Jörg: Den Blick schärfen – Gegen das Verdrängen und Entsorgen, Bremen 1998
Wysocki, Gerd: Zwangsarbeit im Stahlkonzern Salzgitter und die Reichswerke »Hermann Göring« 1937–1945

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Benutzte Archive

StAB, Staatsarchiv Bremen
HA Krupp, Historisches Archiv Krupp Essen
Archiv Handelskammer Bremen
Bundesmilitärarchiv Freiburg
Archiv Geschichtsgruppe Stahlwerke Bremen, c/o Robert Milbradt
Privatarchiv Rainer Habel
Archiv Norddeutsche Hütte

Berichte von Zeitzeugen

- Edwin Brumme
- Pierre Brunet
- Stepan Iwanowitsch Dorotjak
- Jan Engels
- Erwin Giese
- Pawlina Kroschko
- Alexander Orzol
- Alexej Ponomarjow
- Wilma Rudolph
- Hans Schröder
- August Strüssmann
- Irina Tschepelewa
- Gustav Ziemann

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Tabellenanhang

Tabelle 4: Gründe bei Entlassungen oder Verlassen des Betriebes (Ausländische Arbeiter von 1937 bis zum 27.4.1945)

Begründungen	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	Summe
gegenseitiges Einverständnis	3	55	18	14	3	0	24	117
über Urlaub	0	2	1	13	76	15	4	111
abgerückt	0	6	48	19	12	8	22	115
in Haft	0	1	1	6	16	12	10	46
Gestapo	0	2	3	0	0	0	2	7
Arbeitsamt	6	11	17	44	8	3	0	89
nicht geeignet	0	5	6	24	18	3	1	57
Arbeitslager	0	0	1	0	2	0	0	3
bummeln	0	10	0	133	3	0	0	146
Wehrmacht	0	0	1	3	1	4	7	16
verstorben	0	2	2	2	7	5	13	31

Tabelle 5: Fluktuation der ausländischen Arbeiter von 1939 bis zum 27.4.1945

Nationen	ab 1939	27.04.1945	Fluktuation	Prozent
Staatenlos	22	3	19	86%
Volksdeutsche	12	4	8	67%
Belgien	89	32	57	64%
Böhmen- Mähren	30	5	25	83%
Frankreich	138	29	109	79%
Italien	126	77	49	39%
Jugoslawien	13	1	12	92%
Niederlande	194	100	94	48%
Polen	206	77	129	63%
Polen-Ukaine	231	30	201	87%
Slowakei	20	0	20	100%
UdSSr	274	167	107	39%
Ukraine	68	14	54	79%
Ungarn	24	1	23	96%
Andere u.keine Angaben	38	9	29	76%
Gesamt	**1485**	**549**	**936**	**63%**

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Tabelle 6: Durchschnittliche Beschäftigungsdauer ausländischer Arbeiter in Tagen

Tage	Arbeiter	Prozent	Monate	Prozent
152	293	20	0 bis 5	42
334	326	22	6 bis 11	
517	204	14	12 bis 17	24,40
700	155	10,40	18 bis 23	
881	249	17	24 bis 29	25,10
1064	124	8,10	30 bis 35	
1246	51	3,10	36 bis 41	8,50
1490	35	2,17	42 bis 49	
3192	48	3,23	50 bis 105	
	1485	100		

Nicht zur Veroeffentlichung -
in jeglicher Sprache
Copyrightgeschuetztes Marterial!

Danksagung

Bei unseren Nachforschungen erfuhren wir vielfältige Hilfe durch Mitarbeiter, Betriebsrat, Personalabteilung und Vorstand der Stahlwerke Bremen. Dr. Jochen Tholen unterstützte uns mit wertvollen Hinweisen. Das Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen stellte uns den organisatorischen Rahmen zur Verfügung.

Wir danken der Hans Böckler Stiftung für die finanzielle Förderung des Projektes.

Unser besonderer Dank gilt den Augenzeugen, die uns ihre Erinnerungen so bereitwillig mitteilten.